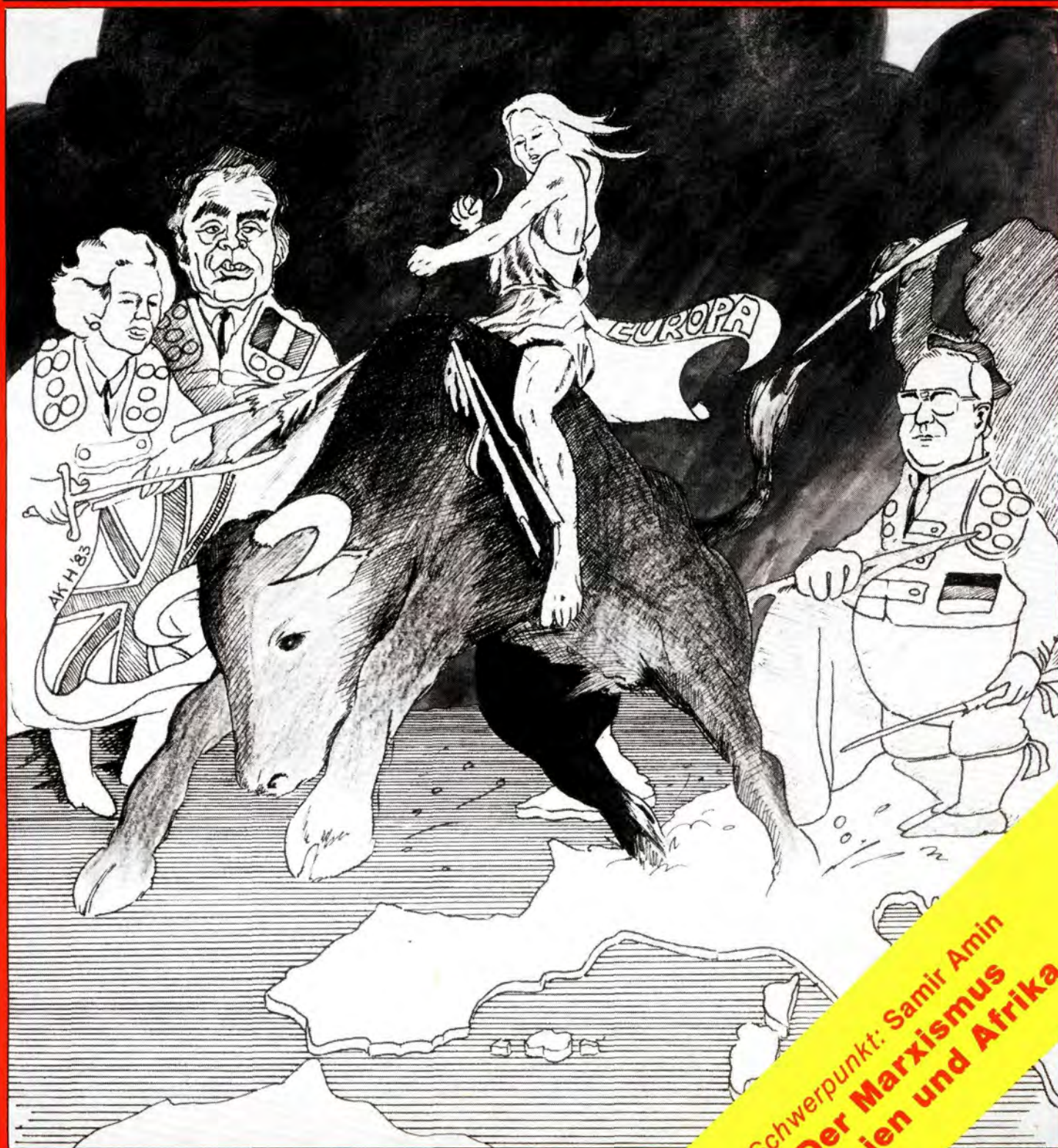


# Kommune

Forum für Politik und Ökonomie



Schwerpunkt: Samir Amin  
**Der Marxismus  
in Asien und Afrika**



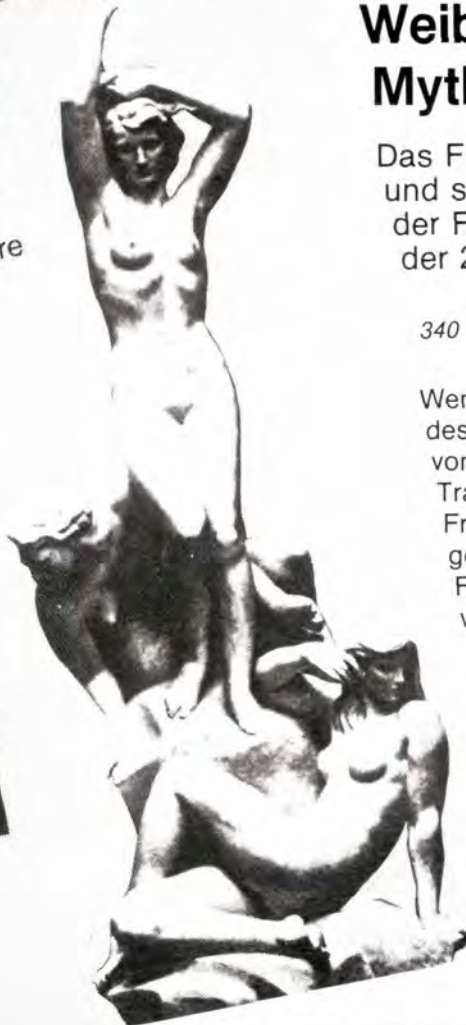
Christine Wittrock

# Weiblichkeits Mythen

Das Frauenbild im Faschismus  
und seine Vorläufer in der  
Frauenbewegung der 20er Jahre



Sendler



## Sendler

### Christine Wittrock Weiblichkeits Mythen

Das Frauenbild im Faschismus  
und seine Vorläufer in  
der Frauenbewegung  
der 20er Jahre

340 Seiten, 22,00 DM

Wenn von der Frauenfeindlichkeit des Faschismus die Rede ist, kann von den frauenfeindlichen Traditionen von Teilen der Frauenbewegung nicht geschwiegen werden. Die glatte Formel einer Gegensätzlichkeit von Frauenbewegung und Faschismus erweist sich als falsch, wenn die Weiblichkeitsideologie der Frauenbewegung untersucht wird, bzw. mit faschistischen Weiblichkeitsvorstellungen ins Verhältnis gesetzt wird: Die Unterschiede sind nicht eminent, patriarchalischer Ideologie waren beide verpflichtet.

### Wilhelm Raimund Beyer Freibeuter in hegelschen Gefilden

147 Seiten, 20,00 DM

Prof. Dr. Wilhelm Raimund Beyer, Gründer und Ehrenvorsitzender der Internationalen Hegel-Gesellschaft, stellt verschiedene großzügige, programmatisch und summarisch verfahrenende Hegel-Deutungen vor und setzt sich kritisch mit ihnen auseinander. Besonderes Augenmerk bei der Beschäftigung mit den Nachwirkungen Hegelschen Denkens liegt auf einer teilweise Verballhornung Hegels als „reiner“ Gegenstand eines parteipolitischen und von persönlichen Ambitionen geleiteten Philosophiebetriebes.

Wilhelm Raimund Beyer

### Freibeuter in hegelschen Gefilden

Sendler

# IN DIESEM **Kommune** HEFT...

Ein Wind von rechts für unser Land. Zum Programm der christlich-liberalen Regierungskoalition

*Kommentar von Dieter Burgmann:* Aufschwung, aber für wen?

*Kommentar:* Wenn die Spekulation platzt?

*Kommentar:* Ehescheidungsrecht – und der Unsinn von den „unterhaltsgeschädigten“ Patriarchen

*Kommentar:* Bremer Wahlvorbereitungen von links

Breite allein bringt's nicht, Ostern '83 – Die Friedensbewegung zwischen Minimalkonsens und Radikalisierung der Aktionsformen

Arbeitszeitverkürzung kommt noch zu kurz  
Gewerkschaftliche Selbsthilfe gegen Arbeitslosigkeit. Die GEW diskutiert einen neuen alten Weg

Der Streik der dänischen Hafentarbeiter und das Problem der „losen Arbeitskraft“

Gehen hier die Uhren anders? Österreich vor den Nationalratswahlen

*Frankreich:* Wer befreit das „sozialistische Projekt“ aus dem Krisensumpf?

*Kampuchea:* Was wie ein Krieg zwischen Vietnam und Thailand aussieht

*Kommentar:* Schatten über Zimbabwe

## Schwerpunkt

*Samir Amin:* Der Marxismus in Asien und Afrika

## Feuilleton

*Science-Fiction-Film:* Von der Bedrohung zur Befreiung?

Jean Paul Sartres politische Schriften  
„Skin ist für mich mehr Menschlichkeit als Politik.“ Skins, Autonome und das KOMM der Weg des Konflikts

## Rubriken

Editorial 4  
Impressum 4  
Wirtschaft & Soziales 12/13  
Gewerkschaften 22  
Internationales 32  
Rezensionen 63  
Zeitschriften 64  
Leserbriefe 65/66  
Termine 66

## Vom Vergleich lebt keiner

Am 24. April wird in Österreich ein neues Parlament gewählt. Auf den ersten Blick ähnelt das Parteienspektrum ganz dem der Bundesrepublik, nur daß die seit 13 Jahren alleinregierenden Sozialdemokraten mit Kreisky an der Spitze weniger gefährdet scheinen als die Vogel-SPD – zumal sich die Wirtschaft (noch?) nicht dem europäisch verbreiteten Krebsgang angeschlossen hat. Die zugrundeliegenden Besonderheiten der wirtschaftlichen und politischen Verfassung, die Krisenerscheinungen in Österreich, die Chancen der beiden grünalternativen Listen und die mögliche Konstellation nach den Wahlen untersucht G. Stemberger aus Wien

S. 23



## Marx im Marxjahr — nicht für alle ein „toter Hund“

Ganz anders als die meisten der aus Anlaß des 100. Todestages erschienenen Marx-Reminiszenzen packt *Samir Amin* das Thema „Marxismus in Asien und Afrika“ an. Sein für einen gleichnamigen Kongreß der Friedrich-Ebert-Stiftung im März in Trier verfaßtes Referat behandelt nicht nur die Perspektiven der Dritten Welt und die Rolle des Marxismus dabei, sondern diskutiert die Möglichkeiten des Übergangs zum Sozialismus und zur klassenlosen Gesellschaft heute. Der Marxismus wird hier weder als akademische Theorie noch als Rechtfertigungsideologie verstanden, sondern als Werkzeug der Kritik der Verhältnisse und der Reflexion der Praxis revolutionärer Bewegungen. In Europa kann *Samir Amin* eine solch revolutionäre Bewegung gegenwärtig nicht erkennen. Auch wenn er damit nicht recht haben sollte, seine Überlegungen können jedenfalls helfen, die gegenwärtige europäische Nabelschau zu beenden.

S. 33

## Lost in space

Blutrünstige Marsungeheuer, böse Wissenschaftler Mutanten und Frogs, gigantische Computer und Roboter machten im Science-Fiction-Film „Mutter Erde“ ständig zu schaffen. So scheint der SF-Film an Trivialität kaum zu überbieten. Doch mancher Schrecken, der uns entgegenschlägt, ist so überkandidelt nicht. Mit was für Bedrohungen wird da eigentlich hantiert? Und „E.T.“? Doch nur Massenware, um unseren alltäglichen „Horror“ für ein paar Stunden wegzuspülen?

S. 53



Sichtlich hatten die Verfassungsrichter den Eindruck, daß der Widerstand gegen die Volkszählung gegenwärtig kaum kalkulierbar ist und nicht nur den Zweck der Volkszählung, sondern auch gleich noch das Ansehen der Obrigkeit gefährden könnte. Wie Pilze sind die Boykott-Initiativen aus dem Boden geschossen, und als sich die Bewegung erstmal schwungvoll entwickelt hatte, kam es zur bekannten Dynamik: bei den staatstragenden Kräften zeigten sich Widersprüche, diese Widersprüche ermutigten wiederum die Bewegung und erleichterten ihre Verbreitung, die Widersprüche im staatstragenden Lager wurden schärfer. Kurz, die Angelegenheit geriet außer Kontrolle.

Unter diesen Voraussetzungen war eine Mehrheit der Verfassungsrichter für einen Aufschub. Sie mögen durchaus auch selber verfassungsrechtliche Bedenken haben, denn zweifellos verstößt die Volkszählung in ihrer jetzigen Form gegen eine ganze Reihe klassisch bürgerlicher Rechtsgrundsätze. Es braucht sich bei der einstweiligen Anordnung des Verfassungsgerichts also nicht nur um ein politisches Manöver zu handeln. Daß die Volkszählung vorläufig abgeblasen werden muß, ist jedoch allein der Boykottbewegung zu danken, die die Widersprüche bis ins Lager der Gegner hinein zum Tanzen brachte.

Die Zeit kann jetzt gut genutzt werden, um Charakter und Ziele des Widerstands genauer zu klären, Bedingungen zu formulieren und Forderungen aufzustellen, um in Sachen Volkszählung und Datenschutz eine Bresche in die obrigkeitstaatlichen Verfahrensweisen zu schlagen. Es müßte geklärt werden, unter welchen Be-

dingungen der vollständige Boykott weiterhin die einzige Waffe der Demokratie gegenüber den Erfassungsplänen bleibt. So könnten die Grenzen abgesteckt werden, die nicht nur dem gegenwärtigen Staat gezogen werden sollen, sondern auch die Prinzipien einer zukünftigen demokratischen Gesellschaft in Fragen der Datenerfassung und des Datenschutzes ausmachen sollten. Die grüne Bundestagsfraktion könnte eigene Gesetzesvorschläge erstellen und in den Bundestag einbringen und so zu einem aufgeklärten Selbstverständnis der Bewegung beitragen, was gleichzeitig die Bedingung für eine Verbreiterung des Widerstands ist. Aus einer punktuellen Widerstandsbewegung könnte der Anfang eines umfassenden Kampfes um Demokratie werden. Damit käme die Bewegung der Regierung gerade auf dem Feld in die Quere, auf dem sie in der nächsten Zeit vor allem reaktionär tätig werden will: auf dem Feld der Innen- und Rechtspolitik, wo sie die Erfolge der Kämpfe seit den 60er Jahren in der Realität und im Bewußtsein zu nichte machen will.

An was für Bedingungen denken wir? Wir meinen, ein Kampf gegen statistische Erhebungen als solche wäre nicht nur ein Kampf gegen Windmühlenflügel, sondern direkt gegen die demokratischen Ziele der Bewegung selber gerichtet. Statistische Daten können eine wichtige Waffe der Demokratie gegen den bürgerlichen Staat sein, eine Waffe der Lohnabhängigen im Kampf gegen die Ökonomie der herrschenden Klasse.

Als erstes Prinzip muß daher gelten: Alle Daten, die von Staats wegen bei irgendeiner Behörde gesammelt und gespeichert werden, müssen grundsätzlich der Öffentlichkeit und jedem einzelnen Individuum kostenlos zugänglich sein. Dies wäre auch erstes Prinzip eines wirklichen Datenschutzes. Erst bei grundsätzlicher Öffentlichkeit aller Daten aller Behörden kann Datenschutz im engeren Sinn greifen, das heißt die Kontrolle darüber, welche Daten überhaupt gesammelt werden und zu welchem Zweck.

Statistische Erhebungen im eigentlichen Sinn müssen von der behördlichen

Datenerfassung vollständig getrennt werden. Dementsprechend müssen auch die Statistischen Landesämter und das Statistische Bundesamt verfaßt sein. Über die öffentlich zugängliche Verwendung der statistischen Daten hinaus darf es keinerlei Verpflichtung zur Amtshilfe geben.

Statistische Erhebungen müssen jede personenbezogene Speicherung von Daten ausschließen. Statistik soll die Wirkung der Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Ökonomie und Politik für die Gesellschaft durchsichtig machen, aber nicht den einzelnen für den Staat.

Statistische Erhebungen, die sich auf Individuen beziehen und deren persönliche Daten sammeln, müssen nicht nur völlige Anonymität sichern, sondern auch auf völliger Freiwilligkeit beruhen. Anders dagegen muß gegenüber den kapitalistischen Unternehmen und den staatlichen Behörden verfahren werden. Sie sind schärfer als bisher zur Herausgabe der gesellschaftlich relevanten Daten zu verpflichten. Gegenwärtig werden gerade die Unternehmen geschützt, während die Individuen zwangsverpflichtet werden. Daher auch die Irrelevanz vieler Daten bei den statistischen Ämtern. Vollständige Freiwilligkeit statistischer Erhebungen auf Basis von Einzelbefragungen würde dazu zwingen, den Zweck jeder Erhebung eindeutig offenzulegen und ihren sozialen Sinn zu begründen, wenn signifikante Datensammlungen zustande kommen sollen.

Den kapitalistischen Unternehmen müssen für die Sammlung und Weitergabe von Daten gesetzlich Schranken gezogen werden. Das ist vielleicht das Wichtigste. Kontrollinstanzen haben die Betriebsräte und Gewerkschaften zu sein.

Auch wenn es zu Auflagen des Bundesverfassungsgerichts an den Gesetzgeber kommen und die jetzt geplante Volkszählung untersagt werden sollte, blieben alle Auflagen und zukünftigen Volkszählungsgesetze an diesen (und vielleicht weiteren) Bedingungen zu messen. Solange sie nicht erfüllt sind, bleibt die Boykottlösung auf der Tagesordnung. Zu Euphorie werden hoffentlich die wenigsten einen Anlaß sehen.

**Impressum** **Kommune.** Forum für Politik und Ökonomie. Monatszeitschrift **Herausgeber:** M. Ackermann, H. Biesecker, F. Dick, C. Falter, G. Heinemann, V. Lehmann, A. Mönich, A. Nikolaus, G. Schabram, J. Schmierer, Th. Siegner, H. Simon, H. Sörje, B. Wagner, J. Walla **Redaktion:** M. Ackermann (ma), F. Bleicher (fb), C. Falter (cf), G. Heinemann (gh), Th. Mehlen (tm), J. Schmierer (js). Verantwortlich im Sinne des Presserechts: J. Schmierer **Gestaltung:** M. Ackermann **Beiträge,** die namentlich gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder **Adresse der Redaktion:** Kommune-Redaktion, Postfach 11 11 62, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 11, Telefon 0611/73 02 36, Telex: 41 30 80 kuehl d **Verlag und Anzeigenverwaltung:** Kühl Verwaltungen GmbH & Co. Verlagsgesellschaft, Postfach 11 11 62, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 11 **Es gilt Anzeigenpreisliste 1/1983** **Satz und Druck:** CARO Druck GmbH, Frankfurt **Vertrieb, Bestellungen und Abonnements:** Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 11 11 62, 6000 Frankfurt 11, Telefon 0611/73 02 34 **Postscheckkonto** PschA Ffm, Kto.-Nr. 18 74 90-607 (BLZ 500 100 60) **Bezugsbedingungen:** Einzelheft 5 DM, Jahresabonnement 60 DM, Halbjahresabonnement 30 DM, Förderabonnement 100 DM. Abonnements, die per Einzugsverfahren gezahlt worden sind, verlängern sich nach Ablauf des Abonnements automatisch, wenn nicht 6 Wochen vor Ablauf gekündigt wurde. Abonnenten, die per Scheck, Überweisung oder bar bezahlt haben, erhalten spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eine erneute Zahlungsaufforderung **Spendenkonto:** „Kommune“ Frankfurter Volksbank eG, Kto.-Nr. 27 16 91 (BLZ 501 900 00) **Eigentumsvorbehalt:** Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden **ISSN 0723-7669**



Zum Programm der  
christlich-liberalen Regierungskoalition

# Ein Wind von rechts für unser Land

Die neue Regierungskoalition zieht die Schrauben an, andererseits fährt sie bisher keinen Konfrontationskurs. Zunächst steht die Umkehrung des politischen Klimas im Vordergrund.



Überraschendes hat das Programm der christlich-liberalen Regierungskoalition kaum zu bieten, und Kohls Regierungserklärung wird es auch nicht tun. Was kann schon anderes erwartet werden? Ein Sieg des Finanzkapitals, Sozialabbau, Umverteilung von unten nach oben, die Kleinen sollen's ausbaden: Einmal grob hingehört und dann tief in die Begriffskiste gegriffen, die Sache hat sich. Die Etikette müssen bloß noch häufig genug wiederholt, ausgeschmückt und mir Birnen- und Straußschen Stiernackenbildern unterlegt werden, dann werden die Leute mit der Zeit schon sehen, was sie sich am 6. März eingebrockt haben. Oder?

Schon nach dem Oktoberputsch hat es sich gerächt, Kohl bloß als den Tölpel zu nehmen, der er in seiner Diktion und seinem motorischen Verhalten ist. Die Politik seiner Regierung nun ebenso schnell als „durchschaut“ abzuhaken, würde sich wie der rächen.

Klar ist die generelle Aufgabe, die dieser neuen Regierung zugedacht ist. Das Lebensniveau der Massen steht in Widerspruch zu den Erfordernissen der Profitwirtschaft, also muß es umfassend gesenkt werden. Die „weltwirtschaftliche Herausforderung“ verlangt „gewaltige Investitionen“ der Produktionsapparat muß erneuert und neu strukturiert werden. Dafür muß der Rahmen unter neuen Bedingungen neu geschaffen werden.

Die 67er Krise hatte die politischen Widersprüche zum Tanzen gebracht und die sozialliberale Koalition an die Regierung

gespült. Der politische und kulturelle Mief der Adenauer-Ära wurde gelüftet, ökonomisch aber blieb alles beim alten. Namentlich dank günstiger weltwirtschaftlicher Konstellation fand die kapitalistische Wirtschaft rasch wieder Tritt, sie warf genügend ab, damit auch eine Reihe sozialdemokratischer Reformen finanziert werden konnte.

## Von Friedemann Bleicher

Dann kam die 74er Krise. Widerwillig nahmen die Sozialliberalen Stück für Stück ihre Reformen zurück, weil sonst der Profit als Motor der gesellschaftlichen Produktion seinen Dienst versagt hätte. Als es mit der widerwilligen Hinnahme kapitalistischer Sachzwänge nicht mehr getan war, stand ein Machtwechsel ins Haus. Und die Berufung der christlich-liberalen Regierungskoalition ist es, die Ökonomie des Kapitals wieder ganz freizulegen, sie von allen Schranken zu befreien, die ihr der Wille der Gesellschaft aufgezwungen hatte. Wie aber dahin kommen?

Kann die Reaktion gleich das Zeppter schwingen, oder muß sie zuerst das ideolo-

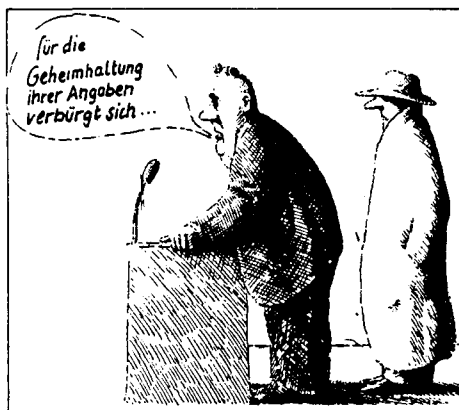
gische Feld bestellen? Wie weit können die Schrauben angezogen werden, müssen die Gewerkschaften besänftigt werden, oder ist direkte Konfrontation angesagt? Wo liegt das Schwergewicht der Regierungskoalition, ressortmäßig eher bei der Rechts- und Innen- oder mehr bei der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik?

Wie gesagt, das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen kann nicht überraschen. Aufschlußreicher ist schon, das Ziehen und Zerren zu betrachten, das zu diesem Ergebnis geführt hat. Welche Kräfte haben sich verankert, welche dürfen die Kulisse abgeben?

Die CSU habe sich „in einem für uns befriedigenden – um keinen stärkeren Ausdruck zu gebrauchen – Maße durchgesetzt“, gab Strauß dem *Spiegel* zu Protokoll – nachdem er erstmalig betonte, personell sei die Partei im Kabinett Kohl stärker vertreten als jemals in einer unionsgeführten Bundesregierung.

Strauß wird recht haben, denn allen markigen Wahlkampfprüchen zum Trotz fiel die FDP so sang- und klanglos um, daß nichtmal ein Aufschlag zu hören war – und zwar gerade auf jenen Gebieten, wo sie sich besonders als mäßigender Bremsen angepriesen hatte.

So beim *Demonstrationsrecht*. Ganz richtig bemerkt die *FAZ*, es verdiene besonderes Interesse, daß die FDP in diesem Punkt den Wünschen der Unionsparteien nachgegeben hat. War doch die Beseitigung des Landfriedensbuchparagrafen eines der ersten großen Aushängeschilder der sozialliberalen Koalition gewesen. Im Koalitionspapier heißt es: „Teilnehmer an einer Menschenmenge, aus der Gewalttätigkeiten gegen Menschen oder Sachen oder Bedrohungen von Menschen mit einer Gewalttätig-



## Aufschwung, aber für wen?

„Die CSU und die Regierung hat uns ver-schaukelt!“ meinte ein Stahlarbeiter der Maxhütte in Sulzbach-Rosenberg zu dem Reporter der *Nürnberger Nachrichten* in dem Bericht am 2.4.1983. In Sulzbach-Rosenberg hatte die SPD am 6. März 6% Stimmen verloren, und die CSU hatte erstmals die Mehrheit in dieser Stadt erreicht.

Ehrlicher als die Sozialliberalen hatte die Regierung Kohl-Genscher schon vor der Wahl gesagt, daß man sich am 6. März nicht nur das Votum für die Stationierung der Mittelstreckenraketen holen wolle, sondern auch für die Fortsetzung des Sozialabbaus.

Der dafür versprochene Aufschwung hat sich allerdings auf die Börsen und Gewinne beschränkt, und es gibt berechnete Anzeichen dafür, daß der opferbereite Bürger daran nie beteiligt wird und doch alleine die Zeche zahlen muß.

Die Sanierung des Staatshaushaltes und die „Entlastung“ der Unternehmer sind die Mittel der Regierung, den Aufschwung in Gang zu setzen. *Die Haushaltssanierung*, der Schuldenabbau bei der öffentlichen Hand, ist zwar an sich begrüßenswert, da die enormen Zinsen (30 Mrd. DM 1983) große Lücken in den Haushalt reißen ohne irgendwelche Gegenleistung. *Der Abbau der sozialen Leistungen* gerade bei den Schwächsten ist dafür aber ebenso falsch wie unsozial. Rentner und Arbeitslose werden einen Verlust des Realeinkommens von ca. fünf Prozent hinnehmen müssen, und man überlegt sogar, wie man die Behinderten noch schröpfen kann. Dazu kommen Mehrausgaben für breite Bevölkerungsschichten durch Erhöhung der Mehrwertsteuer und der Beiträge zur Rentenversicherung.

1984/86 sollen bei Bund, Ländern und Gemeinden insgesamt 38 bis 40 Mrd. DM eingespart werden. Dies geht nur auf Kosten der öffentlichen Investitionen und des privaten Verbrauchs. Dadurch muß der Inlandsmarkt noch weiter zurückgehen, was bei der weltwirtschaftlichen Lage auch nicht mehr durch den Export ausgeglichen werden kann.

*Die Entlastung der Unternehmer* die Regierung denkt an Steuergeschenke in Höhe von ca. 3,3 Mrd. DM 1983 – wird angesichts dieser Marktlage und der nicht ausgelasteten Kapazitäten natürlich nicht zu Kapazitätserweiterungen und damit zur Schaffung neuer Arbeitsplätze führen, sondern sie wird, soweit das Geld nicht ins Ausland geht, in verstärkte Rationalisierung münden und somit die Arbeitslosigkeit verstärken.

*Die Großprojekte, Atomanlagen,*

Rhein-Main-Donau-Kanal, Großflughäfen, Autobahnen und Breitbandverkabelung, die trotz des Widerstandes in der Bevölkerung und der knappen Haushaltslage fortgesetzt werden sollen, beschleunigen die Zerstörung der Umwelt ebenso wie die Wirtschaftskrise. Sie kosten Unsummen, sind unwirtschaftlich und bringen hohe Folgekosten, aber wenig Arbeitsplätze.

Bei der Breitbandverkabelung ist man sich sogar sicher, daß dadurch 500000 bis eine Million Arbeitsplätze vorwiegend im Dienstleistungsgewerbe längerfristig vernichtet werden.

Daß bei solchen Ausgaben für den *Umweltschutz* kein Geld über ist und im Interesse des „Aufschwungs“ wohl auch höhere Auflagen für die Betriebe nicht zu erwarten sind, wundert da schon niemand mehr.

Damit die Haushaltssanierung zumindest auf dem Papier gelingt, sind jährliche Mehreinnahmen des Staates von 2,5% angesetzt. Wesentlich höhere *Wirtschaftswachstumsraten* wären notwendig, um entsprechende Steigerungen der Staatseinnahmen zu ermöglichen.

Bei steigender Arbeitslosigkeit und Konsumrückgang durch den Sozialabbau aber gibt es keine Grundlage für die geplanten Steigerungen der Staatseinnahmen. Da liegt der innere Widerspruch des Regierungsprogramms. So kommt, ganz unter kapitalistischen Kriterien, das Kieler Wirtschaftsinstitut zu dem Ergebnis, daß die Bonner Wirtschaftspolitik immer noch falsch sei und die geringe Belegung kaum verhindern werde, daß die Arbeitslosenzahlen im Winter 1983/84 die Drei-Millionen-Grenze erreichen werden, was auch in der Tendenz vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung in Essen bestätigt wird, das kaum Unterschiede zwischen der alten und der neuen Wirtschaftspolitik sieht.

Also selbst nach kapitalistischen Kriterien kann diese Wirtschaftspolitik, weil in sich selbst widersprüchlich, nicht den Erfolg bringen. Nach kurzer Belegung durch Zinssenkung und abfallende Ölpreise werden Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung weiter ansteigen.

Die Opferbereitschaft, die der Bürger durch die Wahl von Kohl und Genscher gezeigt hat, wird zwar wohl ausgenutzt werden, aber nutzen wird sie nichts.

Es gibt keinen Ausweg aus der Sackgasse kapitalistischer Wachstumspolitik innerhalb des Systems!

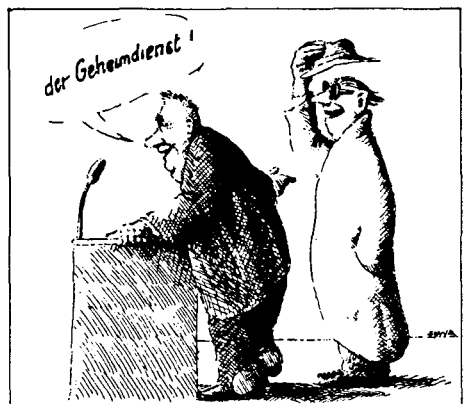
*Dieter Burgmann ist Betriebsrat in Nürnberg und Bundestagsabgeordneter der Grünen*

keit in einer die Öffentlichkeit gefährdenden Weise begangen werden, sollen unter Strafe gestellt werden, wenn sie sich nach einer Aufforderung durch den zuständigen Hoheitsträger aus der Menschenmenge nicht entfernen.“ Ausnahmen sollen u.a. für diejenigen gelten, „die sich nachweisbar darum bemühen, mäßigend auf Gewalttäter einzuwirken.“

Dazu Friedrich Karl Fromme in der *FAZ*. „Das Wort ‚nachweisbar‘ verdient hier besondere Beachtung; es heißt, daß nach einer Gesetzesänderung schlichte Behauptungen, man sei nicht weggegangen, um die leider zur Gewalt neigenden Freunde zu beschwichtigen, nicht viel wiegen sollen.“ Mithin wird die Beweislast, die im Gerichtsverfahren oft entscheidend ist, dahingehend verkehrt, daß nicht die Staatsanwaltschaft die Schuld, sondern der Beschuldigte seine Unschuld (im Sinne des Gesetzes) nachzuweisen hat.

Gegenüber dieser neuerlichen Etablierung eines mit der Reichsgründung 1871 eingeführten Straftatbestandes, gesetzliche Grundlage für Massenverhaftungen nach Nürnberger Muster, (*FAZ*. „Ein Schritt zum Frieden“), ist die Zurückstellung eines allgemeinen Vermummungsverbots relativ unbedeutend, und so wird dies auch allenthalben gesehen. Sowieso wird der Innenminister im Koalitionspapier beauftragt, unverzüglich zu prüfen, ob Strafvorschriften gegen Vermummung und gegen das Tragen von Schutzhelmen (in 1984er Neusprache: „passive Bewaffnung“) erforderlich sind. Wie in anderen Punkten gilt hier Aufgeschoben ist nicht aufgehoben.

Mehr als eine Farce ist die Novellierung des *Kontaktsperregesetzes*, wonach künftig der zuständige Landgerichtspräsident einen Anwalt seines Vertrauens „für bestimmte Kontakthandlungen“ bestellen kann. Kanzler Kohl meinte zu diesem Zugeständnis an die Wahlaussage der FDP, man könne den Landgerichtspräsidenten trauen; sie verkörperten den Rechtsstaat. Auch die CSU hat keine Bedenken, denn, so Strauß, „wenn wir schon den Landgerichtspräsidenten nicht mehr trauen dürfen, dann ist in unserem Staat eh' nichts mehr in Ordnung.“



## Wenn die Spekulation platzt?

Wem der Staatsapparat auf keinen Fall über den Weg trauen darf, sind Verteidiger, die das Vertrauen eines Landgerichtspräsidenten nicht haben, besonders dann, wenn sie das Vertrauen der Kontaktisierten haben.

Wie beim Demonstrationsrecht, so ist auch bei anderen Punkten die Wende und das sang- und klanglose Abgehen der Liberalen von ehemaligen Grundpositionen kaum verhüllt: Beim *Scheidungsrecht*, § 218 *Datenschutz* und *Amtshilfe*. Und schließlich das *Ausländerrecht*. Grundlage einer Novellierung soll der am 1. März vorgelegte Ausländerbericht sein, dessen Vorschläge vom Paßgesetz für Ausländer nach südafrikanischem Vorbild bis zu Nachzugsverbot und Zwangstrennung von Familienangehörigen reichen. Angeblich hat die FDP Innenminister Zimmermann von einem Nachzugsverbot für Kinder noch abhalten können. Zunächst soll die „freiwillige Rückkehr“ durch Kapitalisierung von Renten- Arbeitslosengeld- und Kindergeldansprüchen gefördert werden.

Doch das hat seine Haken. Das Koalitionspapier verlangt, solche Maßnahmen hätten kostenneutral zu sein, was namentlich bei der Gegenrechnung von Ansprüchen an die Rentenversicherung, die erst nach Jahrzehnten „kostenwirksam“ werden, ein dehnbarer Begriff ist und natürlich auch beim Arbeitslosen- und Kindergeld. Die Spatzen pfeifen's von den Dächern und einer der dortigen Chefautoren schreibt's im *Handelsblatt*: „Sollen Rückkehrhilfen wirksam sein, werden sie teuer“ Und dafür ist kein Geld da.

Also greift am Ende folgende Klausel: „Wenn diese (kostenneutralen) Maßnahmen nicht möglich sind oder keinen Erfolg haben, muß die Altersgrenze für nachziehende Kinder in deren Interesse erneut aufgegriffen werden.“

Strauß kann feststellen: „Es ist nicht richtig, daß CDU/CSU auf das Nachzugsverbot für junge Ausländer verzichtet haben.“ Es wird bloß noch 'ne Runde Anlauf genommen. Und von Kohl wird mittels des seriösen Frankfurter Allgemeinen Bankenblattes die Äußerung verbreitet, die Zahl der Ausländer müsse halbiert werden, das Blatt ergänzt: „Tatsächlich soll Kohl die Zahl der hier lebenden Türken (1981 rund 1,5 Millionen) gemeint haben“, jene „prädestinierte Minderheit“, die, so wird befunden, für eine Völkerverschmelzung „nicht geeignet“ ist.

Vorab schon hatte Genscher mit Kohl ausgekungelt, daß die CDU die Wiedereinführung des Landfriedensbruchparagrafen haben kann, wenn die FDP bei den anderen Punkten durch geeignete Wendungen das Gesicht wahren und Genscher und Lambsdorff ihre Ämter behalten dürfen.

Worin eigentlich besteht die „Wende“ genau und wie weit kann sie mit dieser Regierungsformation getrieben werden? Will man nicht in Spekulationen verfallen, dann muß man von den objektiven Bedingungen ausgehen und nicht einfach von dem, was dieses oder jenes Regierungsmittglied sagt. Man kann ja nicht jahrelang vom „Modell Deutschland“ daherlabern, aus einer Wahlkampfloosung der SPD von 1976 eine wissenschaftlich hochgestochene Kategorie machen und dann so tun, als würde sich bei einem Regierungswechsel alles oder nichts ändern. Zwischen diesen beiden Extremen aber schlägt die Stimmungslage der Linken noch aus.

Wenn man der Wahllosung der Sozialdemokratie als wissenschaftlicher Kategorie überhaupt was abgewinnen kann, so drückte sie am ehesten noch folgende sozialen und politischen Kernstrukturen aus:

- „Sozialpartnerschaft“ ist nicht nur eine Phrase, sondern Ausdruck eines gewissen Klassenkompromisses zwischen den Lohnabhängigen und ihren Organisationen auf der einen Seite und den Kapitalisten und ihren Organisationen auf der anderen Seite. Sie materialisiert sich im bestehenden Tarifwesen, der staatlichen Sozialpolitik und lief auf eine konzertierte Aktion zwischen Gewerkschaften, Kapitalistenverbänden und Staat hinaus, egal ob diese offiziell berufen oder mehr informell betrieben wurde.

- Auf dieser Basis eine extreme Weltmarktorientierung, die Vertragssicherheit, eine Preispolitik, die Lohn- und Produktivitätszuwächse austarierte und Wettbewerbsvorteile beinhaltete, und eine liberale Außenhandelspolitik zur Bedingung hatte.

- Ein Parteiensystem mit zwei sich in der Mitte überschneidenden „Volksparteien“, das über die „Solidarität der Demokraten“ und durch die FDP als Zünglein an der Waage eine den objektiven Bedingungen und den Kapitalinteressen jeweils angemessene Regierung ermöglichte, ohne die „Sozialpartnerschaft“ aufzukündigen und durch innere Konfrontation die Stellung auf dem Weltmarkt zu gefährden.

Die Frage ist, ob die neue Regierung diese Kernstrukturen des „Modell Deutschland“ umwälzen kann und ob sie das überhaupt will. Wenn sie aber diese Kernstrukturen entweder gar nicht umwälzen will oder jedenfalls nicht umwälzen kann, dann ist der Handlungsspielraum der Regierung von vornherein ziemlich begrenzt und kann die „Wende“ unter den jetzt gegebenen Bedingungen

nicht allzuweit tragen. Dann ist die Spekulation auf den „Aufschwung“ nicht nur die entscheidende Wahlkampfpropaganda der neuen Regierung gewesen, sondern geradezu die „Basis“ auf der sie steht. Nur unter Bedingungen des „Aufschwungs“ wird sie ihr Stück „Wende“ herbeiführen können, ohne an den Kernstrukturen des „Modell Deutschland“ entscheidend zu rühren und damit eine ganz andere Lage zu schaffen, die nicht mehr durch „Sozialpartnerschaft“ und „Solidarität der Demokraten“ sondern durch Klassenpolarisierung und politische Frontbildung geprägt wäre, eine Lage an der die beiden „Volksparteien“ in ihrer jetzigen Gestalt zerbrechen würden und die bisherigen Bedingungen für die Stellung auf dem Weltmarkt verloren gingen, ohne daß neue Bedingungen für eine solche Stellung (Niedriglohnland) irgendetwas absehbar wären. Die Kunst dieser Regierung wird also darin bestehen, eine ideologisch und politisch reaktionäre Atmosphäre zu schaffen, ohne an die bisherigen Kernstrukturen des „Modell Deutschland“ unmittelbar und frontal heranzugehen. Das Geplänkel um diverse Fernsehsendungen und Rundfunkredaktionen steckt schon das Terrain ab, auf dem die Regierung in der nächsten Zeit eine ihrer Hauptschlachten schlagen wird. Sowieso wird sie ihre Hauptschlachten zunächst auf dem Feld der Innen- und Rechtspolitik schlagen. Ansonsten bleibt es bei der Spekulation auf den „Aufschwung“, den zu erleichtern zunächst Rentner, Arbeitslose, Behinderte, Frauen und Ausländer brocken- die gewerkschaftlich organisierten Lohnabhängigen in Arbeit aber nur scheinungsweise bezahlen müssen. Die Lohnkosten werden vor allem über die Lohnnebenkosten gesenkt und direkt jedenfalls nicht mit der Brutalität, die jene trifft, die im „Modell Deutschland“ immer schon am Rande standen.

Was aber bleibt, wenn die Spekulation auf den „Aufschwung“ platzt und dieser entscheidende politische Wechsel der Regierung nicht eingelöst werden kann? Bleibt dann der Bourgeoisie nur noch der Faschismus? Vorgesehen ist dann wahrscheinlich eine große Koalition unter Führung „nationaler Persönlichkeiten von Weltruf“ Vielleicht hat sich Strauß ja doch was dabei gedacht, als er nicht in die Regierung ging? Wenn Schmidt seine Parteiämter niederlegt, dann legt er doch sicher nicht sein vielbeschworenes „Pflichtgefühl“ ab? Die Herausgeber von *Zeit* und *Bayernkurier* gäben die richtige Mischung ab für den Fall „nationalen Notstands“



## Pig Brother: Boycott und sonst nichts?

Vom Datenschutz mal abgesehen - die inhaltliche Auseinandersetzung mit der Volkszählung steckt noch in den Kinderschuhen. Ein Versuch dazu im neuen **UMBRUCH**

Außerdem: Zu Unrecht (fast) vergessen: Schriftsteller/innen der Pariser Commune.

Z.B. Louise Michel: Auch ein Beitrag zur Geschichte der Frauenbewegung / "Wir stem-peln für Deutschland": Das 'Mobile Rhein-Main-Theater' kommt ausführlich zu Wort ...

**UMBRUCH** Eine marxistische Zeitschrift für Kultur und Wissenschaft. Coupon zum Kennenlernen nebenan.

**Kennenlern-Coupon**  
So einfach ist's, den UMBRUCH kennenzulernen:  
Diesen Coupon + 1,40 DM in Briefmarken  
einsenden und schon kommt unser  
INFO-PAKET mit Probheft  
vom UMBRUCH,  
Mainzer Landstr.  
147, 6761m.  
K

Mehr war ohnehin nicht drin, nachdem die Wende schonmal eingeleitet war. Sachlich mußten die Unionsparteien keinerlei Korrektur ihrer Forderungen hinnehmen, die Erfüllung keiner einzigen Forderung wurde ausgeschlossen, allenfalls mußten sie der Vorschaltung einer „Prüfung“ zustimmen. Gerhart Baum, früher auch schon auf Staatsschutz bedacht, stieß mit seiner Bemerkung, das alte Demonstrationsrecht habe sich bewährt, in der Runde der Koalitionäre nur noch auf allgemeines Gelächter

**A**nders waren die Koalitionen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, mit dem Ergebnis, daß auch hier so etwa der schlimmste gemeinsame Nenner gefunden wurde.

Da war zunächst die „Investitionshilfe-abgabe“ deren versprochene Einbehaltung das Bonbon an den Arbeitnehmerflügel im Wahlprogramm der CDU gewesen war. Sonst um keinen Rückzieher verlegen, blieb die FDP hier hart. Lambsdorff: „Das ist unser Punkt. Schließlich haben wir wegen dieser Abgabe die Koalition mit der SPD verlassen.“ Und er konnte auf die Unterstützung von Strauß rechnen, der im Wahlkampf noch ganz anders getönt hatte. Jetzt konnte sich auch die CDU-Spitze von ihrem Wahlversprechen verabschieden – schließlich setzt eine Koalition ja Kompromisse voraus – und Norbert Blüm stand nicht zum letzten Mal im Regen.

Beschlossen wurde, daß die Abgabe zurückgezahlt wird, wenn auch modifiziert; und die Befreiungsklausel bleibt auch. Letztere ist so großzügig, daß kaum ein Unternehmer Gewerbetreibender oder Selbständiger je zahlen wird.

Überhaupt die Steuerpolitik: Von den vier Milliarden Mehreinnahmen aus der Mehrwertsteuererhöhung, die bereits beschlossen ist und zum 1. Juli in Kraft tritt, sollen 3,5 Milliarden zur Entlastung der gewerblichen Wirtschaft verwandt werden. Was bei Gewinn- Vermögens- und Gewerbesteuer in den letzten Jahren zusammengestrichen wurde, geht auf keine Kuhhaut mehr. Die Steuerquote auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen betrug vergangenes Jahr 18,1%, während es um 1970 über 19% gewesen waren. Dagegen erhöhte sich die Lohnsteuerquote in diesem Zeitraum von 11,8% auf 16,6%.

Was die christlich-liberale Koalition an Sozialleistungen alles zusammenstreichen will, steht im Koalitionspapier nur teilweise. Erst nach und nach dringt es an die Öffentlichkeit, obwohl das meiste längst beschlossen ist. Aber die Eckdaten wurden gesetzt: Rund 14 Milliarden Mark sollen „eingespart“ werden, und zwar im Bereich Arbeit und Soziales.

– Das Arbeitslosen- Schlechtwetter und Kurzarbeitergeld wird für Ledige und Kinderlose von derzeit formell 68% auf 62% herabgesetzt, die Arbeitslosenhilfe von 58% auf 52%. So wie es Lambsdorffs Strategiepapier vom September verlangt hatte. Dies obwohl ein Drittel der registrierten Arbeitslosen überhaupt keine Unterstützung erhält und jene, die Unterstützung erhalten, zu zwei Drittel weniger als 1000 DM im Monat erhalten; bei den Ledigen erhalten sogar mehr als drei Viertel weniger als 1000 DM.

Das ganze zielt auf eine Senkung des Familieneinkommens und die Verlagerung der Kosten auf den Ausgleich unter Angehörigen. Weist doch die Statistik aus, daß über 85% der arbeitssuchenden Erwerbslosen in Mehrpersonenhaushalten leben und schon jetzt rund 40% der Ledigen und der verheirateten Frauen unter den Erwerbslosen überwiegend vom Einkommen der Angehörigen leben.

– Der Beitrag zur Sozialversicherung soll dadurch erhöht werden, daß einmalige Sonderzahlungen vollständig beitragspflichtig werden. Drei Milliarden soll das bringen.

Die Feinheit besteht darin, daß noch die sozialliberale Koalition verfügt hatte, daß just die Sonderzahlungen (Weihnachts- und Urlaubsgeld) bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes nicht berücksichtigt werden. Durch die Hintertür war damit das Arbeitslosengeld auf 62% gesenkt worden, die neuerliche Absenkung würde es auf faktisch 56% bringen.

– Weitere 300 Millionen sollen von den Schwerbehinderten geholt werden.

– Das Kindergeld wird durch ein „Familiensplitting“ im Steuerrecht ergänzt.

– Die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme für die Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrenten werden enger gefaßt.

– Vom Krankengeld, ohnehin auf den Nettolohn berechnet, werden am 1. Januar 1984 Beiträge zur Rentenversicherung abgezogen (9,25% von brutto).

Daß Stimmenfänger Blüm schon in den ersten Wochen nach der Wahl zum nützlichen Idioten degradiert wurde und die Sozialausschüsse der CDU nichts zu sagen haben, steht nach der Koalitionsvereinbarung fest.

Sicherung der Renten war eines der ersten Wahlkampfthemen der CDU, womit nur schwer übertüncht werden konnte, daß ihre erste Regierungsmaßnahme in der Reduzierung der diesjährigen Rentenanpassung auf im Ergebnis nominal 2,3% bestanden hatte. Die Rentenerhöhung im kommenden Jahr dürfte sich auf 1,5% belaufen. Doch damit nicht genug, die Koalitionsvereinbarung sieht eine weitere Ver-



# Ehescheidungsrecht – und der Unsinn von den „unterhaltsgeschädigten“ Patriarchen

Sechs Jahre lang wütendes Geheul. Schutzgemeinschaften von „Unterhaltsgeschädigten“ gründeten sich. Jetzt ist die Wende da. Die Koalitionsvereinbarung sichert die Änderung des Ehescheidungsfolgerechts zu mit dem Ziel, „durch die Berücksichtigung von mehr Einzelfallgerechtigkeit Mißbräuche bei der Geltendmachung von Ansprüchen zu beseitigen“

Die undurchsichtige Formulierung hat folgenden Hintergrund. 1967 wurde eine Ehrechtskommission gebildet. 10 Jahre ging es hin und her bis am 1.7.1977 das neue Ehe und Ehescheidungsfolgerecht in Kraft trat. Die Geburtsstunde der „Partnerschaftsehe“ wurde eingeläutet. Frauen waren nach dem Gesetz nicht mehr nur Hausfrauen, denen Erwerbstätigkeit nur mit Zustimmung des Ehemannes gestattet war, sondern „Ehepartner“. Statt Zwangsgewalt des Patriarchen hieß es jetzt Einigung durch die Partner. „Partnerschaft“ war der Dreh, den Frauen eine Gleichheit zu suggerieren, die es bis heute nicht gibt. Das neue Ehescheidungsrecht lehnt es ab, nach dem Schuldigen zu suchen, sondern knüpft an die Zerrüttung der Ehe an, die in der Regel vermutet wird, wenn eine einjährige Trennung nachgewiesen wird und Frau und Mann die Scheidung wollen. Mit der Ehescheidung werden nach dem neuen Recht auch die Scheidungsfolgen geregelt. Früher gab es Unterhalt nur für die Nichtschuldiggeschiedenen. Das neue Recht lehnt auch hier konsequent das Schuldprinzip ab und sieht Unterhaltsansprüche dann vor wenn Bedürftigkeit vorliegt, die nicht durch eigene Erwerbstätigkeit ausgeglichen werden kann. Unterhalt kann nur beansprucht werden, wenn Kinder zu betreuen sind, oder wenn infolge Krankheit, hohem Alter oder mangelnder Ausbildung eine Erwerbstätigkeit nicht oder nicht sofort ausgeübt werden kann. Insoweit sind Frauen gegenüber dem alten Recht sogar tendenziell schlechter gestellt. Über den Versorgungsausgleich erhält die Frau, die jahre lang ihm den Haushalt geführt hat, genau für diese Zeit der Haushälterinnenschaft einen eigenen Rentenanspruch, indem die während der Ehezeit erworbene Rente des Mannes geteilt wird.

Entscheidende Verbesserungen für die Frauen – etwa beim Unterhalt – sind keineswegs durch die Ehrechtsreform

herausgekommen. Schon die Tatsache, daß Frauen überhaupt in die Lage kommen, Unterhalt zu verlangen, ist übel. Abgesichert sind ihre Ansprüche – die ja weniger mit dem Bett als mit ehebedingtem Verzicht zusammenhängen keineswegs. Die Rechtsstreitigkeiten, in denen der Herr des Hauses die ausgezeichnete Vermittelbarkeit in Putzstellen und Fabriken genau derselben Frau feststellt, die er aus der Ausbildung geholt und 25 Jahre lang für sich unentgeltlich hat arbeiten lassen, sind alltäglich. Nicht mehr was die eheliche Gemeinschaft, aber was die Erwerbstätigkeit betrifft, wird aus der geschiedenen Ehefrau plötzlich eine unverbrauchte Kraft, die ohne weiteres ihren Lebensunterhalt selbst verdienen kann.

Trotzdem glaubt alle Welt, daß durch das neue Ehescheidungsfolgerecht großes Unrecht geschehen ist. Es war nicht etwa nur die *Bild am Sonntag*. Arm in Arm zogen *Quick*, *Spiegel*, *Bild*, *Stern* und wie sie noch alle heißen an die Front. Jeder wußte mindestens eine herzerreißende Geschichte von dem Ehemann, der nach Scheidung durch horrenden Unterhaltsanspruch ausgeplündert kaum noch das Hemd zum Wechseln hat, während sie in Saus und Braus lebt. Weitere Schreckensmeldungen werden des öfteren aus den USA verbreitet, wo mittlerweile sogar die Geliebten Millionenapangan abkassieren könnten.

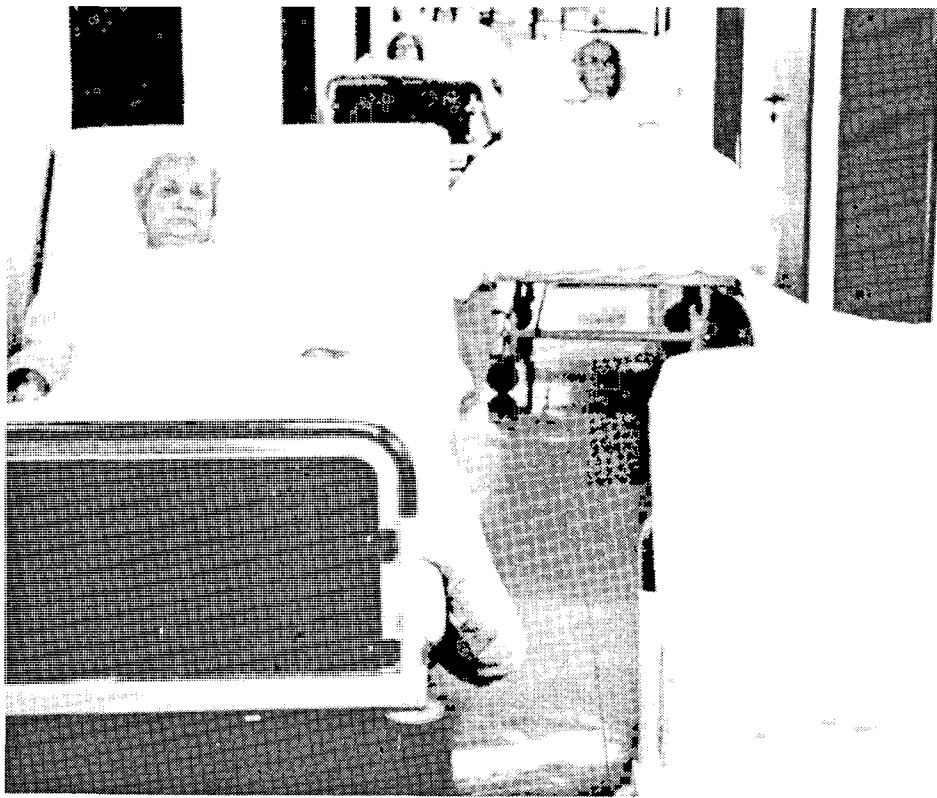
Empörend schließlich die Fälle, in denen die Ehefrau wiederum ihn ausplündert und das so Erplünderte auch noch mit einem anderen verpraßt, also mit einem anderen Mann zusammenlebt. Selbst in einer juristischen Fachzeitschrift sind Aufschreie wie der folgende zu lesen: „Die Verzweiflung der Erwerbstätigen ist die Konsequenz des Scheidungsfolgerechts, das Menschen ohne Anknüpfung an ein eigenes zurechenbares Verhalten nach dem Verlust des Lebensgefährten die Lebensleistung (Kinder und Früchte der beruflichen Anstrengung) und die persönliche Entfaltungsfreiheit für die Zukunft nimmt.“ Genau dieser letzte Fall trifft sozusagen ins Mark des Patriarchen.

Wieso soll er als Betrogener zahlen, wo sie doch jetzt einem anderen gehört, der seinen neuen Besitz gefälligst selbst unterhalten kann. Fast jede Bestimmung des Unterhaltsrechts ebenso wie die

des Versorgungsausgleichs – wurde er bittert auch vor den Gerichten bekämpft. Das Bundesverfassungsgericht war mehrfach befaßt. In diesem Zusammenhang ist die „Einzelfallgerechtigkeit“ die es herzustellen gilt, zu sehen. Jede Frau soll es sich künftig dreimal überlegen, ob sie öffentlich mit einem anderen Mann geht und den ihren verläßt. Geplant sind Gesetzesänderungen, die das Verschuldensprinzip bei der Frage des Unterhaltes und des Versorgungsausgleiches wieder einführen. Schon jetzt gibt es in mehreren Urteilen des Bundesgerichtshofes die Tendenz, Unterhalt trotz Kinderbetreuung für die Ehefrau zu versagen, wenn diese den Mann verlassen und einen Freund hat. „Wendet sich ein Ehegatte gegen den Willen seines Ehepartners einem anderen Partner zu, so distanziert er sich damit in einem Maße von seinen eigenen ehelichen Bindungen, daß es grob unbillig wäre, wenn er seinerseits den Ehepartner aus dessen ehelicher Mitverantwortung für sein wirtschaftliches Auskommen in Anspruch nehmen könnte“, so lautet die patriarchalische Anschauung juristisch übersetzt. Zur Verdeutlichung womit die Aufgabe der Ehebeziehung durch Frauen auch heute noch durch Gerichte verglichen wird: Ein Unterhaltsanspruch kann nur dann aberkannt werden, wenn der Unterhaltsberechtigten ein Verbrechen oder schweres Vergehen begangen, oder in Schädigungsabsicht die Unterhaltsbedürftigkeit herbeigeführt hat. Eine allgemeine Klausel im Gesetz (§ 1579 BGB), die in ebenso schwerwiegenden Fällen wie den eben dargestellten den Unterhaltsanspruch ausschließt, dient den Juristen als Begründung für die oben zitierte neuere Rechtsprechung. „Kein anderer soll sie nach mir besitzen“ ist offenbar der Leitsatz.

Zum Schluß: Wie wenige es von diesen „unterhaltsgeschädigten“ Männern überhaupt gibt, beweist eine Aufstellung: Nur 29% der geschiedenen Frauen haben überhaupt einen Anspruch auf Unterhalt. Durchschnittlich beträgt der Unterhalt dieser Frauen 420 DM monatlich. Ein Drittel aller geschiedenen Mütter ist von Sozialhilfe abhängig. Von 823000 alleinerziehenden mit Kindern unter 18 Jahren waren 62% erwerbstätig.

Birgit Laubach



schiebung des Anpassungstermins im Jahre 1984 vor

Das war Blüm denn doch zu dick. Aber auf die Verschiebung wird nur verzichtet, wenn Blüm binnen eines Jahres einen Vorschlag vorlegen kann, der denselben Kürzungsbetrag erbringt und dem alle Koalitionspartner zustimmen. Bitter beschwerten sich die Sozialausschüsse: „Die Zwangsjacke, in die die Koalitionsvereinbarungen den Arbeitsminister pressen, kommt einem Mißtrauensvotum gleich.“

**D**as Gefährlichste an dieser Koalitionsbildung ist nicht ihr Programm, sondern der Erweis, daß jene Kräfte in den beteiligten Parteien, die die Staatsmacht beschränkt sehen wollen oder sich wenigstens ihrem Selbstverständnis nach der Arbeiterschaft verbunden fühlen, keinerlei Machtbasis haben. Sie sind vollständig auf die Duldung der Macher angewiesen, und deren Aktionen unterliegen ausschließlich äußeren politischen Opportunitätsgesichtspunkten. Wie weit sie gehen, hängt allein davon ab was sie im Kreuz zu haben gedenken und wieviel Unruhe die Bedürfnisse der Wirtschaft zulassen. Ein Zimmermann legt die staatsmännische Krawatte von heute auf morgen ab und macht's texanisch.

Entscheidend war jetzt die Besetzung von Posten und Positionen, und das ist den schwarzen Strategen auch bewußt. Nicht umsonst weist Strauß auf die fünf CSU-Minister hin, zu denen etliche Staatssekretäre kommen. Und wieder verdient die *FAZ* zitiert zu werden, weil der neue Kurs von diesem Blatt am zielstrebigsten vertreten wird: „Koalitionsvereinbarungen sind Absichtserklärungen und ein bißchen mehr Was daraus wird, hängt auch davon ab, wer jeweils die Dinge in der Hand hat.“ Also wird

sich z.B. in der Ausländerpolitik bestimmt was rühren, es sei nicht anzunehmen, daß Zimmermann die Sache ruhen läßt, „und er ist, über den Bundesgrenzschutz, auch Herr des Verfahrens an der Grenze. Das hat mit unerwünschtem ‚Nachzug‘ auch etwas zu tun.“

Ähnlich verhält es sich etwa bei der Amtshilfe oder beim Datenschutz, aber auch bezüglich der Besetzung von Posten in Verwaltung, Justiz, Rundfunk usw

Diese Änderungen zählen viel mehr, als die Einschnitte im Sozialbereich. Da wird im großen und ganzen fortgesetzt, was 1975 mit dem Schmidtschen Haushaltsstrukturgesetz begonnen wurde. Die Regierung Kohl wird das System der sozialen Absicherungen nicht hochgehen lassen, sondern von den Rändern her angreifen und durch lautstarke Sprüche den Boden für mehr zu bereiten suchen. Oder ließe sich nicht mit den Sprüchen, die gegenwärtig so in den Sprachgebrauch eingeführt werden, auch die Umwandlung der Rentenversicherung in individuelle Lebensversicherungen, die Beitragsgestaltung bei der Krankenversicherung nach dem Muster der Privatversicherungen, die Ersetzung der Sozialhilfe durch Arbeitshäuser begründen? So wie Kohls Argumente für ein Vermummungsverbot und die regierungsamtliche Rechtfertigung der Volkszählung ebensogut für die Begründung der Aufhebung des Wahlgeheimnisses herhalten könnten, zumal ja grundgesetzlich garantiert ist, daß niemand aufgrund seiner politischen Überzeugungen Nachteile entstehen dürfen. Und läßt sich die gegen die hohe Ausländerzahl gewandte Vorstellung vom Land, „dessen Enge Hochdruck erzeugt“ (*FAZ*), nicht extensiv verwenden, ist sie erstmal verankert?

Was im „Sozialen Netz“ jetzt materiell verändert wird, zielt auf die Aussteuerung

unnützer Personen und Antreibung der anderen zu mehr Arbeit. Neben den insgeheim schon beschlossenen Änderungen bei der Arbeitslosenversicherung darf hier die „Kostenbegrenzung in der Sozialhilfe“ in der Koalitionsvereinbarung nicht übersehen werden.

Vom Prinzip daß die Sozialhilfe den Bedarf für ein „Leben in Würde“ gewähren soll, wurde schon längst abgewichen, die Höhe der Regelsätze wird dem Zustand des Arbeitsmarktes und der öffentlichen Haushalte untergeordnet. Schrieb eine Gruppe von Armutsforschern jüngst in einem Memorandum: „Während die öffentlichen Arbeitgeber Arbeitsplätze streichen, werden Sozialhilfeempfänger sukzessive mit der Wahrnehmung ‚gemeinnütziger, zusätzlicher‘ Aufgaben betraut, die außerhalb arbeitsrechtlicher Schutzbestimmungen liegen. Rückwirkungen auch auf die regulär Beschäftigten sind zu erwarten“

Und wer den Zusammenhang zwischen Arbeits-Antreiberei und Ausländerpolitik verkennt, lese bei einem Dr Wolfgang Philipp in der *FAZ* vom 25. März: „Nach wie vor lehnen viele Deutsche eine Beschäftigung ab, wenn ihnen die Differenz zwischen Arbeitslosengeld und Nettolohn zu gering erscheint. Solche Arbeitsplätze werden von niedrig bezahlten, oft sogar schwarz beschäftigten Ausländern eingenommen. Eines der Grundprobleme dieses Landes besteht darin, die Deutschen auch in diesem Bereich wieder ‚an die Arbeit‘ zu bringen.“

Bekämpft die linke Opposition diese Politik weiterhin bloß als „Sozialabbau“ so macht sie blind und unempfindlich gegenüber deren langfristiger Wirkung und wird schon die politische Restauration nicht aufhalten können. □

# Bremer Wahlvorbereitungen von links

Der Kommunalpolitische Kongreß in Bremen (siehe *Kommune* 3, S. 29) hat sich als ein aufgesetztes, wenig klärendes Forum erwiesen.

Der Wahlbewegung in Bremen war dieser Kongreß aufgesetzt, da er kaum auf deren Arbeitsergebnisse beruhte (die offenen Arbeitsgruppen der Grünen etwa sind erst Anfang April zu einem ersten 120 Seiten langen Entwurf eines Wahlprogramms gekommen), sondern von den Initiatoren inhaltlich übers Knie gebrochen wurde. Im Ergebnis konnte der Kongreß (350 Teilnehmer) so auch überhaupt nicht annähernd die Teilnehmer der Arbeitsgruppen sowohl um die Grünen als auch des BAB (betrieblich alternatives Bündnis) erfassen, sondern wurde dominiert von politisch Organisierten, vor allem Mitgliedern der DKP, Arterpolitik (Arpo), KPD/ML sowie der AL (verstärkt durch angereiste GALier und den Bremer Grünen politisch nicht grüne Umlandsgrüne).

Was soll man auch schon erwarten, wenn in der Vorbereitung des Kongresses zwar abstrakt die Notwendigkeit eines kommunalpolitischen Programms beschrieben worden war aber (fast) keine konkreten schriftlichen Vorschläge vorlagen. Erst auf dem Kongreß selbst lag eine Reihe Pamphlete ganz unterschiedlicher Konkretion vor zum Teil mit heißen Nadeln auf die Schnelle gestrickt, zum Teil nichtssagende Statements, andere zu umfangreich, um sie ad hoc zur Grundlage der Debatte in den verschiedenen Arbeitsgruppen zu machen. Im Ergebnis der AGs gab es dann sowohl tatsächliche erste Arbeitsergebnisse wie rein prinzipiell gezogene Fronten, Umschreibung von notwendigen Arbeitsaufgaben, aber auch oberflächliche Nonsens-Eintracht.

Um Mißverständnissen vorzubeugen – mir geht es nicht darum, positive Ergebnisse oder die Notwendigkeit eines solchen Kongresses hinwegzudiskutieren. Gemessen an seinem Anspruch, Erarbeitung eines kommunalpolitischen Programms für Bremen, hat er zu wenig gebracht, war bestenfalls ein zarter Anfang, aber keineswegs Abschluß eines solchen Arbeitsprozesses.

Man bräuchte darauf nicht derart viel Worte verschwenden, wenn man halt die Mängel des ersten Kongresses mit einem zweiten Kongreß ausmerzen und sich so ein Stück weiter an die Erarbeitung eines brauchbaren Wahlprogramms für Bremen machen würde. Bedauerlicherweise ist, was die Initiatoren des Kongresses, DKP Arpo, AL, betrifft, daran nicht gedacht – am 13.4. soll nun in Bremen ihre Liste gegründet werden. Bereits auf dem

Abschlußplenum des Kongresses wurde ein grausliches Tribunal über die Grünen veranstaltet. Die Methode: Man behauptete, es hätte sich in den Arbeitsgruppen eine tragfähige kommunalpolitische Einheit gezeigt, die durch weitergehende Differenzen nicht zur Spaltung führen müsse. Die Grünen indes erhoben nach wie vor einen „inhaltlichen und organisatorischen Vorherrschaftsanspruch in Gestalt ihrer offenen Liste“ Ergo will man am 13.4. eine Liste „ohne Führungsanspruch und Unterordnung“ gründen, eine Liste von Personen aus oppositionellen Gruppen, wobei diese Gruppen über ihre Kandidaten sowie über das Wahlprogramm hinausgehende Fragen selbst entscheiden.

Nehmen wir das „kommunalpolitische“ Problem der Klöckner Hütte Bremen. Was auch immer letztlich der Konzern, die Moderatoren oder die Bundesregierung beschließen werden – einschneidende Maßnahmen für die Bremer Belegschaft stehen bevor Also, was „kommunalpolitisch“ tun? Die Position des BAB ist klar: einerseits Verstaatlichung (was heute verschämt als Vergeellschaftung bezeichnet wird, obgleich die Gleichsetzung beider Begriffe einem eigentlich die Haare zu Berge stehen lassen müßte) und andererseits – ich zitiere aus „Der Betriebsrat informiert, Hütte Bremen, 3.2.1983“ (und dessen Verfasser sind zugleich die Fahnnenschwenker des BAB) „Bremen als gemeinsame Exporthütte für Warmbreitband Reduzierung der Warmbreitband-Tonnage der anderen Unternehmen zugunsten von Bremen“ Der Kurs ist Erhalt der Arbeitsplätze durch Expansion auf Kosten ausländischer Stahlbelegschaften.

Statt dessen steht an, sich die Umstrukturierung der Industrie zu überlegen, genau wie es auf den Werften der Fall ist. Zu schauen, wie das vorhandene Arbeitsvermögen und die sachlichen Produktionsanlagen (beim Stahlwerk wohl nur zum Teil) genutzt werden können zur Herstellung von Produkten, an denen heute ein gesellschaftlicher Mangel existiert. Auf jeden Fall in diese Richtung einmal zu denken. So – und zu recht – die Überlegungen, die innerhalb der grünen AGs hierzu existieren, genau wie deren Auffassungen sich gegen Verstaatlichung richten hin auf eine Entstaatlichung gesellschaftlicher Funktionen in Wirtschaft und Gesellschaft zugunsten selbstverwalteter, genossenschaftlicher Verfügung. Die Gegensätze an diesem kommunalpolitischen Beispiel sind schroff, es gibt alles andere als tragfähige und einheitliche Positionen.

Genauso bezüglich der Friedenspolitik. Nach dem Militärputsch in Polen gab es seitens der Gewerkschaften und der Werftbelegschaften einen Kampf in Bremen, um den Senat zu veranlassen, der Solidarność-Delegation ein Haus und Büromöglichkeiten zur Verfügung zu stellen. DKP und Arpo fanden sich damals auf der anderen Seite dieser „kommunalpolitischen“ Bewegung.

Kurz und gut, die behauptete kommunalpolitische Einheit, die DKP und Arpo meinen gefunden zu haben, ist in vielen Punkten nichts wert, weil sie an den Problemen in Bremen vorbeigeht.

Die Grünen haben auf einer MV am 9.4. nun einerseits einige grundsätzliche Positionen beraten, die nach ihrer Auffassung innerhalb eines Wahlprogramms konkretisiert werden müßten und (neben dem Entwurf des Wahlprogramms) der inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem BAB dienen sollen. Zum zweiten haben sie – wenn auch schweren Herzens und nur bis zur erneuten Beratung auf einer nächsten MV – ihren Beschluß zur Kandidatur aufgehoben. Das ist taktisch klug, denn damit wird die Form der Wahlkandidatur zu dem, was sie ist, sekundär, während die Auseinandersetzung auf die Inhalte der Wahlkandidatur konzentriert wird.

Für das Prinzip einer offenen Liste (alle die mitarbeiten, entscheiden über Wahlprogramm wie Kandidatenliste) spricht aber alles, während man der Bündnisform des BAB wirklich nichts abgewinnen kann, wo jeder nur zählt und Einfluß nehmen kann, soweit er einer Organisation angehört, und der dominiert, der die meisten Tochterorganisationen gegründet hat. Form und Inhalt hängen schon zusammen bei den Grünen wie bei DKP/Arpo/AL, nur anders. Da das BAB zwar von DKP und Arpo vorgeschrieben wird, aber nicht daraus besteht, gibt es schon die Möglichkeit für die Linken und Grünen, bei etwas inhaltlicher Offensive (wobei die Grünen mit ihren fundamentalistischen, an ihre Verkünderpflicht glaubenden Teilen sich schon schwer tun) gegenüber dem BAB als Ganzem und das heißt vor allem dessen Mitgliedern, die inhaltlichen Vorstellungen von DKP und Arpo in die Minderheit zu bringen. Wie das BAB nicht die Bremer Arbeiterbewegung repräsentiert (so sind u.a. die Bremer Werften wie die Gruppierung um den Vulkan-Betriebsratsvorsitzenden Bettelhäuser nicht im BAB vertreten), so repräsentieren DKP und Arpo noch viel weniger deren politische Interessen und Überlegungen.

Peter Dobberkau



## Nahrungsversorgung Afrikas immer bedrohlicher

Ein äußerst düsteres Bild der Versorgungslage bei Nahrungsmitteln in Afrika hat der *Uno-Welternährungsrat* in einem Bericht gezeichnet. Danach ging die Pro-Kopf-Erzeugung Afrikas, das früher einmal Selbstversorger war, in den 60er Jahren um 7% und in den letzten Jahren um weitere 15% zurück. Die Importabhängigkeit ist gestiegen; im Zeitraum von 1975 bis 1980 verdoppelten sich die Getreideimporte Afrikas auf 24 Mio. t. Die Importe kosteten 1981 5,6 Mrd. \$. Weltweit erhält Afrika mittlerweile die Hälfte aller Nahrungsmittelhilfe, die früher auf Asien konzentriert war. Wörtlich heißt es in dem Bericht: „Es ist ein tragisches Paradoxon, daß Hunger und Unterernährung die wachsende Kluft zwischen Nahrungsverfügbarkeit und Bevölkerung schließen in einem Kontinent mit einem ungeheuren landwirtschaftlichen Potential.“ Die Lage sei seit Jahren erkannt, geschehen sei nichts. Statt dessen seien mit kurzfristigen Aushilfsmaßnahmen die Importabhängigkeit erhöht und notwendige politische Maßnahmen behindert worden. Der Rat rät zu höheren Erzeugerpreisen, Wechselkursberichtigungen, die Anreize zur Nahrungseinfuhr entgegenwirken, und zu steuerlichen Maßnahmen. □

## Auch Chile im Strudel

Die lateinamerikanische Wirtschaftskrise, die in Sao Paulo zu den ersten Hungeraufständen geführt hat, zieht auch die Muster

kolonie Chile in die Tiefe. Der sozialdemokratische *Vorwärts* prognostiziert bereits eine bevorstehende Ablösung des Putschgenerals Pinochet. Vor drei Jahren noch hatte der Währungsfonds das „Modell Chile“ als vorbildlich bezeichnet. Kapitalzufluß in Rekordhöhe, amerikanisches und europäisches Wohlwollen hatten dem Land nach dem blutigen Sturz Allendes vor fast zehn Jahren überdurchschnittliche Wachstumsraten von um die 8% beschert, die Staatsfinanzen wurden saniert und die Inflation erfolgreich bekämpft. Jetzt häufen sich die Pleiten, muß die Militärregierung gestrauchte Banken übernehmen, sinkt die Produktion rascher als in allen anderen Ländern des Subkontinents (1982: -17%). Der private Verbrauch ging um 15% zurück, die Arbeitslosenrate in Santiago wird mit 22% angegeben. Die Auslandsverschuldung Chiles hat sich innerhalb der letzten drei Jahre verdoppelt, die mit dem IWF zuletzt ausgehandelten Kreditbedingungen können nicht mehr eingehalten werden. □

## Bezahlte Brachflächen in USA

Amerikas Farmer werden in diesem Jahr rund 40% der bisherigen Anbaufläche für Getreide und Baumwolle brachlegen. Die US-Regierung honoriert dies durch Überweisung von Getreide und Baumwolle aus den staatlichen Lagerhäusern. Der Erfolg dieses Programms hat die Erwartungen der sonst weniger erfolgreichen Reagan-Administration bei weitem übertroffen. Über die Hälfte der 2,3 Millionen landwirtschaftlichen Betriebe beteiligt sich so am Kampf gegen die Agrarüberschüsse. □

## Konjunktur unverändert

Unverändert stagnierend hat sich die wirtschaftliche Lage Westdeutschlands im vergangenen Monat dargestellt. Die Zahl der registrierten *Arbeitslosen* belief sich Ende März auf 2,4 Millionen, wovon 1,7 Millionen Unterstützung durch die Versicherung erhielten. Trotz eines leichten Rückgangs der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vormonat hat sich die Lage unter Ausschaltung der Saisoneinflüsse weiter verschärft. Die *Industrieproduktion* ist im Februar nach einem Aufschwung am Jahresanfang wieder etwas zurückgegangen. Das Wirtschaftsministerium interpretiert dies als Folge ungünstiger Witterungsverhältnisse für die Bautätigkeit. Deutlich zurückgegangen ist die Produktion auch im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe. Die gesamte Industrieproduktion steht gut 5% unter Vorjahresstand. Auch die *Auftragseingänge* sind im Februar erwartungsgemäß zurückgegangen. Was hiervon Reaktion auf den vorigen Auftragsboom in Zusammenhang mit der Investitionszulage ist, läßt sich nicht absehen.

Unter Beschuß ist die *Bundesbank* gekommen, nachdem sie nach den Bundestagswahlen die Leitzinsen um einen ganzen Prozentpunkt gesenkt hat; zuvor hatte sie solches Ansinnen stets von sich gewiesen. Jetzt kritisiert das RWI, die Politik der Bundesbank ähnele bedrückend jener im Jahre 1978. Wieder würden die Banken haufenweise mit Geld ausgestattet, so daß billige Kredite Investitionen finanzieren, die sich hinterher nicht realisieren. Lediglich die *Inflation* werde wieder auf Trab gebracht. Es sei ganz falsch, den Stabilisierungsfortschritt lediglich am Preisindex für die Lebenshaltung zu messen. Hinter der Abschwächung seines Anstiegs stünde weniger eine Abschwächung der inneren Inflationstendenzen als die Gunst reichlicher Ernten und die weltweite Stagnation, die Nahrungsmittel und Rohstoffe billig machen. Hinzu komme der Preisrückgang beim Heizöl und Benzin, der Folge vorheriger Verteuerungen ist. Die gesamtwirtschaftliche Inflationsrate halte sich hartnäckig bei über vier Prozent, d.h. der Geldumlauf ist immer noch überdimensioniert.

## Kapitalexport unterbelichtet

Die Krise hat dem westdeutschen Kapitalexpert nicht geschadet: Nach der Statistik des Wirtschaftsministeriums sind 1982 knapp 10 Mrd. DM für Direktinvestitionen außer Landes geflossen. Seit 1977 hat es immerhin zu einer Verdoppelung der jährlichen Auslandsinvestitionen gereicht. Dennoch, so ist immer zu hören, der Anteil an den Inlandsinvestitionen sei verschwindend gering. In der Zeitschrift *Informationen über multinationale Konzerne* hat Werner Olle jetzt Zahlen vorgelegt, die auf der Auswertung von

## Widerstand gegen die Startbahn West — Wie geht es weiter?

Wer sich über die Diskussionsprozesse in der Bürgerinitiative gegen die Flughafenenerweiterung informieren will, wer über die Hintergründe, Strukturen und Probleme des Widerstands gegen die Startbahn West mehr erfahren will, als in der Tagespresse steht, der greife zu dem neuen Buch „Nur wer sich bewegt, spürt seine Fesseln“ 320 Seiten, mit vielen Abbildungen, DM 16,50



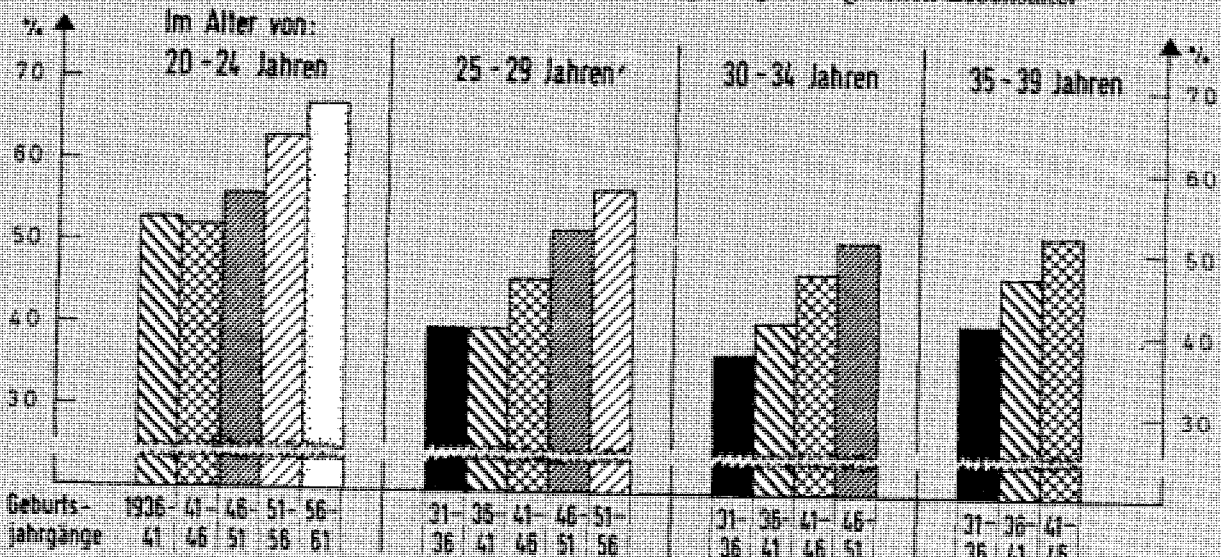
Ebenfalls im Verlag 2000 ist das erste Buch der BI erschienen „Keine Startbahn West — Argumente, Bilder und Berichte“ 2. überarbeitete Auflage, DM 13,—  
**Sonderpreis: beide Bücher zusammen für nur DM 22,—**



Bezug gegen Voreinsendung (Scheck/Briefmarken) bei Verlag 2000, Postfach 591, 6050 Offenbach 4 oder im Buchhandel. Gesamtprospekt und Probeexemplare unserer Zeitungen "links" und "express" anfordern!

## Veränderung im Erwerbsverhalten verheirateter Frauen

Erwerbsquoten verschiedener Geburtsjahrgänge im jeweils gleichen Lebensalter



Quelle: Mikrozensus, Berechnungen des Instituts für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik e.V. (ISG).

Die Ungleichheit von Männern und Frauen in der Erwerbswirtschaft wird sich durch den Einsatz neuer Techniken in jeder Hinsicht weiter verschärfen. Dies ist das Ergebnis zweier Studien, die das Bundesforschungsministerium zum Thema „Technik und Frauenarbeitsplätze“ in Auftrag gegeben hatte. Die Verfasser betonen, daß der Grund hierfür weniger in der Technik selbst liegt, „als vielmehr in den sozioökonomischen Entscheidungsmustern und intervenierenden Faktoren, die entscheidend die geschlechtsspezifischen Beschäftigungswirkungen technischer Entwicklungslinien bestimmen. Diese Entscheidungsmuster und Faktoren stehen einer theoretisch möglichen Gleichverteilung von positiven und negativen Beschäftigungswirkungen für männliche und weibliche Arbeitnehmer entgegen.“

In den kommenden Jahren wird sich die Verringerung des Arbeitsvolumens auf jene Bereiche konzentrieren, wo überdurchschnittlich viele Frauen beschäftigt sind, während sich der Arbeitsplatzabbau der letzten Jahre noch auf die industrielle Fertigung konzentriert hat, wo relativ wenig Frauen beschäftigt sind. Außerdem werden die beschäftigten Frauen im Zuge der technischen Umwälzungen von Arbeiten mittlerer Qualifikation auf Arbeiten einfacher Qualifikation umgesetzt, während neu entstehende Arbeiten höherer Qualifikation Männern vorbehalten bleiben. Frauen haben z.B. in den Sektoren Handel, Banken und Versicherungen zu über 70% automatisierbare und routinisierbare Funktionen inne; dagegen haben Männer in den anderen Funktionen ein Übergewicht von 4:1.

Unternehmensbilanzen beruhen. Er kommt zu ganz anderen Ergebnissen als das Wirtschaftsministerium. So bezifferten z.B. 1981 allein fünf Großunternehmen ihre Auslandsinvestitionen höher als das Wirtschaftsministerium für die gesamte verarbeitende Industrie ausweist. Und in Mexiko wurden nach Bonner Angaben 159 Mio. DM investiert, in Südafrika 56 Mio. DM, allein das VW Werk hat aber 1981 in Mexiko 300 Mio. DM investiert, in Südafrika 142 Mio. DM.

Olle kommt durch die Auswertung der Bilanzen von 20 besonders aktiven Konzernen zu dem Ergebnis, daß allein diese 20 im Jahr 1981 fast 7 Mrd. DM im Ausland investiert haben. Das ist immerhin die Hälfte dessen, was diese Unternehmen im Inland investiert haben – oder rund ein Drittel ihrer Gesamtinvestitionen. Des weiteren muß berücksichtigt werden, daß inländische Investitionen zumeist ausscheidende Anlagen ersetzen oder nur der Rationalisierung dienen, wohingegen Auslandsinvestitionen in hohem Grade echtes Zusatzkapital sind und auch zusätzlich Arbeitskraft nachfragen. Den Berechnungen zufolge hat die gesamte verarbeitende Industrie im Zeitraum 1978/80 im

Ausland 12% des Betrags investiert, den sie im Inland investiert hat. Nur auf die Erweiterungsinvestitionen bezogen war das Verhältnis Ausland Inland 40:100; im Zeitraum 1971/73 war es noch 11:100 gewesen.

### Auslandsbeschäftigte westdeutscher Unternehmen 1981

Unternehmen	Beschäftigte gesamt (in Tsd.)	davon Ausland (in %)
Siemens	338,0	32,0
Volkswagen	246,9	35,1
Daimler-Benz	188,0	20,7
Hoechst	184,7	45,6
Bayer	180,9	44,1
Thyssen	150,0	16,1
AEG	123,7	19,6
BASF	116,6	24,7
Bosch	112,8	36,3
Mannesmann	106,7	26,4
41 Unternehmen	2237,4	31,1

### Nach Geld gierender Brüter

Wieder machen Brüter und HTR Schlagzeilen, diesmal ist eine Aufstockung der Mittel um 2,5 Mrd. DM verlangt. Weder ist absehbar welche weiteren Nachschläge bis zur Fertigstellung der beiden Projekte noch verlangt werden, noch ist abschätzbar, welche Zuschüsse der Betrieb der Reaktoren erfordern wird. Dennoch will Forschungsminister Riesenhuber dem Bundeskabinett im Mai die Fortführung beider Milliardengräber empfehlen. Der Forschungshaushalt verwandelt sich darüber mehr und mehr in eine reine Finanzierungsanstalt für die Abenteuer in Sachen Kernenergie. Wie meinte des Ministers Vorgänger von Bülow jüngst: „Wäre der SNR 300 ohne massive öffentliche Investitionen allein von der Wirtschaft entwickelt und geplant worden, so wäre er wegen der veränderten Energiesituation und den Kostenexplosionen wohl längst eingestellt worden.“ Derweil meldet die amerikanische Atomenergiebehörde, die automatischen Abschaltssysteme der Druckwasserreaktoren seien noch stör anfälliger als bisher schon vermutet. □

Nach der Bundestagswahl haben sich die Aussichten, die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen zu verhindern, zweifellos verschlechtert. Darüber können auch wortgewaltige Drohungen mit dem massenhaften aber gewaltfreien Widerstand nicht hinwegtäuschen. Die Kohl-Genscher-Regierung hat, ganz im Unterschied zu einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung, ein ungebrochenes Verhältnis zur Aufstellung der Pershing II und Cruise missile. Ihre Bereitschaft, dem Diktat der US-Regierung nachzugeben, wird kaum von innerparteilichen Auseinandersetzungen behindert. Das Wahlergebnis vom 6. März ist ihr genug an Legitimation, die Raketenstationierung durchzusetzen. Dazu wird sie alle politischen Register ziehen, um die Stationierungsgegner zu isolieren und alle polizeilichen Mittel werden ihr recht sein, den praktischen Widerstand zu brechen.

Auf der anderen Seite wird sich nach dem 6. März die Opposition gegen die Raketenstationierung vermutlich verbreitern. Die Sozialdemokratie wird sich unbefangener von früheren Positionen lösen und den Anschluß an die Friedensbewegung suchen. Das zeichnete sich bereits im Wahlkampf ab. Seit geraumer Zeit sind führende Sozialdemokraten der Meinung, es liege eher an der amerikanischen als an der sowjetischen Regierung, wenn bei den Genfer Verhandlungen nichts herauskomme. Ehmke hat kürzlich gefordert, zumindest auf die Aufstellung der Pershing II zu verzichten. Reagans Vorschlag einer „Zwischenlösung“ stößt bei der SPD-Führung auf mehr Zurückhaltung als etwa der Andropow-Vorschlag vom Dezember. Der SPD-Sonderparteitag im Herbst, so viel läßt sich ohne Prophezie vorausagen, wird der Aufstellung amerikanischer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik nicht mehr zustimmen. Diese Entwicklung der Sozialdemokratie und etwas zögerlicher auch der Gewerkschaften ist gewiß ein positiver Faktor im Kampf gegen die Nato-„Nachrüstung“.

Wieviel das bringt, das ist meines Erachtens noch nicht ausgemacht. Beim augenblicklichen politischen Zustand dessen, was sich als Friedensbewegung versteht, wäre ich da eher zurückhaltend. Wenn etwa der Seitenwechsel der Sozialdemokratie lediglich zu einer gewissen „Verbreiterung“ führt und damit eine weitere politische Verengung in Richtung Minimalkonsens einhergeht, wird von dem positiven Faktor nicht viel übrig bleiben.

Das zeigen bereits die diesjährigen Ostermärsche. Als Massenaktionen in vielen westeuropäischen Ländern haben sie inzwischen einen solchen politischen Stellenwert, daß Reagan sich nicht zu blöde vorkommt, in einer Fernsehansprache vor der Beteiligung an den Ostermärschen zu warnen. Von der Beflissenheit der Bundesregierung, die von Spranger bis Geißler die Übersetzung ins Deutsche besorgte, ist dagegen niemand überrascht worden. Von einigem In-

NACH DER WAHL:

# Breite allein wird's nicht bringen

Ostern '83 — Die Friedensbewegung zwischen Minimalkonsens und Radikalisierung der Aktionsformen

teresse ist allerdings, daß der sowjetische Außenminister Gromyko seine erste Pressekonferenz seit vier Jahren zeitlich so platzierte, daß die sowjetische Haltung zu Reagans „Zwischenlösung“ noch rechtzeitig zu den Ostermärschen herauskam, sozusagen als Marschverpflegung für jeden anständigen Friedensfreund.

Während Reagans Vorschlag unter den Stationierungsgegnern sicherlich keine Verwirrung anrichten kann, läuft er doch darauf hinaus, auf alle Fälle Mittelstreckenraketen aufzustellen, muß Gromykos Erklärung auch den hellhörig machen, der im Andropow-Vorschlag vom Dezember weitgehende sowjetische Zugeständnisse vermutete. Während sich Andropow darauf einließ, „lediglich“ die französischen und britischen Mittelstreckenraketen anzurechnen, führte Gromyko klammheimlich wieder eine andere Zählweise ein und will auch die amerikanischen Kernwaffen, die — stationiert in Flugzeugen und auf Flugzeugträgern die Sowjetunion erreichen können, erneut mitrechnen. Das ist keine Spitzfindigkeit, sondern läuft auf eine weitgehende Rücknahme des *Kompromiß*vorschlags von Andropow hinaus.

**Ostermärsche 1983 — ganz im Zeichen des „Minimalkonsens“**

An den Ostermärschen haben sich diesmal noch mehr Leute beteiligt, als im letzten Jahr — dies gilt insbesondere für die Kundgebungen. Die notorischen Übertreibungen der Teilnehmerzahlen durch die Veranstalter, die oft Köpfe und Füße zu zählen scheinen, sind völlig überflüssig und ärgerlich. Die SPD hat ganz offiziell zur Teilnahme an den Ostermärschen aufgerufen, ebenso der DGB. Das gab es weder im letzten Jahr noch bei den Ostermärschen der 60er Jahre. SPD und Gewerkschaften stehen lediglich in der Tradition der extra-breiten aber kurzatmigen Anti-Atomtod-Bewegung der Jahre 1957/58. Die politische Niederlage der damaligen Bewegung lehrt, daß Breite nicht alles sein kann. Die Hauptschwäche damals war daß die Anti-Atomtod-Bewegung keine überzeugende politische Alter-



native zur Außen- und Sicherheitspolitik der Adenauer-Regierung hatte und ihre politische Aussage auf die Kritik der Atomwaffen beschränkte. Obwohl die Bevölkerungsmehrheit diese Kritik teilte, ging Adenauer aus den 57er Wahlen mit absoluter Mehrheit hervor. Als sich das Fiasko bei den nordrhein-westfälischen Landtagswahlen 1958 wiederholte, gab die SPD ihren Anti-Atomwaffnungskurs rasch auf und die Bewegung zerfiel.

Die heutige Friedensbewegung ist kaum mit der Anti-Atomtod-Bewegung zu vergleichen. Dazu sind die konkreten gesellschaftlichen Bedingungen, die Träger und Triebkräfte viel zu unterschiedlich. Der Mangel an alternativen politischen Konzeptionen zeichnet aber auch die heutige Bewegung aus. Ein entsprechendes Bild boten auch die Ostermärsche. Auffallend ist, daß die politischen Aussagen diesmal viel eingeschränkter waren als im Oktober 1981 in Bonn oder auch Ostern 1982. Reagan, Bomben und Raketen — damit ist die thematische Bandbreite ungefähr beschrieben. Der sich abzeichnende „Minimalkonsens“ sieht in Reagan die Quelle fast aller Übel, auch der wachsenden Kriegsgefahr. Natürlich finden sich dafür zahlreiche Anhaltspunkte in der Wirklichkeit, die allerdings nur noch selektiv wahrgenommen wird. Das Bedürfnis nach einfachen Lösungen ist groß. Gefragt sind griffige Parolen.

Wurde noch im letzten Jahr unübersehbar die Verbundenheit mit der DDR-Friedensbewegung demonstriert, so war auch dies kein Thema mehr obwohl nur wenige Tage vor Ostern Angehörige der unabhän-





gigen Friedensbewegung in Jena aus einer offiziellen „Friedenskundgebung“ herausgeprügelt wurden.

### Blockadeaktionen – in der direkten Aktion die Stationierung verhindern

Zum zweiten Mal gab es über Ostern auch Blockadeaktionen größeren Umfangs. Über mehrere Tage wurden insgesamt an die 15 US-Militäreinrichtungen, Atomwaffenlager und Raketenstandorte von Demonstranten blockiert. Träger dieser Aktionen sind hauptsächlich Gewaltfreie Aktionsgruppen und Autonome. Ihnen geht es darum, in direkten Aktionen vor den Raketenstandorten die Stationierung von Mittelstreckenraketen zu verhindern. Augenblicklich dienen diese Aktionen eher der Übung und Vorbereitung auf den Herbst und Winter, wenn Pershing II und Cruise missile in Stellung gebracht werden sollen. Inzwischen haben sich auch Gruppen gebildet, die sich darauf konzentrieren, schon heute die möglichen Raketen-Transportwege auszumachen und mit wirksamen Blockadeaktionen ggfs. den Transport zu verhindern.

Die politische Schwäche dieses Spektrums wurde im Verlauf einer Arbeitskonferenz unabhängiger Friedensinitiativen sichtbar, die Ende Februar in Frankfurt abgehalten wurde. Die zweitägige Diskussion kreiste im wesentlichen um das „Problem“, ob die direkten Aktionen zur Verhinderung der Raketenstationierung insgesamt unter dem Signum des „gewaltfreien Widerstandes“ laufen sollten oder ob auf eine solche Charakterisierung der Aktionsformen zu

verzichten sei. Die zweitägige Diskussion blieb abstrakt-ideologisch und mithin zwangsläufig fruchtlos. Grüne und BBU bestanden auf gewaltfreiem Widerstand, Autonome und BAF wollten sich dieser Sprachregelung nicht unterordnen, wobei es nicht einmal Streit über konkrete Aktionsformen gegeben hatte. Auch konkrete Probleme der Aktionsgruppen blieben unerörtert. Dazu gehört zum Beispiel die politische Situation in den meist ländlichen Stationierungsräumen: daß die örtliche Bevölkerung noch kaum interessiert und nicht sonderlich gegen Raketen-Stationierung eingenommen ist. Wie sollen direkte Widerstandsaktionen vor Ort die nötige Kraft und Ausdauer entfalten können, wenn der nötige Rückhalt seitens der örtlichen Bevölkerung fehlt?

Was die direkten Aktionsgruppen betrifft, so unterliegen sie meines Erachtens der Gefahr die Raketenstationierung über die Radikalisierung der Aktionsformen erreichen zu wollen. Sie halten verständlicherweise wenig von großen, zentralen Massenaktionen in Bonn oder anderswo und befürchten eher daß diese sich zu großangelegten Ablenkungsmanövern vom Kampf vor Ort entwickeln. Sie setzen auf die Entschlossenheit weniger Sie wissen, wofür und wogegen sie sind. An weitergehender politischer Auseinandersetzung haben sie wenig Interesse.

### Hauptproblem – fehlende politische Konzeption und Alternative

Es gibt zahlreiche Gruppen und Initiativen, die mit dem politischen Verlauf etwa der

Ostermärsche unzufrieden sind. Ihnen stinkt das eia-popeia Friedensgesäusel, die Einseitigkeit und Flachheit der Aufrufe und Parolen (Arbeit statt Raketen ) und sie gehen nur hin, um dabei zu sein. Eigene politische Auffassungen werden selten eingebracht das erforderte, kräftig gegen den Strom zu schwimmen. Gelingt es der Linken nicht, diesen politischen Leerlauf zu überwinden, hat es die Bundesregierung ziemlich leicht, politisch vollends in die Initiative zu kommen und die „Nach“rüstungsgegner zu isolieren.

Zudem erlaubte eine solche Entwicklung der Sozialdemokratie, ihrer politisch bereits gescheiterten außen- und verteidigungspolitischen Konzeption zu neuer Weihe zu verhelfen, diesmal aus der weniger dem politischen Sachzwang unterworfenen Oppositionsrolle heraus. Dazu gehört das Festhalten am Bündnis mit den USA bei Wiederbelebung der Entspannungspolitik gegenüber der SU; dazu gehört das Bestreben, den Status quo in Europa festzuschreiben, also die Vorherrschaft der beiden Supermächte über die europäischen Staaten, gehört das Festhalten an der atomaren Abschreckung, das Streben nach militärischem Kräftegleichgewicht zwischen Ost und West in Europa, die Vorneverteidigung wie die Anwesenheit amerikanischer Truppen in der Bundesrepublik und sowjetischer Truppen in der DDR und den osteuropäischen Ländern usw. Kurzum: Würde es der Sozialdemokratie gelingen, ihre Politik erneut als Alternative zur Regierungspolitik der Kohl-Genscher zu verkaufen, wäre dies im Kampf gegen den drohenden Krieg eine empfindliche Niederlage. □

## Aktionen, Veranstaltungen, Konferenzen

16./17.4. **Dritte Aktionskonferenz der Friedensbewegung.** Beginn 13.00 Uhr Pädagogische Hochschule Köln, Gronewaldstraße 41

Im wesentlichen geht es um die Aktionen im Sommer Herbst und Winter gegen die Raketenstationierung

23./24.4. **3. Mediziner-Kongreß zur Verhinderung eines Atomkrieges.** München, Voranmeldung unter 089/401782; 089/5397-1

8.5. **Künstler für den Frieden.** Darmstadt. Festival und Kongreß. Podiumsdiskussion über „Aufgaben und Perspektiven der Friedensbewegung“ Workshops zu Rüstung, Sozialabbau und Massenarbeitslosigkeit; Frauen und Frieden; Frieden und Dritte Welt; Widerstand in der Region; Wer bedroht den Frieden; Friedensbewegungen ist Osteuropa; Widerstand in den Stationierungsländern.

Anfragen bei 06151/716045 (Volker Thielmann) und 06154/4227 (Robert Schweitzer)

9. 14.5. **2. Konferenz für Europäische Atomare Abrüstung in Berlin.** Diese Konferenz wird

von Gruppen und Initiativen in europäischen Ländern getragen, die sich am Russell-Aufruf für ein atomwaffenfreies Europa orientieren. Sie umfaßt ein breites Spektrum von Themen, die in Expertenhearings, Internationalen Foren und Arbeitsgruppen zur Vorbereitung dieser Foren behandelt werden. Um einen ungefähren Überblick zu geben, hier die Themen der Foren: Nato-„Nach“-Rüstung und Strategien des Widerstands; Atomwaffenfreie Zonen in Europa; Die beiden deutschen Staaten eine atomwaffenfreie Zone? Politische Bedeutung der Abrüstung in Ost- und Westeuropa; Soziale, ökonomische und ökologische Kosten des Rüstungswettlaufs; Auf dem Weg zu einem neuen Internationalismus Die Friedensbewegung und die Dritte Welt.

Anmeldung und nähere Information beim Deutschen Sekretariat in Zietenstraße 1, 1 Berlin 30, Tel.. 030/261 1392 und 030/261 4609

8. 12.6. **Ev Kirchentag in Hannover**

15. 22.10. **UNO-Abrüstungswoche.** Zentrale und/oder dezentrale Aktionen gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen genauere Planung wird vermutlich auf der 3. Aktionskonferenz im April in Köln (s. oben) erfolgen.



*„Altersfreizeit“ in der chemischen Industrie, verschiedene Rentenpläne der Bundesregierung. Noch scheint die Ablehnungsfront geschlossen, doch so einheitlich sind die Interessen der Kapitalisten nicht*

**J**etzt, ein dreiviertel Jahr vor Beginn der Verhandlungen um die Einführung der 35-Stunden-Woche sind auch an anderen Punkten die Arbeitszeitregelungen in Bewegung geraten.

Nach dem Vorpreschen von VW in der Lohntarifrunde setzte VW-Arbeitsdirektor Briam Anfang März die Kapitalisten mit der Mitteilung, den Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung „keine totale Verneinungsstrategie“ entgegenzusetzen, erneut in Empörung. Der Vorschlag, man solle über die Möglichkeiten einer „garantierten Jahresarbeitszeit“ verhandeln und eine verkürzte Schichtarbeitszeit bei Lohnabschlägen sei denkbar. Dafür mußte sich VW im *Handelsblatt* als „Maverick“, als streunendes, in der Regel bösesartiges Rindvieh, daß sich keiner Herde anschließt, schimpfen lassen.

Die Vorschläge Briams, der vor seiner Tätigkeit bei VW in der Vorstandsetage des Frankfurter IG Metall-Hochhauses arbeitete, werden bei den Gewerkschaften nicht unbedingt als Entgegenkommen bewertet. Insbesondere der Vorschlag der „garantierten Jahresarbeitszeit“ die zwischen Firma und Arbeitnehmer vereinbart und je nach Produktionsverlauf des Unternehmens gezielt abgerufen werden kann, erinnert sehr an die KAPOVAZ, die „kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit“, wie sie im Einzelhandel verbreitet ist, und dort von der HBV vehement abgelehnt wird. Bei diesem Modell würde VW, weitgehend von Ausgleichszahlungen für Kurzarbeit und auf der anderen Seite auch von Überstunden und entsprechenden Zuschlägen befreit und den Beschäftigten „Freizeit“ beschert werden, die sie in Lage und Dauer weitgehend nicht beeinflussen könnten.

Seit 14 Tagen gibt es einen weiteren „Mave-

rick“ diesmal aus dem Bereich der Gewerkschaften: die IG Chemie mit ihrer Altersfreizeit-Regelung. Chemie-Arbeitgeberchef Molitor lobte diesen Abschluß als „Dritten Weg“ – zwischen 35-Stunden-Woche und? – zur Entschärfung der allgemeinen Arbeitszeitdiskussion. „Die 40-Stunden-Woche ist dadurch stabilisiert. Auf der anderen Seite ist ein Stück Flexibilisierung zugunsten der älteren Arbeitnehmer eingeführt worden.“ Dagegen sah IG Chemie Chef Rappe „den Fuß drin in der Tür zur Wochenarbeitszeitverkürzung“

Vereinbart wurde: „Arbeitnehmer die das 58. Lebensjahr vollendet haben, erhalten ( ) im Turnus von zwei Wochen je eine vierstündige Altersfreizeit.“ Ab dem 1.1.1987 erhalten sie diese vier Stunden je Woche. Wenn aus Gründen des Arbeitsablaufs die Zusammenziehung zu einem Arbeitstag notwendig ist, können die Fristen verdoppelt werden.

Arbeitnehmer über 58 Jahre, das sind nach Schätzungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in der Chemieindustrie rund 4% – knapp 30000 der 580000 Beschäftigten. Für die restlichen 96% oder 550000 Beschäftigten hat die Gewerkschaft die 40-Stunden-Woche bis 1987 weiter festgeschrieben. Kleinere Schikanen runden das Bild ab: Wenn der Beschäftigte am Tage seines normalerweise freien Nachmittags oder Freizeittags krank ist, entfällt die Freizeit ersatzlos. Ebenso sollen aufgrund betrieblicher Regelungen durchgesetzte Freischichten ab 1985 entfallen.

Selbst am engen Anspruch der Arbeitszeitverkürzung für ältere Arbeitnehmer gemessen ist es ein schlechter Abschluß – da hat die NGG in bisher 150 Tarifverträgen für rund 500000 Beschäftigte bessere Regelungen vereinbart, z.B. für die Zigarettenindustrie, wo 60jährige wählen können zwi-

schen der 20-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich oder der „Null-Stunden-Woche“ bei Weiterzahlung von 75% der Bezüge, oder andere Abschlüsse mit Altersfreizeiten mit bis zu 28 freien Arbeitstagen pro Jahr

Angesichts dieser „Erfolge“ und des Befalls der Kapitalisten muß befürchtet werden, daß keinesfalls ein „Fuß in die Tür“ zur allgemeinen Wochenarbeitszeitverkürzung gestellt, sondern ein Stolperstein auf den Weg der anderen Gewerkschaften zur 35-Stunden-Woche gerollt wurde.

### **Mit 58 Jahren, aber nur mit halber Rente zur Ruhe?**

Das Gegeneinander von FDP und SPD-Vorstellungen hatte in der sozialliberalen Koalition weitgehend Aktivitäten der Regierung auf dem Gebiet der Arbeitszeit verhindert. Die neue Mitte-Rechts-Koalition hat bereits vor den Wahlen Initiativen angekündigt. Die neuen Töne sind nun zur Regierungsdoktrin geworden. FDP und CDU/CSU haben in der Koalitionsvereinbarung verabredet:

„Wir wollen:

1 flexiblere Gestaltung der Lebensarbeitszeit ohne zusätzliche Belastung der Wirtschaft.“

Das Bundesarbeitsministerium bereitet einen Gesetzesentwurf vor, der die Möglichkeit einer weiteren freiwilligen Vorverlegung des Renteneintrittsalters, bei der eine mit versicherungsmathematischen Abschlägen korrigierte Rente ausgezahlt würde.

Das hätte allerdings für solche Frührentner erhebliche Auswirkungen. Würde nun, wie von Blüm geplant, über versicherungsmathematische Abschläge berücksichtigt, daß, wer früher in Rente geht, länger Rente bezieht, ergeben sich noch wesentliche höhere Einbußen. Erreicht ein Rentner bei



durchschnittlichem Verdienst nach 45 Jahren und beim Renteneintrittsalter von 65 Jahren eine Rente von 1355 DM, so erreicht er entsprechend beim Renteneintrittsalter von 60 Jahren und 40 Versicherungsjahren eine Rente von 940 DM. Das wäre eine um 31% niedrigere Rente. Nach anderem Berechnungsmodus ergäbe sich beim Renteneintritt mit 58 Jahren eine Rente von 904 DM und damit sogar ein Abschlag von 33%.

So, ohne „zusätzliche Gesamtbelastung der Solidargemeinschaft oder der Wirtschaft“, wie im Wahlprogramm der CDU/CSU gefordert, müßten die einzelnen Rentner die Belastung tragen. Dies Beispiel der Blümschen Subsidiarität ist allerdings das Papier nicht wert, auf dem die Presseerklärung steht, denn faktisch wird kaum ein Rentner solche Abschläge hinnehmen können. Nach neuesten Überlegungen aus dem Haus Blüm sollen diese Abschläge von den Tarifparteien getragen werden. Dies haben die Kapitalisten abgelehnt.

Der sozialdemokratische Arbeitsminister Farthmann hat die Belastung der Versicherungen durch die generelle Vorverlegung des Renteneintrittsalters auf 58 Jahre – bei Annahme der fehlenden fünf Versicherungsjahre als „Rentenausfallzeiten“ auf rund 6 Mrd. DM geschätzt. Nach seinen Vorstellungen sollen diese Kosten durch eine Anhebung der Versicherungsbeiträge um 1,5%, die gleichmäßig von Kapitalisten und Versicherten getragen werden müßten, und durch Verzicht auf 1% Rentenanpassung finanziert werden.

Für die Gewerkschaften wäre der Farthmannsche Ansatz überlegenswert, und er bietet einen Weg aus der verworrenen Politik der Einzelgewerkschaften. Es wäre eine einheitliche Regelung, die Finanzierung über Beiträge ist klar und übersichtlich,

und die Kapitalisten werden zumindest zur Hälfte herangezogen und können ihren Finanzanteil nicht einfach abwälzen.

### Die Kapitalisten fest geschlossen?

In den letzten Tagen hat neben dem Institut der Deutschen Wirtschaft, Köln, für die Kapitalisten auch der bayerische Handwerkstag für das Deutsche Handwerk die verschiedenen Argumente gegen eine Arbeitszeitverkürzung auf 35 Wochenstunden, aber auch gegen eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit zusammengefaßt.

Die gemeinsam vorgebrachte vehemente Ablehnung jeglicher Arbeitszeitverkürzung auf die Kapitale je nach Größe, organisatorischer Zusammensetzung, Branche und anderen Faktoren verschieden wirkt und sich daraus im Verlauf der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche Interessendifferenzierungen zwischen den Kapitalisten ergeben können.

Bei Kapital mit hoher organischer Zusammensetzung wird eine Verringerung des Mehrwerts durch eine Arbeitszeitverkürzung vergleichsweise weniger als bei niedriger Zusammensetzung die Verwertung des eingesetzten Kapitals beeinflussen.

Bei gleichem Markt kann im Fall der Arbeitszeitverkürzung sogar beim Kapital von höherer Zusammensetzung Mehrwert anderer, niedrigerer zusammengesetzter Kapitale anlanden und so die Verschlechterung der individuellen Profitrate des höher zusammengesetzten Kapitals etwas mindern.

Die mehrwertmindernde Wirkung der Arbeitszeitverkürzung werden die Kapitalisten durch Intensivierung der Arbeit, durch „induzierte Produktivitätsgewinne“, wie sie sagen, kurz, durch die Produktion des relativen Mehrwerts versuchen wieder auszugleichen.

Erfahrungsgemäß kann dies ohne größere Rationalisierungsinvestitionen am ehesten in Produktionen gelingen, wo die lebendige Arbeit nicht in ihrer Entfaltung ganz eng an die Maschinerie gebunden ist. Dies wird eher der Bereich der Kapitale niedriger Zusammensetzung sein. Insoweit eine den vorher beschriebenen entgegenwirkende Tendenz.

Dies unterstreicht eine Ifo-Unternehmensbefragung, die zu dem Ergebnis kommt, daß Betriebe mit weniger als 50 Beschäftigten eher erwarteten eine Wochenarbeitszeitverkürzung bewältigen zu können, als Großbetriebe mit mehr als 1000 Beschäftigten.

Andererseits kann der Ausweg in einer Ausdehnung der (Mehrwert-)Produktion auf der Basis der vorhandenen Anlagen durch Schichtarbeit gesucht werden. Eine solche Antwort ist nur dort schnell mög-

lich, wo Schichtarbeit traditionell bereits eingeführt ist, organisatorisch und technisch die Voraussetzungen für Schichtarbeit bereits vorhanden sind – das ist im Bereich des großen Kapitals der Fall.

Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden – um das Arbeitsvolumen auf gleichem Umfang zu halten, müßten 14% mehr Arbeitskräfte eingestellt werden, oder wenn man mit einem 50% Ausgleich durch „Produktivitätsgewinne“ rechnet, durch 7%. Da man nicht einen siebtel oder einen vierzehntel Arbeiter einstellen kann, würde dies in Kleinbetrieben mit weniger als 7 bzw 14 Beschäftigten, aber auch in Abteilungen und Gruppen unter dieser Größe zu Produktionseinschränkungen führen, die die Existenz der Klein- und Mittelbetriebe bedrohten.

### 35-Stunden-Woche für Kleinbetriebe unmöglich?

Dieser auf den ersten Blick verblüffende Einwand entpuppt sich bei näherer Betrachtung als ein normales Problem: Dem einzelnen Kapitalisten ist dies überhaupt nicht fremd. Zum Beispiel kann er auch nicht kontinuierlich seine Produktion erweitern, sondern nur in bestimmten Proportionen, die die technische Basis der Produktion vorschreibt. Um in der notwendigen Proportion erweitern zu können, muß Kapital aufgeschätzt werden.

Für die Gesamtheit der Kapitalisten ist das ohnehin ein Scheinproblem: In der Branche hält sich ebensoviel Kapital, wie der Markt zuläßt. Können sechs Kapitalisten jeweils einen siebtel Arbeiter nicht arbeiten lassen, so kann dafür der siebte Kapitalist einen Arbeiter ausbeuten.

Ein Einwand anderer Art wird vom Handwerk vorgebracht. Eine Verkürzung der Arbeitszeit würde eine Zunahme der Schwarzarbeit mit sich bringen und damit zur Existenzgefährdung des Handwerks führen.

Die massenhafte Umwälzung der Arbeitskraft durch die verschiedensten Produktionssphären hat als Nebeneffekt auch die – wie verstümmelt auch immer – Entwicklung von produktiven Fähigkeiten zur Folge. Diese Fähigkeiten werden als Eigenarbeit und in Nachbarschaftshilfe bei einer Verkürzung der Arbeitszeit stärker genutzt.

Diese Art Schutzzollpolitik der Handwerkskapitalisten, die Arbeitskraft so lange arbeiten zu lassen, daß sie außerhalb der Arbeitszeit zu keinem Handschlag mehr fähig ist, soll ja gerade durch die Arbeitszeitverkürzung durchkreuzt werden, und die Verwirklichung der kreativen Potenzen in der Freizeit ist ja ein Ziel der Arbeitszeitverkürzung.

Gerd Heinemann



# Gewerkschaftliche Selbsthilfe gegen Arbeitslosigkeit

Die GEW diskutiert einen neuen alten Weg

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) steht unter Druck:

- 30000 Junglehrer sind arbeitslos und auf absehbare Zeit ohne Einstellungschancen. Allein in NRW rechnet das Kultusministerium bis 1990 mit 75000 arbeitslosen Lehrern.

- In Oberhausen, Tuttlingen, Berlin, Köln und anderswo bilden sich neben der GEW Solidaritätsvereine. Am Bertha-von-Suttner-Gymnasium in Oberhausen sind 25 Kollegen im Verein „Solidarität unter Lehrern“ Sie spenden monatlich 1% ihres Bruttogehaltes und stellen damit vier arbeitslose Lehrer stundenweise für Hausaufgabenbetreuung ein. Die erhalten im Durchschnitt 350 DM im Monat. Die Presse schlachtet das eindeutig aus („ sie zeigen damit mehr Solidarität, als es die Lehrgewerkschaften tun.“ WAZ vom 17.1.1983)

- In – aber z.T auch außerhalb – der GEW organisieren sich arbeitslose Lehrer in Arbeitskreisen. Allein in NRW arbeiten 22 Arbeitskreise. Sie fordern konkrete Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit, nicht bloß Demonstration von Forderungen, papierne Resolutionen und Artikel in der Gewerkschaftszeitung.

Darauf muß die GEW reagieren, und es ist gut, daß die GEW im Unterschied zu den meisten Gewerkschaften – den Widerspruch von Arbeitslosen und Beschäftigten in der eigenen Organisation aushalten und ausfechten muß. Dieser Widerspruch ist produktiv

Auf allen Ebenen, von der Basis bis zum Hauptvorstand, wird zur Zeit über die Möglichkeit gewerkschaftlicher Selbsthilfe heiß diskutiert. Das geht natürlich nicht ohne Polemik ab.

Die Gegner der Selbsthilfeprojekte werfen diesen vor

- daß sie Gehaltskürzungen Vorschub leisten, weil sie durch Spenden eine Bereitschaft dazu zeigen;

- daß sie nur einen Tropfen auf den heißen Stein der Massenarbeitslosigkeit sind und nur wenigen Beschäftigung bieten;

- daß sie vom gewerkschaftlichen Kampf für die Einstellung aller Lehrer abhalten,

- daß sie das Bildungssystem privatisieren und den Staat aus der Verantwortung entlassen;

- daß sie die GEW in eine Arbeitgeberrolle drängen;

- daß die Beschäftigten unter unzumutbaren arbeitsrechtlichen Bedingungen arbeiten müssen und nicht sozial abgesichert sind;

- daß die Finanzierung höchstens zeitlich begrenzt gesichert werden kann.

Oft kommen diese Argumente, sehr radi-



kal vorgetragen, aus der Stamokap-Ecke. Die Mängel der bisher spontan entstandenen Solidaritätsprojekte wie in Oberhausen halten dabei als Buhmann her

Eine ganz neue Variante ist im traditionell linken Landesverband Westberlin diskutiert worden. Bislang werden gewerkschaftliche Selbsthilfeprojekte deshalb abgelehnt, weil man vermutet, der Hauptvorstand wolle so eine wirklich grundlegende Änderung der Gewerkschaftsstrategie gegen Arbeitslosigkeit umschiffen. Für diese Befürchtung spricht wenig. Im Gegenteil sind die Ablehner der gewerkschaftlichen Selbsthilfe die gleichen, die immer noch irgendetwelche Erfolge der (eigentlich nicht vorhandenen) Gewerkschaftsstrategie gegen Arbeitslosigkeit beschwören.

Sicher sind gewerkschaftliche Selbsthilfeprojekte nicht die neue Strategie. Für die kommenden Jahre muß die Schwerpunktsetzung 1 Arbeitszeitverkürzung, 2. Arbeitszeitverkürzung, 3. Arbeitszeitverkürzung lauten. Angesichts des bevorstehenden Kampfes der IG Metall um die 35-Stunden-Woche müssen alle Einzelgewerkschaften mitziehen und ebenfalls die Verkürzung der Wochenarbeitszeit in den Mittelpunkt stellen.

Dennoch steht für die GEW mit der Entscheidung für oder gegen gewerkschaftliche Selbsthilfe einiges auf dem Spiel. Die GEW

ist die einzige Gewerkschaft, in der sich Arbeitslose nicht nur organisieren, sondern auch in Arbeitslosenkreisen massenhaft tätig werden. Es droht eine langfristige Arbeitslosigkeit, und mit dem Abwandern in Jobs wie Taxifahrer und Putzhilfe geht auch der gewerkschaftliche Arbeitszusammenhang verloren. Jeder sucht sich individuell „Alternativen“ zum Lehrerberuf und tritt als billigste Arbeitskraft auf den Markt. Die Selbsthilfeprojekte bieten zum einen die Chance, im Beruf tätig zu werden, die Qualifikation nicht langsam zu verlieren und zugleich weiterhin in der GEW tätig zu sein. Daneben können gezielte Projekte (z.B. Nachmittagschulen) öffentlichkeitswirksam nachweisen, daß ein gesellschaftlicher Bedarf besteht, alte gewerkschaftliche Forderungen (z.B. nach Ganztagschule) zu erfüllen. Der Vorwurf der Privatisierung des Bildungssystems zieht nicht. Es geht nicht um privates Eigentum, sondern um gesellschaftliche Selbstverwaltung auf genossenschaftlicher Grundlage. Von Schülern, Eltern und Lehrern selbstverwaltete Schulen mit emanzipatorischem Anspruch (ohne Auslese- und Unterdrückungsfunktion, mit polytechnischer Bildung usw.) gibt es viel zu wenige. Anders als die Kirchen haben die Gewerkschaften nach 1945 verpaßt, eigene Schulen auf genossenschaftlicher Grundlage zu gründen. Das muß nicht so bleiben. Mit den Gewerk



ARBEITSLOSE LEHRERIN Beatrix Rennwanz während eines Silentiums. Im Hintergrund Lehrer\* Norbert Rodenbach.

**Pädagogen ohne Beschäftigung unter-**

# Lehrer zahlen ein Prozent ihres Gehaltes für arbeitslose Kollegen

Währenddessen wollen sie noch auf zwei Schulstunden verzichten

schaften als Träger könnten die enormen Anfangsschwierigkeiten von Freien Schulen (kein Geld, keine Förderung, keine Genehmigung) überwunden werden. Gerade nach dem Urteil zur Freien Schule Frankfurt ist klar, daß es nicht um Dauerfinanzierung gehen kann, sondern um eine Starthilfe und den Kampf um staatliche Förderung.

Neben der Diskussion über eine Schule in gewerkschaftlicher Trägerschaft, wie sie die Kölner Arbeitsgruppe Lehrerarbeitslosigkeit der GEW vorschlägt, sind eine Reihe

von gewerkschaftlichen Selbsthilfeprojekten in Planung, in Vorbereitung oder schon verwirklicht.

In *Recklinghausen* soll über Spenden von 20 DM monatlich ein zusätzlicher hauptamtlicher Funktionär eingestellt werden. Seine Aufgabe: Koordination der Aktivitäten gegen Arbeitslosigkeit und Kontakte zu Ausbildungsseminaren.

In *Aachen* ist ein Nachmittagsschulangebot in Planung. Förderkurse, Hausaufgabenbetreuung, Deutsch für Ausländer, Sport, Kultur, Freizeitaktivitäten und poli-

- Adressen:**
- Didaktisches Zentrum Hamburg**  
Itzehoer Weg 3  
2000 Hamburg 20, Tel.. 040 / 4802264
  - Kölner AG Lehrerarbeitslosigkeit**  
c/o Karl-Heinz Angsten  
Methweg 2  
5000 Köln 30, Tel.. 0221 / 1701966
  - AK arbeitsloser Lehrer GEW Aachen**  
c/o Günter Schabram  
Friedrichstraße 103  
5100 Aachen, Tel.. 0241 / 514407
  - Solidarität unter Lehrern Oberhausen**  
c/o Norbert Rodenbach  
Köstersfeld 35a  
4200 Oberhausen 14
  - AK arbeitsloser Lehrer Recklinghausen**  
c/o Fritz Scheller  
Elper Weg 92  
4350 Recklinghausen, Tel.. 02361 / 15323
  - Koordinationsstelle Lehrerarbeitslosigkeit beim AJLE NRW**  
c/o Hans-Peter Klein  
Piusstraße 58  
5000 Köln 30, Tel. 0221 / 513561

tische Bildung sollen an einer Hauptschule in einem Arbeiterviertel nachmittags durchgeführt werden. Gleichzeitig soll damit der Bedarf von Ganztagschulen konkret aufgezeigt werden.

In *Köln* ist ein pädagogisch-didaktisches Zentrum im Gespräch. Dieser Laden soll Material zur Unterrichtsvorbereitung, eine Bibliothek, Beratung von Eltern, Lehrerfortbildung usw anbieten.

Solche Projekte sind schon verwirklicht in Hamburg („Didaktisches Zentrum“), Marburg (Bildungspolitische Initiative / Nachhilfe, Hausaufgabenbetreuung, Deutsch für Ausländerkinder) und Hanau (Lehrer selbsthilfe „Rotstift“).

In der GEW zeichnet sich ein Kompromiß ab. Selbsthilfeprojekte werden unterstützt, wenn sie inhaltlich mit gewerkschaftlichen Vorstellungen übereinstimmen, gesellschaftlichen Bedarf an Bildung aufzeigen helfen, die Arbeitsbedingungen und Entlohnung zumutbar sind und langfristig eine kommunale oder Landsträger schaft angestrebt wird. Die Verwendung von Gewerkschaftsbeiträgen wird abgelehnt. Statt dessen sollen die Einzelmitglieder zu freiwilligen, regelmäßigen Spenden aufgerufen werden.

Es besteht die Chance, daß damit auch die unfruchtbare Spaltung zwischen Gewerkschafts- und Alternativbewegung ein Stück weit zurückgenommen wird. Trotz „Neue Heimat“ knüpft diese Diskussion um genossenschaftliche Selbsthilfe an eine gute Tradition der Arbeiterbewegung an. Die konkreten Vorschläge können zwar nicht einfach auf den Sektor der Produktion übertragen werden. Aber auch hier ist klar geworden: Die Gewerkschaften verfehlen ihren Zweck als Lohnmaschine, sie müssen sich aktiv in den Prozeß der Umwandlung der Gesellschaft einmischen und ihn organisieren. *Günter Schabram*

„Die Gewerkschaft sollte sich zum einen aktiv in einen Prozeß der Herausbildung von genossenschaftlichen und Selbsthilfeprojekten einschalten und entsprechende Initiativen ergreifen, sie sollte zum anderen Modelle der Selbstverwaltung im staatlichen Schulsystem ... fördern und durchsetzen helfen, dem Staat also Freiräume und größere Einflußbereiche in den Schulen selbst abringen.“

(Ulrich Hecker, Landesvorstand NRW der GEW und Redakteur der *Neuen Deutschen Schule*<sup>1</sup>).

„Von solchen Modellen sehe ich im wesentlichen drei: 1. Der freie, genossenschaftliche Zusammenschluß von Lehrern (Variante der freien Niederlassung) zum Zwecke der Versorgung mit besseren Bildungsleistungen. 2. Der Zusammenschluß von Nutzern im Sinne von Nachbarschaftsschulen, Elternschulen, Schulgemeinden, Schulen in gewerkschaftlicher Trägerschaft usw. 3. Schulen als Teil größerer genossenschaftlicher Zusammenschlüsse, etwa von Produktionsgenossenschaften.“

(Dieter Otten, Hochschullehrer in Osnabrück und GEW-Mitglied<sup>2</sup>).

„Ein Teil unserer Mitglieder ist offenbar bereit, einen finanziellen Beitrag zu leisten, damit den arbeitslosen Kollegen geholfen werden kann ... Sinnvoll erscheint die Einrichtung eines aus freiwilligen Beiträgen gespeisten Fonds, der von einer Kommission verwaltet wird. Er soll die Aufgabe haben, sinnvollen nichtstaatlichen oder halbstaatlichen und nicht kommerziell-profitorientierten Initiativen und Projekten, in denen pädagogisch notwendige Arbeit geleistet wird und die arbeitslosen GEW-Kollegen Beschäftigungsmöglichkeiten bieten, finanzielle Start-, Überbrückungs- und Unterstützungshilfen zu bieten.“

(Heinz Putzhammer, Hauptvorstand der GEW, in einem Antrag zur Lehrerarbeitslosigkeit, 3.11.1982)

1. *Wartet nicht auf bess're Zeiten*, in: Hinz, Ulrich (Hrsg.): Keine Zukunft für Lehrer? Lehrerarbeitslosigkeit, Lösungsmodelle, Gewerkschaften und Staat. Essen (Neue Deutsche Schule Verlagsgesellschaft) 1983, S. 95

2. *Alternative zur staatlichen Beschäftigung von Lehrern*, in: Hinz, Ulrich, a.a.O., S. 137

Vom Dezember 1982 bis zum Februar 1983 streikten die dänischen Hafenarbeiter. In diesem Zeitraum wurden in den zehn wichtigsten und mehreren kleinen Häfen des Landes keine Schiffe be- oder entladen, jedenfalls nicht von Schauerleuten. Nur in einzelnen Fällen gelang es den Reedereien und Handelsfirmen mit Hilfe massiver Polizeieinsätze und zwangsverpflichtetem Firmenpersonal einige Frachten zu löschen. Eine andere „Lösung“, die Verfrachtung auf dem Landweg, wurde eine kostspielige Angelegenheit. Überhaupt wurde der Streik sehr teuer für die sogenannten Stevedore-Kompanien (Vereinigung der Hafenkapitalisten); allein in Kopenhagen erlitten sie einen Verlust von rund 10 Millionen Kronen.

Der Streik wurde vorläufig abgebrochen, um die Möglichkeit einer Lösung des Konflikts auf dem Verhandlungswege nicht auszuschließen. Diese Verhandlungen werden voraussichtlich mehrere Monate dauern.

Der Kern des Konflikts ist, daß die dänischen Schauerleute – insgesamt rund 2500 Mann – fast ausschließlich als „lose“ Arbeitskraft beschäftigt sind. Jeder Arbeiter erscheint jeden Morgen zur „Musterung“ im Hafen, und meistens wird nur ein Teil von ihnen für die jeweils vorhandene Arbeit angenommen. In Aarhus z.B. können von den gut 200 „losen“ Hafenarbeitern nur ca. 50 fest mit einer 40-Stunden-Woche rechnen, und das sind meist Spezialarbeiter wie Maschinisten und Gabelstapler-Fahrer.

Seit vielen Jahren schon verhandelt die Gewerkschaft der Hafenarbeiter mit den Stevedore-Kompanien um feste Verträge. Die Stevedore-Kompanien wollen solche Verträge nur in einem sehr beschränkten Umfang. Die Hafenarbeiter wiederum sind mit einer halben Lösung nicht einverstanden, weil das zur Folge haben kann, daß die Kollegen, die keine festen Verträge bekommen, dann nicht einmal mehr „Gelegenheitsarbeit“ machen können, sondern ganz arbeitslos werden. Die Zahl der Hafenarbeiter ist in den letzten Jahrzehnten sowieso schon drastisch gefallen durch die Einführung von Sauganlagen für lose Stoffe (wie Korn und Futtermittel z.B., die einen großen Teil der Frachten in den dänischen Häfen ausmachen) und durch die zunehmende Vereinheitlichung des Stückguts mit dem Container-System. Ein Beispiel: Im Containerhafen von Aarhus schaffen heute fünf Mann in einer Stunde, wozu „früher“ (d.h. in den jungen Jahren älterer Arbeiter) 40 notwendig waren.

Was den Streik auslöste, war jedoch ein ganz anderes Problem: Der Beschluß der neuen, konservativen Regierung, im Rahmen eines größeren Programms zur Einsparung öffentlicher Ausgaben die Arbeitslosenunterstützung für Teilzeitbeschäftigte

zu kürzen. Bisher war es so, daß Teilzeitbeschäftigte – und dazu gehören auch die nicht fest angestellten Hafenarbeiter – ihren Teilzeitlohn mit der „großen“ Arbeitslosenunterstützung in Höhe von 335 Kronen pro Tag ergänzen konnten; sie kamen zwar damit auch nicht auf einen vollen Lohn, aber jedenfalls in dessen Nähe. Neben der „großen“ Unterstützung gibt es im dänischen Sozialversicherungssystem die „kleine“ zum jetzigen Satz von 266 Kronen. Nach der neuen Regelung sollten die Teilzeitbeschäftigten mit mehr als 15 Wochenstunden nur noch die kleine Unterstützung bekommen; mit mehr als 30 Stunden (vorher 32) in der Woche fällt die zusätzliche Unterstützung ganz weg. Nach Berechnungen der Hafenarbeiter bedeutet allein dieser Teil des Sparprogramms für sie einen Verlust von 10 – 15000 Kronen im Jahr.

Der Streik hatte große Sympathie in der Bevölkerung. Nicht nur unter den insgesamt rund 100000 Teilzeitbeschäftigten und „losen“ Arbeitern Dänemarks, für die die Hafenarbeiter mitkämpften, sondern auch unter den 300000 Arbeitslosen. Es wurden große Geldsammlungen durchgeführt. Unter dem Druck dieses Protestes nahm die Regierung für einige Gruppen der Teilzeitbeschäftigten die neue Regelung zu-

# Der Streik der dänischen Hafenarbeiter

Ein Bericht und Gespräch mit einem Gewerkschaftssekretär von Barbara Gentikow, Aarhus



rück, zum Beispiel für die zahlreichen stundenweise beschäftigten Lehrer an Schulen und Hochschulen. Nicht aber für die Hafenarbeiter. Ihr Kampf hätte wohl siegreich nur durchgeführt werden können, wenn sich andere Industrie- und Transportarbeiter dem Streik angeschlossen hätten. Gründe dazu hatten sie mehr als genug, denn zusammen mit der Kürzung des Arbeitslosengeldes für Teilzeitarbeiter hatte die Regierung eine ganze Reihe weiterer reaktionärer Programmpunkte beschlossen: die Aufhebung des automatischen Inflationsausgleichs, die Wiedereinführung des sogenannten Karentages (Bezahlung des ersten Krankentages aus eigener Tasche) und die Abschaffung des Schlechtwettergeldes an den ersten drei Tagen. Es kam jedoch nur zu kurzen Sympathiestreiks der Arbeiter (innen) in der Fischindustrie und einige Aktionen der Bauarbeiter. Allerdings auch zu einigen der größten Demonstrationen der letzten Jahre. Auf ihnen wurde das gesamte Programm der neuen Regierung angegriffen, das die erkämpften Rechte der dänischen Gewerkschaftsbewegung um Jahrzehnte zurückzuwerfen versucht. □

Fotos: Mediearbejderne (Aarhus)

# und das Problem der „losen Arbeits- kraft“

Ich spreche mit Ib Lund, Sekretär der Aarhuser Hafenarbeitergewerkschaft, in der Kantine am Pier 1, wo gerade ein isländisches Containerschiff und ein westdeutscher Holzfrachter gelöscht werden.

**B.G.:** War der Abbruch des Streiks eine Niederlage?

**I.L.:** Nein. Aber wir haben die Sache wohl von Anfang an falsch eingeschätzt. Es sollte ein totaler Streik werden, weil wir ja für so viele andere kämpften. Das wurde nichts, und insofern ist es ein verlorener Kampf gewesen.

**B.G.:** Jetzt wird verhandelt. Ist da eine Lösung zu erwarten in der nächsten Zeit?

**I.L.:** Ich persönlich glaube nicht, daß wir mit Verhandlungen etwas erreichen können.

**B.G.:** Was für Arbeitsverhältnisse wollt ihr? Feste Verträge für alle?

**I.L.:** Ich persönlich könnte mir nicht vorstellen, fest beschäftigt zu sein, und so geht es wohl auch den meisten hier im Hafen. Eine gute Lösung wäre meiner Meinung nach, daß die gewerkschaftlich organisierten Hafentarbeiter einen garantierten Mindestlohn bekommen, der ihnen von der Stevedore-Kompanie dafür gezahlt wird, daß wir täglich unsere Arbeitskraft zur Verfügung stellen. Daß also nicht mehr der Staat zahlt in Form von Arbeitslosenunterstützung. Das ist einfach eine verdeckte Unterstützung der Arbeitgeber gewesen bisher.

**B.G.:** Was für Vorteile liegen darin, „lose“ Arbeitskraft zu sein?

**I.L.:** Der wesentlichste Vorteil ist, daß man nicht oder nur schwer entlassen werden kann. Bist du fest angestellt und der Stevedore-Kompanie gefällt auf einmal dein Gesicht nicht mehr, wirst du gefeuert.

**B.G.:** Bei der jetzigen „Musterung“ können sie dich doch aber auch auf den Kieker nehmen und dir keine Arbeit geben?

**I.L.:** Klar. Tun sie auch. Aber feuern können sie dich nicht, solange du da jeden Morgen um sieben stehst und nicht gerade stockbetrunken bist.

**B.G.:** Wenn ihr morgens nicht genommen werdet, könnt ihr dann nach Hause gehen?

**I.L.:** Ja. Und das ist natürlich auch ein Vorteil.

**B.G.:** Was sind die größten Nachteile?

**I.L.:** Hier in Aarhus das Musterungssystem selbst. In den letzten 10 Jahren hat die Stevedore-Kompanie ihre Kontrollen verschärft. Die schnüffeln überall auf den Schiffen rum und sehen zu, wie wir arbeiten, und wählen uns danach aus. Es ist wohl unvermeidlich in so einem System, daß man verschieden behandelt wird, je nachdem wie gut man sich mit dem Stevedore-Mann steht. Aber wir wollen die

Futtermittel – in der Mitte nachrutsch. Früher waren die Laderäume ganz falsch, da mußte man noch viel zur Mündung des Saugrohrs schieben und schaufeln. Bevor die Saugrohre kamen, war das eine unvorstellbare Schaufelei. Oder die Sachen waren in Säcken, die geschleppt werden mußten. Oder der Holzfrachter da draußen, mit den Bretterstapeln: Das hätte früher wohl einhalb Wochen gedauert mit dem Abladen, Brett für Brett, per Hand. Heute dauert das 10 Stunden, mit zwei Kränen und einem Dutzend Leuten. Klar, ist die Arbeit einfacher geworden auf eine Art. Aber Arbeit alten Stils sozusagen ist ja auch noch da. Säcke schleppen, 60 kg, besonders Kaffee. Und Container laden zum Beispiel, den ganzen Tag, die sind aus Metall, das ist eine kalte Sache in dieser Jahreszeit, kann ich dir sagen. Und überhaupt: Mit immer weniger Leuten schaffen wir immer mehr

**B.G.:** Wie sieht es mit Krankheiten und Unfällen aus im Vergleich zu früher?



Willkür einschränken. Wir wollen ein Turnus-System, in dem man für längere Zeit im voraus fest notiert wird, mit den verschiedenen Arbeiten an den Luken, an der Winsch, im Lastraum und auf dem Kai. Auf die Art könnten wir auch besser im voraus wissen, wann wir nichts zu tun kriegen.

**B.G.:** Wie wirkt sich die technische Entwicklung hier im Hafen auf euch aus? Diese Sauganlagen zum Beispiel: Macht das eure Arbeit leichter?

**I.L.:** Das hier auf dem Bild ist ein Lastraum neuester Bauart, ein sogenannter Selbst-Entlader. Mit diesen schrägen Wänden, von denen die Last – das sind hier

**I.L.:** Ich kann dir keine statistischen Zahlen geben. Aber Rückenschäden haben wir immer noch viel. Verletzungen der Hände sind wohl weniger jetzt. Früher wurden oft Finger gequetscht, beim Anhängen und Abhängen der Lasten, wenn man die Hände nicht schnell genug wegzog.

**B.G.:** Vor drei Wochen hatte ein Kollege von euch hier im Hafen einen tödlichen Unfall.

**I.L.:** Ja, er wurde von einem Container Truck überfahren, 56 Tonnen. Das war schlimm. Überhaupt haben wohl die schweren Unfälle zugenommen. Wenn es zu Unfällen kommt, dann sind es jetzt meist scheußliche. □



## Prozentgeflüster

**Metall.** Eine Lohnerhöhung von 3,2% bei einer zwölfmonatigen Laufzeit wurde vereinbart. Die Preissteigerungsrate lag im März bei 3,5%. Sie soll sich im Sommer auf unter 3% verringern. Angesichts der Preisentwicklung bei den Lebensmitteln, die noch über 4% liegt, und der im Sommer anstehenden Steuererhöhungen wird auch dieser Abschluß das Ziel, die Reallöhne zu erhalten, nicht erreichen. Negativ schlägt weiter zu Buche, daß zum ersten Mal seit Jahren keinerlei Strukturelemente vorhanden sind.

**Druck.** Hier wurden ebenfalls 3,2% bei 12 Monaten Laufzeit vereinbart.

**Baugewerbe.** Wieder fiel der ausgehandelte Abschluß bei den Arbeitern in der Tarifkommission durch. Facharbeiter sollten eine Erhöhung von 3,1% erhalten, während die Nichtfacharbeiter, mit dem ohnehin niedrigeren Lohnniveau, sich mit 2,7% bescheiden sollten. Bei den Angestellten kam eine Vereinbarung von 3% für alle durch. **Chemie.** Hier wurde neben der Altersfreiheit (s. S. 16) eine Lohnerhöhung von 3,2% vereinbart – allerdings bei einer Laufzeit von 14 Monaten einschließlich eines „Null“-Monats. Umgerechnet aufs Jahr sind dies um 2,75%.

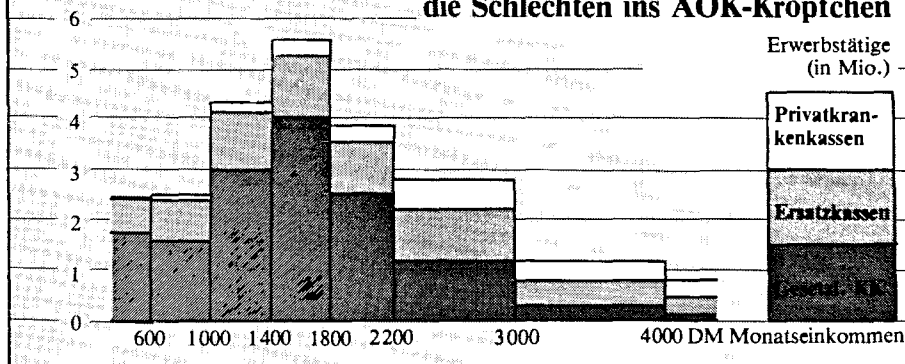
**Banken.** Nach dem „besten Jahr seit der französischen Revolution“ – so ein Kölner Privatbanker – wurden die Tarifverhandlungen allerdings erneut nach einem demgegenüber eher durchschnittlichen Angebot von 3% und 14 Monaten Laufzeit bei einem Nullmonat erneut vertagt. Auch bei der Forderung der Gewerkschaft nach Abschluß eines Rationalisierungsschutz-Abkommens gab es keine Einigung; ebenso bei der gewerkschaftlichen Forderung nach Einbeziehung aller Teilzeitangestellten in den Geltungsbereich der Tarifverträge.

**Versicherungen.** Wie bei den Banken fordert die HBV 6,5%. Es zeichnet sich eine Einigung zwischen 3,0 und 3,2% je nach Laufzeit ab.

**Bergbau.** Die IG BE hat sich in die Reihe der Gewerkschaften eingereiht, die „ohne festgeschriebene Prozentzahl“ in die Verhandlungen gehen.

**Öffentlicher Dienst.** Nach der Forderung Lamsdorffs, einen Abschluß im öffentlichen Dienst nicht höher als 2% zu tätigen, der Erklärung des Finanzsekretärs Häfele, auf jeden Fall 1984 eine „Null“-Runde durchzusetzen und nach dem Ausscheiden des Staatssekretärs Hartkopf, angeblich u.a. wegen Abweichens von der bisher verfolgten Linie bei den Gehaltsverhandlungen, zittert die ÖTV Vorsitzende Wulf-Mathies um das von ihr vernommene Versprechen Zimmermanns über „faire Verhandlungen unter Berücksichtigung der sozialen Belange der Beschäftigten“. Der Zielkorridor wird wohl unter 2,5% liegen. Von einer Bewegung für den Mindestanteil ist noch nichts zu spüren. □

## Krankenkassen: Die Guten ins Privattöpfchen die Schlechten ins AOK-Kröpfchen



## Zauberstab „Verstaatlichung“?

Im Goldsaal der Dortmunder Westfalenhalle ging es hoch her. 400 Vertrauensleute und Betriebsräte aus der westdeutschen Stahlindustrie nahmen sich E. Loderer, R. Judith und das Vorstandspapier der IG Metall zur Stahlindustrie vor. Fast ausnahmslos kritisierten die Redner den IG Metall-Vorstand, weil er auf die Forderung nach Verstaatlichung verzichtet hatte.

Das ist kein Einzelfall. Immer da, wo ein größerer Betrieb oder Konzern in Schwierigkeiten ist – egal ob Hoesch, AEG oder andere Betriebe – wird die Forderung nach Übernahme in Staatseigentum erhoben.

Auch wenn die Bezeichnungen wechseln: „Verstaatlichung“, „Vergesellschaftung“ oder „Überführung in Gemeineigentum“, gemeint ist im konkreten Fall immer das eine: Übernahme in Bundeseigentum.

Einige Wochen zuvor in Köln auf einer Kundgebung gegen Betriebsschließungen: Der IG Metall-Verwaltungsstellenbevollmächtigte forderte die Verstaatlichung des DIAG-Konzerns. Der Witz ist, daß der schon in Bundeseigentum ist.

Deutlich wird daran, daß sich die Forderung verselbständigt hat. Bei jeder Gelegenheit wird sie aus der Tasche gezogen wie ein Zauberstab. Berührt man eine Sache damit, ist das Problem schon gelöst.

Aber was wäre denn dann z.B. in der Stahlindustrie gelöst, wenn der Eigentümer sich geändert hätte? Gesamtgesellschaftlich gesehen wäre immer noch Überproduktion vorhanden. Was wäre bei AEG gelöst?

Die Praxis der bundeseigenen Betriebe ist ja auch allgemein bekannt. Von den Befürwortern der Verstaatlichung aus den bundeseigenen Betrieben kommen auch nicht gerade überzeugende Argumente. Der Betriebsratsvorsitzende der Peine & Salzgitter-Gruppe führte auf der Stahlkonferenz als Argument an, bei

P&S seien im Gegensatz zu anderen Stahlkonzernen die Pensionsrückstellungen immer ordnungsgemäß erfolgt. Sodann wird in diesem Zusammenhang hervorgehoben, bei Unternehmen, die im Bundesbesitz sind, könne man gegen Stilllegungen und Massenentlassungen auch öffentlich Druck machen. Richtig, doch welcher öffentliche Druck entfaltet werden kann und in welcher Richtung er wirkt, hängt von der politischen Lage ab. War die Situation in der Zeit von 1969–75 günstig, so hat sie sich seither ständig verschlechtert. Das Beispiel des öffentlichen Dienstes oder auch von Arbed Saarstahl zeigt, daß auch öffentlicher Druck gegen die Beschäftigten entwickelt werden kann.

Der Ruf nach Verstaatlichung, wie tibetanische Gebetsmühlen bei allen Gelegenheiten erhoben, ist ein Ausweichen vor den tatsächlichen Problemen in den konkreten Fällen. Sicher wird gesagt, die Verstaatlichung sei nur ein Schritt, aber wer nicht sagen kann, wie der zweite aussehen und in welche Richtung er gehen muß, meint die Aufforderung zum ersten auch nicht ernst.

Wie können die Belegschaften über Produkt und Organisation des Arbeitsprozesses entscheiden? Wie kann ein genossenschaftlich arbeitender Sektor – meinetwegen zum Teil auch mit Staatseigentum – gesellschaftliche Produktion und Austausch organisieren?

Ist nicht ein Gutteil der Stagnation, in der die Gewerkschaften nach ihrem Aufbruch am Ende der sozial-liberalen Koalition verharrt sind, darauf zurückzuführen, daß die Linken in den Gewerkschaften auf Modelle und Zielvorstellungen zurückgriffen – wie eben z.B. Verstaatlichung und Kaufkrafttheorien – die sich augenfällig hier wie in den staatsmonopolistischen Ländern zur Lösung der anstehenden Probleme als untauglich erwiesen haben? gh.



# Gehen hier die Uhren anders?

## Österreich vor den Nationalratswahlen

Am 24. April wird in Österreich der neue Nationalrat gewählt — das Gegenstück zum Bundestag. Eine reaktionäre Wende wie in der Bundesrepublik ist nicht zu erwarten, wenn der Wahlausgang auch bis zuletzt offen bleibt und eine Reihe von Regierungsvariationen nach dem Wahltag möglich scheinen. Dem politischen Spielraum jeder machbaren Regierung nach dem 24. April sind so oder so ziemlich enge Grenzen gezogen.

Von G. Stemberger, Wien

Und so frage ich Sie, Herr Bundeskanzler: Wo sonst als in Österreich herrschen so paradiesische Zustände?“

Der Wißbegierige heißt Wille, ist Spitzenfunktionär der Metallarbeitergewerkschaft und Abgeordneter zum Nationalrat, wo er kürzlich diese dringliche Anfrage an Bundeskanzler Kreisky richtete.

Von Vergleichen lebt heute fast die ganze SPÖ- und Regierungspropaganda. Nach 13 Jahren Alleinregierung nimmt sie für sich in Anspruch, wirkungsvolle Dämme gegen die Krise errichtet und damit deren Auswirkungen in Österreich vergleichsweise geringgehalten zu haben:

Das *Wirtschaftswachstum* betrug in den Jahren 1978 – 81 im Schnitt 2,6 Prozent, im Vergleich dazu im Schnitt der OECD-Länder nur 1,9 Prozent. Trotz Rückgang der Industrieproduktion um 0,5 Prozent stieg das Bruttoinlandsprodukt auch 1982 dank landwirtschaftlicher Rekordergebnisse noch real um 1,1 Prozent, während es in Westeuropa nur um 0,5 Prozent wuchs und in der BRD um 1 Prozent schrumpfte.

1982 wies Österreich erstmals seit 1969 wieder eine aktive *Leistungsbilanz* aus. Diese Verbesserung ging nur zu einem Fünftel auf Steigerungen im Fremdenverkehr und

bei sonstigen Dienstleistungen zurück, hingegen zur Hälfte auf eine wesentliche Verbesserung der Handelsbilanz (Rückgang der Importe um 0,5 Prozent, Steigerung der Exporte um 5,2 Prozent). Befriedigt werden Marktanteilsgewinne im Export gemeldet, nicht zuletzt Folge einer Trendumkehr bei den relativen Lohnkosten: Stiegen diese 1973 – 77 jährlich noch um fast 2 Prozentpunkte stärker als bei den wichtigsten Handelspartnern (vor allem BRD, gefolgt von Italien und der Schweiz), so stiegen sie 1977 – 82 um 2,5 Prozentpunkte schwächer als bei diesen und liegen heute relativ niedriger als im Durchschnitt der 60er Jahre.

Die *Preissteigerungsrate* fiel von 6,8 Prozent 1981 auf 5,4 Prozent 1982 und wird für 1983 auf nur mehr 4 Prozent prognostiziert.

Die *Arbeitslosenrate* erreicht nur die Hälfte der durchschnittlichen OECD-Rate. Sie stieg von 2,4 Prozent 1981 auf 3,7 Prozent 1982 und wird für dieses Jahr auf etwa 4,6 bis 4,8 Prozent prognostiziert — immer noch wesentlich unter den Arbeitslosenraten der meisten westlichen Industrieländer. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt noch unter diesem Schnitt.

Der Österreicher lebt allerdings weder im

Durchschnitt noch im Vergleich, sondern beispielsweise im steirischen Industriegebiet, dessen Verödung und völlige Verarmung im Gefolge der Stahlkrise trotz zum Teil heftiger Gegenwehr rasch voranschreitet. Oder am Land, wo 15 Prozent der bäuerlichen Bevölkerung sogar unter der offiziellen Armutsgrenze leben. Oder in den Wiener kommunalen Wohnungen, wo die Mietzinsrückstände trotz Sozialhilfe 1982 bereits 56 Millionen Schilling, die Heizkostenrückstände (Fernwärme) über 50 Millionen betragen und ständig Delogierungen infolge Zahlungsunfähigkeit auf der Tagesordnung stehen.

Die Arbeitslosenzahl ist geringer als in anderen Ländern, ihre Lage wird dadurch nicht leichter. Das Arbeitslosengeld beträgt im Schnitt kaum mehr als 5000 Schilling (etwa 40 Prozent des Bruttoverdienstes), maximal etwas mehr als 7000 Schilling — und das für ganze 30 Wochen, nach denen bestenfalls noch die niedrigere Notstandshilfe für weitere 26 Wochen bezogen werden kann.

Nicht zuletzt unter dem Druck dieser Umstände und der Angst um den Arbeitsplatz haben die, die noch Arbeit haben, zum Teil empfindliche Reallohnseinbußen

hinnehmen müssen. Die Streichung vor allem betrieblicher Sozialleistungen ist im vollen Gange – in der krisengeschüttelten verstaatlichten Industrie genauso wie in der Privatwirtschaft. In einer wachsenden Zahl von Unternehmen werden die Betriebsräte mit „Förderungsprogrammen“ der Firmenleitungen konfrontiert, die unter Androhung von Personalabbau von Lohnsenkungen über Unterbezahlung von Überstunden bis zum „freiwilligen Verzicht“ an eine ganze Reihe gesetzlicher und kollektivvertraglicher Rechte gehen. Nur mit Mühe konnte letztes Jahr die Chemiarbeitergewerkschaft eine Vereinbarung zwischen Vorstand und Betriebsrat des indirekt in Staatseigentum befindlichen Semperit-(Gummi)-Konzerns unterbinden, die Ergebnisse gerade abgeschlossener Kollektivvertragsverhandlungen der Chemiarbeiter in den Konzernbetrieben schlicht zu ignorieren.

### Labile SPÖ-Mehrheit

Und trotzdem: mit der Angst davor daß es noch schlechter werden könnte, und dem Wissen darum, daß es in anderen Ländern bereits wesentlich schlechter steht, kann die SPÖ bei diesen Wahlen genauso rechnen wie mit der Schwäche ihrer Konkurrenzpartei.

Die SPÖ-Regierung hatte an sich in den letzten Jahren durchaus genügend unternommen bzw. unternommen lassen, um ihre Mehrheit zu verspielen. Ihre Stammwähler schaft in der Arbeiterschaft und unter den anderen einfachen Lohnabhängigen ist ihr letztlich bei aller Unzufriedenheit doch nach wie vor sicher – für diese stellt die ÖVP keine Alternative dar, die SPÖ hingegen zumindest das „geringere Übel“ Über

Wahl- und Regierungsmehrheiten entscheiden aber ganz andere Schichten: die middle ren und höheren Angestellten und Beamten, die Intellektuellen, die Freiberufler der gehobeneren Mittelstand. Erst die Neutralisierung und dann Gewinnung dieser Schichten (die SPÖ spricht vom „liberalen Wähler, der eingeladen ist, ein Stück des Weges mit der SPÖ zu gehen“) ermöglichte der SPÖ 1970 die Bildung der Minderheitsregierung und kurz darauf die Alleinregierung mit absoluter Mehrheit. Von der letzten Wahl her ist die SPÖ mit einer satten absoluten Mehrheit von 95 Mandaten (gegenüber 77 der Österreichischen Volkspartei ÖVP – Schwesterpartei der CDU und 11 der Freiheitlichen Partei Österreichs FPÖ – Schwesterpartei der FDP) ausgestattet.

Diese Mehrheit ist dennoch labil. Die rapid wachsende Staatsverschuldung und die an allen Ecken und Enden krachende Finanzierung der Wirtschaftsstützung und des „sozialen Netzes“ zwingen die SPÖ, zunehmend auch diesen Schichten ans Fell zu gehen.

Die ÖVP hat längere Zeit versucht, die SPÖ über die Korruptions- und Fehlplanungsskandale zu knacken, die nun schon Jahr für Jahr bei jedem großen Bauprojekt in Österreich platzen – vom Allgemeinen Krankenhaus in Wien über die UNO-City bis zum UNO-Konferenzzentrum. Nachdem sie aber selbst spätestens mit dem Korruptions-Skandal um die ÖVP-gesteuerte Wohnbaugenossenschaft Ost (WBO) und diversen finsternen Transaktionen zur Parteienfinanzierung auch auf diesem Gebiet wieder mit der SPÖ gleichgezogen hat, fällt ihr das schon bedeutend schwerer. Ihre Hauptwahlkampflinie ist nun das „Sparen“

gegen die „Vergeudungspolitik“ und das „Schuldenmachen“ der SPÖ

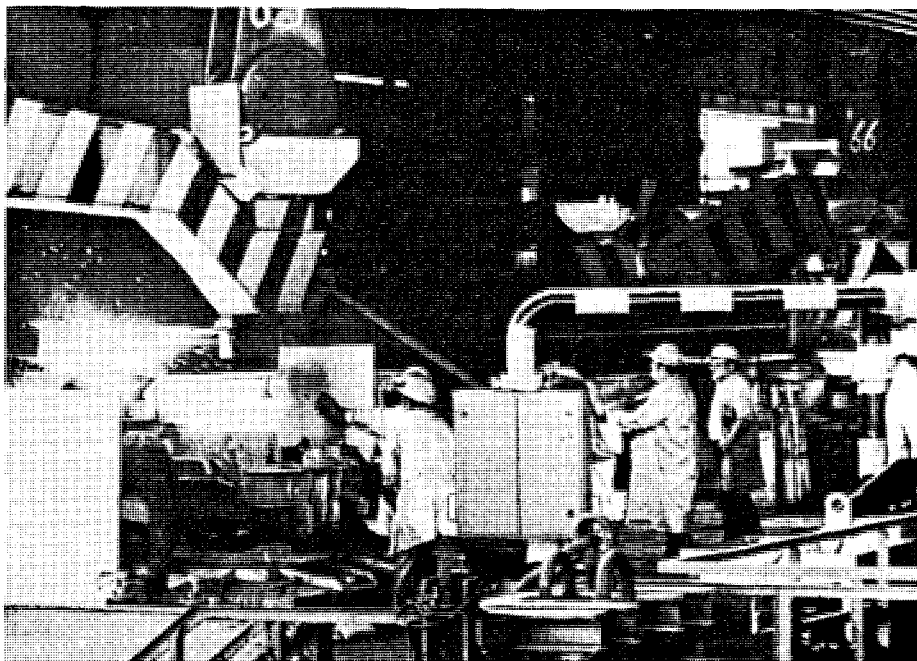
### Kein Platz für radikale Wende

Darin zeigt sich schon ein wesentlicher Unterschied zur politischen Polarisierung in der BRD zwischen den großen politischen Lagern. Zwar spricht auch die ÖVP von der Notwendigkeit eines „wirtschaftspolitischen Kurswechsels“ aber so wörtlich darf man das nicht nehmen. Es wäre ganz verfehlt, die wirtschaftspolitischen Pläne (oder gar ihre wirtschaftspolitischen Möglichkeiten als Regierungspartei) etwa mit Monetarismus oder „Reaganomics“ gleichzusetzen, die der SPÖ mit Keynesianismus. Mit Händen und Füßen wehrt sich die ÖVP dagegen, von der SPÖ das „Reaganomics“ oder „Thatcherism“ Schild umgehängt zu bekommen, und ließ sich von einem ihrer Wirtschaftstheoretiker auch eiligst ein Gutachten anfertigen, daß diese auf Österreich nicht anwendbar seien.

Die Wirtschaftspolitik in Österreich hat seit Jahrzehnten eine sehr starke Grundströmung, die von der parteipolitischen Farbe der jeweiligen Regierung nur in relativ engen Grenzen modifiziert wird und werden kann. Die Wirtschaftspolitik wird weniger von den jeweiligen Regierungen gemacht, als vielmehr außerhalb von Regierung und Parlament im korporatistischen Macht- und Kompromißgefüge der „Sozialpartnerschaft“, der in der Nachkriegszeit institutionalisierten, für Österreich spezifischen Verwaltungsform der Klasseninteressen und -kompromisse, getragen durch die mächtigen Verbände der Arbeiterbewegung (Gewerkschaften und Arbeiterkammern) und die Unternehmerorganisationen. Dazu kommt die dominante Rolle des ausgedehnten staatlichen Wirtschaftssektors in der Gesamtwirtschaft, der relativ unabhängig von der jeweiligen Regierungsmehrheit von den Großparteien und Interessensverbänden gemeinsam gesteuert und betrieben wird. Keine Regierung, welcher Farbe auch immer, konnte und kann gegen die diesem Machtgefüge entspringenden politischen Vorgaben regieren. Sie kann bei einer Pattstellung in engen Grenzen als „Schiedsrichter“ agieren oder die eine oder andere Modifikation anbringen, sie kann über den jeweils von ihrer Partei hegemonisierten Flügel der Sozialpartnerschaft Initiativen ergreifen oder solche der Gegenseite blockieren, viel mehr ist nicht drin.

Dementsprechend stellt sich auch die Wirtschaftspolitik schon von jeher nicht als die Realisierung des einen oder anderen nationalökonomischen Konzepts dar, sondern als (gern als „pragmatisch“ bezeichnete) Kombination von nachfrage und ange-

Hüttenarbeiter in der VÖEST Die offizielle ÖGB-Statistik zählt 1982 ganze zwei (kleinere) Streiks.





Wahlkampf 1979

botsorientierten Elementen, für die selbst die Bezeichnung „Austro-Keynesianismus“ noch irreführend ist. In dieser dem Grundmuster nach schon zur Zeit der großen Koalition (1949–66) entstandenen eigentlich gemischten und geklitterten wirtschaftspolitischen Linie kommen eben diese bereits im Vorfeld der Regierungspolitik ausgetragenen und verwalteten Interessenskonflikte und -kompromisse des sozialpartnerschaftlichen Machtgefüges zum Ausdruck.

Dementsprechend steht in der Wahlaus-einandersetzung zwischen SPÖ und ÖVP weniger die Wirtschaftspolitik an sich, als vielmehr deren Finanzierung und die damit verbundene „Budgetsanierung“ im Mittelpunkt.

Die SPÖ hat schon längst begonnen, was die ÖVP verspricht, nämlich die „Förderung der Investitionsbereitschaft“ der Unternehmen durch eine Fülle von steuerlichen Begünstigungen, Prämien und Forcierung der vorzeitigen Abschreibungen. Bezeichnenderweise enthält das kürzlich vorgelegte SPÖ-Steuerpaket neben den angekündigten Erhöhungen der Massensteuern und -abgaben nur zwei Steuererleichterungen – und die sind den Unternehmern zugedacht: die Abschaffung der Kreditgebühren und der Gewerkekapitalsteuer. Viel mehr als die SPÖ-Regierung in den letzten 13 Jahren steuerlich zur „Entlastung“ getan hat und zu tun ankündigt, hätte auch die ÖVP unter den gegebenen Kräfteverhältnissen nicht realisieren können:

Bei Regierungsantritt der SPÖ 1970 warf die Lohnsteuer eineinhalbmal so viel ab wie die veranlagte Einkommensteuer – 1982 bereits dreimal so viel. Die Aufkommensre-

lation zwischen der Lohnsteuer einerseits und sämtlicher Unternehmersteuern andererseits hat sich seit 1970 von 2:3 in 3.2 umgedreht. Der Aufkommenszuwachs bei den Massensteuern seit 1970 ist mit +318 Prozent nahezu dreimal so groß wie bei den Unternehmersteuern mit +133 Prozent. Gleiches gilt für direkte Wirtschaftsförderungsmaßnahmen wie Kreditstützungen, Subventionen, Exportförderungen usw.

Zur wirtschaftspolitischen Abgrenzung gegenüber der SPÖ bleibt der ÖVP ein in Wahrheit ziemlich schmaler Bereich. Selbst dort ist stark zu bezweifeln, ob bei Realisierung der vorgeschlagenen Maßnahmen die angekündigten Effekte eintreten würden, einmal abgesehen davon, daß sie selbst eine ÖVP-Alleinregierung in dieser Weise gegen SPÖ- und Gewerkschaftsopposition nicht durchsetzen könnte. Im wesentlichen bestehen die „Alternativen“ der ÖVP in der Wirtschaftspolitik in:

- Budgetsanierung durch rigoroses Sparen: 60 „Verschwendungsmilliarden“ sollen eingespart werden, davon 20 der Budgetsanierung zugutekommen und 40 Milliarden in die Wirtschaftsankurbelung gesteckt werden. Der Effekt soll in der Schaffung von 90000 Arbeitsplätzen bestehen. Eingespart werden soll zum einen durch Baustopp für das milliardenfressende UNO-Konferenzzentrum in Wien (gegen das die ÖVP das größte Volksbegehren der zweiten Republik zustandebrachte), zum anderen bei den schwer defizitären Bundesbahnen (ohne nähere Angabe) und beim öffentlichen Dienst (ohne nähere Angaben).

- Sparen auch bei den Sozialausgaben: „Das soziale Netz redimensionieren, damit es wieder finanzierbar wird“ – konkreter

## österreich vor der wahl

wird man bei der ÖVP zu diesem Thema begrifflicherweise ungen. Ausnahme: Einsparung der durch Verfassungsgerichtshofentscheid erzwungenen Witwerpension, was kärgliche 30 Millionen Schilling im Jahr bringen würde.

- Reprivatisierungsaktion für Gemeinde- und Genossenschaftswohnungen: diese sollen auf Wunsch an die Mieter verkauft werden, wovon sich die ÖVP 40 Milliarden Schilling Einnahmen in fünf Jahren verspricht.

Die SPÖ malt als Folge der Realisierung dieses ÖVP-Konzepts den Verlust von 150000 Arbeitsplätzen an die Wand und präsentiert ihreseits ein 30-Milliarden-Investitionsprogramm für die Jahre 1983 bis 1986, mit dem 250000 Arbeitsplätze „gesichert oder neu geschaffen“ werden sollen: je zur Hälfte sollen diese Milliarden der öffentlichen und der privaten Wirtschaft zufließen. Das Programm umfaßt große Tunnelbauten der Bundesbahnen, die Umstellung des Telefonnetzes auf das neue elektronische System, Straßenbauten, Sonderwohnbauprogramme, Althausanierungsaktionen, Umweltschutzmaßnahmen und verstärkte Exportförderung. Die Finanzierung soll zum einen durch weitere Ausdehnung der Staatsverschuldung erfolgen, zum anderen Teil aus neuen Budgeteinnahmen, die die SPÖ mit einem eigenen „Steuerpaket“ noch im Wahlkampf angekündigt hat („Die Österreicher sollen wissen, was auf sie zukommt.“): wesentlich höhere Besteuerung des bisher fast steuerfreien Urlaubs- und Weihnachtsgeldes, Einführung der Quellensteuer auf Sparginsen ab einer gewissen Höhe, Erhöhung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags, evtl. auch Erhöhung des Spitzensteuersatzes (derzeit 62 Prozent ab 1,5 Millionen Schilling). Der Gewerkschaftsbund hat diesem Paket bereits zugestimmt.

Die Ankündigung dieses Belastungspakets war natürlich riskant, doch die Rechnung der SPÖ („Der Wähler weiß Ehrlichkeit mehr zu schätzen als hohle Versprechungen.“) kann durchaus aufgehen. Kreisky schöpft diesbezüglichen Optimismus auch aus dem Ausgang der Bundestagswahlen. Kritisch ist dabei allerdings gerade der Bereich der anfangs erwähnten Mittelschichten, denen die Sparsprüche der ÖVP angesichts der Tatsache eingehen könnten, daß die angekündigten SP-Maßnahmen gerade sie relativ am meisten, wenn auch nicht am härtesten treffen werden.

### Grüne Wende

Neben der Wirtschaftspolitik haben die Wahlerfolge grüner und alternativer Listen bei den Gemeinderatswahlen in Salzburg und Graz schlagartig zu einer grünen Wen-



de im Wahlkampf der Parteien geführt. In Windeseile wurden eine Reihe von Umweltschutzgesetzen und -entscheidungen herbeigeführt. SPÖ, ÖVP und FPÖ überschlagen sich in „grüner“ Wahlwerbung. Vor allem im Zusammenhang mit der ebenfalls am 24. April stattfindenden Gemeinderatswahl in der Bundeshauptstadt Wien hat die ÖVP in dieser Stadt einen für diese Partei geradezu grotesk anmutenden „Alternativfeldzug“ gestartet: gegen die „Beton-, Atom- und Großprojekt-Saurier“ der absoluten SPÖ-Mehrheit fordern die „bunten ÖVP Vögel“ direkte Demokratie, Althausanierung, Mehr-Grün-statt-Beton usw. usf

Das Auftreten zweier neuer Wahlparteien der „Vereinigten Grünen Österreichs“ und der „Alternativen Liste Österreichs“ – wird den drei Parlamentsparteien ÖVP, SPÖ und FPÖ jedenfalls Stimmen kosten und auch auf andere Weise den Wahlausgang unter Umständen wesentlich beeinflussen.

Die „Vereinigten Grünen Österreichs“ sind eine reine Wahlpartei mit einigen bekannten Köpfen, aber ohne nennenswerte aktive Basis oder Verankerung in Bürgerinitiativen und anderen selbständigen Bewegungen. Ihre Hauptgallionsfiguren sind der schon in der Anti-AKW-Bewegung aktive Geologieprofessor Tollmann und der Filmschauspieler (und Salzburger „Bürgerlisten“-Gemeinderat) Fux. Die Trennungslinien zu der „Alternativen Liste Österreichs“, die eng mit verschiedenen Basisbewegungen verbunden bzw. daraus hervorgegangen ist, werden vielleicht deutlich, wenn man die Streitpunkte anführt, die die Verhandlungen zwischen beiden Gruppierungen über eine gemeinsame Kandidatur zum Scheitern brachten:

Die ALÖ ging Ende November in dem Bewußtsein in die Gespräche mit Tollmann, daß die beiden Gruppierungen neben der Übereinstimmung in Umweltfragen nicht viel gemeinsam haben. Die VGÖ-Führung pflegte die Alternativen als Ansammlung von Linksextremisten zu bezeichnen und hervorzuheben, daß es ihr im Unterschied zu den gesellschaftsändernden Zielsetzungen der ALÖ neben den Umweltschutzanliegen im wesentlichen darum gehe, im Rahmen der bestehenden Gesell-

schaftsordnung die „entartete“ und „verkrustete“ Parteiendemokratie und den Parlamentarismus wieder zu reinigen und dann wieder von der Bühne abzutreten. Deshalb schlug die ALÖ auch keine engere Bindung zwischen den beiden Gruppierungen vor, sondern eine lose Wahlgemeinschaft bei Beibehaltung eigenständiger Statuten und Programme beider Gruppierungen.

Im Gegenzug forderte Tollmann, der offensichtlich die Verhandlungen von vornherein zum Scheitern bringen wollte:

- Streichung des ALÖ-Programmpunktes Rotationsprinzip für Mandatare („Verstößt gegen das Leistungsprinzip“)
- Streichung des ALÖ-Programmpunktes Imperatives Mandat für Mandatare („Verstößt gegen die Eigenverantwortlichkeit“)
- Streichung der besonderen Hervorhebung von „Randgruppen“-Forderungen (Homosexuelle, Lesben; aber auch der Betonung der Rechte der nationalen und ethnischen Minderheiten)
- Streichung des 50:50-Prinzips bei der Aufteilung politischer Funktionen auf Männer und Frauen
- Streichung der Forderung nach einem garantierten Basisgehalt auch für Nicht-Arbeitende
- Streichung der Programmpunkte betreffend die Förderung der Bewegung für selbstverwaltete Betriebe

Seither wurden die „Vereinigten Grünen“ von den Medien ziemlich hochgespielt und bekanntgemacht, während die Alternativen im wesentlichen totgeschwiegen werden. Meinungsumfragen orteten die Wahlchancen der Grünen vorerst ziemlich hoch (bei 5-7 Prozent, höher als die der FPÖ). Wüste Auseinandersetzungen zwischen den Parteihäuptlingen, das Bekanntwerden des von Tollmann geduldeten Zustroms brauner Gefolgschaft und eine Welle von Ausschlüssen und Austritten prominenter Mitglieder und Unterstützer machen solche Prognosen inzwischen mehr als fragwürdig. Den Alternativen wurden bisher kaum mehr als 2 Prozent zugetraut, man wird sehen. Sie selbst sehen im Wahlkampf ohnehin mehr die Chance der Verbreitung ihrer politischen Vorstellungen (die denen der Alternativen in der BRD ähneln, wenn auch noch ziemlich unausgegoren und

kaum diskutiert) und der Förderung der verschiedenen politischen und sozialen Bewegungen.

Mandatschancen haben an sich sowohl die Grünen, als auch die Alternativen, wenn die einen noch etwas zusetzen können und die anderen nicht zuviel verlieren: in Österreich gibt es bei den Nationalratswahlen keine 5-Prozent-Klausel. Entscheidend ist vielmehr, ob eine Liste in einem der Wahlkreise (identisch mit den 9 Bundesländern) ein Grundmandat schafft, das dann automatisch über die Reststimmen noch das eine oder andere Reststimmenmandat nach sich zieht. Das Grundmandat ist je nach Bundesland verschieden schwer zu erreichen. In Wien, Niederösterreich, Oberösterreich und in der Steiermark genügen dazu etwa 3 Prozent der gültigen Stimmen, in Tirol und Kärnten braucht man dazu schon 7,5 bis 8 Prozent, in Salzburg 10 Prozent und in Vorarlberg und im Burgenland 14 bis 17 Prozent. Gerade in den erstgenannten Bundesländern ist die ALÖ relativ noch am stärksten. Auch die Chancen der Grünen sind dort am höchsten.

Die ebenfalls (in ganz Österreich) kandidierende KPÖ hat diesmal weniger denn je Chancen, das Grundmandat in Wien zu schaffen.

Die schwer abzuschätzenden Wahlchancen der Grünen und Alternativen können das Wahlergebnis wesentlich beeinflussen. Allein schon ihre Kandidatur kann über die Wahlarithmetik überraschende Folgen zeitigen (Verteuerung der Reststimmenmandate). Derzeit werden im wesentlichen folgende Konstellationen nach dem 24. April gehandelt:

Absolute Mehrheit für die SPÖ Kreisky bleibt Regierungschef.

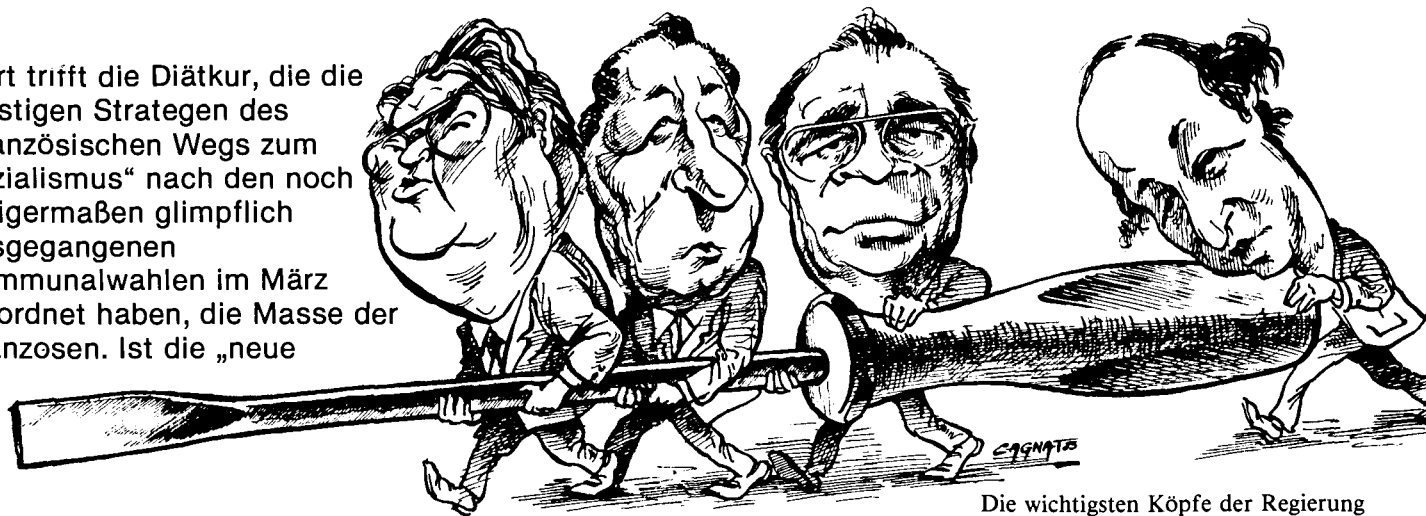
Knapper Verlust der absoluten Mehrheit der SPÖ, Grüne und/oder Alternative im Parlament, kurzfristige Minderheitsregierung der SPÖ mit Duldung durch die Grünen/Alternativen gegen Zugeständnisse im Umweltschutzbereich, baldige Neuwahlen.

Deutlicherer Verlust der absoluten Mehrheit der SPÖ Kreisky tritt ab, Bildung einer Koalitionsregierung mit der FPÖ (die zumindest Kreisky und mit ihm ein großer Teil der SPÖ für „billiger“ als eine große Koalition hält). □

„Grüne“ Wahlwerbung der ÖVP



Hart trifft die Diätkur, die die einstigen Strategen des „französischen Wegs zum Sozialismus“ nach den noch einigermaßen glimpflich ausgegangenen Kommunalwahlen im März verordnet haben, die Masse der Franzosen. Ist die „neue



Die wichtigsten Köpfe der Regierung gehen an ihr schweres Werk: Die Schraube der Austerität soll angezogen werden.

soziale Logik“ gescheitert oder wurde das „Schlüsselproblem, die Herausbildung der Erkenntnis, daß eine andere Art zu produzieren und zu entscheiden möglich ist“ (so die Forderung des linken CERES-Flügels der PS), gar nicht in Angriff genommen? Was bleibt von dem „Abbau der Ungleichheiten“ des rosa Sommers '81?

Von Cornelia Falter

## Wer befreit das „sozialistische Projekt“ aus dem Krisensumpf?

Zur Stabilisierung des zum dritten Mal seit dem Wahlsieg der Linken abgewerteten Franc und zur Bekämpfung der Ursachen der Franc Schwäche, des mächtig angeschwollenen Außenhandelsdefizits aufgrund mangelnder Wettbewerbsfähigkeit und niedrigerer Produktivität der französischen Industrie, hat die Regierung ein Sparpaket beschlossen, das auch die Ärmsten nicht verschont. Das Zehnpunkteprogramm soll hauptsächlich über eine Einschränkung des privaten Konsums den Strom von Importwaren, vor allem aus der Bundesrepublik, bremsen und so das Handelsbilanzdefizit senken. Neue protektionistische Maßnahmen sind nicht geplant. Ein Bardepot für Importe oder Schutzklauseln für bestimmte Produkte hätten die Währungsverhandlungen, die mit der 2,5%igen Abwertung des Franc und einer Aufwertung der D-Mark um 5,5% geendet hatten, ad absurdum geführt. Denn nicht zuletzt unter Androhung solcher Maßnahmen oder gar des Austritts aus dem für die westdeutsche Exportindustrie äußerst vorteilhaften Europäischen Währungssystem hatte dieses Ergebnis ja überhaupt durchgesetzt werden können.

Im einzelnen sieht der Plan der Regierung folgendes vor:

1. Senkung des Haushaltsdefizits um 20 Mrd. FF durch Ausgabenkürzungen und Mehreinnahmen aus einer Sonderabgabe

auf Erdölprodukte, die die Preissenkung des Rohöls ausgleicht.

2. Die für Mai bzw Juni vorgesehenen Tarifierhöhungen für Strom, Gas, Telefon und Eisenbahn werden auf den 1 April vorgezogen und betragen 8%. Im Sommer sollen die Pariser Verkehrsbetriebe folgen.

3. Über Produktivitätssteigerungen und eine Anpassung der Investitionspläne (was so herum nur auf Kosten der Arbeitskraft ge

5 Eine Sonderabgabe von 1% auf alle steuerpflichtigen Einkommen soll der Sozialversicherung zusammen mit der schon im letzten Jahr beschlossenen Erhöhung der Tabak und Alkoholsteuer 13 Mrd. FF zuführen. Darüberhinaus soll die Kasse durch die ebenfalls schon länger beschlossene Selbstbeteiligung von 20 FF pro Krankenhaustag und die Rückstellung neuer Ausgaben der Krankenversicherung und der Familienbeihilfen entlastet werden.

6. Die Zwangsanleihe von 10% der 1982 gezahlten Einkommensteuer trifft alle, die mehr als 5000 FF an Steuern entrichten mußten, und das sind bei weitem nicht nur die Reichsten. 14 Mrd. FF sollen so für industrielle Entwicklung eingetrieben werden und den Haushalt entlasten.

Zwei weitere Maßnahmen sollen Sparverträge und Bausparen attraktiver machen.

In den Unternehmen sollen sogenannte Investitionsfonds per Tarifvertrag möglich sein, die steuerliche Vergünstigungen mit sich bringen. Wer dort wieviel einzahlen soll, ist noch offen.

Bekannt sind die Devisenbeschränkungen für Auslandsreisende, die gleichwohl nur 16% der Franzosen unmittelbar betreffen, aber die Urlaubsfreuden in den französischen Ferienzentren doch für viele schmälern dürften.

### Handel zwischen der Bundesrepublik und Frankreich

	1980	1981	1982	Zuwachs (in Mrd. DM) 82/81 in %
Ausfuhr nach Frankreich	46,6	51,9	60,1	15,8
Einfuhr aus Frankreich	36,6	40,1	42,9	6,9
Überschuß der Bundesrepublik	10,0	11,8	17,2	46,0
100 DM/Parität in Franc (Nov 1982)	232	240	283	

nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21.3.1983

hen kann) sollen die öffentlichen Betriebe 3 Mrd. FF einsparen.

4. Den Gebietskörperschaften stehen 2 Mrd. FF weniger an Anleihen zur Verfügung.

Mitterrands Parole lautet: „Bei gleicher Qualität französisch kaufen“ – eine Abschwächung gegenüber dem „französisch produzieren und kaufen“, das die PCF seit Jahr und Tag propagiert. In der abgeschwächten Form drückt sich das doppelte Problem der französischen Wirtschaft aus: Gebrauchsartikel aus französischer Produktion sind viel zu oft entweder schlechter oder teurer als deutsche oder japanische Importe oder auch Textilien aus der Dritten Welt.

Daß die Regierung ein riskantes Programm ohne Perspektive zur Behebung der strukturellen Schwächen verkündet habe, war denn auch die meistgehörte Kritik aus den Reihen des Vorstands der PS. Wenn den Wählern nichts bleibt, wenn die Spielregeln zwischen „uns“ und den Chefs der Unternehmen nicht geklärt sind und sich nicht ändern, wie soll da eine Mobilisierung zur „gemeinsamen Anstrengung“ gelingen?

Herb sei der Plan und nicht das, was die Sozialisten gewollt hätten, aber die Reaktion auf eine gegebene Situation, bekennt der Generalsekretär der Sozialisten Jospin und warnt vor den offensichtlichen Risiken: der Gefahr deflationärer Auswirkungen, d.h. weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit. Sein Rezept: Das Angebot muß stimuliert werden, und in der Partei muß eine ernsthafte Debatte in Gang gesetzt werden, nicht nur über die mittlere politische Perspektive, sondern auch über die Strukturen der Partei selbst. Sonst dräue die Niederlage bei den Parlamentswahlen in drei Jahren.

Schärfer, wenngleich verständnisvoll, geht Didier Motchane vom CERES-Flügel mit dem vorgelegten Plan ins Gericht. Er bezweifelt nicht die guten Absichten der Regierung, wohl aber die Erfolge auf längere Sicht. „Wir dürfen nicht so tun, als gäbe es nur die Wahl zwischen Rezession und blindem Wachstum.“ Er vermerkt drei bedeutende Mängel: Das Projekt sei ungenügend auf kurze Sicht, was die Bekämpfung der Inflation und des Außenhandelsdefizits angeht. Die wirtschaftlichen und sozialen Kosten seien „enorm“, vor allem hinsichtlich der Beschäftigung, und stünden den Interessen der sozialen Basis der Linken entgegen. Die strukturelle Krise der französischen Industrie werde verschärft. Wenn es unvermeidlich sei, die Lasten der Unternehmen zu mindern, so dürfe dies nicht mit einer Amputation der Nachfrage im Inland einhergehen. „Strenge ja, aber nicht für alle und nicht umsonst.“

Eher eine Verschärfung der Krise denn ihre Milderung erwartet auch Christian Goux, Vorsitzender des Finanzausschusses der Nationalversammlung, von der Abwertung und der Beschränkung der privaten Nachfrage. Er hätte lieber Maßnahmen zur Beschränkung der Importe und zur Förde-



Renault-Billancourt, das Hauptwerk des 1946 verstaatlichten Konzerns, ein „soziales Labor“? Auf dem Gebiet der Sozialleistungen wie in der Automatisierung ist die Régie Renault den französischen Konkurrenten weit voraus – solche Impulse sollen von den nationalisierten Großbetrieben ausgehen.

rung der französischen Produktion gesehen.

Solche Meinungen, mögen sie auch unterschiedlich akzentuiert sein, verbergen genauso wie die Kritik der Gewerkschaftsspitzen nur notdürftig das Dilemma der französischen Linken. Es fehlt die mit finanzierbaren Sofortmaßnahmen verbundene Alternative – was oft genug beklagt wird –, und die Kritik an der Regierung fällt entsprechend mager aus. Dabei mangelt es nicht an teils recht sympathischen Versuchen einer Antwort auf die besonderen Probleme Frankreichs, vom Gemeinsamen Regierungsprogramm der Linken von 1972 bis zum „Sozialistischen Projekt“ der PS von 1980. Doch wird offenbar kaum gefragt, was davon gescheitert oder gar und wenn ja, warum in Vergessenheit geraten ist.

Frankreichs heutige Wirtschaftsstruktur beruht einmal auf der besonderen Form der Industrialisierung, wie sie unter De Gaulle als Ausweg aus der verbreiteten Rückständigkeit bei Wahrung der französischen Unabhängigkeit betrieben wurde, zum andern auf der seit Ende der 60er Jahre immer stärkeren Außenhandelsverflechtung. Der „industrielle Imperativ“, d.h. die Forderung nach international konkurrenz-

fähigen Betrieben auf Grundlage eines autozentrierten Akkumulationsprozesses, schlug sich seit Installation der V Republik 1958 – bei eingeschränkten demokratischen Rechten und erheblicher Intensivierung der Arbeit bei langen Arbeitszeiten – in einer raschen Modernisierung nieder. Dabei liegt der Maschinen- und Anlagenbau bis heute weit zurück. Gepöppelt wurde die technologische Entwicklung auf den Gebieten der Elektronik, der Atomindustrie, der Luftfahrt, des Computerbaus im wesentlichen über Rüstungs- und auch Prestigeaufträge (Concorde). Frankreich ist hinter den USA und der Sowjetunion der drittgrößte Rüstungsexporteur der Welt. Doch hat der „technologische Umweg“ die Nutzung des hier Entwickelten in anderen Wirtschaftssektoren, nicht geklappt.

Eine Ausnahme mag die Automobilproduktion sein, doch auch hier gingen insbesondere in den letzten Jahren die Marktanteile zurück. Der mit rund 75 Prozent im Vergleich zur BRD mit über 90 Prozent geringe Anteil von Industrieerzeugnissen am Export beleuchtet die Schwierigkeiten Frankreichs, auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu sein. Die staatlich geförderte Konzentrationspolitik hat den breiten Bereich der Klein- und Mittelunternehmen zunächst beschränkt. Immer noch aber befinden sich 65 Prozent der Arbeitsplätze in ei-

nem der 1,5 Millionen solcher Betriebe. Produziert wird hier oft unter patriarchalischen Verhältnissen und mit überkommenen Methoden für den inneren Markt.

**D**ie alte Antwort der Linken hierauf weist grob gesagt drei Schattierungen auf: Einen grundsätzlichen Bruch mit der kapitalistischen Ökonomie einschließlich der Zwänge, wie sie von der herrschenden Weltwirtschafts(un)ordnung ausgehen, wollte vor allem der CERES-Flügel: Der gesamte industrielle Prozeß müsse neu überdacht werden, damit eine Linksregierung nicht in den Fehler verfällt, ein Produktionssystem scheinbar „sozial“ zu verwalten (wie z.B. den Staatskonzern Renault); die angestrebte „Dynamik der Selbstverwaltung“ bezieht alle Bereiche der Produktion und Reproduktion ein wobei die Gewichtung der Reformen nie ohne gravierende Widersprüche blieb.

Für die Mehrheit der PS baute das Gemeinsame Regierungsprogramm auf der Umverteilung des Wachstums, auf Infrastrukturinvestitionen, den Nationalisierungen als Motor einer demokratischen Wirtschaftsplannung, sprich staatliche Investitionsplanung, auf.

Die PCF bezog ihre Begründung für die Verstaatlichungen aus der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus: Schluß mit der Überakkumulation, mit der Verschwendung der Monopolprofite und volle Entwicklung der Produktivkräfte. Hier wehte kaum je ein Hauch einer „neuen Wachstumslogik“ wie sie die PS zumindest verbal seit langem vertritt, und der Begriff Selbstverwaltung erscheint eher als opportunistisches Zugeständnis.

Gemeinsame Schwäche zumindest der PS-Mehrheit und der PCF war die Überschätzung der Möglichkeiten staatlicher Steuerung bei gleichzeitig wenig konkreten Vorstellungen von der Demokratisierung der Betriebe. Und unterschätzt wurden immer die außenwirtschaftlichen Zwänge. Auch im CERES überwogen nette Modellvorstellungen jene Überlegungen, wie mit den durchaus erkannten unmittelbaren Hemmnissen und Widerständen umzugehen sei, die nach einem Wahlsieg der Linken zu erwarten wären.

Die erfolgten Nationalisierungen und die aktuelle Industriepolitik lassen nun auch alles andere als die proklamierte neue Wachstumslogik erkennen. Und die Rückzüge auf dem Gebiet der Rechte der Belegschaften in den Staatsbetrieben, die in der vom Kabinett verabschiedeten Fassung nichts weiter als eine drittelparitätische Mitbestimmung im Aufsichtsrat enthalten, und auf dem Feld der regionalen Wirtschafts- und Sozialräte verwundern kaum.

**Edmond Maire (CFDT):**

## „... der Politik der Strenge einen anderen Sinn geben“

Edmond Maire, Generalsekretär der sozialistischen CFDT, hat bereits vor mehr als zwei Monaten nach einem Gespräch mit Mitterrand einen zweiten Katalog von Sparmaßnahmen für unumgänglich gehalten. „Verrat“ tönte die Regierung zurück – vor den Kommunalwahlen war dieses Thema tabu.

An den Regierungsbeschlüssen vom 25. März kritisiert Maire vor allem eins: hier werde die Frage der Beschäftigung den anderen Zielen geopfert. „Strenge ohne Ehrgeiz, ohne soziales Projekt, hat den bitteren Geschmack der Austerität.“ Auch das Verfahren, die Zeit ohne Konsultationen der Gewerkschaften verstreichen zu lassen und schließlich hinter verschlossenen Türen zu entscheiden, erregt einigen Unmut.

Die Regierung habe offenbar die Unzufriedenheit, wie sie in den Ergebnissen der Kommunalwahl zum Ausdruck gekommen sei, nicht verstanden und behandle ihre Mitbürger wie Kinder.

Maire verlangt von der linken Regierung nicht nur einen anderen Umgangston, sondern auch andere Taten: „Wenn die Regierung die Offensive in der Beschäftigungspolitik wieder aufnimmt, den Marsch auf die 35-Stunden-Woche durch eine andere Verteilung der Arbeit und die Schaffung neuer Arbeitsplätze beschleunigt; wenn sie sich entschließt, den Mindestlohn wenigstens ebenso wie 1982 – im Hinblick auf die Kaufkraft – zu erhöhen; wenn sie schließlich berücksichtigt, daß die Arbeitsorganisation, die Veränderung der Arbeitsinhalte und der Verantwortlichkeit derer, die arbeiten, seitens der politischen Kräfte einer breiten Mobilisierung bedürfen, um die Arbeiter an der wirtschaftlichen Gesundung der Betriebe, an der Veränderung der Arbeit zu beteiligen – wenn diese drei Bedingungen erfüllt werden, dann wird – da bin ich sicher – die gerade beschlossene Politik der Strenge einen anderen Sinn erhalten ... Vertrauen könnte sich bilden, und die Erfolgchancen wären weit größer.“

Vorgeschlagen werden folgende Korrekturen:

- Zur Zwangsanleihe: Für die Lohnabhängigen soll sie nicht als Zwangserhöhung der Lohnsteuer erfolgen, sondern sie soll in gleicher Höhe vertraglich festgelegt vom Lohn abgezogen werden, um zweierlei zu ermöglichen: erstens eine gewerkschaftliche Kontrolle über die Verwendung der einbehaltenen Gelder, zweitens soll damit nicht nur die industrielle Entwicklung gefördert werden, sondern vor allem eine neue Verteilung der Arbeit, die Verkürzung der Arbeitszeit und die Schaffung von Arbeitsplätzen.

- Zur Finanzierung der Sozialversicherung: Die Erhebung von einem Prozent auf das ver-

steuerbare Einkommen *aller* erscheint schon viel gerechter als eine Anhebung der Beiträge, die nur die Lohnabhängigen treffen würde. Zur Kasse gebeten werden somit nur die, die über ein steuerpflichtiges Einkommen verfügen, also nicht die Ärmsten. An einer Umgestaltung der Sozialversicherung führe dennoch kein Weg vorbei.

- Zur Arbeitszeitverkürzung: Hier verspricht die Gewerkschaft ernsthafte Fortschritte auf europäischer Ebene, nachdem eine Konferenz der westeuropäischen Gewerkschaften parallel zum Währungsgipfel in Brüssel getagt und von den jeweiligen Regierungen gefordert hatte, sie mögen der Arbeitszeitverkürzung im gleichen Maß Priorität einräumen wie der Steigerung der Investitionen zur Verbesserung der Beschäftigungslage.

Maire übte ferner Kritik am Festhalten der Regierung an ihrem Kernenergieprogramm: „Ein Irrweg.“

**Henri Krasucki (CGT):**

## „unentbehrliche Korrekturen“

Für den Vorsitzenden der größten französischen Gewerkschaft und Mitglied des ZK der PCF steht die Regierung vor der Wahl, „sich in ihren Bemühungen auf das Volk zu stützen oder zu scheitern“. Auch die CGT sei für unausweichliche Reformen, stütze sich dabei aber auf die bisher erzielten wichtigen sozialen Errungenschaften. Was die Zwangsanleihe betrifft, will Krasucki wissen „wer zahlt und was mit dem Geld genau gemacht werden soll“. Eine entschiedene Aktion zugunsten der industriellen Entwicklung genießt für ihn Priorität, um Wachstum und Konsum zu fördern, wie es die Bevölkerung wünsche. Andernfalls seien Rezession und fortdauernde Arbeitslosigkeit zu erwarten, und dieser Schwerpunkt fehle bei den angekündigten Maßnahmen. Änderungen seien unerlässlich, „damit der Plan wirksam und von den Arbeitern verstanden wird“.

**André Bergeron (FO):**

## „eine kalte Dusche“

Der Vorsitzende der vor allem im öffentlichen Dienst und unter Angestellten vertretenen Gewerkschaft FO meint, er lehne nicht alles ab, schließlich habe er nie das Ausmaß der Krise bestritten. „Oft genug habe ich der Regierung vorgeworfen, daß sie sich einer oft unrealistischen Sprache bedient, aber heute kommt die kalte Dusche.“ Er meint, die Mitglieder der FO würden das nicht hinnehmen. Die Regierung müsse vor allem den Plan der Zwangsanleihe revidieren, da diese Maßnahme viele in Schwierigkeiten bringen würde, vor allem jene, die im letzten Jahr noch arbeiteten, heute aber möglicherweise arbeitslos oder vorzeitig auf Rente gegangen sind.

Hohe Zeit also für die breite Debatte um Projekt und Perspektive. Sicher gab es Mobilisierungen, vor allem in Gestalt der Streiks in der Automobilindustrie für „Freiheit, Würde“ und höhere Löhne. Die Reaktionen der Regierung vom letzten Januar lassen aber genausowenig Gutes ahnen wie der hilflose Ökonomismus des

Großteils der Gewerkschaften. Auch die Kritik des Vorsitzenden der CFDT der immer noch phantasievollsten Gewerkschaft, am jüngsten Regierungsprogramm läßt kaum auf eine vorwärtsweisende Reflexion der Politik der Linksregierung und die fruchtbare Weiterentwicklung der papiernen Programme hoffen. □



# S

Marxistische Zeitschrift

**Sozialismus** ist eine aktuelle 2-monatszeitschrift. Angesichts der breiten Bedrohung durch eine neokonservative Politik ist die Linke aufgerufen, konkrete und umsetzbare Alternativen im Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Sozialdemontage, Umweltzerstörung und Aufrüstung auszuarbeiten. **Marxistische Analysen** sind hierfür nötiger denn je.



Gesellschaftliche Veränderung ist nur möglich als gemeinsames politisches Projekt, in dem die kontroversen Positionen von Sozialisten, Kommunisten, Sozialdemokraten, Frauen-, Ökologie-, Friedens- und Gewerkschaftsbewegung aufeinander bezogen diskutiert werden.

**Sozialismus** erscheint 2monatlich im Großformat mit jeweils 96 Seiten und vielen Karikaturen und Abbildungen.  
Einzelheft: DM 8,-,  
Jahresabonnement:  
DM 42,- + Porto  
**Kennlernangebot:**  
(Heft 6-82 und 2-83) zum Preis von zusammen DM 10.  
Schein oder Scheck in Umschlag stecken und loschicken an die Verlagsadresse!

**Prospekt  
anfordern**

YSA-Verlag  
Postfach 501571  
2000 Hamburg 50

## Was wie ein Krieg zwischen Vietnam und Thailand aussieht . . .

Das Thema Kampuchea taucht mit gewisser Regelmäßigkeit ungefähr zweimal im Jahr in den westdeutschen Medien auf: im März/April, wenn die Vietnamesen ihre jeweils letzte und endgültige Trockenzeitoffensive gegen den kampucheanischen Widerstand vortragen, und im Herbst aus Anlaß der Verurteilung der vietnamesischen Besetzung in der UNO-Vollversammlung. Doch sind beide Fronten – die militärische und die politische – im letzten Jahr in Bewegung geraten.

\*

**A**m 2. und 3. April zeigte das Deutsche Fernsehen wieder Bilder aus dem thailändisch-kambodschanischen Grenzgebiet. 15000 Flüchtlinge sind aus dem von vietnamesischen Truppen zerstörten Phnom Chat nach Thailand geflohen. Bei dem Versuch, die Flüchtlinge zu umzingeln, stießen vietnamesische Truppen auf thailändisches Gebiet vor. In Gefechten mit den vietnamesischen Angreifern starben sechs Thaisoldaten, ca. 200 Kambodschaner wurden von den Vietnamesen getötet.

Zweierlei soll aus diesen Angriffen für die vietnamesischen Besatzer resultieren: Erstens wollen sie eine große Zahl von Flüchtlingen aus Kambodscha verjagen und Widerstandskämpfer vernichten; zweitens soll der Weltöffentlichkeit vorgespiegelt werden, die Vietnamesen seien Herr der Lage.

Die Bildung der Koalitionsregierung des Demokratischen Kampuchea hat sowohl die internationale Position des Demokratischen Kampuchea als auch dessen Position in Kambodscha selbst gestärkt. Es gibt immer mehr Berichte von Überläufern der kambodschanischen Marionettenarmee; bis in die Städte hinein werden Angriffe der Widerstandskämpfer vorgetragen.

Auch die internationale Unterstützung für das Demokratische Kampuchea hat zugenommen. Zugleich aber haben die Versuche östlicher und westlicher Regierungen zugenommen, die Koalitionsregierung zu spalten. Und in USA wird darüber diskutiert, ob nicht versucht werden sollte, die prowestlichen Flügel um Son Sann und eventuell auch Sihanouk von den Roten Khmer abzuspalten. Tatsächlich kommt aus den USA, der BRD und anderen Ländern, darunter Frankreich und Singapur,

solche einseitige Hilfe, die die Unterstützung der Roten Khmer ausschließt, während z.B. die VR China an alle drei Fraktionen liefert. Die Bundesregierung gibt Hilfe nur an die KPNLF Son Sanns.

Im Gegensatz z.B. zur thailändischen Presse ist hierzulande kaum etwas zu erfahren über den wirklichen Weg des kambodschanischen Widerstandes und den Fortschritt der Koalitionsregierung. Wir dokumentieren deshalb im folgenden einige Pressemitteilungen aus Thailand.

*The Nation Review, Bangkok, 28.1.1983*

Westkambodscha. Prinz Norodom Sihanouk erklärte gestern in einem Gebiet der Roten Khmer, daß seine Truppen bereit und fähig sind, gemeinsame militärische Aktionen mit den Roten Khmer und den Son Sann Guerillas zu unternehmen. Er erläuterte, daß gemeinsame militärische Aktionen der drei Koalitionsteilnehmer zu den Hauptpunkten gehörten, die gestern abend auf einer Kabinettsitzung behandelt wurden. „Wir sind nicht nur Alliierte wie Großbritannien, Frankreich und Australien im II. Weltkrieg, wir sind auch Brüder. Wir tragen in uns dasselbe Blut und können nicht durch Ideologien auseinanderdividiert werden“ erklärte er Reportern in einem Dschungellager in Anwesenheit des Roten Khmer Führers Khieu Samphan.

*The Nation Review, 8.1.1983*

„Wir wollen, daß Vietnam die UNO-Resolution befolgt. Wir können keinen Kompromiß akzeptieren, der für uns nur 50% und nicht 100% Unabhängigkeit zum Ergebnis hat. Die vietnamesischen Truppen müssen vollständig abgezogen werden, um den Weg freizumachen für von der UNO kontrollierte freie Wahlen in Kambod-

Spendet für die Bekämpfung der Malaria im Demokratischen Kampuchea! Im Juli fährt ein Mitglied unseres Vereins ins Demokratische Kampuchea. Dann wollen wir die nächste Sendung Medikamente mitschicken.

**Spendet auf das Kto. 15085 – 709**

Postscheckamt Stuttgart  
Kambodscha-Solidarität e.V.  
c/o Maria Ritgen  
Senfelderstr. 16  
7000 Stuttgart 1  
Tel. 0711/612452

Im Mai wird eine Mitgliederversammlung der Kambodscha-Solidarität e.V. stattfinden. Wer Interesse daran hat, als Mitglied/Gast teilzunehmen, meldet sich bitte beim Verein.

## Schatten über Zimbabwe

scha“ sagte Sihanouk bei seinem Besuch bei den Roten Khmer in Westkambodscha. Sihanouk erklärte zu dem rumänischen Vorschlag, Heng Samrin in die Koalitionsregierung des Demokratischen Kampuchea aufzunehmen: „Ich denke, die Idee ist gut, aber es scheint mir, daß Heng Samrin nicht in der Lage ist, unabhängig von den Vietnamesen zu handeln.“ Seinen plötzlichen Besuch erklärte er mit dem Wunsch, die Kampfkraft des Khmer-Widerstandes zu stärken.

Sihanouk machte ebenfalls Schluß mit Gerüchten über geheime Kontakte zu Vietnam oder zu Mittelsmännern. „Ich hatte weder zu Vietnam noch zu irgendwelchen Vermittlern Kontakte, auch die Vietnamesen haben keine Kontaktaufnahme versucht“ erklärte er.

Die westliche Presse berichtete über die sen Besuch Sihanouks und seine Ergebnisse nicht. Hier wurde eher hämisch die Nachricht von geheimen Kontakten Sihanouks zu Vietnam und vom baldigen Auseinanderbrechen der Koalitionsregierung des Demokratischen Kampuchea verbreitet. Außerdem wurde wiederholt von Vietnams angeblichen Teiltrückzugsplänen berichtet.

Von ersten Erfolgen und der grundlegenden Schwäche der KPNLF Son Sanns geben die beiden nächsten Berichte einen Eindruck.

*Newsweek, 31. Januar 1983*

Der Leiter des Bangkok-Büros von *Newsweek* berichtet aus der Grenzregion:

Für den 20 Jahre alten Moeun Kay schien dies ein großartiges Jahr zu werden. Er und seine Mitkämpfer von der Nationalen Befreiungsfront des Khmer Volkes (KPNLF) bereiteten sich darauf vor, die vietnamesische Armee anzugreifen und zu beweisen, daß sie ebenso hart sind wie ihre kampferprobten Koalitionspartner, die Roten Khmer. Dank der Hilfe aus Singapur und China hatte ihre zusammengewürfelte Armee von 10000 Mann mehr und bessere Waffen als je zuvor. Ihre Führer boten 5000\$ für einen erbeuteten Panzer und 25\$ für einen abgeschnittenen vietnamesischen Kopf. In ihren Blue Jeans, T Shirts und ausgerangierten Uniformen sahen Moeun Kay und seine Kameraden nicht so aus, als wären sie für den Krieg vorbereitet. Dann, in der letzten Dezemberwoche, eroberten sie eine vietnamesische Artilleriestellung bei Yang Daeng Kum, ca. 7 km vom Hauptlager der KPNLF Nong Chan an der Grenze entfernt.

Was dann geschah, erstaunte die jungen Kambodschaner genauso wie jedermann, der die Kämpfe beobachtete. 21 Tage lang verteidigten einige hundert KPNLF Soldaten Yang Daeng Kum gegen schweren vietnamesischen Artilleriebeschuß und gegen wiederholte vietnamesische Infanterie und Panzerangriffe.

*The Nation Review, 2.2.1983*

Nong Chan, Ta Phraya. Über 30000 kambodschanische Flüchtlinge suchen immer noch Schutz nahe der Grenze, während die Kämpfe zwischen den von Vietnamesen verstärkten Truppen und den Khmer Widerstandskämpfern gestern weitergingen.

Über 70-80 Artillerygeschosse und Granaten fielen, abgefeuert von den vietnamesischen

„Die Fakten zeigen eine Herrschaft des Terrors, verursacht durch mutwilliges Töten, Verletzen, Schlagen, Brennen und Vergewaltigen. Viele Häuser sind niedergebrannt worden. Die Menschen in den ländlichen Gebieten hungern, nicht nur wegen der Dürre, sondern weil in einigen Fällen die Lebensmittelverteilung willentlich eingestellt, in anderen Fällen der Zugang zu ihr beschränkt oder gestoppt wurde.“ Dieses Zitat aus einer Stellungnahme der katholischen Bischofskonferenz von Ende März bezieht sich nicht auf Dissidenten, wie die Banden ehemaligen Zapu-Guerillas und desertierter Soldaten von der Regierung genannt werden, sondern auf die „Säuberungsaktion“ der Regierungstruppen gegen die Dissidenten im Matabeleland.

Nach den Waffenfunden auf Zapu-Farmen im Frühjahr letzten Jahres und der folgenden Entlassung des Zapu-Präsidenten Nkomo aus der Regierung hatten sich viele ehemalige Zapu-Guerillas von der Armee abgesetzt und in Banden zusammengeschlossen. Die Regierung beschuldigt die Zapu, Kontrolle über die Dissidenten zu haben und deren terroristische Aktionen zu koordinieren.

Nach einigen Monaten relativ erfolgreicher Dissidentenbekämpfung hatte die Regierung Anfang des Jahres die aus ehemaligen Zapu-Guerillas bestehende Eliteeinheit 5. Brigade ins Matabeleland geschickt. Die hat seitdem dort, nach vielen Augenzeugenberichten mit ungehemmter Brutalität gehaust. Vorher war die Dürrehilfe in vielen Gebieten eingestellt worden. Vor und während der Aktion wurde die Öffentlichkeit darauf vorbereitet, daß auch „Unterstützer der Dissidenten auf Sicht erschossen“ werden müßten und Unschuldige im Kreuzfeuer umkommen könnten. Seitdem hat die Regierung allerdings alle Berichte von Greuelthaten als Erfindungen abgetan. Inzwischen haben Minister in einigen Gegenden Kundgebungen abgehalten, auf denen die Aus-

gangssperre aufgehoben, die Wiederaufnahme der Dürrehilfe verkündet und gefangene Dissidenten zur Schau gestellt worden sind. Die Bevölkerung wird dann für ihre Kooperation mit den Regierungstruppen gelobt – vorher war sie regelmäßig der Unterstützung der Dissidenten beschuldigt worden –, und die solcherart erreichten Masseneintritte in die Zanu werden als Beweis richtiger Politik präsentiert.

Der Landhunger veranlaßte die Bauern, ob Shona oder Matabele, die beiden nationalistischen Parteien Zanu und Zapu im Unabhängigkeitskampf zu unterstützen. Land gibt es für die Bauern bis jetzt aber noch nicht in nennenswertem Ausmaß, wohl aber viele Vorwürfe, daß die Matabele selbst bei der bescheidenen Landvergabe noch benachteiligt worden sind. Wie auch immer: Über verschiedene Entwicklungen ist der Einfluß der beiden großen Parteien auf je eine der beiden Völkerschaften zurückgegangen. Und obwohl weder Zapu noch die Dissidenten je eine politische Kritik an der Regierung vorgebracht haben, reicht die Enttäuschung über die fehlende Landreform, um auf Stammesbasis zu mobilisieren. Die Regierung hat auf gleicher Ebene geantwortet. Tribalistische Untertöne – nicht jeder Matabele ist schlecht – sind nicht mehr zu überhören.

Der Premierminister hat der Zapu eine „letzte Chance“ gegeben, die darauf hinausläuft: Entweder ihr löst euch auf, oder wir lösen euch auf. Das Verbot der Zapu mag zu den vorhersehbaren künftigen Ergebnissen gehören, in anderer Beziehung ist die Tragweite der Geschehnisse noch nicht zu überblicken: Für einen großen Teil der Bevölkerung ist die Regierung unglaubwürdig geworden, tribalistische Risse sind tief wie nie zuvor, und die Akteure der 5. Brigade sind für ihr Benehmen öffentlich beloggt und von allen Vorwürfen freigesprochen worden. Für Südafrika ist Einmischung auf lange Zeit kein Problem. *thf, Harare*

Truppen, auf ein thailändisches Dorf. Es gab keine Berichte über Verletzungen unter der Thaibevölkerung. Flüchtende Kambodschaner berichteten, daß mehr als 60-70 Kambodschaner getötet worden seien. Unter den Opfern befanden sich Patienten des Nong Chan Krankenhauses, die zurückgelassen wurden, als es – getroffen von einer Granate – Feuer fing.

Internationale Hilfsorganisationen begannen gestern damit, die Flüchtlinge mit Nahrungsmitteln und Medikamenten zu versorgen. Die Thaibevölkerung von Boan Nong Cahan, None Mark Moon und Kok Soong wurde evakuiert.

Nong Chan, das Hauptlager der KPNLF, war im wesentlichen durch aus Thailand zurückkehrende Kambodschaner

errichtet worden. Dem Lager fehlte der weiträumig angelegte militärische Schutz in Richtung der von den vietnamesischen Soldaten besetzten Gebiete. Dörfer des Demokratischen Kampuchea sind seit Jahren von dessen Soldaten durch Fallensysteme abgesichert worden. Dies kann nicht verhindern, daß bisweilen auch solche Lager von vietnamesischen Truppen bombardiert und aufgerieben werden. Bisher geschah dies je doch immer nur unter bedeutenden Verlusten der Vietnamesen, und die Guerillas des Demokratischen Kampuchea waren immer in der Lage, die verlorenen Gebiete zurückzugewinnen.

## Und noch eine „Linksregierung“?

Der Sozialistischen Partei unter Mario Soares werden bei den Wahlen in Portugal im April gute Chancen für einen Sieg zugesprochen. In einem Interview mit *Newsweek* sagte Soares über seine Stellung zur Nato: „Ich unterstütze Präsident Reagans ‚Null-Option‘ in ihrer neueren, flexibleren Form. Meine Position in dieser Frage ist identisch mit der von Präsident Mitterrand und Premier-Minister Felipe Gonzales Portugal, eines der Gründungsmitglieder der Nato, ist loyal in die Atlantische Allianz intergriert.“ Zur EG äußerte sich Soares, daß er überzeugt sei, daß eine Mitgliedschaft für Portugal einiges bringen wird. Über den sozialistischen Anspruch der SP sagte er: „Wir wollen einen Sozialismus der auf Demokratie, Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit beruht – ein Sozialismus für das 21. Jahrhundert, der frei vom engen Sektierertum der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ist.“ Über Bündnismöglichkeiten mit der Kommunistischen Partei Portugals: „Es wird weder einen geheimen noch offenen Pakt mit der kommunistischen Partei geben, weil die jetzige Führung vollkommen verantwortungslos ist. Die Partei hat nur eine Funktion in Portugal: Destabilisierung zu provozieren, weil sie kein Vertrauen in demokratische Methoden hat.“ Soares hat nichts dagegen, seine Partei sozialdemokratisch zu nennen.

## Zwangsarbeit zum Wohle der Sowjetökonomie

Zu Beginn seiner Amtszeit als Generalsekretär hatte J. Andropow zu seinem Programm erhoben, daß konsequenter „ein Kampf gegen alle beliebigen Verletzungen der Partei-, Staats- und Arbeitsdisziplin“ geführt werden müsse. Das Politbüro forderte in der Folge die strengere „aktive Anwendung gesetzgeberischer und gesellschaftlicher Einwirkungsmöglichkeiten“ gegen ‚Faulenzer‘, ‚Zugvögel‘ (die häufig ihren Arbeitsplatz wechseln) und Nichtstuer.“ Schon vor dem Tod Breschnews war es im Herbst 1982 zu Abänderungen von strafrechtlichen Bestimmungen gekommen, die eine deutliche Strafverschärfung für „Parasiten“ sowie die Einrichtung einer neuen Kategorie von „Arbeitsbesserungslagern“ vorsehen. Diese Novellierungen sind auf eine Steigerung der zu Zwangsarbeit Verurteilten gerichtet. Der Zeitraum für Besenungsarbeit wurde von einem auf zwei Jahre verlängert. Die Zahl der Zwangsarbeiter kann nicht genau angegeben werden. In einem Bericht des US-Außenministeriums heißt es: „Das sowjetische Zwangsarbeitssystem, das größte der Welt, erstreckt sich auf ein Netz von 1100 Zwangsarbeitsla-

gern, die in fast allen Teilen der UdSSR zu finden sind. Das System erfaßt schätzungsweise vier Millionen Zwangsarbeiter von denen mindestens 10000 als politische Gefangene oder aus religiösen Gründen Gefangene betrachtet werden können.“ Der Dissident Lubarsky macht folgende Angaben: „Wenn man sich auf eine minimale Ziffer beschränkt, so kommt man immer noch auf das Ergebnis, daß in der Volkswirtschaft der UdSSR mehr als 2,5 Millionen Häftlinge tätig sind. Eine fundierte maximale Schätzung gelangt zu einer dreimal höheren Zahl.“ Die Zahl der politischen Häftlinge schätzt er auf acht- bis neuntausend. Lubarsky macht auch deutlich, warum in der Disziplinierungskampagne von Andropow und der entsprechenden Kampagne zur Leistungssteigerung die Maßnah-

men zur Zwangsarbeit eine hervorragende Rolle spielen: „Die Verpflichtung zur Schwerarbeit wird in vielen Ländern, nicht nur in der UdSSR, als Bestrafungsmaßnahme für Verbrecher verwendet. Die Besonderheit der sowjetischen Praxis besteht jedoch darin, daß die Arbeit der Häftlinge in der UdSSR weniger eine Strafmaßnahme als ein wichtiger Bestandteil der Nationalökonomie ist. Es gibt im Grunde kein einziges bedeutendes Gebiet der Volkswirtschaft, auf dem nicht die Arbeit von Gefangenen ausgenutzt würde: Metallverarbeitung und chemische Industrie, Bekleidungsherstellung und Maschinenbau überall wird Zwangsarbeit eingesetzt. In der Regel wird die Arbeit der Gefangenen nach dem Manufakturprinzip des späten Mittelalters organisiert.“ □

## Kosmische Visionen

„Was wäre, wenn freie Menschen in dem Bewußtsein leben könnten, daß ihre Sicherheit nicht von der Drohung eines umgehenden amerikanischen Vergeltungsschlages zur Abschreckung eines sowjetischen Angriffes abhängt, (sondern) daß wir Interkontinentalraketen abfangen und vernichten können, noch ehe sie unser Gebiet oder das unserer Verbündeten erreicht haben?“ Dies könne möglich werden durch im All stationierte mit Laserwaffen bestückte Satelliten. So die Zukunftsvision Reagans.

Dieser Entwurf bringt Reagan, obwohl weithin als Zukunftsmusik abgetan, politisch unmittelbar etwas ein. Und zwar in einer Situation, wo sein Aufrüstungsprogramm im Kongreß keine Mehrheit mehr findet und sein Konzept durch die Freeze-Bewegung wirksam bekämpft und in der Bevölkerung mehrheitlich angezweifelt wird.

Im I. und II. Weltkrieg überhaupt nicht territorial betroffen, sind die USA seit Anfang der sechziger Jahre zum erstenmal selber von großen Zerstörungen und Verlusten in der Zivilbevölkerung bis hin zur vollständigen Vernichtung bedroht. Reagans Nuklearwaffen-Politik kann diese Gefahr nicht aufheben, eher wächst die Angst. Sein Entwurf soll die amerikanische Nation auf einen undurchdringlichen Schutzschirm hoffen lassen, und bis dahin soll sie neue Aufrüstung im Rahmen der gültigen Strategie von „Deterrence and Retaliation“, der Abschreckung und Vergeltung, hinnehmen. So weit also nur ein weiterer Propagandacoup Reagans.

Doch seine Zukunftsvision ist nicht aus diesem begrenzten politischen Zweck geboren. Wie Weinstein in der *FAZ* richtig bemerkte: „Die Weltmacht Amerika produziert Waffen, die sie nicht einsetzen kann.“ Die interkontinentale atomare Bewaffnung ist für die USA allenfalls geeignet, die globalen Kräfteverhältnisse so zu halten wie sie sind. Die Hoffnung, durch strategische Ersts Schlagwaffen die SU niederzuringen, ist unreal, weil die SU noch bei allen technologischen Neuerungen mitgezogen hat. Aus diesem Dilemma sollen neue Konzepte herausführen.

Nehmen wir einmal an, den USA gelänge es, diesen Schutzschirm zu errichten, was selber schon angezweifelt werden kann. Nehmen wir weiter an, die SU entwickelt ebenfalls diesen Schutzschirm. Schließlich hat die SU schon genug Furore mit Fortschritten in der Entwicklung von Laserkanonen und Killersatelliten machen können. In diesem Fall wären die beiden Supermächte zum Krieg miteinander in der Lage, was gegenwärtig unter der interkontinentalen Bedrohung eher unwahrscheinlich ist. Der Schauplatz hierfür könnte in Europa liegen. Deshalb wird die Vision Reagans von seinen europäischen Kritikern auch schon als künftige Abkoppelung der USA von den Sicherheitsinteressen Westeuropas gesehen.

Eine Ablösung der Strategie der Abschreckung, wie sie Reagans Entwurf vorsieht, würde tatsächlich noch größere Gefahren mit sich bringen, als sie auch schon existieren. *tm*

*Samir Amin*

# Der Marxismus in Asien und Afrika



*Samir Amin hat diesen Vortrag für einen internationalen Kongreß der Friedrich-Ebert-Stiftung niedergeschrieben, der vom 14. – 16. März in Zusammenarbeit mit der deutschen UNESCO-Kommission in Trier durchgeführt wurde. Der Kongreß behandelte das Thema „Karl Marx in Afrika, Asien und Lateinamerika“ Samir Amin selber konnte an dem Kongreß wegen Krankheit nicht teilnehmen. Sein Referat lag nur auf französisch vor und wurde auf dem Kongreß nicht diskutiert. Wir haben das Referat übersetzt. Eine geringfügige Kürzung wurde im zweitletzten Abschnitt vorgenommen, in dem Samir Amin die Rolle des Marxismus in Nordkorea, in Vietnam und Kampuchea behandelt und dann cursorisch auf andere Regionen und Länder Asiens und Afrikas eingeht. Letztere Bemerkungen wie auch sämtliche Anmerkungen konnten wir aus Platzgründen nicht veröffentlichen.*

*Samir Amin ist Mitglied des United Nations Institute for Training and Research in Dakar Er ist Autor zahlreicher Veröffentlichungen über Probleme der Akkumulation des Kapitals, des Imperialismus und der Dritten Welt. Seine Bücher erschienen vor allem in Frankreich. In Ägypten geboren, ist Samir Amin einer der wichtigsten revolutionären Theoretiker der Dritten Welt. In den Diskussionen der Linken in Westdeutschland Anfang der siebziger Jahre hatte Samir Amin einen gewissen Einfluß, obwohl nur wenige seiner Schriften ins Deutsche übersetzt worden sind. Mit dem Rückgang der Hoffnungen in die Revolution der Dritten Welt ging auch dieser Einfluß zurück. In akademischen Kreisen wurden viele*

*seiner Auffassungen über die Entwicklung des Weltkapitalismus und die Rolle der Dritten Welt zwar aufgenommen, aber gleichzeitig ihres revolutionären Inhalts beraubt. „Abkoppelung“ ist für ihn immer Bestandteil einer revolutionären Strategie, die das Bündnis der Arbeiter und Bauern der Dritten Welt zur Grundlage und revolutionäre Umwälzungen im Inneren zur Voraussetzung hat. Die Veröffentlichung seines Referates soll auch zur Fortsetzung der Debatte beitragen, die wir im Februarheft der Kommune aufgenommen haben.*

*In seinem Referat beschränkt sich Samir Amin nicht darauf, die Perspektiven der Dritten Welt und dabei die Rolle des Marxismus zu behandeln, sondern diskutiert insgesamt die Möglichkeiten des Übergangs zum Sozialismus und zur klassenlosen Gesellschaft in der gegenwärtigen Entwicklungsetappe des Imperialismus. Dabei versucht er, die Erfahrungen der russischen und der chinesischen Revolution auszuwerten und die Gründe aufzufinden, warum die russische Revolution in der Sackgasse landete. Seine Einschätzung der chinesischen Entwicklung und der Rolle des „Maoismus“ unterscheidet sich erheblich von den Thesen, die Helmut Forster Latsch im Februarheft der Kommune vorgetragen hat. In der Behandlung der russischen und chinesischen Revolution schneidet Samir Amin auch allgemeine Fragen des Übergangs zum Sozialismus an, so die Rolle des Wertgesetzes in der Ökonomie und die Frage von Selbstverwaltung und Staat, von Markt und Plan.*

**M**an kann nicht vom Marxismus in den verschiedenen Regionen der heutigen Welt sprechen und sich dabei auf ein und dieselbe Untersuchungsmethode stützen. Denn der Marxismus selber unterscheidet sich in Wirklichkeit von einer Region zur anderen. In den entwickelten kapitalistischen Ländern kann man diese Realität analysieren, indem man von der Analyse der Ideologien und der Praxis der verschiedenen Arbeiter und kommunistischen Parteien ausgeht, die sich auf den Marxismus berufen, von der Geschichte der Ausbildung dieser Ideologien und ihrer Entwicklung, vom Grad des Einflusses der Parteiorganisationen auf die Arbeiterklasse (Gewerkschaften) und das Land (Wahlen). In den sozialistischen Ländern, deren Führungen sich auf den Marxismus berufen, muß man nicht nur versuchen, den Charakter der wirklichen sozialen Verhältnisse und ihre Entwicklung einzuschätzen, sondern auch die tatsächlichen sozialen Reaktionen – des Volkes usw – auf das herrschende System, seine Ideologien und seine Praxis zu erfassen versuchen.

Im kapitalistischen Asien und Afrika scheint die Angelegenheit schwieriger. Die Parteien und Organisationen, die sich auf den Marxismus berufen, sind oft schwach, aufgrund der heftigen Unterdrückung, der sie ausgesetzt sind, kaum bekannt und oft durch die offiziellen Päpste des Kommunismus nicht „anerkannt“. Der Einfluß der Ideen und der Organisationen auf das gesellschaftliche Leben kann nicht mit Maßstäben wie im Westen gemessen werden (wenn es Wahlen gibt, haben sie hier keine große Bedeutung). Da es sich weitgehend um ländliche, kaum industrialisierte Länder handelt (die Zahl der „halbindustrialisierten“ Länder läßt sich an einer Hand abzählen), kann man dem Einfluß des Marxismus auf die Arbeiterklasse nicht die gleiche Bedeutung als Kriterium einräumen.

Trotz gewisser Erscheinungen halten wir den Marxismus hier für real und lebendig. Seine Verbindung mit der nationalen Befreiungsbewegung, dem bedeutendsten gesellschaftlichen Faktor im Lauf des letzten Jahrhunderts in Asien und Afrika, ist wichtig, manch-



**W**ir werden also nicht nach dem „wahren Marxismus“ suchen, um die „wirklichen Marxismen“ je nach dem Grad der Entfernung von ihm zu klassifizieren. Wir werden nur versuchen, herauszufinden, wie die Ideen, die der Marxismus im allgemeinen als seine eigenen betrachtet, in Asien und Afrika ihren Weg genommen haben und welche Kräfte sie inspirieren.

mal entscheidend (etwa in China ). Diese Verbindung gilt nicht nur für seine Vergangenheit (historische Verankerung) und für seine Gegenwart, sondern auch für seine Zukunft. Sicherlich eine Zukunft voller Ungewissheiten, aber auch voller objektiver Möglichkeiten. Das unterscheidet den Marxismus in Asien und Afrika vielleicht sogar grundsätzlich vom „westlichen Marxismus“ Zweifellos werden diese Perspektiven seiner möglichen Verbreitung vielen „ketzerisch“ erscheinen.

Ein „fundamentalistisches“ Verständnis des Marxismus ist hier gefährlich. Je nach den Schulen wird sich übrigens der fragliche marxistische Fundamentalismus heute unterscheiden, ob er aus Moskau, Peking oder vom Trotzismus usw. stammt, und auch die „Abweichungen“ werden verschieden qualifiziert als Revisionismus, bäuerlicher oder kleinbürgerlicher Nationalismus usw. Die einen wie die anderen werden bei dem verehrten Ahnvater – Marx und sogar Lenin werden selten verworfen – Texte finden, um ihren jeweiligen Fundamentalismus zu rechtfertigen. Wir werden versuchen, diese Klippe zu vermeiden und den Marxismus als soziale Tatsache zu behandeln, die sich ständig entwickelt und differenziert. Wir werden also nicht nach dem „wahren Marxismus“ suchen, um die „wirklichen Marxismen“ je nach dem Grad der Entfernung von ihm zu klassifizieren. Wir werden nur versuchen, herauszufinden, wie die Ideen, die der Marxismus im allgemeinen als seine eigenen betrachtet, in Asien und Afrika ihren Weg genommen haben und welche Kräfte sie inspirieren. Es handelt sich also nicht darum, eine Geschichte der marxistischen Parteien der Region zu schreiben, sondern die Probleme zu untersuchen, mit denen der Marxismus dort konfrontiert wird: Grundprobleme der Verbindung zwischen der nationalen Befreiung und der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus in zurückgebliebenen Ländern, Probleme der Umstände, die aus der internationalen Situation entstehen – dem chinesisch-sowjetischen Konflikt, dem Konflikt zwischen den Supermächten, der Weltkrise und den Nord-Süd-Konflikten.

## Die revolutionäre Mission der Arbeiterklasse

Die revolutionäre Mission der Arbeiterklasse ist sicher das wesentliche Ausgangsthema des Marxismus. Marx selber definierte das Wesen seines Beitrags in folgenden Begriffen: nicht die Entdeckung der vor ihm bekannten gesellschaftlichen Klassen, son-

dern der Beweis, daß der Klassenkampf in der modernen (kapitalistischen) Epoche zur Aufhebung der Klassen führen muß (zum Kommunismus). Dabei muß man anerkennen: 1. den entscheidenden Charakter des Verhältnisses von Kapital und Lohnarbeit als determinierendes gesellschaftliches Verhältnis der modernen Gesellschaft; 2. den expansiven Charakter dieses Verhältnisses, das sein Herrschaftsgebiet unaufhaltsam im Weltmaßstab ausdehnt; 3. die Unversöhnlichkeit der beiden Pole – Bourgeoisie und Proletariat – und den illusorischen und vorübergehenden Charakter von Kompromissen zwischen ihnen; 4. das notwendige und wachsende Bewußtsein über das kommunistische Ziel bei den Proletariern; 5. die weltweite Verbreitung dieses Bewußtseins als objektive Basis des Appells „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ Die optimistische Überzeugung von Marx enthält keine „religiöse“ Sicherheit des kommunistischen Sieges. Wenn jemals die genannten Bedingungen fehlen sollten, wird der Kapitalismus die Menschheit in die Selbsterstörung führen: Die Wahl besteht zwischen „Sozialismus oder Barbarei“

Der historische Materialismus enthält weder die Reduktion auf einen mehr oder weniger vulgären linearen und mechanistischen „Ökonomismus“ noch die Reduktion auf die Anerkennung nur einer sozialen Wirklichkeit, nämlich der Klassen, und damit Hand in Hand gehend die Leugnung jeder anderen sozialen Wirklichkeit.

Die erste dieser beiden Reduktionen ist sehr alt und entwickelt sich fast parallel zu den Marxschen Schriften. In der Tradition der radikalen bürgerlichen Philosophie setzt sie wie die Philosophie der Aufklärung die Gesellschaft mit der Natur und den objektiven Charakter der Gesetze der Gesellschaft mit den Naturgesetzen gleich. Die „ökonomischen Zwänge“ wirken dann wie Naturzwänge. Von Engels „Dialektik der Natur“ bis zum sowjetischen Diamat über den Ökonomismus Kautskys führt diese lange Tradition unaufhaltsam zum Reformismus wie Bernstein ihn verstanden hatte, weil der Sozialismus als unvermeidliches Ziel erscheint, das man erreichen kann, selbst ohne es zu kennen.

Schließlich verliert also die obengenannte Bedingung des Bewußtseins ihre spezifische Bedeutung: Entweder ist es nicht mehr wirklich notwendig, oder – und das läuft auf das gleiche hinaus – es entwickelt sich unaufhaltsam. In dieser Perspektive ist der Sozialismus auch unmöglich, solange der Kapitalismus sein Werk, die Produktivkräfte zu entwickeln und die Gesellschaft zu proletarisieren, nicht vollendet hat.

Die zweite Reduktion ist ebenfalls alt und eine untergründige Tendenz innerhalb des marxistischen Systems. Die Verbreitung des Kapitalverhältnisses im Weltmaßstab löscht nach und nach jede andere soziale Wirklichkeit aus: Nationen, religiöse und kulturelle Gemeinschaften, Stämme und Völker, Kasten und Stände gehen unter und machen einem sozialen Gegensatz Platz, der Bourgeoisie und Proletariat einander gegenüberstellt.

Aber die Geschichte der kapitalistischen Expansion in der Welt stellte gerade die revolutionäre Mission der Arbeiterklasse, wie sie der Marxismus ursprünglich formuliert hatte, in Frage. Statt die Gesellschaften zu vereinheitlichen und die einen wie die anderen auf den einfachen Gegensatz Bourgeoisie/Proletariat zu reduzieren, reproduzierte der Kapitalismus die Heterogenität und Hierarchisierung der Nationen, indem er sich auf Basis einer ungleichen internationalen Arbeitsteilung ausdehnte. Als Lenin die Komplizenschaft der Parteien der II. Internationale bewußt wurde, die sich mit ihren Bourgeoisien beim Kolonialraub und in der Konfrontation der Mächte zusammenschloß, verwies er in „Imperialis-

mus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ auf die politischen Konsequenzen dieser unerwarteten Expansionsweise.

Man müßte noch klären, ob diese Expansionsweise, bei der die Ungleichheit der sozialen Formationen des Kapitalismus reproduziert wurde, tatsächlich neu war, oder ob der Kapitalismus nicht schon seit Beginn seiner Existenz und Expansion – die im übrigen mit seiner Entstehung Hand in Hand ging – immer ein Weltsystem gewesen ist, das auf den asymmetrischen Positionen der zentralen Regionen und der Regionen beruhte, die nur integriert wurden, um an den Rand des Systems gedrängt zu werden. War das nicht schon beim Merkantilismus so, der europäischen Übergangszeit vom 16. bis zum 18. Jahrhundert? Das kurze Zwischenspiel des britischen halben Jahrhunderts von 1820 bis 1870, wo Industrialisierung und freier Handel herrschten und in dessen Verlauf sich neue nationale Zentren nach dem Bild Englands in Europa bildeten, konnte die Illusion dieser vereinheitlichenden Macht des Kapitalverhältnisses entstehen lassen. Und Marx lebte gerade in diesem halben Jahrhundert.

Was man auch von dieser Interpretation der Vergangenheit halten mag, die leninistische Proklamation einer neuen „imperialistischen“ Epoche konnte die genannten negativen politischen Effekte nicht beseitigen. Der Reformismus und die entsprechende proimperialistische Haltung wurden nicht aus dem Bewußtsein der Arbeiter in den Metropolen getilgt. Die neuen Parteien der III. Internationale gaben sogar im Gegenteil Stück für Stück auf dem Feld der Praxis und der tatsächlichen Strategien dem Gewicht der überwältigenden sozialen Realitäten nach.

Lenin hatte es jedoch gewagt: Der Übergang zum Sozialismus wurde nicht mehr als Ergebnis einer Reihe von „sozialistischen Revolutionen in den Metropolen“, sondern als eine Reihe von „Brüchen des schwächsten Kettengliedes“ in den abhängigen und zurückgebliebenen Randländern angesehen.

Diese neue Art, die historische Notwendigkeit zu interpretieren und dieser die revolutionäre Aktion aufzuprägen, stellte eine Menge Fragen: 1 Welche Rolle konnten die Bauern spielen, die in den abhängigen Randländern die Mehrheit bildeten? 2. Wie konnte die (um nur das Mindeste zu sagen) zahlenmäßig schwache „Arbeiterklasse“ diesen Typ Revolution führen und ihm die Richtung geben? 3. Wie konnten die Ziele der in diesen Randländern aufsteigenden Bourgeoisie wirksam bekämpft werden? 4. Wie konnte man schließlich die nationale Frage – den Aufstand der unterdrückten Nationen – in das revolutionäre Schema einbeziehen? Sicherlich waren die Fragen nicht völlig neu: Die Bauern stellten den Sozialisten im ganzen Europa des 19. Jahrhunderts, in Frankreich wie in Deutschland, in Italien, in Mittel- und Osteuropa, im Balkan Probleme; die Existenz unterdrückter Nationen prägte die politische Wirklichkeit selbst der fortgeschrittensten Nationen (die irische Frage), vor allem in den Völkergefängnissen (in Österreich-Ungarn, in Rußland, im Osmanischen Reich). Aber im großen und ganzen wurden diese Fragen heruntergespielt: Die Bauern Reserven der arbeiterfeindlichen bürgerlichen Hegemonie – waren dem Untergang geweiht. Die bürgerlichen Revolutionen und die Entwicklung des Kapitalismus würden die Nationen befreien oder die Probleme durch Assimilation beseitigen.

Mit Lenin nahmen die alten Fragen eine neue Dimension an. Zunächst einmal sind sie nicht mehr „europäische“ Fragen: Es handelt sich um die Bauern und unterdrückten Nationen Asiens und Afrikas, der Kolonien und Halbkolonien. Sodann kann man im Zeithorizont der angestrebten Aktion nicht auf das „Verschwin-

den“ der Bauern warten. Schließlich ist es nicht mehr möglich, die „bürgerliche Revolution“ abzuwarten.

Mit der Idee, daß der Übergang zum Sozialismus in Asien und Afrika beginne, mit der Idee, daß die Arbeiterklassen des Westens für eine ganze Zeit lang korrumpiert seien, enthielt der Leninismus keimhaft die Vision, der Marxismus würde eine wirkliche Kraft der gesellschaftlichen Umwälzung in Asien und Afrika werden, während er diese Rolle, die ihn bestimmte, in Europa und Nordamerika verlieren könnte.

Aber die Fragen, die diese Verlagerung stellt, sind in Theorie und Praxis noch lange nicht gelöst. Die Theorie von der revolutionären Mission der Arbeiterklasse muß also wieder aufgegriffen werden. Ist diese Mission im Zentrum des Systems überholt? Ist sie auf die Randländer übergegangen? Wie verbindet sie sich vielleicht mit den Aufgaben der Bauernschaft und der Bourgeoisie? Die offensichtlich anhaltende Debatte über die Expansion des Kapitalismus bildet, richtig verstanden, immer die Grundlage. Welcher „Kapitalismus“ entwickelt sich in dem Teil der Welt, den man nach dem II. Weltkrieg die Dritte Welt zu nennen begann? Ein Kapitalismus, dessen politische Folgen gleich sind wie überall, nachdem die Aufgaben der „nationalen Befreiung“ mit der „Unabhängigkeit“ erledigt sind? Wird die leninistische These also nach und nach überholt durch die Entwicklung des Weltkapitalismus, die uns zur ursprünglichen marxistischen These von der revolutionären Mission des Proletariats im allgemeinen zurückbrächte, oder bleibt diese These im Gegenteil auf der Tagesordnung? Wird sie in ihrer ganzen Komplexität durch die Entwicklung der immer wechselnden, aber immer „ungleichen“ Formen des kapitalistischen Weltsystems ständig neu aufgeworfen? Aber wenn der Marxismus auf diese Art weltweit wird und aufhört, europäisch zu sein, stellen sich eine ganze Reihe neuer Fragen. Denn der Marxismus muß wohl oder übel die Spuren der Gesellschaft in sich tragen, in der er entstand: der nicht nur bürgerlichen, sondern auch europäischen Gesellschaft, die aus einer eigentümlichen Geschichte, mit dem Feudalismus (oder muß man sogar zugeben, mit dem Christentum!) beginnend, hervor

**A**ber die Geschichte der kapitalistischen Expansion in der Welt stellte gerade die revolutionäre Mission der Arbeiterklasse, wie sie der Marxismus ursprünglich formuliert hatte, in Frage. Statt die Gesellschaften zu vereinheitlichen und die einen wie die anderen auf den einfachen Gegensatz Bourgeoisie/Proletariat zu reduzieren, reproduzierte der Kapitalismus die Heterogenität und Hierarchisierung der Nationen, indem er sich auf Basis einer ungleichen internationalen Arbeitsteilung ausdehnte.

ging. Die Debatte über diese Fragen ist vielfältig. Sie hat ohne Zweifel ihre Grundlagen in den Formen der ökonomischen Organisation der weltweiten kapitalistischen Ausbeutung. Aber es gibt auch andere Wurzeln: die „nichteuropäischen“ vorkapitalistischen Ausbeutungsweisen, die „nichteuropäischen“ Kulturen (und großen Religionen). Das sind ebenfalls keine völlig neuen Fragen: Vom Marx der „Grundrisse“ bis zu den Debatten über die „asiatische Produktionsweise“ hat sich der Marxismus mit dieser Art von Problemen beschäftigt.

Diese Fragen stellen sich dennoch neu – oder richtiger, sie stellen sich immer noch – und nehmen unerwartete Dimensionen an, wenn die Völker in Bewegung durch die Geschichte des Konfuzianismus, des Hinduismus oder des Islam geprägt sind. Der historische Materialismus kann also, wenn er sich auf Asien und Afrika erstreckt, diese Fragen, die an seinen fernen Randgebieten zu liegen scheinen, nicht vernachlässigen.

Dabei handelt es sich keineswegs um im akademischen Sinn „theoretische“ Fragen. Diese Probleme entspringen aus der Praxis. Diese besteht nicht nur in der weltweiten Verbreitung der marxistischen Gedanken und der Aktivitäten von Organisationen, die sich auf sie berufen. Diese Praxis entspringt auch und vor allem den beiden „realen sozialistischen Revolutionen“ (um den Begriff Bahros zu benutzen): der russischen und der chinesischen.

Die russische Revolution hat eine Gesellschaft hervorgebracht, an der die Sozialisten und Marxisten nicht vorbeisehen können. War ihre Entwicklung durch die historischen Notwendigkeiten vorbestimmt und gibt sie Lenin unrecht und dem „ursprünglichen Marxismus“ recht? Oder ist der Leninismus in seinem Bruch mit diesem ursprünglichen Marxismus nicht weit genug gegangen und würde diese Unzulänglichkeit die Entwicklung der UdSSR erklären? Aber wenn die erste sozialistische Revolution in einem halbasiatischen Land stattfand, dann die zweite mitten in Asien. Bestätigen die chinesische Revolution und die durch sie geprägte Entwicklung Chinas die Anhänger des ursprünglichen Marxismus? Wird China die Deformationen der UdSSR wiederholen? Oder ist hier der Marxismus in seinem Bruch mit dem ursprünglichen Marxismus weitergegangen als der Leninismus und hat er eine historische Entwicklung vertieft, die durch den „Übergang zum Sozialismus, ausgehend von den Randländern des Systems“ bestimmt ist?

In unserer Interpretation des Leninismus und des Maoismus, der ihn vertieft, hat die Arbeiterklasse ihre historische Mission in den Zentren des Weltsystems verloren, während an seiner Peripherie eine revolutionäre Situation entstanden ist, die der Möglichkeit nach den Weg des Übergangs zum Sozialismus öffnet. Die Tatsachen scheinen die Richtigkeit des ersten Teils dieser Behauptung zu bestätigen. Der Sozialismus im Marxschen Sinn steht in den entwickelten kapitalistischen Ländern nicht auf der Tagesordnung. Hier hat die Arbeiterklasse auf ihr Projekt einer eigenen Gesellschaft verzichtet. Wenigstens wenn man darunter eine Gesellschaft versteht, die auf gesellschaftlicher Aneignung (was nicht auf staatliche Aneignung reduzierbar ist), auf Überwindung der Ware und des Warenfetischismus, auf der Aufhebung der Arbeitsteilung und der großen Gegensätze (Hand- und Kopfarbeit, Funktionen der Leitung und der Ausführung, Regierenden und Regierten) beruht. Utopischer Traum des Kommunismus, den der Marxismus auf eigene Rechnung wieder aufgenommen hat, oder tatsächliche Möglichkeit? Immer noch definiert sich der Marxismus durch dieses Ziel. Ein „Kapitalismus ohne Kapitalisten“, eine „fortgeschrittene soziale Demokratie“ sind nicht die Gesellschaftsentwürfe von

---

**W**ird die leninistische These also nach und nach überholt durch die Entwicklung des Weltkapitalismus, die uns zur ursprünglichen marxistischen These von der revolutionären Mission des Proletariats im allgemeinen zurückbrächte, oder bleibt diese These im Gegenteil auf der Tagesordnung? Wird sie in ihrer ganzen Komplexität durch die Entwicklung der immer wechselnden, aber immer „ungleichen“ Formen des kapitalistischen Weltsystems ständig neu aufgeworfen?

---

Marx. Im fortgeschrittenen Westen strebt aber die Arbeiterklasse höchstens die zuletzt genannten Projekte an. Handelt es sich um den „Mangel an Philosophie“, d.h. um die früher erwähnte ökonomistische Reduktion, die die Vision der Philosophie der Aufklärung wieder auferstehen ließ und den Marxismus verdrängte und ihn in eine radikale bürgerliche Philosophie verwandelte? Oder findet diese Reduktion selber ihre Grundlagen in den herrschenden Stellungen, die die fraglichen Gesellschaften im Weltsystem besetzt halten, Stellungen, die die Versöhnung der Interessen antagonistischer Klassen hervorrufen? Eine dritte Erklärung dieser hartnäckigen Tatsache wäre der Rückschlag im politischen Klassenbewusstsein, den gerade der Erfolg der russischen und chinesischen Revolution herbeigeführt hätte. Die unglückseligen Entstellungen, die diese Revolutionen mit sich brachten, haben ihrerseits das sozialistische Bewusstsein der fortgeschrittenen Arbeiterklassen vorübergehend ausgelöscht. Aber können die russische und die chinesische Revolution aus der Wirklichkeit gestrichen werden?

Die Kehrseite der These ist problematischer. Hat die Arbeiterklasse in der Peripherie eine revolutionäre Mission, die sie im Zentrum verloren hat? Beweist das die chinesische Erfahrung? Ist diese Erfahrung für das Asien und Afrika von heute noch gültig oder ist sie schon überholt?

Mehr noch als die russische zeigt die chinesische Revolution, daß an der Peripherie die Situation explosiv und potentiell revolutionär ist, was sie im Westen seit einem Jahrhundert nicht mehr zu sein scheint. Aber gibt es eine Situation „sozialistischer Revolution“, geprägt durch eine revolutionäre sozialistische Mission der Arbeiterklasse?

Die Entwicklung des Kapitalismus in Asien und Afrika zeigt seit einem Jahrhundert und immer deutlicher spezifische Eigenarten und wiederholt nicht nur mit zeitlicher Verzögerung die Entwicklung des Westens. Die Industrie, die sich im Zeitalter der Herrschaft der Monopole hier niederläßt, ist von vornherein modern: Sie verläßt sich auf kapitalintensive Technologien, schafft wenig Arbeitsplätze und vor allem keine Arbeitsplätze, die jenen der Industrie des 19. Jahrhunderts entsprechen. Die Arbeiterklasse besteht hier von vornherein aus dequalifizierten Arbeitern, die einer entwickelten Produktivität unterworfen sind, und nicht aus Arbei-

tern, die halbhandwerklich qualifiziert sind. Sie ist wenig zahlreich und rekrutiert sich aus der großen Masse armer Bauern, die durch die Entwicklung des Kapitalismus von ihrem Land gejagt und in den Slums der heutigen Dritten Welt zusammengepfercht wurden. Die hohe Arbeitsproduktivität, der die Arbeiter unterworfen sind, erlaubt es dem Kapital manchmal, gewissen Arbeiterschichten einen Lebensstandard zu garantieren, der, auch wenn er verglichen mit den Reallöhnen der vergleichbaren Arbeiter im Zentrum elend ist, lokal fühlbare Vorteile zu bieten scheint (vor allem die relative Sicherheit des Arbeitsplatzes). Hier hinkt die Ausbildung der Arbeiterklasse immer der der anderen Klassen, die durch den modernen Kapitalismus hervorgebracht werden, hinterher. Einerseits sind da die „kleine Bourgeoisie“ (Techniker, Angestellte etc.) und die „ländlichen Bourgeois“ (Kulaken), andererseits die verarmten, aber nicht proletarisierten Massen (arme Bauern, Arbeitslose in den städtischen Slums etc.) Dagegen leidet die Entwicklung der örtlichen Bourgeoisie wie die der Arbeiterklasse unter der weltweiten Herrschaft der Monopole.

Diese eigenartige Lage im heutigen Asien und Afrika schafft durchaus eine explosive Situation. Dennoch ist der Widerspruch dieser Situation sichtbar. Einerseits kann die Arbeiterklasse ein sozialistisches Bewußtsein nur entwickeln, wenn sie ihre eigene autonome Klassenorganisation schafft und ihren antikapitalistischen Kampf bis zum Ende entwickelt, andererseits aber kann die Revolution nicht siegen, wenn die Arbeiterklasse allein kämpft. Wird sie in einer breiten Allianz mit der Bauernschaft und sogar der Bourgeoisie ertrinken? Kann sie in dieser notwendig breiten, anti-imperialistischen Allianz ihr eigenes kommunistisches Projekt entwickeln und, wie es heißt, die Front „leiten“? Der Leninismus und seine maoistische Weiterentwicklung behaupten, daß dies möglich sei und daß darin in unserer Epoche die Eigenart des weltweiten Übergangs zum Sozialismus bestehe. Deshalb hat der Leninismus die alte Losung „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch“ durch die Losung „Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch“ ersetzt.

Die weltweite Verbreitung des Marxismus und die Verlagerung aus seinem aktiven Gravitationszentrum im entwickelten und nichtrevolutionären Zentrum in die potentiell revolutionären Länder Asiens und Afrikas bilden den Hintergrund dieser Theorie der sozialistischen Mission der Arbeiterklasse in der heutigen Welt. Es bleibt zu klären, wie der Maoismus theoretisch und praktisch auf diese Probleme geantwortet hat, die der Leninismus stellt.

## Die Relevanz des Maoismus

Der Maoismus ist nicht auf einen Schlag im Kopf von Mao entstanden. Die Aktion Maos und der chinesischen kommunistischen Partei folgten im Lauf der zwanziger Jahre von Anfang an der Linie Lenins. Zuerst mußte die kapitalistische Herrschaft in einem zurückgebliebenen Land gestürzt werden. Dann ab 1950 mußte unter diesen zurückgebliebenen Bedingungen der Sozialismus aufgebaut werden.

Die kapitalistische Herrschaft umzustürzen erforderte, daß die kommunistische Partei gleichzeitig zur Speerspitze der antikapitalistischen Kräfte und zum Sammelpunkt einer breiten nationalen, antifeudalen und antiimperialistischen Allianz würde. Mit diesem Ziel mußten zwei Klippen umschifft werden: Die Isolierung und das Arbeitersektierertum, an das der Trotzismus appellierte, ein-

erseits und das Aufgehen in einer Front, die in letzter Analyse durch die bürgerlichen Kräfte der Kuomintang beherrscht würde, wozu die Moskauer Diplomatie aufforderte, andererseits. Mao und die KPCh haben diese Klippen praktisch und ohne große „theoretische“ Proklamationen gemieden. Mit einigem Zeitabstand kann man sehen, daß dieser Erfolg hauptsächlich von der Anwendung folgender Prinzipien abhing: 1. dem Aufbau einer autonomen Organisation, die sich auf den Marxismus berief, einer Partei mit einer Basis von Arbeitern und radikalen Intellektuellen, die sich um den Marxismus sammelten; 2. dem Abzug aus den Städten, den Zentren der bürgerlich-proimperialistischen Macht, und dem Rückzug in die ländlichen Gebiete; 3. einem unerbittlichen Klassenkampf in den ländlichen Gebieten, der sich auf die Bestrebungen der armen und landlosen Bauern stützte und die Grundeigentümer isolierte; 4. der Übernahme der Form einer bewaffneten Guerillaorganisation, um diesen Kampf zu schützen; 5. außerdem von einer geschmeidigen Diplomatie, die zum Ziel hatte, die breitesten nationalen Kräfte – Intellektuelle, Kleinbürger und selbst Bourgeois – gegen den Hauptfeind, den (zeitweilig japanischen) Imperialismus und seine Verbündeten zusammenzuschließen.

Die langen Kämpfe, die unter diesen Bedingungen geführt wurden, haben günstige Grundlagen für die Zukunft nach der Eroberung der Macht gelegt. Sie haben der kommunistischen Partei eine breite soziale Basis hauptsächlich von Bauern und Arbeitern verschafft.

Die KPCh, die aus diesem Kampf hervorging, hatte gegenüber ihren Schwesterparteien der Internationale einen entscheidenden Vorteil: Sie wurde wirklich von 90 Prozent der Bevölkerung unterstützt, was bei den Bolschewiki 1917 nicht der Fall war (die Sozialrevolutionäre beherrschten damals die ländlichen Gebiete) und erst recht nicht bei den europäischen Arbeiterparteien der II. und III. Internationale.

War der Charakter der Partei proletarisch oder bäuerlich? Man diskutiert noch heute über diesen Punkt. Mao und die Pekinger Führung haben trotz des zahlenmäßigen Übergewichts des (im übrigen armen) bäuerlichen Elements, immer auf dem proletarischen Charakter bestanden. Gewisse Leute sehen in ihr eine nicht-proletarische Partei und erklären damit die „ultralinken Abweichungen“ in China. Aber wurden diese Abweichungen, wenn man sie denn für solche hält, nicht auch von den Bolschewiki begangen, die jedoch keine bäuerliche Basis hatten? Im Gegensatz dazu wollen andere noch weiter gehen als der „offizielle Maoismus“. Sie wollen in dieser Erfahrung den revolutionären Charakter der Bauernschaft bewiesen sehen, der durch den Marxismus zu Unrecht gelehnt werde. Fanon ist soweit gegangen, ein wenig wie für den Westen Marcuse, der die „integrierten“ Arbeiter, die ihre revolutionäre Mission aufgegeben hätten, durch die Randgruppen ersetzte. Der Maoismus hat diese Sichtweise immer zurückgewiesen.

Nach dem Sturz der kapitalistischen Herrschaft bestand die Aufgabe darin, den Sozialismus in einem zurückgebliebenen Land aufzubauen, das heißt die Produktivkräfte zu entwickeln, ohne die kapitalistischen Verhältnisse wiederherzustellen und statt dessen sozialistische Verhältnisse zu entfalten. Es ist nicht gesagt, daß es dem Maoismus gelungen ist, dieses Problem zu lösen. Wichtig aber ist zu wissen, wie er es in Theorie und Praxis gestellt sah, wie er dabei den Leninismus und die sowjetische Erfahrung vertieft und überwunden hat und an welche praktischen und theoretischen Grenzen er stieß.

Die Entwicklung Chinas zwischen 1950 und 1980 zeigt den Cha-



rakter der Differenzen zur Sowjetunion. Inspiriert durch die Leitlinien, die Mao in den „Zehn großen Beziehungen“ 1956 formuliert hatte, enthält das „chinesische Modell“ der Sache nach folgende wesentliche Eigentümlichkeiten: 1. Die reale Vergütung der durchschnittlichen ländlichen Arbeit und der städtischen Arbeiter und Angestellten ist erwünschtermaßen gleich (Die Bauern unterliegen keiner obligatorischen unvergüteten Naturalabgabe oder Zwangsarbeit); diese Gleichheit entspringt nicht spontanen ökonomischen Gesetzen, sondern einer grundsätzlichen politischen Entscheidung, die der Arbeiter und Bauern-Allianz ihren Sinn gibt; 2. im inneren jeder Gruppe auf dem Land und in der Stadt werden die Vergütungen der Arbeit relativ gleich um den Durchschnitt herum verteilt.

Diese zwei Prinzipien enthalten offensichtlich keine Tendenz, die Ungleichheiten spontan zu überwinden. Im Gegenteil verschärfen sich die regionalen Ungleichheiten (folglich die Unterschiede im ländlichen Überschuß aus dem Handel) und die branchenmäßigen Ungleichheiten, wo Einheiten ungleicher Produktivität existieren (folglich Ungleichheiten im Profit entsprechend der Festlegung der Löhne und der Preise auf nationaler Ebene), tendenziell. Folglich entsteht das Problem, Plan und Markt so abzustimmen, daß es möglich wird, die ungleichen Akkumulationsmittel umzuverteilen.

Trotz der Ungleichheiten sind diese großen Beziehungen insgesamt das Hauptziel der Strategie während der dreißig Jahre sozialistischer Geschichte Chinas geblieben. Aber das Hauptmittel, um diese Politik in die Tat umzusetzen, war immer die bürokratische zentralisierte Planung. Dieses Modell unterscheidet sich grundsätzlich von der Sowjetunion. Der Unterschied entspringt nicht aus den Mitteln (zentralisierter Plan und administrative Verwaltung oder lockerer Plan und Markt), sondern aus dem Inhalt (Arbeiter-Bauernbündnis und Staatsmacht, die es repräsentiert, oder kein solches Bündnis; das heißt Fehlen oder Ausbildung einer Staatsbourgeoisie). Wenn die Debatte über den „Revisionismus“ konfus bleibt, so weil diese Unterscheidungen nicht gemacht und die Analyse ihrer Ursprünge nicht zu Ende geführt wurden.

Entscheidend ist, sich klar zu machen, daß sich das sowjetische Modell mit Beginn der dreißiger Jahre durch einen massiven staatlichen Zugriff auf die ländlichen Gebiete ausgebildet hat. Auch wenn in China nach der Agrarreform die Kollektivierung und der Übergang von den niederen Formen zu höheren Formen der Genossenschaften (im wesentlichen 1958 abgeschlossen) sehr schnell durchgeführt wurden, haben sie eine massive Unterstützung durch die Bauern erhalten, was bei der Kollektivierung, wie sie in der UdSSR zwischen 1930 und 1935 durchgeführt wurde, keineswegs der Fall war. Diese war erzwungen und hat in Wahrheit dem Arbeiter-Bauernbündnis, das von 1917 bis 1930 die Basis der sozialistischen Staatsmacht bildete, ein Ende bereitet. Die Wurzeln des „Revisionismus“ gehen auf diesen Bruch des Arbeiter-Bauernbündnisses zurück. Die Zwangskollektivierung hat zur Ausbildung eines Polizeiparates geführt, der gegenüber der Gesellschaft und sogar gegenüber der Partei sehr schnell eine große Selbständigkeit erlangte. Nach und nach ist dieser Apparat zum Kristallisationspunkt einer neuen Klasse und der Umwandlung des Staatsapparates geworden. Nachdem sich der Staat als Unterdrücker der Bauern etabliert hatte, hat er sich zunehmend auf eine Politik der Differenzierung der Löhne und der städtischen Einkommen orientiert. Theoretische Unzulänglichkeiten, die auf den Leninismus zurückgehen (der mit dem ökonomistischen Positivismus der II. Internationale nicht gebrochen hatte und aus diesem Grund die Technologie als „neutral“ betrachtete), haben diese Orientierung zweifellos erleich-

**W**arum wurde dieses „Modell“ nicht durch „theoretische Texte“ begründet? Als einzige Erklärung für diese Tatsache finden wir, daß das Modell spontan aus dem Klasseninhalt des Systems entsprang, ohne daß sich die KPCh deshalb auf eine Polemik gegen das sowjetische Modell eingelassen hätte. Das zwiespältige Verhältnis zur III. Internationale und zum Stalinismus, die tatsächliche Selbständigkeit der KPCh, ihr offensichtlicher Pragmatismus und ihre Weigerung, Moskau zu folgen oder mit Moskau zu brechen, ergeben sich daraus. Die späteren Unzulänglichkeiten der maoistischen Kritik am Revisionismus sind der Preis, der dafür letztlich bezahlt wurde.

---

tert. Vor allem aber hat sich der Staat, nachdem er durch seine repressive Funktion gegenüber den Bauern gestärkt worden war, in der Lage gesehen, den eventuellen Widerstand der Arbeiterklasse zu brechen und die Politik der schroffen Lohndifferenzierung in der Industrie durchzusetzen. Diese Politik spiegelte die unumgänglichen Konsequenzen der Ausbildung einer herrschenden Klasse wieder, die man einstweilen „Staatsbourgeoisie“ nennen kann. Sie gibt dem Staat seinen volksunterdrückerischen Inhalt.

Sicherlich haben die Gründe für diesen Hauptunterschied zwischen beiden Modellen ihre Wurzeln in der Geschichte der beiden kommunistischen Parteien. Die bolschewistische Partei blieb trotz ihrer revolutionären Ausrichtung und ihres Bruchs mit dem Opportunismus der II. Internationale in ihrer ganzen Geschichte durch die westliche Arbeiterbewegung und deren Mißtrauen gegenüber den Bauern als Reserve der Bourgeoisie geprägt. Die bolschewistische Partei hatte unter der Arbeiterklasse wirklichen Einfluß, war aber in den ländlichen Gebieten nicht verankert. Diese waren fast ausschließlich durch die Sozialrevolutionäre beherrscht. Die chinesische kommunistische Partei war seit 1930 und bis zum Sieg von 1949 in den ländlichen Gebieten fest verankert und hatte aus diesem Grund gegenüber den Bauern eine vollständig andere spontane Einstellung.

Warum wurde dieses „Modell“ nicht durch „theoretische Texte“ begründet? Als einzige Erklärung für diese Tatsache finden wir, daß das Modell spontan aus dem Klasseninhalt des Systems entsprang, ohne daß sich die KPCh deshalb auf eine Polemik gegen das sowjetische Modell eingelassen hätte. Das zwiespältige Verhältnis zur III. Internationale und zum Stalinismus, die tatsächliche Selbständigkeit der KPCh, ihr offensichtlicher Pragmatismus und ihre Weigerung, Moskau zu folgen oder mit Moskau zu brechen, ergeben sich daraus. Die späteren Unzulänglichkeiten der maoistischen Kritik am Revisionismus sind der Preis, der dafür letztlich

bezahlt wurde. Selbst nach dem Bruch von 1960 ging die Kritik des Revisionismus nie bis dahin, die Beurteilung der gesamten stalinischen Periode seit 1930 in Frage zu stellen. Freilich teilten alle Strömungen des Bolschewismus und besonders der Trotzismus mit Stalin die Illusion, daß die Industrialisierung durch massiven administrativen Druck auf die Bauern beschleunigt werden könne. Vielleicht machte Bucharin eine Ausnahme von dieser Einhelligkeit. Andererseits und vor allem blieb die Sowjetunion bis 1960 trotz ihrer Entartung eingekreist und bedroht. Unter diesen Umständen hat die Unterstützung der „belagerten Festung“ anscheinend verhindert, daß sich die Kommunisten der ganzen Welt der Entartung des Regimes bewußt wurden.

Die Unzulänglichkeit der Kritik in diesem grundsätzlichen Punkt erklärt, daß, obwohl das Prinzip des gleichen Tausches den wesentlichen Aspekt der chinesischen Strategie während dreißig Jahren ausmachte, die Versuchung immer anhielt und zutage trat, dieses Prinzip zu verletzen – sei es nun in der Sprache der Rechten („Vergütung gemäß der Produktivität“) oder der Linken („Gleichmachen mittels administrativer Gewalt“).

Die Unterschiede zwischen den beiden Modellen ermöglichen es, die Natur der „ökonomischen Gesetze“ genauer zu bestimmen. Diese haben keinen „unausweichlichen“ Charakter in dem Sinn, daß sie wie Naturzwänge funktionieren würden. Freilich existieren sie; aber sie sind dem jeweiligen System angemessen, das seinerseits aus den Bündiskonstellationen und den Klassenverhältnissen hervorgeht. Folglich findet man in jedem der beiden sozialistischen und etatistischen Modelle wie auch im kapitalistischen System das „Wertgesetz“ Soweit dies Gesetz nur die Arbeitsteilung voraussetzt, ist das selbstverständlich. Die Produkte müssen ausgetauscht werden und quantitativ vergleichbar sein, aber nach welchen Verhältnissen denn?

Im sozialistischen Modell funktioniert das Wertgesetz im Rahmen des Nationalstaates, während es im kapitalistischen System im Weltmaßstab funktioniert. Der Grund liegt einfach darin, daß die Arbeitsteilung, die den Kapitalismus bestimmt, weltweit ist, während der Sozialismus aufgrund der Tatsachen und mangels der unmöglichen und mythischen „Weltrevolution“ notwendig als nationales Gebilde zu existieren beginnt und durch den politischen Willen geleitet wird, die nationale gesellschaftliche Arbeitsteilung zu privilegieren und die äußeren Beziehungen den Imperativen des sozialistischen Aufbaus zu unterwerfen.

Auch das etatistische Modell ist national. Bei der Sowjetunion springt das in die Augen. Es gilt aber für den ganzen Osten, wenn auch in geringerem Grad. Aber das Wertgesetz funktioniert auf der Basis von gesellschaftlichen Klassenbeziehungen, die auf der Mehrwertabschöpfung zugunsten von „neuen Mittelklassen“ beruhen. Diese sind die objektive Stütze der Staatsmacht. Es zeigt in diesem Sinn eine Entsprechung zum kapitalistischen Wertgesetz, wo der Wert auf Basis der Klassenverhältnisse in seiner modifizierten Form als Profit und Rentenabschöpfung erscheint.

Das Wertgesetz, das die peripheren kapitalistischen Gesellschaften reguliert, funktioniert auf der weltweiten Stufenleiter des Kapitalismus. Die Menge der gesellschaftlich notwendigen Arbeit ist durch die Arbeitsproduktivität in den fortgeschrittenen Regionen des Systems bestimmt.

Im Gegensatz dazu wird beim Übergang zum Sozialismus das zentralisierte Surplus unabhängig von seinen Entstehungsbereichen zugeteilt. Die Austauschbeziehungen zwischen den verschiedenen Produktionsbereichen werden entsprechend der im nationalen

Rahmen gesellschaftlich notwendigen Arbeit festgelegt. Eine Stunde abstrakter und gesellschaftlich durchschnittlicher Arbeit in der Landwirtschaft und in der Industrie sind gleich, was immer die relativen Preise der Produkte dieser Arbeitsstunden in den entwickelten kapitalistischen Zentren sein mögen. Die „Abkoppelung“ des Übergangssystems zum Sozialismus vom kapitalistischen Weltsystem findet auf dieser Ebene statt. Es handelt sich in Wirklichkeit nicht um eine materielle Abkoppelung, nicht um eine „absolute Autarkie“, sondern viel eher um eine Neutralisierung der Auswirkungen des äußeren Handels auf die inneren Entscheidungen. Der in dieser Situation zweifellos beschränkte äußere Handel ist der Logik der inneren Entwicklung unterworfen und nicht umgekehrt. Also wirkt das Wertgesetz auf Basis der sozialistischen Verhältnisse bestimmend und wird nicht negiert: 1. in der durchschnittlich gleichen realen Vergütung der Jahresarbeit der Bauern und der Arbeiter und 2. auf die zusammengedrückte Lohnhierarchie. Die Frage ist also nicht „Wertgesetz“ (dessen Existenz den etatistischen, d.h. revisionistischen Charakter der Gesellschaft enthüllen würde) oder „Negation des Wertgesetzes“ (Entsprechung des richtigen sozialistischen Weges). In Wirklichkeit lautet die Frage: Wertgesetz auf der Basis welcher sozialen Verhältnisse? Das doppelte Prinzip der Beseitigung der ausbeuterischen Klassen im Inneren und der Abkoppelung vom Weltsystem bestimmt die in der Perspektive des sozialistischen Übergangs notwendige Entwicklung der Produktivkräfte. Dies doppelte Prinzip schließt den Wert nicht aus, es setzt ihn voraus, aber er funktioniert jetzt auf neuen Grundlagen.

Das Nebeneinander der Forderung nach Entwicklung der Produktivkräfte und des politischen Willens, die Entwicklung im Übergang auf die Abschaffung der Klassen auszurichten, wirft Probleme der Verwaltung der Ökonomie auf. Es gibt zwei Arten der Einstellung gegenüber diesen wirklichen Problemen: Erstens eine administrative zentralisierte Verwaltung wird vorgezogen oder zweitens eine dezentralisierte ökonomische Verwaltung der Produktionseinheiten. Aber der Gegensatz dieser zwei Weisen der Verwaltung ist nicht mit dem Gegensatz „Negation des Wertgesetzes“ / „Zuhilfenahme des Wertgesetzes“ identisch.

Im übrigen bietet die administrative Verwaltung keine Garantie für einen sozialistischen Weg: Hat sich der sowjetische Etatismus nicht auf der Basis der administrativen Verwaltung herausgebildet? Aber auch die Ablehnung derselben ist noch lange keine wirksame Garantie gegen den Etatismus: Hat sich das etatistische Modell Jugoslawiens nicht auf der Basis der Selbstverwaltung der Betriebe entwickelt? Man kann der Selbstverwaltung den Vorzug geben (und das tun wir), weil sie auf der politischen Ebene – im Fall einer etatistischen Abweichung – die Gefahr eines despotischen und irreversiblen Etatismus mindert und dem politischen System mehr Flexibilität läßt. Diese Beobachtung soll zeigen, daß der politische Prozeß der wesentliche ist und daß in diesem Sinne tatsächlich „die Politik“ das Kommando führt.

Wenn der Sozialismus – als Übergang zum Kommunismus verstanden – die Berücksichtigung eines „Wertgesetzes“ verlangt, muß man die Existenz von „ökonomischen Gesetzen des Sozialismus“, einer „politischen Ökonomie des Sozialismus“ anerkennen. Doch diese Gesetze und diese politische Ökonomie unterscheiden sich ihrem Charakter und ihrer Bedeutung nach von denen des Kapitalismus. Denn die Art und Funktionsweise der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus sind untrennbar mit dem dieser Produktionsweise eigenen Basis-Überbau-Verhältnis verbunden.

Im Kapitalismus ist die Undurchsichtigkeit des Ausbeutungsverhältnisses, die aus der Verallgemeinerung der Warenform resultiert, die auch die Arbeitskraft betrifft, der eigentliche Grund, warum die ökonomischen Gesetze „von außen“ zu wirken scheinen, wie „Naturgesetze“, die den im Grunde ökonomischen Charakter der gesellschaftlichen Entfremdung ebenso bestimmen wie die scheinbare Trennung von Politik und Ökonomie. Im Gegensatz dazu ist der Sozialismus transparent oder tendiert wenigstens dazu.

Die Gesellschaft muß also die sie beherrschenden Warenbeziehungen in den Griff bekommen. Auch das ist Inhalt des „politischen Kommandos“ Der Plan beruht auf einem Verhältnis „Preis des Reises – Lohn“, worin die gleiche Wertgröße der Jahresarbeit eines Bauern und eines Arbeiters zum Ausdruck kommt. Und dieses Verhältnis der Gleichheit muß von den Arbeitern mit klarem politischen Verstand begriffen werden. Genauso müssen die Lohnhierarchien demokratisch festgelegt und politisch akzeptiert werden, ohne ideologische Verschleierung („unterschiedliche Produktivität“).

Die Debatten über die „ökonomischen Gesetze des Sozialismus“ haben diesen Punkt im allgemeinen nicht klargestellt, weil sie die

**Z**u oft hat man Warenbeziehungen und kapitalistische Warenbeziehungen in einen Topf geworfen, Sozialismus also mit Abschaffung von Warenbeziehungen gleichgesetzt.

quantitativen Verhältnisse, die die Warenbeziehungen im Sozialismus regulieren, nicht offengelegt und von denen des Kapitalismus abgegrenzt haben.

Zu oft hat man Warenbeziehungen und kapitalistische Warenbeziehungen in einen Topf geworfen, Sozialismus also mit Abschaffung der Warenbeziehungen gleichgesetzt. Das war schon die Auffassung Rosa Luxemburgs und wie es scheint Lenins (der „Rückzug“ auf Warenbeziehungen ist ein „Zugeständnis“) und dann Stalins. Wenn man also von den ökonomischen Gesetzen, vom Wertgesetz und von den Warenbeziehungen gesprochen hat, dann wollte man nur sagen, daß sich diese „Konzession“ an den Kapitalismus nur „vorübergehend“ aufdränge. Tatsächlich ging die „Rückkehr zum Wertgesetz“ oft parallel, wenn nicht mit der Rückkehr zum Kapitalismus, so doch mit einer Stabilisierung des etatistischen Ausbeutungssystems. Die Zugeständnisse an den „freien Markt“, an die „Parzellen“, an die „ökonomische Rechnungsführung“ und die „Profite“ verschärfen hier wie dort, von der Sowjetunion bis Osteuropa, von Vietnam bis Kuba, und selbst in China immer die Ungleichheit und zeigen den negativen Typ einer „Rückkehr“ zu einem halbkapitalistischen, halbetatistischen Wertgesetz.

In Wirklichkeit lautet also die Frage: Durch welche Maßnahmen kann man die (gleichen) Warenbeziehungen im Sozialismus durch-

sichtig machen? Es gibt zwei Thesen zu dieser Frage: durch Selbstverwaltung, dadurch, daß die Politik das Kommando führt. Die Selbstverwaltung ist ein komplexes soziales Projekt mit einem sicherlich wesentlich demokratischen Aspekt; im übrigen hat sie die Arbeiterklasse spontan hervorgebracht mittels der Arbeiterräte oder Sowjets. Aber sie zersplittert die Arbeiterklasse in konkurrierende Kollektive, und ihre Funktionsweise schwächt schließlich die politische Durchsichtigkeit der Entscheidungen, sobald die revolutionäre Phase, während der sie die Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die Arbeiter gegen die Unternehmer zum Ausdruck bringt, beendet ist. Die Selbstverwaltung kann also nur teilweise gelten und darf den Plan nicht ausschließen, sondern muß sich über ihn artikulieren. Andernfalls entartet sie selber zu einer Form der ökonomistischen Entfremdung und stellt die Zersplitterung der Arbeiterklasse wieder her wie die jugoslawische Erfahrung illustriert.

„Die Politik führt das Kommando“ bedeutet keine ideologische Willkür, sondern im Gegenteil die durchsichtige Behandlung der gleichen Warenbeziehungen zwischen Kollektiven, die sowohl selbstverwaltet werden als auch strukturell in den sozialen Zusammenhang einbezogen sind. Das schließt einen ununterbrochenen Fortschritt der sozialen und politischen Demokratie ein. Ununterbrochene Entwicklung der Demokratie oder Stagnation und Unterdrückung wirklicher Arbeitermacht verweist auf die unausweichliche Frage der Demokratie auf der Ebene des Staates. Denn der Staat ist ein absolutes Erfordernis nicht wegen äußerer oder vorübergehender Gründe, sondern weil er das einzige Mittel ist, die wirkliche Macht der Basiskollektive in einem umfassenden sozialen Projekt zu artikulieren.

Freilich kann die Frage der staatlichen Demokratie nicht durch Selbstproklamation, daß der Staat die „Massen“ („demokratisch“) „repräsentiere“ gelöst werden. Genausowenig kann sie auf die Frage der „Anerkennung der Gesetzlichkeit“ reduziert werden, die eine patriarchalische Legitimation der etatistischen Ausbeutung darstellt. In Wirklichkeit ist diese Frage die grundlegende Frage des Sozialismus.

Die bisherigen Ausführungen ermöglichen es, genauer zu bestimmen, um was es während der langen Periode des Übergangs zur Aufhebung der Klassen geht. Die Kämpfe entbrennen erstens um das Wertgesetz (welches Wertgesetz: etatistisch, kapitalistisch oder sozialistisch?), zweitens um die Verwaltung der Ökonomie (bürokratisch oder wirklich durch die Arbeiter kontrolliert?) und drittens um die Organisation des politischen Lebens (sozialistische Demokratie oder polizeimäßiger Staatsdespotismus?). Von ihrem Ausgang hängt die Zukunft des Sozialismus ab.

Unter diesem Gesichtspunkt sind aber die grundlegenden Probleme des Übergangs im Lauf der chinesischen Entwicklung im großen und ganzen richtig behandelt worden. Offensichtlich nicht in dem Sinne, daß jeder Schritt und jede politische Initiative zu je dem Zeitpunkt richtig gewesen sei, sondern in dem schlichten Sinn, daß die Irrtümer niemals zu unumkehrbaren Situationen geführt haben. In diesem Sinn bedeutet der Maoismus einen Schritt über den Leninismus hinaus. Es bleibt abzuwarten, ob der „neue Kurs“ sich in diese Logik der Kontinuität einpassen wird oder ob er im Gegenteil der Anfang eines Bruchs mit dieser Logik ist. Die angestrebten Reformen können meiner Meinung nach eine Vertiefung der sozialistischen Entwicklung darstellen und gerade aus diesem Grund werden sie auch objektiv neue negative Aspekte entwickeln, die im Prinzip korrigiert werden können. Dennoch ist China jetzt

an einer Wegscheide. Wird es sich zu einem revisionistischen Modell nach dem Vorbild der UdSSR entwickeln oder zu einem Modell vom Typ Jugoslawiens, oder wird es ihm gelingen, den Weg weiterzugehen, den Mao nur eingeschlagen hat?

Die Unzulänglichkeiten in der maoistischen Kritik des Revisionismus haben sich in einem Widerspruch von Appell an die Initiative der Massen und Dezentralisierung und Aufrechterhaltung des Prinzips der staatlichen Verwaltung der Ökonomie ausgedrückt. Die abstrakte Negation des Wertgesetzes ist in Wirklichkeit der Ursprung für die Grenzen dieser Bewußtseinsentwicklung. Sie führt in die Sackgasse und zur bedingungslosen Aufrechterhaltung einer administrativen, notwendigerweise bürokratischen Verwaltung.

Vielleicht kann man sich darauf einigen, daß der Maoismus in folgenden vier Prinzipien besteht:

1. der Gleichheit zwischen Städten und ländlichen Gebieten, dem Fundament des Arbeiter-Bauernbündnisses, die jede zwangsweise Beschleunigung ausschließt und verlangt, die „Landwirtschaft als Grundlage zu nehmen“; 2. einer zusammengedrängten Lohnhierarchie, die die ungleiche Qualität der Arbeit widerspiegelt (an den gesellschaftlichen Ausbildungskosten gemessen), aber jede Differenzierung darüber hinaus ausschließt; 3. der Entscheidung für eine selbständige, aber nicht notwendigerweise autarke nationale Entwicklung, die sich aber in dem Sinne vom Weltsystem abkoppelt, daß die äußeren Beziehungen in ihrer Gesamtheit der Logik der inneren Entwicklung untergeordnet werden und 4. in der Entscheidung für eine Verwaltung der Ökonomie (Technologie, Arbeitsorganisation und -disziplin usw.) und der Gesellschaft durch die Arbeiter, die nicht von oben durch die Kader im Namen der sogenannten Effektivität und der „Wissenschaft“ aufgedrängt wird.

Diese Prinzipien definieren eine Gesellschaft des Übergangs und nicht eine Gesellschaft, die sich bereits im Stadium der endgültigen Aufhebung der Klassen befindet. Zunächst weil der Vorrang, die Produktivkräfte zu entwickeln, wesentlich und legitim bleibt: Überfluß ist die Bedingung für eine Verteilung nach dem Prinzip „jedem nach seinen Bedürfnissen“ Dann, weil sich die Produktivkräfte auf der Basis von sozialen Verhältnissen mit kommunistischer Perspektive abgekoppelt vom Weltsystem in nationalem Rahmen entwickeln. Diese zwangsweise Beschränkung, die aus der ungleichen Entwicklung des kapitalistischen Weltsystems, dem Imperialismus, den Kämpfen und dem Übergang entspringt, ist unbestreitbar. Auch ist der Übergang durch folgendes charakterisiert: 1. die Fortexistenz zweier Volksklassen, die herrschen, aber untereinander (im Volk) auch Widersprüche haben; 2. die Fortexistenz von Arbeiterkategorien, deren Qualifikationen und folglich Verantwortlichkeiten sich unterscheiden; 3. die Notwendigkeit eines Staates, die nicht nur aus dem Zwang der Tatsachen im Weltmaßstab entspringt. Der Staat bleibt auch notwendig, um das herrschende Volksbündnis zu artikulieren und die Entwicklung der Produktivkräfte zu organisieren. Der Staat als dritter Pfeiler des sozialistischen Übergangs wird dann zum Kampfplatz zwischen dem „sozialistischen“ und dem „kapitalistischen Weg“ (ungeeigneter Begriff), das heißt dem Weg zur Ausbildung einer neuen Ausbeutungsweise (des „Revisionismus“). Weil der Staat der Ort dieser Kämpfe ist, bleibt die Entscheidung für eine gesellschaftliche Verwaltung durch die Massen (als Gegensatz einer Verwaltung durch die „Kader“) unvollkommen, widersprüchlich und dauernd bedroht.

Zusammengefaßt kann man sagen, daß die maoistische Vertiefung des Leninismus die gültige Antwort auf die wichtigsten Probleme unserer Epoche bleibt. Der Maoismus ruft in Erinnerung,

In Wirklichkeit lautet also die Frage: Durch welche Maßnahmen kann man die (gleichen) Warenbeziehungen im Sozialismus durchsichtig machen? Es gibt zwei Thesen zu dieser Frage: durch Selbstverwaltung, dadurch, daß die Politik das Kommando führt.

daß der Übergang zum Sozialismus, wenn er sich ausgehend von den nationalen und Volksrevolutionen an den Peripherien des Weltsystems vollziehen muß, ein breites Volksbündnis verlangt (und die Wirkung des Wertgesetzes auf dieser Basis) und die „Abkoppelung“ (im Sinne einer Abkoppelung vom weltweiten kapitalistischen Wertgesetz). Er erinnert auch daran, daß die revisionistische Entscheidung in eine Sackgasse führt und keine stabile und fortschrittliche Lösung der gestellten Probleme darstellt. Aber der Maoismus hat seine heute sichtbaren Schranken: in der Frage, wie die Demokratie der Massen vertieft werden soll, und damit eng verbunden in der Frage nach einer wirksamen ökonomischen Verwaltung durch die Massen.

## Übergang zum Sozialismus oder kapitalistische Expansion?

Wie wir gesehen haben, beruhte die weltweite Ausbreitung des Kapitalismus – weit davon entfernt, die verschiedenen Gesellschaftsformen auf dem Erdball zunehmend einander anzunähern – von Anfang an auf einem Gegensatz zwischen Zentrum und Peripherie; seit dem Ende des 19. Jahrhunderts hat die imperialistische Form dieser Expansion diesen Gegensatz noch vertieft, während sie zugleich den Zugang neuer Nationen zum Niveau von „Zentren“ nunmehr unmöglich machte. Aus dieser Tatsache erklärt sich im wesentlichen, daß die sozialistische Umgestaltung weder auf dem Weg sozialistischer Revolutionen in den entwickelten kapitalistischen Ländern noch auf dem einer „Weltrevolution“ in Angriff genommen wurde, sondern in Gestalt von Brücken, die sich an der Peripherie des Systems abspielten („schwache Kettenglieder“) und eine neues Zeitalter eröffneten. Von seinem Klassencharakter wie von den Perspektiven her ist dieser Vorgang zwieschlächtig. Die Frage der widersprüchlichen Natur der nationalen Befreiungsbewegung der Völker der Peripherie steht damit ebenso wie die Frage der widersprüchlichen Natur der sozialistischen Umgestaltung, die aus diesem Kampf im besten Fall hervorgehen kann, im Mittelpunkt der gegenwärtig stattfindenden marxistischen Diskussion, d.h. der Einschätzung des Marxismus als weltumwälzender Kraft (im Unterschied zu einem Verständnis des Marxismus als „Denkrichtung“). Gegenstand dieser Debatte ist gleichzeitig die Frage nach Art und Perspektiven der kapitalistischen Entwicklung, die sich in den kapitalistisch gebliebenen Ländern Asiens und Afrikas vollzieht.



Es gibt sogar Leute, die die russische und die chinesische Revolution unter diesen Voraussetzungen nur als Umwege der bürgerlichen Revolution begreifen, die nicht den Weg zur Abschaffung der Klassengesellschaft öffnen, sondern eine Periode kapitalistischer Entwicklung einleiten. Für jene vollzieht sich logischerweise die Entwicklung des Kapitalismus genauso anderswo, in Asien und in Afrika, ohne „Revolution“ des gleichen Typs, sondern vielmehr mittels einer Evolution, dem Aufkommen nationaler Bourgeoisien, was den Gegensatz Zentrum – Peripherie zunehmend verwische.

Unter diesem Blickwinkel, wo die Bourgeoisie im Weltmaßstab angeblich eine aufsteigende Klasse bleibt, steht weder die sozialistische Revolution noch etwa der Marxismus als Ideologie der Aufhebung des Klassengegensatzes auf der Tagesordnung. Der Marxismus, so wird dann gesagt, sei zur Ideologie einer Klassenherrschaft bürgerlicher Art degeneriert.

Wenn wir die Sackgasse analysieren, die sowohl die kapitalistische Entwicklung der Peripherie als auch der „Revisionismus“ darstellen, und von der revolutionären Mission der Völker Asiens und Afrikas und von den Perspektiven des Marxismus in diesen Regionen sprechen, wenden wir uns gegen diese Thesen.

Die Zeit nach dem II. Weltkrieg (1945 – 1970) war von einer erstaunlichen Entwicklung des Kapitalismus im Weltmaßstab gekennzeichnet. Im Rahmen einer auf Basis der Unabhängigkeit der Länder Asiens und Afrikas neu gestalteten internationalen Arbeitsteilung bedeutender Erfolg der nationalen Befreiungsbewegungen dieser Länder – setzte eine neue Phase der Industrialisierung des „Südens“ ein, in deren Verlauf sich zwischen neuen Staaten und Nationen neue Partnerschaften und Bündnisse herausbildeten.

Ist dieses Auftauchen der „Dritten Welt“ der Linie einer fortschreitenden Entwicklung des Kapitalismus im Weltmaßstab zuzuordnen, die die Probleme des Gegensatzes „Zentrum – Peripherie“ mehr und mehr abmildert?

Die tiefe Krise, die das Weltsystem seit den siebziger Jahren erfaßt hat, erlaubt daran zu zweifeln. Explosionen – vielleicht auch revolutionäre – sind möglich. In dieser Lage wird die Hauptkraft der Umwälzung der Welt in Richtung Sozialismus wahrscheinlich weiterhin in nationalen Befreiungskämpfen der Gesellschaften des peripheren Kapitalismus bestehen. Denn soziale Klassen sind niemals an sich „revolutionär“ oder nicht; eine Klasse wird objektiv revolutionär, sobald sie nichts mehr von Anpassungsprozessen und Reformen, wie sie der Logik des kapitalistischen Akkumulationsmodells in einer bestimmten Phase entspringen, zu erwarten hat. Schließlich bedeutet das imperialistische System (und daher verdient es seinen Namen), daß die Klassen, die objektiv revolutionär sein könnten, die Minderheit in den Zentren und die Mehrheit an der Peripherie des Systems bilden, denn auf der Basis der ungleichen internationalen Arbeitsteilung erlaubt die laufende Akkumulation eine dem Produktivitätswachstum entsprechende Steigerung aller Einkommen im Zentrum, während sie sich auf die Stagnation (oder gar den Rückgang) der Einkommen der Bevölkerung (der armen Bauern und der Arbeiter) an der Peripherie stützt.

Aus dieser Situation entspringt der spezifische Charakter des Übergangs zum Sozialismus im Weltmaßstab, womit zu Marx' Lebzeiten nicht zu rechnen war. Im Zentrum scheint die ideologische Reife – Ergebnis einer langen geschichtlichen Periode der bürgerlichen und der Arbeiterbewegung – in manchen Punkten der Peripherie überlegen, wo die Aufgaben der Nationalen Befreiung und der nationalen, demokratischen Bauernrevolution die sozialistischen Ziele entstellen können. So stoßen wir auch auf fol-

gende paradoxe Situation: Die, die wissen, was zu tun wäre, sind nicht handlungsfähig, und jene, die handeln, sind sich nicht immer der Folgen ihrer Aktionen bewußt. Dieses Modell des Übergangs von einer Gesellschaft zu einer anderen haben wir als „Modell des Verfalls“ bezeichnet.

Diese These ist umstritten. Es wird eingewandt, die Phase der nationalen Befreiung sei beendet, anders gesagt, das System sei – im leninistischen Sinn des Wortes – nicht mehr imperialistisch. Die Bourgeoisien, die in der Dritten Welt zur Macht gelangt sind, hätten ihre Länder auf einen kapitalistischen Entwicklungsweg geführt. Sicher fänden sich im Rahmen dieser globalen Entwicklung fortgeschrittene und zurückgebliebene Länder. Aber das sei nichts Neues; es gebe eben eine Stufenleiter von den Ärmsten zu den Reichsten, aber (mehr oder weniger) keinen qualitativen Unterschied zwischen Zentrum und Peripherie. So könnte sich mit der Herausbildung halbindustrialisierter Länder das Gravitationszentrum des Kapitalismus nach Süden und Osten verschieben. Diese Entwicklung finde, wohlgermerkt, weltweit statt und setze sich nicht aus Segmenten nationaler Autarkie zusammen. Dieser weltübergreifende Charakter des Prozesses stelle sich im übrigen in gleicher Weise dar für die entwickeltsten Länder – wo kein Produktionszweig mehr auf die Nation begrenzt, sondern in gegenseitiger Abhängigkeit mit der Produktion in anderen Ländern verknüpft ist – wie für die weniger entwickelten. Alle seien „gegenseitig abhängig“ („interdependent“), wenngleich einige offensichtlich schwächer, gefährdeter im Rahmen dieser verallgemeinerten Abhängigkeit seien. Die „Dependenztheorie“ (wenn sie den Namen Theorie überhaupt jemals verdient habe) sei überholt. Ob es einem passe oder nicht, stellte sich die Frage des Sozialismus aufgrund dieser gegenseitigen Abhängigkeit erneut auf der Ebene einer weltweiten und nicht mehr bloß nationalen Umwälzung. Im übrigen müsse jeder Versuch, sich von diesem System „abzukoppeln“, notwendig mit einem solchen Rückschritt der Produktivkräfte bezahlt werden, daß er schon von daher in dramatischer Weise zum Scheitern verurteilt sei.

Diese Kritik scheint zahlreichen Phänomenen des gegenwärtigen Systems Rechnung zu tragen. Darüberhinaus rückt sie völlig zu Recht den Staat und seinen Klasseninhalt ins Zentrum der Analyse. Die These lautet: Die Staaten der Dritten Welt sind Staaten der nationalen Bourgeoisie und nicht einer Kompradorenbourgeoisie wie in den Hochzeiten des Imperialismus. Diese nationalen Bourgeoisien setzen ihr Projekt, den Aufbau einer nationalen kapitalistischen Wirtschaft, ins Werk, natürlich im Rahmen des herrschenden Systems. Deshalb streben sie – mit unterschiedlichem, aber deutlichem Erfolg – danach, die nationalen Entwicklungsquellen in den Griff zu bekommen, dazu gehören: 1. der Arbeitsmarkt – Bedingungen der Proletarisierung werden geschaffen, vor allem in Form einer Desintegration der alten Agrargesellschaften und der damit einhergehenden Landflucht; dazu kommt die Kontrolle der proletarisierten Arbeitskraft (Unterdrückung in den Städten, Verbot von Gewerkschaften, Einparteiensystem etc.); 2. die Erfassung und Kontrolle der natürlichen Ressourcen durch Verstaatlichung; 3. der Zugang zum Weltmarkt durch Kontrolle des inneren Marktes und zugleich das Vordringen auf äußere Märkte; 4. die Erfassung und Kontrolle der finanziellen Mittel durch die Errichtung eines nationalen Währungs- und Finanzsystems und schließlich 5. die verstärkte Einbeziehung der Technologie, zumindest in die in diesem Stadium entwickelten Industriebranchen. Wenn das so ist, dann befindet sich die neue Bourgeoisie der Länder des Südens zu-

Ist dieses Auftauchen der „Dritten Welt“ der Linie einer fortschreitenden Entwicklung des Kapitalismus im Weltmaßstab zuzuordnen, die die Probleme des Gegensatzes „Zentrum – Peripherie“ mehr und mehr abmildert? Die tiefe Krise, die das Weltsystem seit den siebziger Jahren erfaßt hat, erlaubt, daran zu zweifeln, Explosionen – vielleicht auch revolutionäre – sind möglich.

gleich im Zustand des Konflikts wie der Zusammenarbeit mit den entwickelten kapitalistischen Mächten. Und warum sollten die aufstrebenden Bourgeoisien des Südens nicht ebenso mit dem Imperialismus im Streit liegen wie es ja auch innerimperialistische Konflikte gibt?

Besagte These leugnet nun nicht unbedingt, daß es in der Dritten Welt auch Staaten einer Kompradorenbourgeoisie gibt, d.h. solche, die einfach und ohne Umschweife die Einbindung in den übernationalen Zusammenhang akzeptieren und dabei nur versuchen, sich gemäß ihren „komparativen Vorteilen“ hier einzufügen, die also damit einverstanden sind, sich auf den Export von landwirtschaftlichen Produkten und Bodenschätzen zu spezialisieren, wobei sich die Exportindustrie allein auf billige Arbeitskräfte stützt. Der Staat der Kompradoren nutzt seine Wirtschaftspolitik, falls er eine solche betreibt, dazu, den Bedingungen der übernationalen Zusammenhänge gerecht zu werden. Praktisch verwaltet er die Arbeitskraft zugunsten der Monopole, die, in der Logik des Systems, die Wirtschaft kontrollieren. Darüberhinaus erhält der Staat der Kompradoren einige Konzessionen, manchmal rein formaler Art (wie Besitztitel auf Minen, ohne Einfluß auf Technologie und Märkte), manchmal solche von tatsächlicher, aber geringer Bedeutung, die ihm beispielsweise erlauben, den Agrarsektor zu entwickeln und der Agrarbourgeoisie und der Staatsklasse einen Profit zu verschaffen oder kleinere Industriebetriebe zur Importsubstituierung zu errichten.

Die These erkennt auch an, daß die inneren sozialen Beziehungen in einigen Ländern zum Sturz der Macht der Bourgeoisie geführt und den Aufbau eines Staates ermöglicht haben, der das Projekt des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft verfolgt (China, Korea, Vietnam, Kuba); sie verkennet nicht, daß aus einem instabilen Gleichgewicht der gesellschaftlichen Kräfte Staaten entstanden sind, die manchmal als „nationale Demokratie“ auf „nicht-kapitalistischem Weg“ bezeichnet werden, ein Weg, dessen Ende (nationaler Kapitalismus oder Sozialismus) sich noch nicht klar abzeichnet.

Diese These ergibt nur dann einen Sinn, wenn und solange das national-bürgerliche Projekt historisch möglich ist. Ihre Vertreter behagen diese Frage und nennen im einzelnen folgende Bedingungen, die eine solche Entwicklung begünstigt hätten: 1. Der nationale Befreiungskampf hat dem Kolonialismus vor 1939 ein Ende bereitet; die militärische Niederlage der Vereinigten Staaten (im Korea- und im Vietnamkrieg, das Scheitern der Intervention in Ku-

ba, die Anerkennung von China) bestärkt die Macht der Staaten der Dritten Welt. Die Aktion der OPEC von 1973 wäre 20 Jahre früher undenkbar gewesen, wovon übrigens der gescheiterte Versuch von Mossadegh im Iran zeugt. 2. Die Existenz der „sozialistischen“ Länder – in erster Linie der UdSSR – stärkt die Länder der Dritten Welt. Die militärische Unterstützung durch die Sowjetunion (Angola, heute Äthiopien, gestern Ägypten usw.) ist ein nicht zu unterschätzendes Mittel der Überwindung der alten Verhältnisse. Die Hilfe des Ostens könne sogar (aber das ist recht umstritten) den nationalen wirtschaftlichen Aufbau unterstützen und diesen Prozeß in Richtung Sozialismus beeinflussen (was noch stärker umstritten ist).

Diese Theorie scheint uns einerseits die Fähigkeit der nationalen Bourgeoisie in der Dritten Welt zu überschätzen und sich auf der anderen Seite in der Interpretation der Ziele, der Mittel und der Auswirkungen der Politik der UdSSR zu irren.

Zweifellos hat der nationale Befreiungskampf zusammen mit der sowjetischen Unterstützung und den Widersprüchen der Imperialisten untereinander die Situation verändert. Das Vorhaben der Bourgeoisien der Dritten Welt besteht darin, zugleich eine nationale Wirtschaft aufzubauen und sich in den Weltmarkt zu integrieren. Dieses Projekt – die Neue Weltwirtschaftsordnung – ist deshalb durchaus zweideutig. Es kann interpretiert werden einmal einfach als Prozeß der Dekolonisierung und Befreiung von der Vorherrschaft der multinationalen Kräfte oder umgekehrt als Versuch von Staaten, die tatsächlich die Initiative des eigenen Aufbaus ergriffen haben und der Abhängigkeit von transnationalen Zusammenhängen entgehen wollen. Das wollen sie, gewiß; die Frage ist, ob sie es können?

Sie scheitern sogar dann, wenn es wie Erfolg aussieht: Die Kontrolle über die natürlichen Ressourcen ist durch die Verpflichtung, die Nachfrage des Nordens durch die Dritte Welt zu erfüllen, beschränkt (die OPEC kann den Ölhahn nicht abdrehen). Besonders in Afrika existieren von Kompradoren kontrollierte Ausbeutungszonen fort: die Exporte der Dritten Welt konnten nur auf die Märkte des Nordens vordringen, wenn die Multis dabei auf ihre Rechnung kamen; der Zugang zum Meer ist der Dritten Welt verschlossen; die Projekte einer Abkoppelung durch kollektive Autonomie (Intensivierung der Süd-Süd-Kontakte) sind toter Buchstaben geblieben, die finanziellen Überschüsse sind zum Vorteil des Weltsystems retransferiert worden usw. Dieses Scheitern scheint weder partiell noch konjunkturell. Es zeigt die Unmöglichkeit eines nationalbürgerlichen Projekts in unserer Epoche. Daraus ziehen wir die Schlußfolgerung, daß sich die nationalbürgerlichen Staaten nicht der Internationalisierung entziehen können, das heißt, daß sie in Kompradorenerhältnisse geraten.

Was entdeckt man, wenn man eine Typologie der heutigen Staaten der Dritten Welt aufstellt und wenn man die wirklichen Perspektiven der jeweiligen Gruppen prüft? Eine erste Gruppe von Ländern ist von einer Kompradorenbourgeoisie kontrolliert. Das ist dort der Fall, wo die Bourgeoisie historisch schwach ist und die Produktivkräfte zurückgeblieben sind. Es bedeutet wenig, daß manche Länder eine etatistische Form haben, sich sozialistisch, ja „marxistisch“ nennen und sich auf die UdSSR stützen. Diese Form – offen kapitalistisch oder etatistisch – hängt von lokalen historischen Bedingungen ab, die nichts entscheiden. Der Kompradorenbourgeoisie klassischen Typs (Grundbesitzer, Händler und bescheidene industrielle Subunternehmer) nähert sich die Kompradorenbürokratie eng an. Sie integriert sich auf die gleiche Weise ins Welt-

system und erfüllt dort die gleiche Funktion des Drucks auf die Bauern zugunsten der Monopole etc.

Das Bündnis mit der Sowjetunion ist zufällig und zerbrechlich, wie die Erfahrung schon manchmal gezeigt hat. Es entspricht den Strategien der Sowjetunion und hat nicht das Ziel, die Unzulänglichkeiten der lokal herrschenden Klassen zu überwinden. Eine zweite Gruppe besteht aus Staaten, die tatsächlich von nationalen Bourgeoisien beherrscht scheinen. Die einen haben sich offen für einen unverhüllten Kapitalismus entschieden, andere nennen sich mehr oder weniger sozialistisch. Eine dritte Gruppe von Ländern hat tatsächlich tiefere soziale Veränderungen verwirklicht und nennt sich marxistisch (China, Vietnam, Nordkorea, Kuba), wobei die Frage nach ihrem nationalbürgerlichen oder sozialistischen Charakter offenbleibt.

Die Mehrzahl dieser Staaten hat sich in die internationale kapitalistische Arbeitsteilung integriert, zwei davon (Kuba und Vietnam) haben sich in die Arbeitsteilung innerhalb des sowjetischen Blocks integriert, zwei (China und Nordkorea) streben nach größtmöglicher Selbständigkeit. Bei den Ländern, die nicht behaupten, den Sozialismus aufzubauen, bleibt zu klären, ob diese Entscheidung nicht notwendig die Unterwerfung unter das multinationale Kapital nach sich zieht. Bei denen, die behaupten, den Sozialismus aufzubauen, ist zu klären, ob die Entscheidung, sich in die kapitalistische Welt zu integrieren, mit ihrer (angeblichen) sozialistischen Perspektive vereinbar ist und ob die Integration in den sowjetischen Block die Integration in die kapitalistische Arbeitsteilung ersetzen kann. Bei denen endlich, die die Abkoppelung gewählt haben, bleibt zu klären, ob dies eine sozialistische Entwicklung ermöglichen kann.

Bestimmte Länder der ersten Gruppe scheinen Erfolge zu verzeichnen. Man hört immer noch von Brasilien, Südkorea, von Mexiko und von einigen anderen reden. Für uns sind ihre Perspektiven glanzlos. Der Sturz des Schah ist nicht außergewöhnlich. Er war Folge des Widerspruchs zwischen dem bürgerlichen Projekt und dem Aufstand der Volksmassen. Dieser Widerspruch ist unlösbar, weil das bürgerliche Projekt gerade auf einer laufenden Verschlechterung der Lage der Volksmassen beruht und der Imperialismus keinen ausreichenden Spielraum läßt. Die Umwandlung in ein Kompradorenregime ist also unausweichlich, wenn Volksaufstände ausbleiben. In Südkorea ist der Versuch gescheitert, von einem Modell der Unterwerfung unter die Multis zu einem Modell der nationalen Akkumulation überzugehen. Die Volksbewegung setzt eine radikalere Änderung der Gesellschaft auf die Tagesordnung. Die Länder, die sich, ohne mit dem kapitalistischen Weltsystem zu brechen, für einen gemäßigten sozialistischen Weg entschieden haben, stoßen alle an die gleichen Schranken, sind entweder schon gescheitert oder sind vom Scheitern bedroht. Dem Nasserismus ist die „Infatih“ gefolgt, das heißt die unvermeidliche Umwandlung der nichtkapitalistischen Entwicklung in ein Kompradorenregime. Auch hier wie sonst hat das Bündnis mit der Sowjetunion die Katastrophe nicht verhindert.

Wir verwerfen die These, die zu einer statischen Entgegensetzung von nationaler und Kompradorenbourgeoisie neigt. Diese Konzepte wurden im Verlauf der dreißiger Jahre durch die chinesischen Marxisten eingeführt, in einer Epoche, wo in China wie anderswo in der kolonialen und halbkolonialen Welt die Kompradorenbourgeoisie aus den Zwischenhändlern bestand, während die nationale Bourgeoisie eine industrielle Entwicklung wollte, die

**M**an muß sich also die Frage stellen, ob ihre Schwächen die Dritte Welt nicht zu einem Objekt zwischen den beiden Supermächten machen und darüberhinaus zwischen den beiden tatsächlichen „Lösungen“ der Unterwerfung unter ein kapitalistisches oder ein sowjetisches Kompradorenregime.

---

durch das System der internationalen Arbeitsteilung verhindert wurde.

In der Folge hatte man die Tendenz, diese Situation zu fixieren und anzunehmen, daß jede industrielle Aktivität notwendig zur Ausbildung einer nationalen Bourgeoisie führen müßte. Man hat übersehen, daß das System der internationalen Arbeitsteilung, auch wenn es immer ungleich bleibt, selber dynamisch ist. Im gegenwärtigen System verwandelt die abhängige Industrialisierung die Bourgeoisie in Kompradoren, so daß sie heute entsprechende Funktionen erfüllt wie sie früher die alte Kompradorenbourgeoisie erfüllte: Die neue industrielle Bourgeoisie wie die alte Zwischenhändlerbourgeoisie überführt einen großen Teil des Mehrwerts, der aus der Ausbeutung der einheimischen Arbeiter gezogen wird, in die Zentren.

Im großen und ganzen herrscht also die Perspektive der Umwandlung der Bourgeoisie der Dritten Welt in Kompradoren vor, ihrer Unterwerfung unter die Herrschaft des multinationalen Kapitals. Dieser Prozeß schafft Bedingungen einer neuen revolutionären Welle in Asien und Afrika, wo die Lage der Volksmassen nicht nur elend ist, sondern Tag für Tag schlechter wird, wo die Bourgeoisie schwach ist und unfähig, die in Gang befindliche kapitalistische Umwälzung zu meistern. Zu diesen Gründen der Schwäche des nationalbürgerlichen Projektes kommen noch eigentümliche kulturelle Schwierigkeiten hinzu. Die kapitalistische Modernisierung bedeutet gleichzeitig „Europäisierung“ In den afroasiatischen Gesellschaften, deren nichteuropäische Kulturen stark sind, ist der Widerstand gegen die kapitalistische Auflösung dieser Kulturen groß. Er kann die antikapitalistischen Kräfte einen und ihnen den ideologischen Kitt liefern, wie das iranische Beispiel zeigt. Unter diesen Bedingungen bleibt bloß die Alternative: entweder die von der nationalen Bourgeoisie akzeptierte Unterwerfung unter das multinationale Kapital oder Volksaufstand. Dieser Aufstand bedeutet einen ersten Bruch. Er bleibt noch richtungslos. Die Elemente der Auflösung überwiegen. Er ist aber die Bedingung einer zukünftigen sozialistischen oder estatistischen Neuordnung oder der Rückkehr zum Kompradorenregime.

Die Möglichkeiten, daß die neue Welle weitergehen kann als die vorhergehende, sind groß: Der Revisionismus ist in die Krise geraten, und das schafft günstige Bedingungen im Kampf zwischen Sozialismus und Revisionismus. Auch eröffnet diese Krise Perspektiven einer sozialistischen Erneuerung im entwickelten Westen, die das Aussehen der Welt verändern können. Wir unterschätzen also keineswegs die möglichen Fortschritte des Sozialismus im Osten und im Westen. Aber diese verlaufen über die Überwindung des Revisionismus. Der Aufstand der polnischen Arbeiter ist in diesem

Sinn von einer gewaltigen Bedeutung. Das Echo dieses Aufstandes in Osteuropa und vielleicht sogar in der UdSSR selber wird seinerseits die Problematik des Sozialismus im Westen neu stellen. Vielleicht wird das tragische Dilemma – bürgerliche liberale Politik, im besten Fall klassisch sozialdemokratisch angehaucht, oder Regierungen, wie sie in Moskau und Warschau herrschen – überwunden. Ein ernsthaftes Hindernis für den Sozialismus, die Hypothek, die die westlichen revisionistischen KPs darstellen, würde beseitigt. Wie sich eine eventuelle neue sozialistische Dynamik im Westen mit der antiimperialistischen Befreiung verbinden kann oder sich im Gegenteil mit ihr reibt, läßt sich heute noch nicht sagen.

Aber diese Krise des Revisionismus ist Teil einer internationalen Situation, die sie im übrigen weitgehend prägt, und darf bei der Analyse und der Definition der strategischen Ziele nicht außer acht gelassen werden. Man muß die These zurückweisen, die die heutigen Kämpfe in Begriffen des Kampfes zwischen dem „sozialistischen Lager“ und dem „kapitalistischen Lager“ interpretiert, weil die UdSSR revisionistisch und nicht sozialistisch ist. Man muß ebenso die These zurückweisen, wonach die „sozialistischen Kräfte“ direkt den „kapitalistischen Kräften“ gegenüberstehen, denn die Kräfte der Linken haben im Weltmaßstab die Aufhebung der Klassen nicht auf die Tagesordnung gesetzt. Sie kämpfen für andere unmittelbare Ziele: für die Verbesserung der Stellung der arbeitenden Klassen in den imperialistischen Gesellschaften, für die Verbesserung der Stellung der Völker an der Peripherie im Rahmen einer neuen Weltwirtschaftsordnung. Aus diesem Grund ist der Vordergrund der Szene durch die Nationen und die Staaten beherrscht, wobei die hegemonistischen Bündnisse ihre Strategien durch die Handlungen von Staaten ausdrücken, die sie lenken, und die Blöcke der unterdrückten Klassen ihre Strategien in die Perspektive der genannten unmittelbaren Ziele stellen.

Man muß sich also die Frage stellen, ob ihre Schwächen die Dritte Welt nicht zu einem Objekt zwischen den beiden Supermächten machen und darüberhinaus zwischen den beiden tatsächlichen „Lösungen“ der Unterwerfung unter ein kapitalistisches oder ein sowjetisches Kompradorenregime. Die sowjetische „Aggressivität“ scheint dieser Alternative Wirklichkeit zu verleihen. Aber man muß hier nuancieren – sicher ist das sowjetische Gesellschaftssystem schwach. Es ist unfähig, seine permanente Krise zu überwinden und von einer extensiven Akkumulation, deren Möglichkeiten erschöpft sind, zu einer intensiven Akkumulation überzugehen, die eine tiefgreifende politische Reform verlangen würde, die das System nicht meistern kann, und auch nicht ins Auge faßt. Es ist nicht in der Lage, mit ökonomischen Mitteln die internationalen Klassenbündnisse zu beherrschen, die diese Form imperialistischer Herrschaft verlangt.

Es hat kein ideologisches Prestige mehr. Es kann also nur kleinere Vasallen beherrschen, die in der Reichweite seiner eventuellen militärischen Aktionen liegen. Aber auch wenn die UdSSR ökonomisch, sozial und ideologisch schwach ist, ist sie auf militärischem Gebiet die einzige Supermacht, die mit den USA rivalisieren kann und eine wirkliche Weltpolitik treiben kann. Es ist also nicht ausgeschlossen, daß die Sowjetunion die größten Schwierigkeiten zu überwinden versucht, zum Beispiel indem sie Westeuropa zwingt, ihr durch massiven Export von Technologie zu „helfen“. Das Zwangsmittel wäre, Druck auf die Rohstoff- und Energieversorgung aus der Dritten Welt auszuüben. Die UdSSR nährt sich hier von den Schwächen der Befreiungsbewegungen der Dritten Welt,

die auf dieser Stufe nicht in der Lage sind, der imperialistischen Herrschaft zu entrinnen, ohne an die sowjetische Unterstützung zu appellieren. wo sie sich von dem blinden Entspannungseifer Europas nährt, das sich hauptsächlich mit der ökonomischen Konkurrenz gegenüber den USA und Japan beschäftigt. Die Invasion Afghanistans und die Intervention in Süd- und Westafrika passen als logische Elemente gut in diese Strategie.

Die sehr tiefe, strukturelle Krise des sowjetischen Systems beweist, daß es sich hier nicht um eine wirkliche Lösung der Probleme unserer Welt handelt, sondern eher um eine Sackgasse. Daher kann der Revisionismus sowjetischer Machart keine stabile Lösung der Probleme der Dritten Welt darstellen.

## Kapitalistische Expansion und „Weiße Gefahr“

Als soziale Organisationsweise ist der Kapitalismus untrennbar mit Europa verbunden, auf dessen konkreter historischer Basis er entstanden ist. Für die nichteuropäischen Völker ist der Kapitalismus zunächst als Ausdruck des europäischen Expansionismus in Erscheinung getreten. Diese Tatsache ist im Volks- und allgemeinen Bewußtsein ein wesentliches Element. In seiner politischen Wirkung kann es nicht außer acht gelassen werden.

Die kapitalistische Expansion hat sich im übrigen als außerordentlich zerstörerisch erwiesen. Der Kapitalismus ist sicher für die größten Völkermorde der Geschichte verantwortlich, für die Vernichtung ganzer Völkerschaften. In den Augen der Völker Asiens und Afrikas erscheinen die Europäer aus diesem Grund gemeinsam in die Verbrechen des Kapitalismus verwickelt. Die offizielle Geschichtsschreibung, aufgrund ihres europäischen Ursprungs auf den Westen ausgerichtet, hat die Bedeutung des destruktiven Aspekts dieser Expansion systematisch heruntergespielt und ihre „zivilisatorischen“ Verdienste gerühmt. Sogar Marx wurde Opfer dieser Sichtweise, indem er den Akzent auf die Befreiung der Produktivkräfte legte und im Alter auf seine voreiligen Urteile zurückkam, die die eurokapitalistische Expansion guthießen.

Muß man die Wirklichkeit dieser „weißen Gefahr“ ins Gedächtnis rufen? Der vollendete Völkermord an den nordamerikanischen Indianern, die Zerstörung der indianischen Kulturen Spanisch-Amerikas, dessen Bevölkerung ebenso zahlreich war wie die Bevölkerung Europas, das sie kolonisierte, der Sklavenhandel, der den schwarzen Kontinent der schärfsten Auspowerung an Menschen unterwarf, die je bekannt wurde, und die Afrika in seinem materiellen und politischen Entwicklungsstand um Jahrhunderte zurückwarf, sind die brutalsten Erscheinungen dieser europäischen Expansion. Die Besiedlung Südafrikas und Israels folgt bis heute diesem rassistischen Modell. Die gleiche Drohung lastete auf Nordafrika, das nur das osmanische Protektorat zunächst vor den Spaniern schützte, ehe es der Kolonisation durch die *Pieds noirs* unterworfen wurde. Diese Bedrohung auch auf Kenia und bis in die jüngste Epoche hinein auf Zimbabwe. In Sibirien, in Turkestan und im Kaukasus verstärkte sich die russische Expansion nach der Revolution von 1917, und die vielfältigen Methoden der Russifizierung erlangten neue Macht. Weiter entfernt im dichtbesiedelten Asien, wo die Vernichtung oder Vertreibung unmöglich schien, ist Europa nicht davor zurückgeschreckt zu versuchen, den nationalen



Widerstand zu zerstören. Durch die Einführung des Zwangskonsums von Opium hat es sich erniedrigt, wie sich die Chinesen heute noch erinnern. In den Regionen, die weniger Widerstand leisteten, wurde die Christianisierung mit der kulturellen Zerstörung verbunden.

Die weiße Gefahr ist sicherlich im Abklingen, aber erst seit kurzem: es ist die prinzipielle Dimension des Erfolgs der nationalen Befreiungsbewegung des letzten halben Jahrhunderts. Aber immer noch gibt es Gebiete aktivster Bemühungen dieser Expansion: Südafrika, Palästina und das russische Asien. Es ist freilich wichtig zu bemerken, daß dieser Expansionismus, der den grundlegendsten Gesetzen der kapitalistischen Produktionsweise zugeschrieben werden muß, eine solche Kraft entfaltet, weil er sich unter der Flagge des Fortschritts, ja des „Sozialismus“ entwickelte. Diese Tatsache beweist, daß die soziale Wirklichkeit, die die Nationen und die kulturellen Gebiete ausmachen, über die Wirklichkeit der Klassen hin-

**D**ie weiße Gefahr ist sicherlich im Abklingen, aber erst seit kurzem. es ist die prinzipielle Dimension des Erfolgs der nationalen Befreiungsbewegung des letzten halben Jahrhunderts. Aber immer noch gibt es Gebiete aktivster Bemühungen dieser Expansion. Südafrika, Palästina und das russische Asien.

weggeht und ihr gegenüber autonom funktioniert. Die Konflikte der burischen Siedler mit dem englischen Imperialismus am Ende des letzten Jahrhunderts in Südafrika und zwischen den „weißen“ Arbeitern und dem Kapital bis in die zwanziger und dreißiger Jahre dieses Jahrhunderts hinein, sind viel früher ins Bewußtsein der Arbeiter des Westens gedrungen als die Solidarität mit den von ihrem Boden vertriebenen schwarzen Bauern.

Muß man daran erinnern, daß der Zionismus in Palästina aus einer Strömung der osteuropäischen Arbeiterbewegung hervorgegangen ist, bevor er sich als ganz gewöhnlicher kolonialer Rassismus und Expansionismus zeigte? Die Zerstörung des „türkischen Kommunismus“, den Sultan Galiev zu organisieren versuchte, durch die „Sowjet“macht liegt vor den dreißiger Jahren, in denen sich die „stalinistische etatistische Abweichung“ herausbildete. Hier geht also Sozialimperialismus, um das Phänomen mit dem Namen zu bezeichnen, den ihm später die Maoisten gaben, bis auf die Ursprünge der russischen Revolution zurück. Asien ist immer das Expansionsgebiet des russischen Imperialismus gewesen. Heute ist es die einzige Region der Welt, die der Dekolonisierung entrinnen konnte: Taschkent hat heute noch das Aussehen Algiers zur Zeit der *Pieds noirs*. Mit Sicherheit muß man diesen Erfolg der rus-

sischen Kolonisierung der Oktoberrevolution und den tatsächlichen revolutionären Umwälzungen zuschreiben, die sie in der ersten Zeit zugunsten der Völker Zentralasiens ermöglichte. Seit Ende der zwanziger Jahre beunruhigt die Freisetzung der Volksenergien jedoch die neue russische Macht. Mit der Liquidierung von Sultan Galiev und der Niederschlagung der sogenannten nationalistischen Aufstände (offensichtlich war nur der russische Nationalismus in Übereinstimmung mit den Zielen des Sozialismus) kam die Reaktion sehr schnell. Die Unterdrückung wurde von einer Politik der künstlichen Spaltung der Völker begleitet: Die Turkestan vereinheitlichende türkische Sprache wurde unterdrückt, die Behörden ersetzten sie durch zu „Nationalsprachen“ erhobene russifizierte und untereinander getrennte Dialekte. Turkestan wurde in vier „Republiken“ geteilt – Kasaken, Kirgisen, Turkmenen und Usbeken (alle mit türkischer Sprache). Die Tadschiken (Iraner mit persischer Sprache) wurden durch die Übertragung ihrer Schrift ins Kyrillische künstlich vom Iran und von Afghanistan getrennt (wie die „äußeren“ Mongolen künstlich von den Mongolen der Volksrepublik China getrennt wurden). All das erinnert etwa an berberische Dahiren in Nordafrika oder an die Pläne, die französische Levante in äolische, damaszenische, maronitische etc. „Staaten“ zu zersplittern. Es ist die ewige Kolonialpolitik der Spaltung im Namen des „Respekts vor der Besonderheit“ So wurden auch günstige Bedingungen für die Besiedlung geschaffen: Kasachstan ist heute zur Hälfte mit Russen bevölkert. Chruschtschow (dessen Rassismus sich unter anderen zahlreichen Gelegenheiten vor allem zeigte, als er Adenauer vorschlug, eine „gemeinsame Front der Europäer gegen die Gelben“ zu errichten) hat sie dort hinversetzt, während die eingeborenen Bauern in die wüstenartigen Regionen abgedrängt wurden.

Andere islamische Völker – die Krimtataren und die inguschischen Tschetschenen erlitten ein noch tragischeres Schicksal. Hat diese „gelungene Kolonisation“ die Probleme ein für allemal gelöst? Schwer zu sagen. Aber in Turkestan zeigt sich eine nationale Erneuerung, die vielleicht mit Moskaus Flucht nach vorn in Afghanistan zusammenhängt und mit der hastigen Ersetzung asiatischer sowjetischer Truppen durch Russen.

Die europäische Expansion kann also nicht strikt auf den Kapitalismus zurückgeführt werden. Die Kraft, mit der sich die Verschmelzung von europäischer Kultur und Kapitalismus ausdrückt hat, erreichte einen Schwung, der die kapitalistischen Verhältnisse, aus denen er entsprang, überlebt. Er hat in Wirklichkeit das durch den Marxismus proklamierte Prinzip des proletarischen Internationalismus durch die Solidarität der europäischen Völker ersetzt. Die Beispiele dafür sind zahlreich: etwa 1. die Sympathie und Freundschaftsbekundungen gegenüber dem „Volk von Israel“ trotz all seiner kolonialisatorischen Arroganz, 2. die Sympathiebezeugungen gegenüber der Russifizierung Zentralasiens oder gegenüber der sowjetischen Expansion in Afghanistan, die teilweise mit dem nostalgischen Bedauern garniert sind, daß das kapitalistische Europa unfähig war, seine Sache genauso gut zu machen (vor allem im französischen Nordafrika).

Zu begreifen, daß es sich um einen Zusammenhang komplizierter Erscheinungen handelt, sie sich auf Basis der grundlegenden Gesetze des Kapitalismus artikulierten, sollte die Hauptfrage darstellen, der sich die aufeinanderfolgenden Generationen Asiens und Afrikas seit wenigstens anderthalb Jahrhunderten gegenüber sehen.

In China und Ägypten haben sich die drei Hauptarten politisch-

ideologischer Reaktionen auf den eurokapitalistischen Expansionismus zweifellos am deutlichsten ausgebildet. Aber man findet die gleichen Grundströmungen auch anderswo in Asien und Afrika.

Die erste Art der Reaktion bestand darin, die „Modernisierung“ zurückzuweisen und sich zu isolieren. Man könnte sie als „traditionalistischen Nationalismus“ bezeichnen. Sie war zum Scheitern verurteilt und zeigte im Grund ein unzulängliches Bewußtsein von den wirklichen Kräfteverhältnissen. Auf theoretischer Ebene wirkt sie in der Weigerung weiter die fragliche Expansion als kapitalistisch zu qualifizieren und in ihr nur eine „europäische“ Wirklichkeit zu sehen, wie es zeitgenössische Texte belegen, die vom Gadaffismus inspiriert sind. Sie überlebt in der Renaissance der (islamischen, buddhistischen, hinduistischen etc.) „Fundamentalismen“ Diese können heute die „Modernisierung“ nicht zurückweisen. Trotz der Verzerrungen ist sie eine unumstößliche Tatsache. Diese Reaktion bezeugt aus diesem Grund eher die Schwäche der anderen als ihre eigene Stärke.

Die zweite Reaktionsart ist die „freiwillige Modernisierung“ Sie predigt nicht nur die Aufgabe der traditionellen Organisationsweisen zugunsten des Kapitalismus, sondern auch die Beseitigung der örtlichen Kultur zugunsten der Kultur des „universalen Europa“ Natürlich wird dieser zweite Aspekt abgeschwächt durch das Bestreben der örtlichen Bourgeoisien, eine Rolle der „nationalen Erneuerung“ zu spielen. Heuchlerisch werden die reaktionären Bruchstücke des örtlichen sozialen und kulturellen Lebens konserviert, um in den Dienst der kapitalistischen Ausbeutung gestellt zu werden. Ohne Zweifel bietet Japan das einzige Beispiel eines Erfolgs auf diesem Gebiet. Die späteren Versuche Atatürks und Reza Schahs sind gescheitert. Auch ist der Wille der Bourgeoisie zu modernisieren in Asien und Afrika heute auf dem Rückzug.

Charakteristisch ist in dieser Beziehung die modernistische Proklamation Mohammed Alis in Ägypten in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, ihr Scheitern und die Wiederaufnahme des modernistischen Themas etwa durch Taha Hussein, der mitten in den dreißiger Jahren die „europäische“ und nicht „orientalische“ Berufung Ägyptens proklamierte. Der Nasserismus trat nicht in die Falle und erklärte sich im Gegenteil als „arabisch“ (und modernistisch). In Lateinamerika aber ist diese Reaktion immer noch lebendig, sicherlich weil die Europäisierung des Kontinents dies zuläßt.

Objektiv stärkt sie die Kräfte einer kapitalistischen Entwicklung (und im äußersten Fall einer sozialistischen vom etatistischen Typ). In Asien und Afrika gibt es sie immer noch, aber mehr in ver schämter Form.

Nach und nach hat sich eine dritte Reaktion herausgebildet, deren fortgeschrittener Prototyp der Maoismus ist. Es handelt sich um eine revolutionäre und nationale Reaktion. Sie appelliert an die Befreiung der nationalen und Volkskräfte durch eine Modernisierung, die den kapitalistischen Weg verläßt. Sie schließt sich also offen dem weltweiten Lager des Marxismus und der sozialistischen Revolution an. Aber deshalb gibt sie die nichteuropäische Perspektive dieser Modernisierung nicht auf. In dieser Hinsicht ist der Weg Maos exemplarisch. Auf diesem Weg ist der Marxismus in Asien und Afrika eingedrungen. Es ist fast offensichtlich, daß der Marxismus hier eine Kraft der gesellschaftlichen Umwälzung in dem Maße wird, wie die Verschmelzung zwischen der Perspektive der sozialen Revolution und der nationalen Befreiung (die weit über die Erringung der Unabhängigkeit und der Bildung eines Staates hinausgeht) wirklich gelingt.

## Kommunismus und nationale Befreiung in Asien und Afrika

Der Marxismus ist bereits zu einer entscheidenden Kraft der sozialen Umwälzung in Asien und Afrika geworden. Auf diesen beiden Kontinenten ist er vielleicht am engsten mit den sozialen Umwälzungen verknüpft. Eigentlich kann man nicht sagen, daß er in Europa und Nordamerika als solche Kraft überhaupt existiert. Der Marxismus ist nach Marx keine Philosophie, die sich damit begnügt, die Wirklichkeit zu interpretieren. Er strebt zur Aktion. Zweifellos ist in Asien und Afrika die Frage nach der Natur der Umwälzung, an der er aktiv teilnimmt (Übergang zum Sozialismus oder Expansion des Kapitalismus), noch offen. Man kann aber nicht leugnen, daß er hier eine wirkliche Rolle im Leben der Völker spielt.

In Ostasien (China, Korea, Indochina) ist die Rolle des Marxismus offiziell. Nach dem Maßstab der Gesamtbevölkerung, deren politische und soziale Regime sich vom Marxismus herleiten, umfassen diese in Asien die größten Massen. Wir haben bereits weiter oben die Frage nach der Gültigkeit des Maoismus gestellt und kommen hier darauf nicht zurück. Bestätigt die Geschichte der Verbreitung des Marxismus in Korea, Vietnam und Kampuchea das, was wir über China gesagt haben?

Die Überlegenheit der sozialistischen (maoistischen) Strategie über die etatistische (revisionistische) Strategie wird auf der Ebene der Entwicklungsrhythmen der Produktivkräfte durch den Vergleich Nordkoreas mit Vietnam und Kuba bekräftigt, ohne von den unterschiedlichen politischen Perspektiven, die diese Strategien eröffnen (oder verschließen), überhaupt zu sprechen.

Die günstigen Ausgangsbedingungen Koreas gleichen in vieler Hinsicht denen Vietnams und liegen auf politischer Ebene. In den fünfziger und sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts hatte Korea als kleine und seit langem sehr homogene Nation einen anti-konfuzianischen Reformismus versucht. Aber dieser Reformismus schreckte vor dem Umfang des Bauernkrieges von 1894 zurück (einem Aufstand, der in mancher Hinsicht dem Taipingaufstand in China entspricht) und öffnete damit der japanischen Intervention die Tür. Die Tradition, die nationale Befreiung mit der Bauernrevolution zu verbinden, steht hier wie in Vietnam am Ursprung der frühzeitigen Bildung der koreanischen kommunistischen Partei (1925 gegründet) und ihrer erfolgreichen Verankerung, die es ihr erlaubte, 1945 vor Eintreffen der sowjetischen und amerikanischen Armeen mit Hilfe von Volkskomitees eine tatsächliche revolutionäre Macht zu errichten. Der Aufstand von Taegu in der amerikanischen Zone von 1946 war durch die neuen Besatzer niedergeschlagen worden, wie es die Franzosen zur gleichen Zeit in Vietnam gemacht hatten. Der Sozialismus war hier also nicht von außen durch die sowjetische Armee eingeführt worden wie in Osteuropa.

Der Koreakrieg (1950–1953) unterzog das Land den heftigsten bisher bekannten Zerstörungen. Am Ende des Krieges befand sich Korea in einer noch elenderen Lage als Vietnam 1954. Dennoch blieb das wirtschaftliche Wachstum Koreas immer beachtlich: Das Land versorgt sich auf einem zufriedenstellenden Niveau selber mit Getreide. 200 Kilogramm pro Kopf werden als Mindestversorgung angesehen. Das Wachstum der Industrie ist ebenfalls gewaltig. Jede Etappe der Agrarreform war bisher ein unbezweifelbarer Er

folg: seit der Herabminderung der Grundrente 1945 und der Aufteilung des Landes 1946 bis zur Kollektivierung zwischen 1953 und 1958, der dann 1958 eine Neugruppierung der Kooperativen in Einheiten folgte, die im Durchschnitt 275 Familien umfassen. In jeder dieser Etappen ist die Produktion weiter gewachsen. Das Geheimnis dieses Erfolges liegt in der Tatsache, daß es in keiner dieser Entwicklungsetappen Abzüge ohne Ausgleich aus der Landwirtschaft gegeben hat. Die Industrie finanziert im Gegenteil sogar die Beschleunigung des landwirtschaftlichen Wachstums. Das Wachstum der Produktion wurde erzielt, ohne daß es nötig gewesen wäre, dem „bäuerlichen Individualismus“ Zugeständnisse zu machen: Die individuellen Parzellen hier sind winzig (30 bis 55 m<sup>2</sup>), unendlich viel weniger wichtig als in der UdSSR (4% des Bodens, die 20% des Produkts liefern), kleiner sogar als in China und Vietnam. Der Gebrauch von Maschinen und Traktoren, die den Kooperativen zur Verfügung gestellt werden, ist nicht mit Abgaben verbunden (wie es im sowjetischen MTS-System der Fall war). Die koreanische Partei hat es im übrigen in einer frühen, kaum verhüllten Kritik am sowjetischen Modell ausdrücklich zurückgewiesen, der Landwirtschaft einen Tribut aufzuerlegen.

Die Entwicklungspolitik Koreas gleicht also sehr der chinesischen. Die berühmte Losung, in der sich die koreanische Entscheidung zusammenfaßt – Dschudsche – bedeutet, „sich auf die eigenen Kräfte stützen“ Um die Bedeutung dieses Themas, das leicht banal erscheinen kann, richtig zu beurteilen, muß man wissen, daß es dem Prinzip „Sadae“ („sich auf die Großen stützen“) entgegengestellt wurde, vor dem sich der kaiserliche Hof der Yi unglücklicherweise hatte leiten lassen, indem er seine Schwächen hinter auswärtigen Bündnissen zu verbergen versuchte (mit China, Rußland und Japan). Um das Bewußtsein zu dekolonisieren, war es notwendig, den Akzent auf dieses Selbstvertrauen zu legen. Jedenfalls brach bereits 1956 auf dem III. Kongreß der koreanischen Partei der Konflikt mit dem sowjetischen „großen Bruder“ aus, der dieses Prinzip offen kritisierte und vorschlug, daß sich Korea in die „sozialistische internationale Arbeitsteilung“ einreihe. Korea weigerte sich. Kim Il Sung, sein Führer, sagte ohne Zögern, daß es „in Wirklichkeit ihr Ziel war, unser Land daran zu hindern, seine wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erringen“ Die autozentrierte Entwicklung Koreas beweist eindeutig, daß diese Entscheidung für kleine Länder unausweichlich ist und daß sie sich sogar auch bloß am wirtschaftlichen Wachstum gemessen auszahlt.

Sicherlich ist in Korea keineswegs alles „vollkommen“ Die bürokratischen Aspekte der Gesellschaft springen den Beobachtern in die Augen, auch wenn sie zugeben, daß diese Bürokratie verhältnismäßig effektiv ist und weit weniger polizeimäßig als in anderen Ländern (etwa in Vietnam). Der „Kult“ um den Führer enthält die gleichen Gefahren wie überall. Aber wir sehen die wirklichen Schranken des Experiments auf der politischen Ebene. Es geht in der Entfaltung einer fortgeschrittenen sozialistischen Demokratie nicht so weit wie der Maoismus. Wir kommen immer wieder auf diese wesentliche, in letzter Instanz entscheidende Frage zurück.

Die wirtschaftlichen Erfolge Nordkoreas lassen deren Mittelmäßigkeit in Vietnam und Kuba um so mehr hervortreten. Eine klare Analyse Vietnams stößt immer noch auf Hindernisse. Der durch das Volk über dreißig Jahre lang glorreich geführte Kampf für seine Unabhängigkeit, seine Einheit und den Sozialismus verhindert meistens noch eine kritische Beurteilung. Dennoch betonen die Beobachter übereinstimmend die erstickende Polizeiatmosphäre, die Vietnam seit der Befreiung kennzeichnet, die Nachahmung

des sowjetischen Vorbildes bis ins abstoßendste Detail, die wahrhaft katastrophale wirtschaftliche Lage: Die Getreideration beträgt pro Person 60 Kilogramm (gegenüber 180 in China und 200 in Korea). Das ist eine Hungerration, die nur dank des freien Marktes für die Reichsten vervollständigt wird, das heißt außer für die leitenden Kader, für die Hehler und die Korrupten. Aber immer wird versucht, das Urteil durch Betrachtungen über die Auswirkungen des Krieges und die internationale Lage abzuschwächen.

Vietnam verfügte jedoch über die gleichen politischen Trümpfe wie Korea, was im übrigen seine Erfolge in der Etappe der nationalen Befreiung erklärt: eine einheitliche Nation, einen nationalistischen Reformismus, der seine Schranken schon vor dem II. Weltkrieg gefunden hatte und durch eine frühzeitige Verankerung des Kommunismus abgelöst wurde, der in der Lage war, die Sache der nationalen Befreiung mit der Bauernrevolution zu verbinden. Die Strategie der Vereinheitlichung der Volkskräfte unter Führung einer kommunistischen Partei, die sich auf ein Arbeiter-Bauern-Bündnis gründete, war ein wesentlicher Erfolg unserer Epoche und hielt die imperialistische Aggression in Schach. Hier wurde das Volksbündnis jedoch während der ganzen Periode seiner Herausbildung durch den Kampf gegen den ausländischen Imperialismus absorbiert, während es in China von Anfang an und dann wieder ab 1945 in einem unerbittlichen Kampf mit der örtlichen Bourgeoisie zusammenstieß. Die Unterstützung durch China und die UdSSR spielt hier wie in Korea nur eine Nebenrolle.

Nach dem Sieg von 1954 verlegte sich das befreite Nordvietnam auf eine ähnliche Entwicklungsstrategie, wie sie in China und Korea zur selben Zeit eingeschlagen wurde. Die Agrarreform zwischen 1954 und 1959 war ein großer Erfolg und erlaubte es, ein deutliches Wachstum der Nahrungsmittelproduktion einzuleiten, dem chinesischen und koreanischen vergleichbar. Warum hat dann die Kollektivierung, die im Laufe der sechziger Jahre durchgeführt wurde, es nicht ermöglicht, diesen ersten Erfolg zu vertiefen? Die tiefgehende Analyse der politischen und ideologischen Schranken, die die unglückseligen Entscheidungen nach sich zogen, bleibt noch zu leisten. Sicher ist jedenfalls, daß die Kollektivierung in Vietnam getreu dem sowjetischen Vorbild mit administrativ erhobenen Abzügen ohne Ausgleich verbunden gewesen ist. Es wurde ein System von obligatorischen Ablieferungen – 15 bis 25% des ungeschälten Reises – eingerichtet und der Preis, der den Kooperativen für diese Lieferungen gezahlt wurde, war künstlich niedrig. Wie man sieht, war diese Politik der chinesischen und koreanischen direkt entgegengesetzt. Seither ist die vietnamesische Landwirtschaft aus der Stagnation nicht herausgekommen. Als Antwort auf diese Stagnation haben sich die Behörden in ununterbrochene Schwankungen zwischen Phasen der Unterdrückung und der kapitalistischen Liberalisierung verrannt und versuchen die unerträglichen Unzulänglichkeiten durch die Ermutigung der Produktion auf privaten Parzellen und den freien Markt zu übertünchen. Das ist die gleiche Sackgasse, in die sich die Sowjetunion seit einem halben Jahrhundert verrannt hat.

Die negativen Tendenzen des politischen Systems verstärkten sich im Lauf der Jahre und befähigten die Regierung nur schlecht, sich den komplexen Problemen des Südens zu stellen, der nach 20 Jahren amerikanischem Neokolonialismus noch ganz andere Verzerrungen kennengelernt hatte, als die von der französischen Kolonisation im Norden hinterlassen.

Die internationalen Entscheidungen Vietnams spiegeln diese Sackgasse wider. Im Gegensatz zu Korea, das sich für eine selbst-

ständige nationale Entwicklung entschied, zog es Vietnam vor, sich in die internationale Arbeitsteilung des sowjetisch beherrschten Comecon einzureihen. Diese Entscheidung verhinderte eine wirkliche Entwicklung der Industrie des Landes auf jeden Fall. In dieser Lage hat das Regime von Hanoi die Flucht noch vorn in die äußere Expansion gewählt mit dem Ziel, sich des Territoriums von Laos und Kampuchea zu bemächtigen, Landbevölkerung dort anzusiedeln, um die eigenen Böden zu entlasten und die soziale Krise hier abzuschwächen. Hinter der „indochinesischen Föderation“, die jetzt durch die militärische Besetzung von Laos und Kampuchea gebildet wird, zeichnet sich ein Projekt ungleicher Arbeitsteilung

**M**arxismus ist nach Marx keine Philosophie, die sich damit begnügt, die Wirklichkeit zu interpretieren. Er strebt zur Aktion. Zweifellos ist in Asien und Afrika die Frage nach der Natur der Umwälzung, an der er aktiv teilnimmt (Übergang zum Sozialismus oder Expansion des Kapitalismus), noch offen. Man kann aber nicht leugnen, daß er hier eine wirkliche Rolle im Leben der Völker spielt.

ab. Der Reis, der den unterdrückten Partnern abgenommen wird, soll eine Beschleunigung der („Schwer“-)Industrialisierung Vietnams ermöglichen.

Die Verbreitung des Marxismus in Kampuchea ist lange Zeit durch die Sozialstrukturen des Landes behindert worden, die eher denen Südasiens und sogar des tropischen Afrika gleichen als denen Chinas und Vietnams. Die geringe Differenzierung der Klassen innerhalb der Bauernschaft (es gab keinen „Feudalismus“ konfuzianischen Typs) verlangte zusammen mit der schwachen Entwicklung des kolonialen Kapitalismus eine andere Strategie. Die Vorherrschaft des vietnamesischen Elements im indochinesischen Kommunismus seit den dreißiger Jahren und später dann die Absicht der KP Vietnams, die Strategie der Kampucheaner den Notwendigkeiten des eigenen Kampfen zu unterwerfen (sie forderte die Sammlung um den „Neutralismus“ des Sihanoukregimes), haben die Herausbildung der revolutionären Kräfte in Kampuchea lange verzögert. Es ist das Verdienst der Kommunistischen Partei Kampuchees und der Patriotischen Front, die sie führte, eine wirksame Strategie entwickelt zu haben (Revolution, die die Bauern gegen die

bürokratische und kommerzielle Ausbeutung vereinigte). Diese Strategie unterschied sich von jeder sklavischen Nachahmung der chinesischen und vietnamesischen Modelle und ging gegenüber den „Ratschlägen“ des „großen Bruders“ in der Nachbarschaft auf Distanz. Diese Lektion ist reich an Lehren für einen großen Teil der gegenwärtigen Dritten Welt.

Die siegreiche und extrem schnelle Entfaltung dieser Strategie seit 1965 und vor allem zwischen 1970 und 1975 ist selber eine Ursache der späteren Schwierigkeiten, Probleme und Irrwege. Die kampucheanische Bauernrevolution hat sich seit ihrem Sieg 1975 an den drei großen Problemen des Übergangs zum Sozialismus in unserer Epoche gerieben:

1 wie eine solche Bauernrevolution tatsächlich mit dem Ziel der Abschaffung der Klassen verbinden? 2. an den Erfordernissen der Entwicklung der Produktivkräfte und 3 an der Notwendigkeit, einen nationalen Staat aufzubauen, der in der Staatenkonstellation der modernen Welt seinen Platz findet.

Man mußte wahrscheinlich unmittelbar weniger anstreben und mehr mit der aufgrund des vietnamesischen Abgleitens und der vietnamesischen expansionistischen Absichten ungelösten nationalen Frage rechnen. Die Irrwege im Demokratischen Kampuchea zwischen 1975 und 1978 haben andere Gründe als die Entscheidung für eine autozentrierte Entwicklung durch die KP Kampuchees. In dieser Zeit hatte Kampuchea keine andere Wahl. Lon Nol und die Amerikaner verließen das Land in einer Situation, in der bereits seit Februar 1975 Hungersnot herrschte. Man mußte Pnom Penh überstürzt evakuieren, das ein Drittel der Bevölkerung auf der Flucht vor den amerikanischen Bombardements aufgenommen hatte. Diese tragische Situation wurde noch verschärft durch die Feindschaft Vietnams, das Komplote schmiedete, um Kampuchea seinen expansionistischen Absichten zu unterwerfen, wie es Laos schon passiert war. Kampuchea mußte in Reaktion darauf den Akzent auf die nationale Einheit legen. Der Irrtum bestand darin, diese sichern zu wollen durch eine Politik der fortgeschrittenen sozialistischen Revolution, die nicht dem breiten Bündnis entsprach, das in der nationalen Frage notwendig war. Die daraus folgende Schwächung des Landes wurde durch die Vietnamesen ausgenutzt, die, nachdem sie schließlich dabei gescheitert waren, das Regime durch ihre Komplote umzustürzen, kaltblütig entschieden, Kampuchea zu erobern. Die Invasion Kampuchees verlangt hier eine Überlegung zur Dialektik „nationale Frage – sozialistischer Übergang“, wie sie sich in der heutigen Welt nach siegreichen Befreiungskämpfen darstellen kann. Hier muß man feststellen, daß sich der Expansionismus einer Macht zweiter oder dritter Ordnung unvermeidlich in die Strategie einer der beiden Supermächte einordnen muß. Das gilt für Südostasien wie anderswo, für die Konflikte in Lateinamerika (Chile/Argentinien oder Brasilien/Argentinien zum Beispiel), für Afrika, für die arabische Welt und für Asien (Indien/Pakistan).

Im übrigen ist die Theorie, um solchen Expansionismus zu rechtfertigen, durch Breschnew anlässlich der Invasion in der Tschechoslowakei 1968 formuliert worden. Es ist die Theorie der begrenzten Souveränität kleiner Länder im Machtbereich der Supermächte. Da sie ein wenig brutal klang, wurde sie zum Nutzen derer neuformuliert, die sensibler gegenüber dem traditionellen Stil der Arbeiterbewegung sind, als Recht des „großen Bruders“, den Kleinen zu helfen, damit sie sich beim Aufbau des Sozialismus nicht verirren. So hat sich die sowjetische Partei das Recht genommen, zwischen Parcham und Khalq in Afghanistan zu spalten, und sie verhüllte ihre Intervention kaum durch die „Einladung“, die ihr Babrak Kar



mal zukommen gelassen hätte, der damals in Prag hauste. So vertritt Le Duan – nachdem er die Invasion Kampuchreas dementiert (!) hatte, das durch „eine kampucheanische Armee befreit worden sei“ (die Heng Samrins!), und im selben Ton die „verleumderische“ Anschuldigung dementiert hatte, die Bildung einer indochinesischen Föderation anzustreben, die er jetzt proklamiert – die Theorie der beschränkten Souveränität, beglückwünscht Moskau zu seiner Intervention in Afghanistan und regt an, die polnische Frage auf gleiche Weise zu regeln. (Haben die vietnamesischen Führer nach 1975 nicht die Tschechoslowakei als erstes „sozialistisches“ Land besucht?) Die Idee, daß ausländische Invasionen dazu dienen könnten, „den Sozialismus zu retten“, muß man also ganz

zum Schlechten gewandt. Im kapitalistischen Rahmen sind die Ergebnisse insgesamt sehr mittelmäßig, und die paar Ausnahmen starken Wachstums (aber nicht stärker als in den sozialistischen Ländern) sind ganz negativ auf der politischen Ebene.

Im Rahmen des sowjetischen Blocks sind die Ergebnisse sowohl auf der Ebene der Entwicklung der Produktivkräfte wie der politischen Perspektiven (Faschisierung der Systeme) katastrophal. Hier handelt es sich nicht darum, die Feinheiten und die örtlichen Bedingungen zu erklären, die zu diesen Entscheidungen führten, sondern nur eine Lehre zu ziehen, das heißt zu sagen, daß es keine Wahl gibt: Eine wirkliche nationale und dem Volk dienliche Entwicklung kann nur in einer Entwicklung bestehen, die sich auf das Bündnis von Arbeitern und Bauern stützt und sich vom Weltsystem abkoppelt. Der Beitrag des Maoismus ist, dies begriffen zu haben.

**J**edesmal, wenn man glaubte, die Entwicklung „beschleunigen“ zu können, indem man das Land ausbeutete oder sich in die internationale Arbeitsteilung einreichte, die des Kapitalismus oder die des sowjetischen Blocks, haben sich die Dinge zum Schlechten gewandt.

## Die asiatische und afrikanische Mission des Marxismus

Sechs Thesen fassen unsere Schlußfolgerungen zusammen.

1 Die weltweite Expansion des Kapitalismus hat keineswegs – in Wahrheit von ihren Ursprüngen an nicht – die Zerrissenheit der Welt nach und nach abgeschwächt, sondern im Gegenteil die Spaltung zwischen kapitalistischen Zentren und Peripherien verschärft. Diese besondere Form der Expansion der kapitalistischen Produktionsweise hat dem Widerspruch zwischen dem herrschenden Kapital und den Völkern der Peripherie den Charakter eines vorwärtstreibenden Widerspruchs verliehen, der die Szene beherrscht, während der Grundwiderspruch, der den Kapitalismus bestimmt (Lohnarbeit und Kapital), diesen Charakter verloren hat.

2. Der Imperialismus in Lenins Sinn hat diese Charakteristik verschärft. Bis zum Ende des neunzehnten Jahrhunderts war das Auftauchen neuer nationaler Bourgeoisien, die sich in die weltweite Expansion des Kapitals einreichten, möglich. Seither ist es nicht mehr möglich, und die Versuche, neue nationale Bourgeoisien in Asien und Afrika auszubilden, ist zum Scheitern verurteilt. Entweder verwandeln sie sich in Kompradoren oder werden der multinationalen Herrschaft des Kapitals unterworfen.

3. Nachdem die Arbeiterklasse in den Zentren auf ihr Projekt einer eigenen Gesellschaft, auf die Abschaffung der Klassen, verzichtet hat, hat sie ihre revolutionäre Berufung verloren. Aus diesem Grund sind in den Zentren die Wege zur Aufhebung der Klassen völlig unbekannt. Die herrschenden Positionen dieser Länder in der internationalen Arbeitsteilung verschmelzen mit der demokratischen Tradition und dem Mittel von Wahlen als politische Verwaltungsweise der Gesellschaft. Infolgedessen gibt es soweit man sieht kaum Möglichkeiten außer dem Wechsel von gemäßigt sozialistischen oder rechtsliberalen Regierungen. Die Unterschiede zwischen diesen Regimen sind für die soziale Entwicklung nicht wesentlich.

Zwei Hindernisse verzögern in diesen Gesellschaften die Ausbildung eines sozialistischen Bewußtseins: 1 Die Ausplünderung der Dritten Welt schafft innere Solidarität in diesen Gesellschaften („nationale Interessen“ genannt), die Bestandteil der politischen

fallen lassen. Der Kampf für den Sozialismus verläuft hier über den Kampf für die Zerschlagung der Aggression, und sei es auch um den Preis eines breiten nationalen Bündnisses, das den Aufbau des Sozialismus auf später verschiebt.

Die Vergleiche führen zu folgender Schlußfolgerung: Den Ausgangspunkt bildete überall eine zurückgebliebene Gesellschaft, noch weitgehend ländlich, die weder ihre bürgerliche und bäuerliche Revolution gemacht hatte noch ihre Revolution der landwirtschaftlichen Technik. Die Frage eines schnellen Wachstums der landwirtschaftlichen Produktion stand also im Zentrum des Entwicklungsproblems. In technischen Begriffen handelt es sich um die Beziehungen zwischen Landwirtschaft (Basis der Entwicklung) und Industrie (Mittel der Entwicklung, vor allem der Landwirtschaft). In politischen Begriffen handelt es sich um das Problem eines wirklichen Bündnisses zwischen Stadt und Land und eines Staates, der sich auf dieses Bündnis gründet. Jedesmal, wenn das der Fall war, war auch das wirtschaftliche Wachstum gut und seine sozialen Auswirkungen günstig und gingen in Richtung eines Aufbaus des Sozialismus. Jedesmal, wenn man glaubte, die Entwicklung „beschleunigen“ zu können, indem man das Land ausbeutete oder sich in die internationale Arbeitsteilung einreichte, die des Kapitalismus oder die des sowjetischen Blocks, haben sich die Dinge

**S**einerzeit war die Arbeiterklasse den unerträglichen Anforderungen der Akkumulation auf europäischer Stufenleiter ausgeliefert und aus diesem Grund potentiell revolutionär. In den weniger entwickelten Ländern Europas war diese Akkumulation mit der unabgeschlossenen ursprünglichen Akkumulation verknüpft. Die Verarmung der Bauern, mit der des Proletariats verbunden, schuf für eine ununterbrochene Revolution in Etappen, für den Übergang von einer demokratischen zu einer sozialistischen Etappe günstige Voraussetzungen. Die Theorie der schwächsten Kettenglieder war bereits von Marx für Deutschland und Spanien formuliert und vorgeschlagen worden.

Entwicklung der Gesellschaft entdeckt und formuliert hat, wirken auf den Marxismus selber. Der Marxismus von Marx antwortete auf die Probleme einer eventuellen sozialistischen Revolution im kapitalistischen Europa des neunzehnten Jahrhunderts vor Ausbildung des imperialistischen Weltsystems.

Seinerzeit war die Arbeiterklasse den unerträglichen Anforderungen der Akkumulation auf europäischer Stufenleiter ausgeliefert und aus diesem Grund potentiell revolutionär. In den weniger entwickelten Ländern Europas war diese Akkumulation mit der unabgeschlossenen ursprünglichen Akkumulation verknüpft. Die Verarmung der Bauern, mit der des Proletariats verbunden, schuf für eine ununterbrochene Revolution in Etappen, für den Übergang von einer demokratischen zu einer sozialistischen Etappe günstige Voraussetzungen. Die Theorie der schwächsten Kettenglieder war bereits von Marx für Deutschland und Spanien formuliert und vorgeschlagen worden.

Aber der Marxismus hat sich in der Arbeiterklasse erst später in den siebziger und achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts verbreitet, als die Ausbildung des imperialistischen Systems bereits begann. Das Gesetz der Akkumulation wirkte nicht mehr in den einzelnen europäischen Nationen, sondern im Weltmaßstab. Diese Expansion übertrug auf die Peripherie des imperialistischen Systems die explosivsten Auswirkungen der Akkumulation, die nun weltweit vor sich ging. Die Zweideutigkeit der II. Internationale kam daher, daß sie diese Veränderung nicht begriffen hatte.

Der Leninismus hat die Arbeiterklasse aus dieser Sackgasse herausgeführt und ihr ein Bewußtsein von dieser qualitativen Veränderung ermöglicht. Die erste sozialistische Revolution in Rußland hat mit Verspätung die Erwartungen von Marx bestätigt. Sie fand im zurückgebliebensten Land Europas statt. Rußland war das schwache Kettenglied, wo sich die bürgerliche und bäuerliche Revolution mit der sozialistischen Revolution verstärkte. Der Beitrag von Lenin besteht darin, das verstanden zu haben. Aber die Schranken des Leninismus erscheinen heute deutlicher. Der Bolschewismus war nicht bereit, das Arbeiter-Bauern-Bündnis als strategische Bedingung für die ganze Periode des Übergangs zum Sozialismus anzusehen. Er ging aus der Arbeitertradition hervor, die sich in einem weiter fortgeschrittenen Europa ausgebildet hatte, wo die bürgerliche Revolution bereits die Agrarfrage geregelt hatte. Deshalb versuchte sich der Bolschewismus nur in der Arbeiterklasse zu verankern und ging darin über die Ideen der II. Internationale nicht hinaus. Rußland war im übrigen kein Land der neuen Peripherie und nicht der imperialistischen Herrschaft unterworfen. Es war selber ein aufkommender Imperialismus, wenn auch zurückgeblieben, weil es seine bürgerliche Revolution nicht gemacht hatte. Der Revisionismus ist eine historische Fehlgeburt, die Konsequenz der Schranken des Bolschewismus.

Die Ausbildung und Stärkung des imperialistischen Systems, das Lenin in seinen Anfängen begriffen hatte, entwickelte sich weiter. Deshalb fand die zweite sozialistische Revolution in einem Land der Peripherie, in China statt. Hier verstärkten sich nicht nur die bürgerliche und bäuerliche Revolution und die sozialistische Revolution. Die Revolution war auch antiimperialistisch, also ein siegreicher Angriff, der das Feld der imperialistischen Ausbeutung beschnitt. Der Beitrag des Maoismus besteht gerade darin, weiter als der Leninismus gegangen zu sein, verstanden zu haben, daß das Arbeiter-Bauern-Bündnis und der Rückzug aus der internationalen Arbeitsteilung – beide untrennbar miteinander verbunden – die

Wirklichkeit ist, und 2. tragen einige Gruppierungen der Linken und der Arbeiterbewegung, solange sie weiterhin denken, daß es in der sowjetischen Gesellschaft „ein bißchen Sozialismus“ gibt, dazu bei, daß sich die Ausbildung eines sozialistischen Bewußtseins im Westen verzögert. Im übrigen muß man sich darüber klar sein, daß die Aufhebung der Klassen und der Wertkategorie auch in diesen Gesellschaften eine lange Zeit des Übergangs verlangt. Die Natur der Probleme dieses Übergangs ist, obwohl sie sich teilweise von den Problemen in den kapitalistisch unterentwickelten Ländern unterscheiden, nicht weniger komplex.

Zweifellos werden die gewaltigen strukturellen Umwälzungen, die in der Arbeitsorganisation vollzogen werden müssen, die tiefe Verwicklung in die internationale Arbeitsteilung wie die notwendigen Umwälzungen auf ideologischem Gebiet eine schwierige Übergangsphase mit sich bringen.

Im Gegensatz dazu verschafft die ungleiche Entwicklung des Kapitalismus den Völkern Asiens und Afrikas eine unerwartete Aufgabe: Sie sind berufen, die kapitalistische Ordnung örtlich umzuwälzen. Hier machen der Klassenkampf und die imperialistische Herrschaft zusammen national-demokratische Revolutionen möglich, die durch eine nationale und vom Volk getragene Befreiungsfront geführt werden.

4. Der Marxismus und die Arbeiterbewegung haben sich in Etappen entwickelt. In jeder dieser Etappen hat sich der lebendige Marxismus gehäutet, sich verwandelt und in Antwort auf die neue Situation sich bereichert. Die Gesetze, die der Marxismus für die

strategischen und dauerhaften Bedingungen des sozialistischen Übergangs in der imperialistischen Epoche darstellten.

Seit der chinesischen Revolution hat sich das imperialistische System weiterentwickelt und verändert. Für die einen ist es nicht mehr im leninistischen Sinn imperialistisch: in zahlreichen Ländern der Dritten Welt ist die bürgerliche Revolution vollendet, und der Kapitalismus entwickelt sich hier auf einer nationalbürgerlichen

**D**ie Geschichte wird die Rechnungen zwischen den beiden unterschiedlichen Analysen beglichen. ob die sozialistische Umwälzung sich ausgehend von den fortgeschrittensten Regionen des Weltsystems vollziehen wird und die zurückgebliebenen Regionen von den fortgeschrittenen mächtigen Produktivkräften der ersteren profitieren werden können, um ihre Entwicklung in wechselseitiger Abhängigkeit zu beschleunigen – oder ob sich diese Umwälzung ausgehend von den zurückgebliebenen Regionen vollziehen wird, und dann dürfen diese nur auf ihre eigenen Kräfte zählen.

Basis und ist Bestandteil des kapitalistischen Weltsystems. Wenn das stimmt, kommen wir auf die Schemata der Marxschen Epoche zurück, weil die Welt sich Europa angeglichen hat.

Für die anderen bleibt die Entwicklung seit dem II. Weltkrieg auf der Trennung von imperialistischen Zentren und durch den Imperialismus unterdrückte Peripherien, in denen die örtliche Macht nur die einer Kompradorenbourgeoisie sein kann, gegründet. Wenn diese These richtig ist, ist die maoistische Strategie immer noch die einzig wirksame Antwort auf die wesentlichen Probleme des Übergangs zum Sozialismus.

Die Geschichte wird die Rechnungen zwischen den beiden unterschiedlichen Analysen beglichen: ob die sozialistische Umwälzung

sich ausgehend von den fortgeschrittensten Regionen des Weltsystems vollziehen wird und die zurückgebliebenen Regionen von den fortgeschrittenen mächtigen Produktivkräften der ersteren profitieren werden können, um ihre Entwicklung in wechselseitiger Abhängigkeit zu beschleunigen – oder ob sich diese Umwälzung ausgehend von den zurückgebliebenen Regionen vollziehen wird; und dann dürfen diese nur auf ihre eigenen Kräfte zählen.

5. Dem Marxismus stellt diese Analyse neue Fragen:

1) Die weltweite Expansion des Kapitalismus fordert dazu heraus, den Wert nicht nur als nationale, sondern als weltweite Kategorie zu analysieren.

2) Die Bündnisse der revolutionären und Volksklassen, die in den Ländern an die Macht kommen, die den Weg zum sozialistischen Übergang einschlagen, wirken auf die soziale Wirklichkeit, die sie umwälzen wollen, nicht ein, indem sie sich direkt als Klassen ausdrücken, sondern indem sie ihre Strategie über die Staatsmacht ausdrücken. Der Staat bewahrt offensichtlich aus diesem Grund eine relative Unabhängigkeit gegenüber den Klassen. In diesem Sinn ist der Staat nicht nur das Instrument der eventuellen Diktatur der Arbeiter und Bauern, sondern auch der Ort, wo sich eine andere Klasse neu aufbauen kann. Die zwingende Verpflichtung dieser Länder, sich aus der internationalen Arbeitsteilung zurückzuziehen (Abkoppelung), gibt den fraglichen Staaten eine nationale Funktion. Der Staat kann nicht absterben. Eventuell wird er erst viel später mit dem System der Staats-Nationen absterben können.

3) Die Verbindung der Expansion des Kapitalismus mit der Expansion Europas verschafft den Problemen der nationalen Befreiung und des eventuellen Übergangs zum Sozialismus eine kulturelle Dimension, die aus der politischen Wirklichkeit nicht verdrängt werden kann.

4) Weit davon entfernt, abgeschlossen zu sein, hat der historische Materialismus die Fragen nach der wirklichen Artikulation der verschiedenen sozialen Bezugssysteme noch nicht gelöst: die der zugrundeliegenden Klassen, die des Staats (und der Macht), der Nation und der Kultur

5) Der Marxismus erhält aufgrund der Tatsachen eine asiatische und afrikanische Mission. Im entwickelten Westen wird er tendenziell zu einer akademischen Strömung ohne Kraft, die Wirklichkeit umzuwälzen. Aber im Osten wird er tendenziell eine wirkliche Kraft der sozialen Umwälzung. Das ist kein Zufall. Historisch ist der Einsatz der wirklichen Klassenkämpfe offensichtlich nicht Sozialismus oder Kapitalismus im Westen, sondern die Frage, ob sich Asien und Afrika befreien und entwickeln nach dem indischen oder vietnamesischen oder nach dem chinesischen Modell (und auf dieser Ebene liegt der Vorzug ohne Zweifel beim maoistischen Weg). Diese Umwälzung bleibt widersprüchlich und zweideutig. Wenn sie nicht auf eine Etappe der kapitalistischen Expansion reduziert werden kann, so kann sie genausowenig als ein sicherer Übergang zur Aufhebung der Klassen betrachtet werden. Der Marxismus ist hier also der Möglichkeit nach Ideologie der Macht der neuen herrschenden Klasse und/oder Ideologie der Befreiung von Ausbeutung. Diese historische Sichtweise des Marxismus verwirft die der „Fundamentalisten“, die die Wirklichkeit gemäß dem Grad ihrer Entfernung von der „absoluten Wahrheit“ beurteilen. Sie versucht auf den Marxismus als soziale Wirklichkeit seine eigenen Kriterien der Kritik anzuwenden.

'Ausflüge in computerbeherrschte Welten, die den Menschen unterjochen („Tron“); hochentwickelte Kampfmaschinen als Mittel zur allgegenwärtigen Überwachung der Gesellschaft durch mächtige Interessengruppen („Das fliegende Auge“); Warnung vor genetischen Experimenten zur Schaffung künstlicher Menschen, die als „Replikanten“ den auf's Unwürdigste herabgesunkenen Menschen überflügeln und sich an ihren Schöpfern rächen („Blade Runner“); das unbeschreiblich, sich beständig wandelnde eindringende außerirdische Böse, das menschliche Zivilisation angreift, um sie zu vernichten („Das Ding aus einer anderen Welt“) — dies sind einige Filmvarianten, die uns mit ihren phantastischen Bildern überfluten. Triviale Mischungen aus Science-Fiction, Horrorelementen, Krisenstimmung und Weltuntergangsfurcht (oder -hysterie) bestimmen vielleicht nicht das Bild des heutigen Films, bilden aber einen enormen Anteil an filmischer Produktion. Die Bedrohung der Menschheit in verschiedenen Formen ist dabei häufig das Thema. Und diese Bedrohung hat Tradition im Science-Fiction-Film, einem Genre — nie rein und säuberlich getrennt von anderen Filmgattungen existierend — das doch seine eigenen Konturen und spezifischen Themata herausbildete. Wie hat sich dieses Bild von der Bedrohung entwickelt, welche Ideologien wurden und werden dabei transportiert — oder hat sich mit „E.T.“ alles geändert?

## SCIENCE-FICTION-FILM

# Von der Bedrohung zur Befreiung?



Von Michael Ackermann

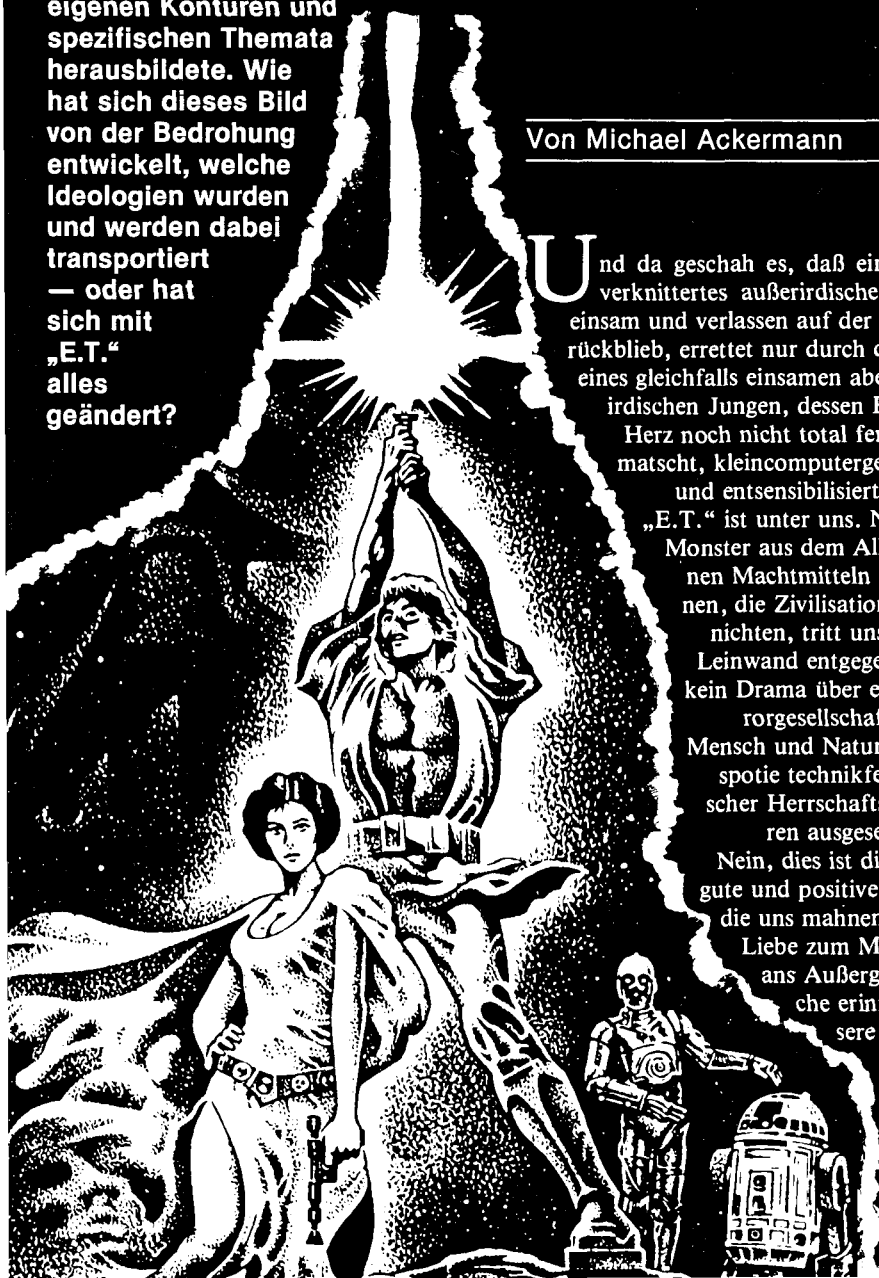
Und da geschah es, daß ein kleines verknittertes außerirdisches Wesen einsam und verlassen auf der Erde zurückblieb, errettet nur durch die Liebe eines gleichfalls einsamen aber ach so irdischen Jungen, dessen Hirn und Herz noch nicht total fernsehermatscht, kleincomputergeschädigt und entsensibilisiert war ... „E.T.“ ist unter uns. Nicht das Monster aus dem All mit seinen Machtmitteln und Plänen, die Zivilisation zu vernichten, tritt uns auf der Leinwand entgegen. Auch kein Drama über eine Horrorsgesellschaft, in der Mensch und Natur der Despotie technikfetischistischer Herrschaftsstrukturen ausgesetzt sind. Nein, dies ist die sanfte, gute und positive Fiktion, die uns mahndend an die Liebe zum Menschen, ans Außergewöhnliche erinnert, unsere humanistischen

Neigungen beflügelt, märchenhaft schön mit ihrer wunderbaren Phantastik gegenüber den Monströsitäten des Alltags.

„Alles Unsinn“, ruft uns der radikale Kritiker zu, denn schließlich sei dies ein Machwerk typisch Hollywoodscher Manier mit allen Tricks der Rühseligkeit und messianischer Heilsbotschaft angemacht. Ein synthetisches Produkt, um die Menschen von den wahren Problemen wegzulocken, die uns in einer krisengeschüttelten Gesellschaft auf Schritt und Tritt begegnen. Also nur die perfekte Ergänzung zum kriegslüsternden Imperialismustreifen? — Etwas komplizierter ist die Sache schon.

Der SF-Film lebt — ganz wie die SF-Literatur, die ja die Basis für den SF-Film abgab, auch wenn sich der Film im Laufe der Zeit von der Literatur weitgehend löst und verselbständigt — zuerst einmal von den Problemen der menschlichen Gesellschaft, ihrer Vergangenheitsbewältigung, ihren Gegenwartsproblemen und Zukunftsängsten, wie jede andere Kunstform auch. Der spezifische Reiz des SF-Films entsteht durch die schon auf der Oberfläche sichtbare Behandlung „großer Themen“, wie Macht oder Elend der Technik, dem Traum (oder Trauma) vom Kontakt mit außerirdischem Leben, der Fortschreibung gesellschaftlicher Probleme in eine visionäre Zukunft. Und dies transportiert über mehr oder weniger phantastisch-trickreiche Bilder.

Ein Streit darüber, ob der SF-Film mehr wegen seiner besonderen Bildsprache (Tricktechnik, phantastische Ausstattung, Verlagerung western- oder abenteurerähnlicher Verfolgungsjagden in ferne Zukunft



*Lang's Ornamentik von Maschine und Masse. Die Unterwerfung unter die gigantische Maschinerie kann nicht aufgehoben werden. Das Bild verweist auf die schwülstige Atmosphäre in „Metropolis“*

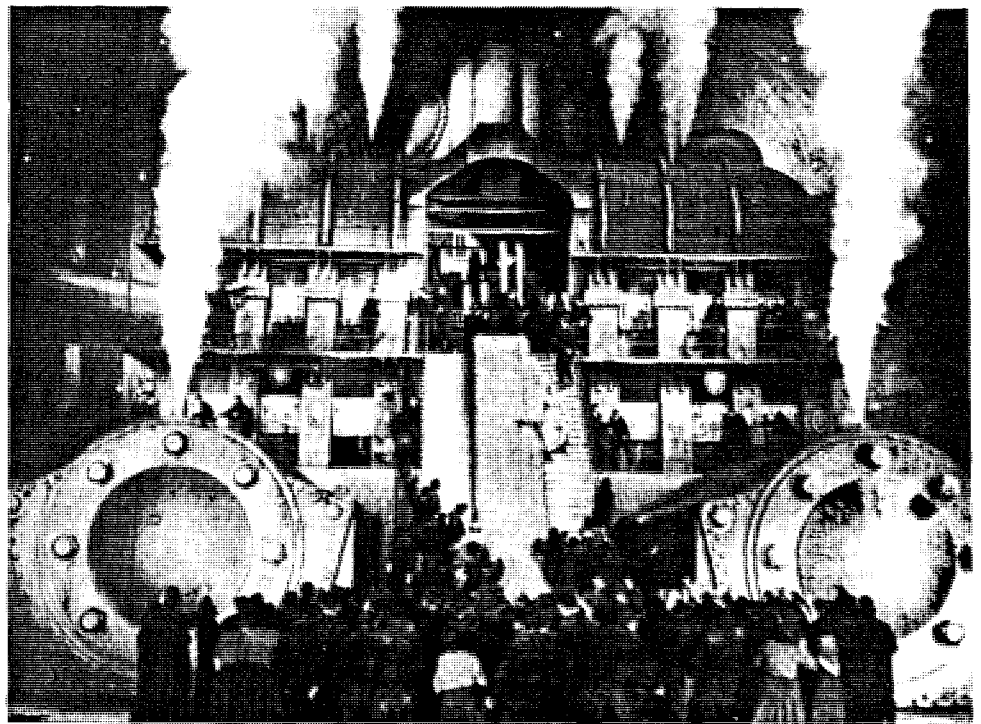
oder Weltraum) fasziniert oder ob seine Inhalte eigenständige Ideenkreise beschreiben, die den immer auch in die Zukunft denkenden Menschen in eigentümlicher Weise ansprechen, ist deshalb müßig, weil beides ziemlich ineinander verwoben ist und gerade aus diesem Umstand die Gesamtfaszination entspringt. Aber mit welchen Botschaften wird denn da nun eigentlich hantiert?

### Der „mad scientist“ und der Fluch der Wissenschaften

Wenn der arme Goethe geahnt hätte, was da so alles kommt – Denn das faustische Motiv vom Streben des Wissenschaftlers nach höchster Erkenntnis, welches umschlägt in die Auslieferung seiner Person an das Böse – in welcher vielfältiger Form sollte dieses Thema noch vom SF-Film kolportiert werden.

Ein ganz frühes Beispiel für dieses Thema finden wir in dem Film „Das schlafende Paris“ (1923) von René Clair. Hier wird die Geschichte eines jungen Mannes erzählt, der als Wächter des Eiffelturms eines Morgens feststellt, daß ganz Paris in einen Zustand völliger Unbeweglichkeit verfallen ist. Die wenigen Menschen, die nicht versteinert sind, entwickeln ein aggressives Verhalten. Der Held entdeckt endlich die Quelle des Übels: Ein Wissenschaftler hat die Stadt mit einem Strahler hypnotisiert. Doch als der Strahl abgestellt wird, da haben die Menschen nichts dazugelernt, kehren zurück zu ihren sozialen und erotischen Frustrationen – dem Held bleibt nichts weiter als sich angewidert auf den Eiffelturm (natürlich mit junger erobelter Frau) zurückzuziehen und diesen abzuschließen.

Ein anderes – oft variiertes – Thema im Zusammenhang mit der Gefahr der Wissenschaften oder des Wissenschaftlers ist der „künstliche Mensch“. Besonders am Beginn des deutschen Films entfalten diese widernatürlichen Wesen ihr Grauen. Da waren solche Filme wie „Der Golem“, „Genuine“ (beide 1920) und „Das Cabinet des Dr. Caligari“ (1919), die überwiegend mit Horrorelementen den Konflikt zwischen Schöpfung des künstlichen Menschen (oder des willenlosen Mediums) und seiner ruchlosen Existenz in Szene setzten. Ging es in diesen Filmen mehr um die Dramatik eines „entseelten“ Wesens und zeichneten sich diese Werke vor allem auch durch den Einsatz expressionistischer Gestaltungsmittel aus (der Bildhintergrund verlor jeden naturalistischen Bezug und wurde in eine symbolhafte Zerrissenheit aufgelöst), so stellt ein Vorläufer dieser Filme den „künstlichen Menschen“ schon als Ausgangspunkt gesellschaftlicher Katastrophen dar.



Auch „Homunculus“ (1916) erzählt die Geschichte eines künstlichen Menschen. Zuerst dem menschlichen „Idealtypus“ mit außergewöhnlichen geistigen Fähigkeiten entsprechend, bricht das Unglück los, als Homunculus erfährt, daß er kein richtiger Mensch ist. Betrogen um den Kern seines Menschseins, die Liebe, bleibt nur ruheloser Haß. Er wird zum Diktator, „verkleidet“ sich als einfacher Arbeiter, entfacht Aufstände, um damit den Vorwand für blutigste Unterdrückung dieser Aufstände zu haben. Erst als er gar einen Weltkrieg auslöst, trifft ihn ein Blitzstrahl und macht seiner Herrschaft ein Ende.

Diese Handlung – manche Kritiker rückten sie in den Rang einer Vorahnung der „Karriere“ Hitlers – vermengt also die Furcht vor der sich über die Existenz des Menschen erhebenden Wissenschaft, die unkontrolliert das „Böse“ in die Welt setzt, mit dem Schrecken einer in jede Richtung manipulierbaren Masse. In dieser Kombination wird der Horror verdoppelt. Unkontrollierte Wissenschaft und Despotie untergraben die gesellschaftlichen Beziehungen, die nur dem „Pöbel“ Raum geben, seine unheilvollen Elemente freisetzen und die *an sich* intakte Gesellschaft an den Rand des Abgrundes treiben.

In bezug auf die Einführung des „künstlichen Menschen“ als gesellschaftlichem Gefahrenherd weist der von Fritz Lang 1925–27 inszenierte Film „Metropolis“ Ähnlichkeiten auf. Aber im Gegensatz zu „Homunculus“ ist die Gesellschaft in Langs Film zutiefst gespalten:

In „Metropolis“ herrscht ein Industrie Imperium über „Maschinen und Arbeiter“. Die Stadt selbst ist in Ober- und Unterwelt getrennt, oben am Licht finden wir ein futuristisches Stadtbild (Lang besuchte vor Erstellung des Films New York), die Men-

schen leben im Luxus. In der Unterwelt sind die Arbeiter in dunklen Mietskasernen untergebracht und müssen unter elendsten Bedingungen riesige Maschinenkolosse bedienen, die die gesamte Versorgung der Oberstadt sichern.

In dieser Sphäre nun predigt ein junges Mädchen den Arbeitern die Befreiung, nicht durch Gewalt, sondern durch Liebe und Brüderlichkeit. Der Herrscher des Imperiums läßt einen künstlichen Menschen in der Gestalt besagter Frau herstellen, (hier wird also Wissenschaft *bewußt* als Machtmittel benutzt), die die Arbeiter zum gewaltsamen Aufstand aufhetzt. Der Sohn des Imperators und die „wirkliche“ Frau können aber „das Schlimmste“ verhindern und tragen zur Versöhnung zwischen Arbeitern und Kapitalisten bei. Am Ende reichen sich der Arbeiterführer und der Imperator die Hände, beherrscht von der Einsicht, daß „das Gehirn und die Hand nicht zusammenwirken können, wenn sie nicht vom Herzen vereint sind“.

Die in dem Film angedeutete Klassenspaltung – und die deutsche Gesellschaft war in diesen Jahren bekanntlich zutiefst von Klassenkämpfen geprägt – wird zwar ansatzweise kritisiert, die Lösung des Konflikts aber im Zusammenwirken der Klassen gefunden. Nun war es keineswegs Langs Ziel, den Ideen des Faschismus das Wort zu reden, noch ging es ihm darum, explizit die Kritik kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse zu betreiben. In seinem Film steht sowieso mehr die Ausstattung (Ornament der Massen an den Maschinen, voluminöse Bauten in der Oberstadt) im Vordergrund. Ein recht schwülstiges Pathos durchzieht den gesamten Film. Trotzdem spiegelt er ein Stück Zeitgeist, nämlich den Wunsch, die gärende gesellschaftliche Situation irgendwie zu befrieden. Die Kritik der Technik und der Herrschaftsmecha-



nismen, die in dem Film eigentlich angelegt ist, wandelt sich in die Überhöhung der Technik – weil die Arbeiter in ihrer blinden Wut Maschinenstürmerei begehen und sich damit (durch den durch ihre Aktion hervorgerufenen Wassereinbruch) fast selbst vernichten.

Der Ausweg aus der Misere wird in „Metropolis“ nicht in der Aufhebung der Herrschaftsverhältnisse gefunden – es bleibt bei der Trennung zwischen Herrschaft, Technik und Wissenschaft auf der einen Seite (das Gehirn) und den Produzenten (die Hand) auf der anderen Seite – sondern nur in der beiderseitigen Einsicht der Zusammenarbeit. Ein schöner, aber im Angesicht des kommenden Faschismus doch böser Traum.

## Technikmythos: absolutes Mittel zur Befreiung

Es liegt in der Natur der Sache, daß der SF-Film, der ja im Kern selbst ein Produkt entwickelter Technik ist, diesen Gegenstand menschlicher Tätigkeit und Geschichte be ständig variierte. Die Behandlung der Technik läuft so gut wie parallel zu ihrem Einsatz in der Gesellschaft. Schon in den bisher behandelten Filmen spielten Wissenschaft und Technik als Bedrohung der Menschheit eine entscheidende Rolle – allerdings immer unter Zusatz menschlicher Bösartigkeit. Neben dieser Strömung im SF-Film entwickelt sich aber auch die Auseinandersetzung mit der Technologie. Eine Strömung erhebt die Technik an sich in den Rang eines Segens für die Menschheit, entwirft ein total positivistisches Weltbild.

So hat sich in den 30er Jahren die Idee, daß Science-fiction vor allem ein Genre sei, in dem man über die Erhaltung des Friedens und die Möglichkeiten neuer Technologien und neuer gesellschaftlicher Organisationsformen reflektieren könnte, in der

englischen Literatur entwickelt. Stellvertretend sei da H.G. Wells genannt, der sich in seinen Romanen und Erzählungen intensiv mit dem zukünftigen Gesellschaftsbild auseinandersetzte. An sein Buch „The shape of things to come“ anknüpfend entstand 1936 unter der Regie von William Cameron Menzies der Film „Things to come“ Die drohende Gefahr des Weltkrieges spiegelt sich ganz deutlich in der Handlung des Films wieder.

Es ist das Jahr 1940. Nachdem die Warnungen eines Wissenschaftlers vor dem Krieg ungehört geblieben sind und die gesamte Erde einen Vernichtungskrieg erlitten hat, taucht der gleiche Wissenschaftler Jahre später als Anführer einer Vereinigung von Forschern auf, um die Welt neu zu gestalten. Die „Gestaltung“ besteht im Aufbau eines technischen Paradieses. Der Anspruch der Wissenschaftler besteht „nur“ darin, im Interesse des Gemeinwohls der Gesellschaft und zur Verhütung eines weiteren Krieges mit Hilfe der vollendeten Technik die Geschicke der Menschheit zu lenken. Die ungebrochene Hoffnung auf den technologischen Fortschritt mündet als „Alternative zum Krieg“ auf der Erde in die Eroberung des Alls. Denn, so der Anführer der Wissenschaftler: „Das ganze Universum oder gar nichts!“

Dieses Setzen auf die Technik als gesellschaftlichen Ordnungsfaktor konnte natürlich nicht lange Bestand haben. Der Zweite Weltkrieg gab selbst ein eindrucksvolles Bild davon, wofür die moderne Technik genutzt werden kann. Die Bedrohung, die von den modernen Waffensystemen im Kern die Atombombe – ausging, spiegelte sich dann entsprechend auch in angstvollen Dramen des SF-Films wieder

## Atombombenmythos

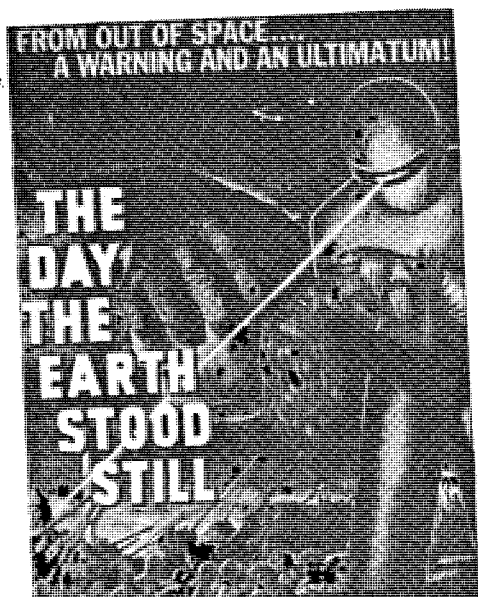
Amerikanische und englische SF-Filme wie „Formicula“ „Them“ „Tarantula“ „On the Beach“ und viele mehr schlachteten die Bedrohung der Existenz durch die Atombombe und das Experimentieren mit der Atomkraft in den 50er Jahren bis zum Mythos aus. Die Filme, in denen es von riesigen Ameisen, Spinnen und sonstigen aufgeblähten Insekten oder Meereswesen wimmelt, arbeiten fast alle mit dem unter schwelliger Verweis auf die Folgen von Atomversuchen und fehlerhaftem Experimentieren oder beschwören die Unfähigkeit der Menschheit, im Angesicht der atomaren Katastrophe sich zu ändern.

Aber jede aus diesen Filmen abzulesende leise Kritik wird über eine verzweifelte Rettungsschablone transformiert: Das einzelne Individuum muß sich unterordnen unter den staatlich organisierten Gegenschlag zur



Vernichtung des eingebrochenen Bösen. Aus diesem Schema brechen nur wenige Filme aus: „Der Tag, an dem die Erde still stand“ (1951) ist insoweit bedeutend, als hier erstmals Atombombe und Besuch aus dem All zusammengeführt wurden. Auf der Erde landet ein Raumschiff, ein Botschafter (zusammen mit einem Roboter) einer außerirdischen Zivilisation warnt die Menschheit vor der kriegerischen Anwendung der Atomkraft, weil sie damit das ganze Universum gefährde. Eine Abkehr von der Atomwaffe sei notwendig. Geschehe dies nicht, so müsse die außerirdische Macht ihrerseits die Erde als gefährlichen Störfaktor des Universums ausschalten. Im Gegensatz zu dem sonst oft üblichen Bild von den aggressiven Außerirdischen (wir kommen noch darauf zurück) wird hier eher sympathisch auf die Warnungen einer fremden Macht verwiesen. In der Beschreibung der außerirdischen Zivilisation liegt allerdings die zentrale Schwäche des Films. Man erkennt zwar daß es sich um eine technisch hochstehende Kultur handelt – es stellt sich heraus, daß nicht der Humanoide der eigentliche Botschafter ist, sondern der Roboter selbst – aber es geht nicht der mindeste Hauch von gesellschaftspolitischer Beschreibung dieser fremden Welt in den Film ein. Ansätze von Alternativen zu den herrschenden irdischen Verhältnissen können so also erst gar nicht auftauchen.

Der eigentliche Durchbruch gegenüber den mystifizierenden Abhandlungen über die anonyme Bedrohung durch die Atomkraft fand erst in den 60er Jahren statt. Dabei ist es ganz bezeichnend, wenn dieser Durchbruch nicht auf dem Boden Hollywoods stattfand. Auf dem politischen Hintergrund der Existenz zweier bis an die Zähne bewaffneter Supermächte und Militärblöcke schuf Stanley Kubrick 1963 „Dr Seltam oder Wie ich lernte die Bombe zu lieben“ Wie der Titel schon andeutet, han-



delt es sich um eine ätzende Satire. Die Kombination des ins Absurde gesteigerten machtbesessenen Wissenschaftlers, der Verselbständigung des militärischen Komplexes, der Eigendynamik hochentwickelter Waffensysteme und der Anfälligkeit militärischer Sicherheitsanlagen also insgesamt das Element des Irrationalen benutzt Kubrick zur Verdeutlichung der realen Gefahr des Atomkrieges. Von heute aus gesehen mag eine solche Warnung etwas naiv klingen, zumal sie die gesellschaftlichen Ursachen nicht erhellt. Aber durch Kubricks permanente Seitenhiebe auf die Entspannungs- und Gleichgewichtstheorien, präsidiale Schießbudenfiguren, diplomatische Rituale und das bedingungslose Kalkül, in dem ganze Nationen durch die Supermächte in die Waagschale ihrer Interessen geworfen werden, bekommt diese Satire einen den Schrecken verdoppelnden Effekt. Damit aber fällt zugleich der Mythos vom noch weit entfernten Atomkrieg mit dem schicksalsweisenden Menetekel. An dessen Stelle tritt zumindest die Ahnung, daß solche „Katastrophen“ Ursachen haben, und jeder „religiöse“ oder mythische Sinn mußte bei dieser Darstellung draufgehen.

Konsequent fortgesetzt – aber mit absolut realistischem Charakter hat diesen Weg 1966 Peter Watkins mit dem Film „The War Game“ Aufgezogen wie eine Reportage berichtet er über die Folgen des Atomkrieges. Hier ist die Vision ganz konkret, wird ohne jedes Pathos das ganze Grauen „dokumentarisch“ in Szene gesetzt.

Seit diesen beiden Filmen war die Luft

raus aus dem Vorhaben, mit Spielfilmmitteln eine Warnung vor dem drohenden Atomkrieg zu inszenieren. Filme aus der jüngeren Zeit wie „Das China-Syndrom“ (1979) oder „Malevil“ (1981) sind nur ein seichter Abklatsch dieses Themas, und auch der jüngst in gemeinschaftlicher Autorentschaft produzierte deutsche Film „Krieg und Frieden“ wirkt wie ein völlig harmloser Versuch, bemüht, naiv aufklärerisch.

---

### und der Fluch der Technik

---

In ganz ähnlicher Weise erging es den Filmen, die sich mit der Technik als Fluch der Menschheit auseinandersetzen. Das Ende der 60er und die ganzen 70er Jahre dürfen als eine fortlaufende Auseinandersetzung mit den Folgen und Bedrohungen der Technik betrachtet werden. Fast immer ist es eine ins Gigantische gesteigerte Technologie – in der ganzen Gesellschaft oder in Teilbereichen wie der Computerisierung – die den Menschen zu schaffen macht, oder sie gar vollends unterwirft bzw vernichtet. „Westworld“ (1973) und „Futureworld“ (1976) stehen als Beispiele für eine entartete Freizeitindustrie, in der sich Roboter ver selbständigen oder Beherrscher dieser Freizeitcenter mit Hilfe von Politikerduplikaten zur Weltherrschaft gelangen wollen.

In „Colossus“ (1970) ergreifen ein amerikanischer und ein russischer Computer die Weltherrschaft. In „Des Teufels Saat“ (1977) unterwirft der Computer seinen Erbauer und zeugt dann sogar mit dessen Frau ein „Roboterkind“ Die teilweise ins Absurde oder völlig Triviale, wie man will getriebene Technikmystifizierung verliert in solchen Filmen ihr kritisches Ferment. Denn wo die Technik *an sich* zum Fluch erklärt und zugleich gesellschaftliche Interessenkonflikte ausgeblendet werden, hat die Auseinandersetzung *um* die Technik und ihre Anwendung unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen keinen Platz. Gerade an diesem Punkt verliert dann auch der SF-Film seinen utopischen Charakter gänzlich, weil er nur linear bestimmte Entwicklungen fortschreibt, um daraus allein Faszination und Horror zu gewinnen. Gesellschaftliche Strukturen interessieren ihn dann wenig.

---

### Invasion und Kolonialisierung

---

Wenden wir uns nun einem entscheidenden Baustein des SF-Genres zu, der Bedrohung von außen bis zur Vernichtung der Menschheit durch die außerirdische (und wir wer

den sehen, vor allem auch irdische) Gefahr.

Schon als der Film noch in den Kinderschuhen steckte, mußte sich gleich in mehreren Produktionen die harmlose menschliche Gesellschaft mit mysteriösen Flugmaschinen aus dem All herumschlagen. Es dürfte wohl kein Zufall sein, daß sich der militaristische Zug im SF-Film in einer Zeit entwickelte, als auch die Konkurrenz zwischen den sich herausbildenden kapitalistischen Staaten zunahm.

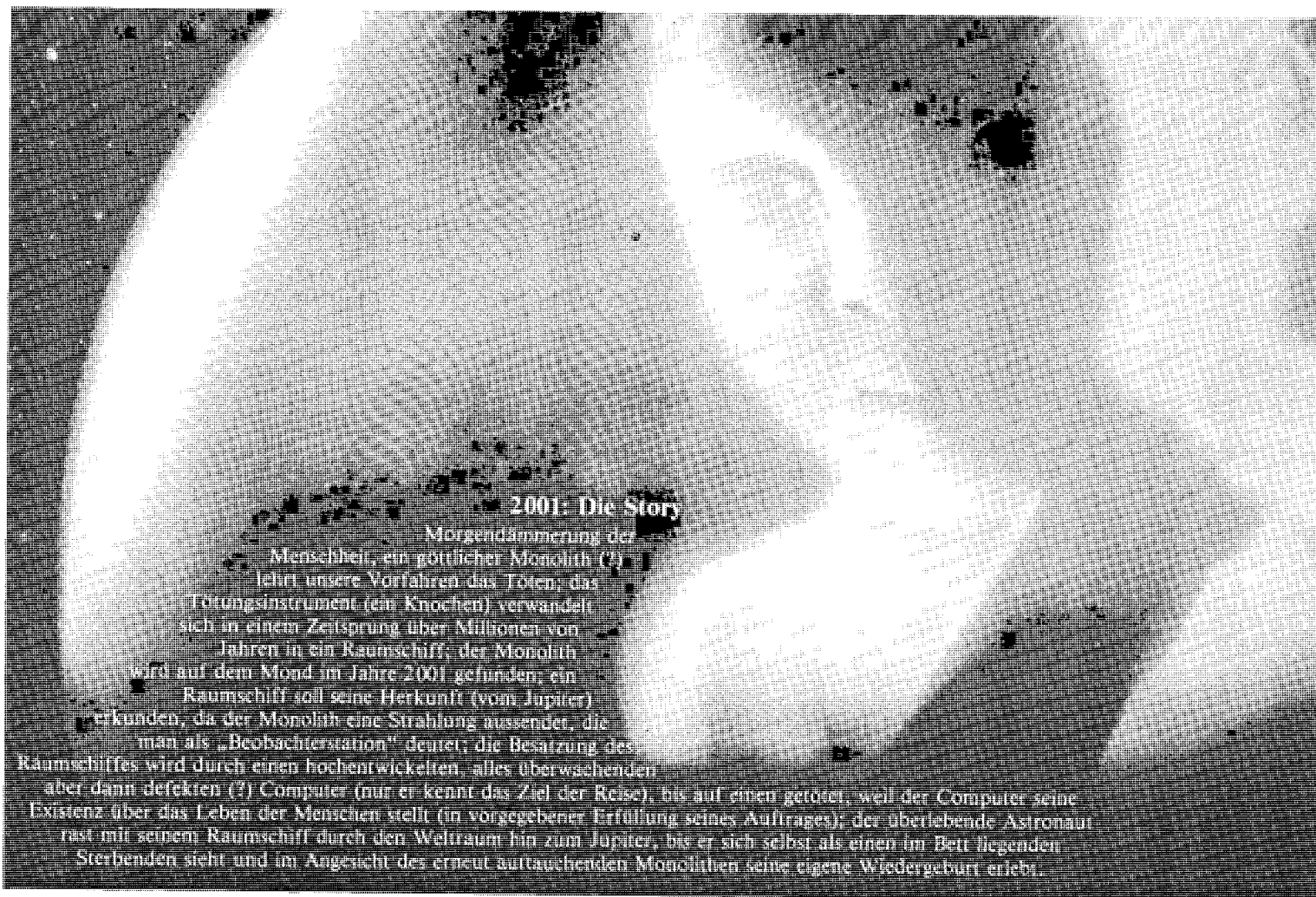
Die aggressiven Marsgestalten spukten nun durch die Streifen und konnten nur mit geballter Macht des Militärs zurückgeschlagen werden. Seine Blüte erlebte die Invasionsfurcht allerdings vor und direkt nach dem II. Weltkrieg bis in die 50er Jahre hinein. In den USA entstanden solche Serials (nach Comic Strips) wie „Flash Gordon“ und „Buck Rodgers“ in denen der gute amerikanische Held die edlen Werte seiner Gesellschaft, und natürlich auch seine unschuldige Frau, schützte. Wäre dem Ganzen bei aller Platttheit noch ein Rest von Sympathie abzugewinnen, weil in diesem Mythos das Bild vom faschistischen Diktator noch auftauchte, so gehört die Phase nach dem II. Weltkrieg zu den offensichtlich hetzerischsten der Gattung.

Die McCarthy-Ära brachte nicht nur die staatlich betriebene hysterische Furcht vor der schleichenden Unterwanderung durch den „Bolschewismus“ sondern ergriff bis zu einem gewissen Grad auch den SF-Film.

In Streifen wie „The Man from Planet X“ (1951), „It came from Outer Space“ (1953), „Der Krieg der Welten“ (1953), „Invasion vom Mars“ (1953), „It Conquered the World“ (1956) und „Fliegende Untertassen greifen an“ (1956) kam das Böse aus dem Weltraum, um die Menschheit zu unterjochen oder gar gänzlich zu vernichten. Daß in solchen Streifen aber die Furcht vor dem Kommunismus, die Verbreitung von Hysterie, wenn vielleicht nicht direkt beabsichtigt, so doch unterschwellig vorhanden war, ist überdeutlich. Vor allem das Element der „schleichenden Bewußtseinsunterwanderung“, der Eroberung des menschlichen Körpers und Geistes ist ein herausragendes Motiv in diesen Filmen. Einen absoluten Härtefall, aber auch schon fast eine herausragende Ausnahme bildet der Film „Red Planet Mars“ (1952). Hier ist alles ganz offen: Der „Rote Planet“ steht für den Kommunismus. Der Kommunismus muß vernichtet werden, das geschieht in dem Film mit Hilfe der christlichen Ideologie und des freiheitlichen Sendungsbewußtseins.

Genau dieses Sendungsbewußtsein allerdings ist die Entsprungsbewußtsein aller Invasionsfurcht und Bedrohung aus dem All. Die Assoziationskette verläuft dann so: Wenn die Erde und die Menschheit von außen ange-





### 2001: Die Story

Morgendämmerung der Menschheit, ein göttlicher Monolith (?) lehrt unsere Vorfahren das Töten; das Tötungsinstrument (ein Knochen) verwandelt sich in einem Zeitsprung über Millionen von Jahren in ein Raumschiff; der Monolith wird auf dem Mond im Jahre 2001 gefunden; ein Raumschiff soll seine Herkunft (vom Jupiter) erkunden, da der Monolith eine Strahlung aussendet, die man als „Beobachterstation“ deutet; die Besatzung des Raumschiffes wird durch einen hochentwickelten, alles überwachenden aber dann defekten (?) Computer (nur er kennt das Ziel der Reise), bis auf einen getötet, weil der Computer seine Existenz über das Leben der Menschen stellt (in vorgegebener Erfüllung seines Auftrages); der überlebende Astronaut rast mit seinem Raumschiff durch den Weltraum hin zum Jupiter, bis er sich selbst als einen im Bett liegenden Sterbenden sieht und im Angesicht des erneut auftauchenden Monolithen seine eigene Wiedergeburt erlebt.

griffen werden, dann muß man diese Fakten ausschalten. Das geschieht am besten, indem erobert wird. Der kolonialistische Zug im SF-Genre hat sich aus dieser Invasionsfurcht heraus mit all seinen Blüten entwickelt. Wir sprachen schon vom Kalten Krieg und der „Verteidigung des freien Amerika“ Der Film „Destination Moon“ (1950) ist ein herausragendes Beispiel. In diesem Film wird die Eroberung des Mondes für die amerikanische Hegemonie im Weltraum offen propagiert. Dafür spricht nicht nur daß die NASA diesen Film äußerst realistisch auf Stand brachte (was die Raumfahrttechnologie angeht), sondern daß die Raumfahrt selbst als der optimale Verteidigungs- und Eroberungsfaktor angesehen wird. Damit sollten nämlich die auf dem Mond vermuteten Uran-Vorkommen (so der Film) für die USA monopolisiert werden. Zu erkennen ist an diesem Beispiel deutlich, daß sich die kolonialistischen Elemente vielleicht hinter dem anonymen Angriff aus „dem All“ verbergen, aber frappierende Ähnlichkeiten mit den realen Handlungen der imperialistischen Staaten aufweisen.

Dieser kolonialistische, mit dem Gegen-schlag operierende Touch im SF-Film hat sich zwar am Ende der 50er Jahre wieder etwas verloren, aber man denke an die intergalaktischen Schlachten wie in „Star Trek“ oder sogar an das uns aus dem Fernsehen wohl geläufige „Raumschiff Orion“ Da wird deutlich: das Genre hat diesen Hang nicht gänzlich aufgegeben.

### Schöne „Unheimliche Begegnung der dritten Art“ und „E.T.“

Dieses Konglomerat von Bedrohung in verschiedenster Form, wie wir es Revue passieren ließen, durchzieht die ganze Geschichte des SF-Films. Die tendenzielle Aufhebung einer solchen Bedrohung – gerade der von außen, aus dem All, dem Univesum hat erst spät Eingang in den SF-Film gefunden.

1968 schuf Stanley Kubrick (wieder in England) „2001 Odyssee im Weltraum“ Hier finden wir zum ersten Mal eine Einheit von utopisch-philosophischem Entwurf und entsprechend phantastischer Bebilderung. Im Kern wird hier die These von der Geschichte der Menschheit als Wiedergeburt und Aufhebung in der Vierdimensionalität des Universums entwickelt. (*Story im Bild auf dieser Seite*)

In dieser Geschichte, die sich eindeutiger Erklärungsmuster weitgehend entzieht, finden wir viel Bekanntes: Die Geschichte der Menschheit als Evolution des Eroberungs-triebes der Affe verteidigt sein Leben, indem er tötet. Der Konflikt zwischen dem Menschen und der Technik, die er selber schuf und die ihm nun überlegen scheint, versinnbildlicht in dem Computer HAL (im Film ganz sensibel, mehr als die ihn umgebenden Menschen). Die Frage nach der außerirdischen Existenz – hier offengelassen – ob als lenkende außerirdische Gottheit, Gott selbst oder nur die Hinführung zum „ewigen Leben“ als Kind des Universums.

In Anbetracht des vorher Angedeuteten könnten wir „2001“ zum mystischen und reaktionären Machwerk erklären, weil es eben Ansätze von Technikmystizismus und Götterdämmerung (vielleicht auch noch in der Tradition Nietzsches ?!) enthält. Doch steckt in diesem Film eben besagter philosophische Entwurf, zudem ausgestattet mit einer ungemein für sich sprechenden Bilderdarstellung, die die gängige Erzählweise (der Dialog ergänzt das Bild) im SF-Film nachhaltig aufhebt. In diesem Film wird in keinem Moment Aggression frei – der im Zeitraffer aufgenommene zuschlagende Affe löst nur Bestürzung und Erschrecken aus – da gibt es kein Moment der Haßzeugung oder -ablenkung. Am Ende bleiben nur ein undefinierbares Gefühl von Betroffenheit und eine Menge offener Fragen.

Nochmal 10 Jahre bedurfte es, um in ähnlicher Weise früher glattgefahrene Klischees im SF-Film zu durchbrechen. 1977 kam Steven Spielbergs „Unheimliche Begegnung der dritten Art“ heraus.

„Unheimliche Begegnung der dritten Art“ ist inhaltlich ganz anders bestückt. Wenn in diesem Film ein paar auserwählte Menschen die friedliche Mission und Botschaft außerirdischer Wesen verspüren und wie magisch zum Landeplatz angezogen werden, wenn die Außerirdischen zur Begrüßung und friedlichen Kontaktaufnahme scheinbar (im II. Weltkrieg) verlorengegangene Flugzeuge und Schiffe wieder auf der Erde absetzen, wenn die Wissenschaftler

sich auf einen friedlichen Empfang vorbeireiten und nur der Staatsapparat in Form des Militärs unbedingt seine „staats-schützenden“ Hände über das Geschehen pressen muß, aber die friedliche Begegnung nicht verhindern kann – dann ist dies eine vergleichsweise humane und tröstliche Botschaft. Hier wird die Gefahr, die von außen drohte, positiv aufgehoben. Jetzt kommt die Befreiung von außen. Für Spielberg ist diese Story zugleich Mittel, um uns (bzw. den Amerikanern) die Brüchigkeit der kleinbürgerlichen amerikanischen Verhältnisse im Angesicht kommender großer Ereignisse vor Augen zu führen.

Und in gewissem Sinne ist „E.T.“ nur die Fortsetzung. Auch hier steht im eigentlichen Mittelpunkt des Films weniger das Phantastische als die Konfrontation des armen E.T. mit einer amerikanischen Gesellschaft, deren scheinbar harmonische Familienstruktur so gut wie zerstört ist, wo die Kinder schon nicht mehr miteinander kommunizieren können, wo das Fernsehen alle wirkliche Phantasie beseitigt hat, wo die Wissenschaft den kleinen außerirdischen Besucher nur noch als Experimentiergegenstand begreift und nicht als positive Gegenfigur gegenüber der in Entfremdung dahinwuselnden Menschheit. Ganz logisch in dem Film die Kameraperspektive: Immer aus der Sicht der Kinder (von unten) wird die bedrohliche irdische Wirklichkeit aufgenommen. Spielbergs Film wird somit zum Märchen für die Kinder und zur Mahnung an die Erwachsenen: lebt human, achtet den anderen, laßt den anonymen Mächten (Staat, Wissenschaft) nicht die Oberhand.

Die Botschaft dieser Filme, ihre Friedfertigkeit und Humanität, muß in einer Zeit wie heute faszinieren. Die Filme leben nicht von der Aggression, sondern von ihrer Aufhebung. In diesem Sinne durchbrechen sie in auffälliger Weise die gängigen Bedrohungen im SF-Film. Doch was „Unheimliche Begegnung der dritten Art“ und „E.T.“ noch in gleicher Weise auszeichnet, ist dies: Diese Friedfertigkeit, die Auflösung der Mängel unseres Lebens und der Gesellschaft, kann nicht aus der Umwälzung unserer jetzigen Verhältnisse entspringen. Was bleibt ist das Gebot der und die Erinnerung an die Menschenliebe im Alltag, verbunden mit einer nicht zu übersehenden Hoffnung auf die der Menschheit übergeordneten Instanz, man mag es platt „Gottheit“ oder „außerirdische Freunde“ nennen. Die Bedrohung aber hat sich in Anstöße für eine positive Zukunft gewandelt, nur von Befreiung kann man so recht nicht sprechen. Und so verbreiten diese Filme eine hilflose friedfertige Botschaft in einer so unfriedlichen Welt. □

## „Hoffnungen und Niederlagen der Revolutionen anderen einen einzigartigen Punkt, in dem

# Jean-Paul Sartres politische Schriften

Seit einigen Jahren erscheinen bei rororo als Taschenbuchedition in lockerer Folge Jean-Paul Sartres „Gesammelte Werke in Einzelausgaben“. Es handelt sich dabei um durchgesehene Neuauflagen bereits früher erschienener Bücher und um eine ganze Reihe deutscher Erstausgaben, vor allem von politischen Schriften, Interviews und Schriften zu Literatur und Kunst.

Auf diese Reihe insgesamt aufmerksam zu machen und auf eine Seite der Sartreschen Arbeiten hinzuweisen, die bisher für diejenigen, die kein Französisch können, schwer zugänglich war, ist die Absicht der folgenden kurzen Vorstellung.

Nach Sartres Tod am 15. April vor drei Jahren folgten 60000 Menschen unterschiedlichster Strömungen der Linken seinem Sarg. Allein diese Zahl zeigt die Wirkung, die Sartre mit seinen theoretischen, literarischen und politischen Schriften und durch sein praktisches Eingreifen ausübte. Seit seiner Beteiligung an der französischen Widerstandsbewegung gegen den Faschismus hatte Sartre an fast allen großen Auseinandersetzungen und Kämpfen der westeuropäischen Linken teilgenommen, so daß sich in seinen politischen und theoretischen Schriften 40 Jahre linker Politik mit vielen ihrer Wirren und Widersprüche spiegeln.

Durch seine Theaterstücke und Romane, die philosophischen Werke und literaturtheoretischen Untersuchungen übt Sartre auch gegenwärtig noch einen wichtigen Einfluß aus, aber seine politischen Schriften, als zeitgebundene Stellungnahmen und Eingriffe in seinerzeit aktuelle Kontroversen, scheinen heute auf den ersten Blick überholt. Doch gerade auf diese will ich hinweisen, da sich praktische Erfahrung und theoretische Reflexion linker Politik seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in ihnen widerspiegeln.

Konkret meine ich hier vor allem die beiden Bände „Krieg im Frieden“ mit Reden, Artikeln und Polemiken aus der Zeit von 1948 bis 1956 und die Dokumentation „Wider das Unrecht“ von 1953.<sup>1</sup>

Die beiden Bände „Krieg im Frieden“

– zeitlich vorher liegt noch der Band „Paris unter der Besatzung. Artikel und Reportagen 1944–1945“ (rororo 4993, 4,80 DM) – zeigen Sartres politisches Engagement seit der beginnenden Blockkonfrontation bis zum Höhepunkt des Kalten Krieges.

Der erste Band setzt ein mit Sartres Versuch der Entwicklung einer neutralistischen Politik zwischen den beiden Blöcken als einziger Möglichkeit linker Politik zur Verhinderung eines drohenden neuen Krieges. Hier findet sich bereits in einem gemeinsamen Artikel mit Merlau-Ponty vom Januar 1950 eine Kritik an den sowjetischen Arbeitslagern, die für einen Großteil der Linken erst 20 Jahre später mit dem publizistischen Auftreten Solschenizyns ins Bewußtsein traten. Schon dieser Artikel ist ein Kampf Sartres gegen zwei Gegner wie sein ganzes Werk: hier ein Kampf gegen die Lager in einem sozialistischen Land und ihr Verschweigen oder sogar ihre Rechtfertigung durch die Kommunisten – und ein Kampf gegen die Rechten, die mit ihrer Kritik an den Lagern von den Greueln des französischen Kolonialismus ablenken wollten. In einem dreißig Seiten langen Vorwort zu einem Buch über den Bruch zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion entwickelt Sartre mit der Betonung der Subjektivität erste Ansätze seiner theoretischen Kritik am Marxismus sowjetischer Prägung, die er später weiter ausarbeitet.

Den Hauptteil nimmt die dreiteilige Artikelserie „Die Kommunisten und der Friede“ von 1952 und 1954 ein. Für Sartre war angesichts der ständig zunehmenden Konfrontation der beiden beherrschenden Weltmächte der Versuch eines „Dritten Wegs“ gescheitert. Die Aggressionen des US-Imperialismus gegen die Sowjetunion, die die Gefahr eines Krieges immer drohender machten, und der sich zuspitzende Antikommunismus in Frankreich haben ihn auf die Seite der Sowjetunion und der KPF gebracht, wo er jetzt allein die Möglichkeit sah, für

## m Westen haben in Sartre wie nur in wenigen sich zuspitzen.“ (Rossana Rossanda)

den Frieden und eine revolutionäre Veränderung zu kämpfen. Neben der Zurückweisung der konkreten Angriffe auf die Kommunisten versuchte Sartre seinen Wechsel auch theoretisch zu begründen, allerdings mit prinzipiellen Verallgemeinerungen, falschen theoretischen Begründungs- und Ableitungszusammenhängen und einfachen Setzungen: Die Sowjetunion ist für den Frieden, folglich muß die Arbeiterklasse an der Seite der Sowjetunion stehen, und das Proletariat ist nicht durch seine objektive Lage bestimmt, sondern im wesentlichen durch das subjektive Handeln, und dieses Handeln drückt sich in der kommunistischen Partei aus. Philosophisch fast entgegengesetzt begründet wie im „Marxismus-Leninismus“ kommt Sartre zu den gleichen Ergebnissen: Identität der Interessen des Proletariats mit denen der Sowjetunion und Identität von Arbeiterklasse und kommunistischer Partei. Diese Artikelserie war Anlaß zu einer Reihe von Kontroversen und auch mittelbar zu dem Bruch mit Camus und der zeitweiligen Entfremdung von Merleau-Ponty

**I**m zweiten Band von „Krieg im Frieden“ sind einige dieser Kontroversen enthalten. Anders als meist üblich sind hier auch die Artikel abgedruckt, gegen die Sartre polemisiert. Unter anderem ist hier die Debatte zwischen Sartre und Camus dokumentiert und, direkt auf die Artikelserie bezogen, die Kontroverse zwischen Lefort und Sartre. Claude Lefort von der Gruppe „Sozialismus oder Barbarei“ greift vor allem Sartres subjektivistischen, nur durchs Handeln bestimmten Begriff des Proletariats und die Gleichsetzung von Partei und Klasse an. Trotz Sartres Eintreten für die KP kommt es auch in dieser Phase seiner engsten Zusammenarbeit mit den Kommunisten zu heftigen Kontroversen mit ihnen, etwa durch seine Kritik an der Bündnispolitik der KPF gegenüber den Intellektuellen, am Stillstand der theoretischen Forschung und an der fehlenden innerparteilichen Demokratie.

Das letzte Drittel des Buches bildet Sartres Untersuchung zur Niederschlagung des ungarischen Aufstandes von 1956 (Das Gespenst Stalins). Im ersten Teil geht er relativ detailliert auf die Vorgänge in Ungarn ein, untersucht die ökonomische und politische Entwicklung und weist alle Versuche, die Niederwerfung des Aufstandes als notwendige Ver-

teidigung des Sozialismus auszugeben, entschieden zurück. Im zweiten Teil versucht er darzulegen, worin die Grundlagen des „Stalinismus“ in der Sowjetunion bestanden. Entscheidend war für ihn die Industrialisierungspolitik ab Ende der 20er Jahre. Allerdings ist der Ansatz trotz guter einzelner Erklärungen insgesamt von daher falsch, daß Sartre die ganze Entwicklung als einen geschichtlich notwendigen Umweg ansieht, der in der Zurückgebliebenheit und der äußeren Bedrohung der Sowjetunion begründet war. Die Fehler liegen für ihn in der Übertragung des „sowjetischen Wegs“ auf die Volksdemokratien und die zu langsame „Entstalinisierung“ nachdem die „Notwendigkeiten“ überwunden waren. Trotz der Verurteilung des Einmarsches in Ungarn und des Terrors während der Stalinzeit verteidigt Sartre die „Vorzüge des sozialistischen Lagers“ und fordert von der KPF eine Politik der Volksfront, ohne mit ihr ganz zu brechen. „Der Bruch war nicht total“ wie er später schreibt, „aber die Verbindung war abgebrochen. Vor 1968 repräsentierte die kommunistische Bewegung, wie es schien, die gesamte Linke, so daß der Bruch mit ihr eine Art Exil darstellte.“<sup>2</sup>

Als Ergänzung zu den beiden Bänden empfiehlt sich die Lektüre des zwischen November 1972 und März 1974 geführten Streitgesprächs zwischen Sartre, Gavi und Victor unter dem Titel „Der Intellektuelle als Revolutionär“ und des Bandes „Sartre über Sartre“, in denen im Rückblick auf die angesprochene Zeit,



die Phase des „Exils“ und die Zeit nach 1968 eingegangen wird.<sup>3</sup>

Noch kurz soll auf das Buch „Wider das Unrecht“ hingewiesen werden. Diese Dokumentation über den zu fünf Jahren Zuchthaus wegen Flugblattverteils gegen den Indochinakrieg verurteilten H. Martin ist auch heute noch aktuell wegen der brillanten Widerlegung der juristischen Verlogenheiten und politischen Machenschaften, die zu dem Urteil geführt haben.

Bernd Wagner

1 Krieg im Frieden 1. Artikel, Aufrufe, Pamphlete 1948–1954, Reinbek (rororo 4904) 1982 (318 Seiten, 12,80 DM)

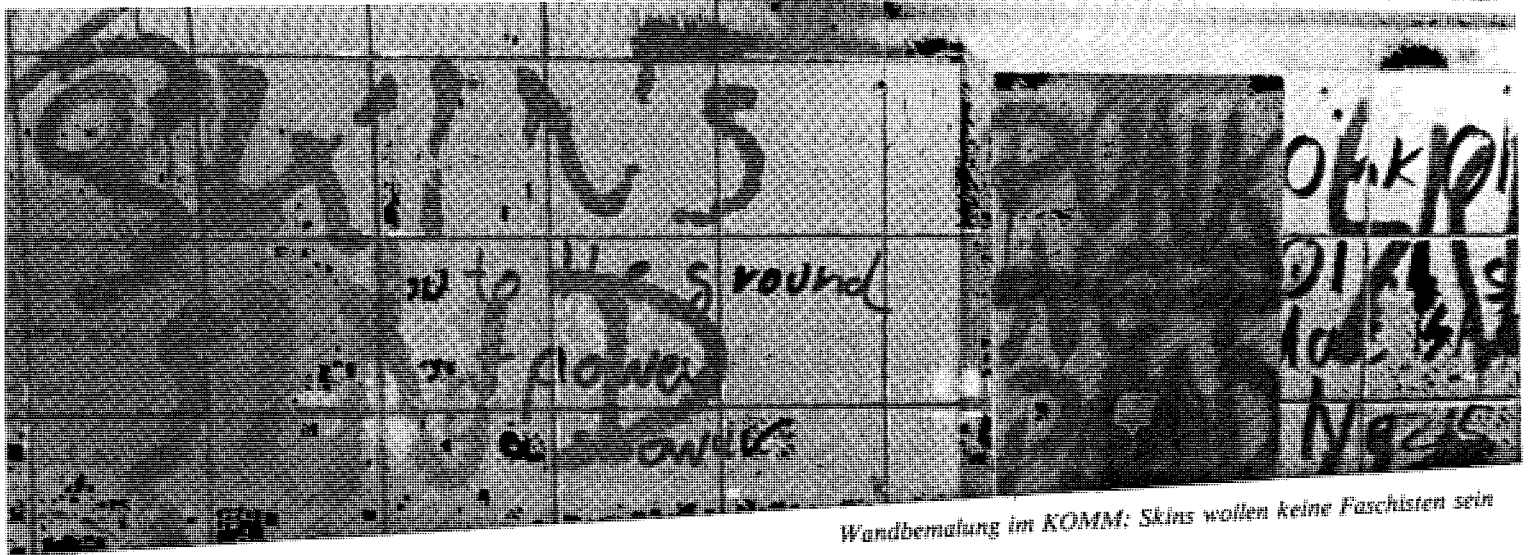
Krieg im Frieden 2. Reden, Polemiken, Stellungnahmen 1952–1956, Reinbek (rororo 4973) 1982 (365 Seiten, 14,80)

Wider das Unrecht. Die Affäre Henri Martin, Reinbek (rororo 5096) 1983 (281 Seiten, 12,80 DM)

2 Selbstporträt mit siebzig Jahren, in: Sartre über Sartre, Reinbek (rororo 4040) 1977 (250 Seiten, 6,80 DM)

3 Sartre, Gavi, Victor: Der Intellektuelle als Revolutionär. Streitgespräch, Reinbek (rororo 1994) 1976 (285 Seiten, 9,80 DM)





Wandbemalung im KOMM: Skins wollen keine Faschisten sein

# „Skin ist für mich mehr Menschlichkeit als Politik“

*Mit ihren kahl geschorenen Köpfen, grünen Fliegerjacken, arsch- und schenkelbetonten Jeans und wuchtigen Springerstiefeln können die Skinheads schon einen bedrohlichen Eindruck erwecken. Schnell läuft die Assoziationskette Uniformierung — faschistische Schlägergruppen ab, wenn man die Eingliederung von Skinheads in die rechtsradikale „National Front“ in England im Hinterkopf hat.*

Als auf der Skinheads Sylvesterfeier im KOMM, zu der Skins aus verschiedenen deutschen Städten anreisten, „Sieg Heil“ gerufen und Zettel verteilt wurden mit Aufschriften: „Kauft nicht bei Juden“ oder „Ausländer raus“ und am frühen Morgen auch noch ein Sachschaden in der U-Bahn von ca. 25000 DM entstand, war das Urteil für viele über die Skins gefallen.

Es ist sicher nicht ganz einfach zu unterscheiden, wenn einem Leute mit der Hand zum Hitlergruß erhoben gegenüberstehen, was lediglich Provokation ist oder wo wirklich die Bereitschaft vorhanden ist, ein solches Weltbild offensiv zu vertreten. Unsere Absicht (Mitarbeiter des KOMMs) war es, die Widersprüchlichkeit, aber auch die Anfälligkeit für rechte Ideologie, bei Skins in dem Gespräch mit Buster (20), Tom (21) und Stefan (20) aufzuzeigen. Es war und ist auf keinen Fall unsere Absicht gewesen, Leuten eine Munition zu liefern, die Feindbilder benötigt, um die eigene politische und vielleicht auch persönliche Leere zu füllen. Das Gespräch soll die Einsicht er

möglichen helfen, daß nur durch eine beständige Auseinandersetzung und nicht Ausgrenzung Einstellungen entgegenwirken werden können, die von gewalttätiger Freizeitbeschäftigung bei Fußballspielen, über eine Offenheit für rechte Welterklärungsversuche, hin zum Traum der kleinstädtischen Existenz reichen. Doch dieses Einstellungsspektrum ist nichts endgültig Entschiedenes, es ist lose und bestückt mit dem Bedürfnis nach Orientierung.

Bei näherem Hinsehen verliert das, was Skins sagen und machen, auch seinen exotischen Charakter. Es sind vielmehr Verhaltensweisen und Haltungen, denen man an jedem Arbeitsplatz, in jeder Kneipe begegnet, nur vielleicht nicht so akzentuiert.

Was wir als Mitarbeiter von Zentren machen können, in denen sich neue jugendkulturelle Strömungen als erstes nieder schlagen, ist weniger hier Bewußtseinsbildend zu wirken — denn Lebensperspektiven, die Alternativen darstellen, können wir auch nicht geben — sondern lediglich im Gespräch bleiben, Tuchfühlung halten. Was wir noch leisten können, ist eine Entmystifizierung von plakativen Jugendkulturen und die Durchlöcherung von Vorurteilen, um eine stärkere Trennschärfe für die tatsächlichen Bedrohungen in der Gesellschaft zu gewinnen und sich nicht durch die Vermarktung von Skins in der Presse zu sehr irritieren zu lassen. Enrico Demurray  
Wolfgang Gast

**KOMM.** Was bedeutet die Skin-Kleidung für Euch?

**Buster:** Mir gefällt das so herum zu laufen, weil die Leute schauen: oi was Neues. Wir haben unsere eigenen Klamotten, ha-



## Skins, Autonome und das KOMM Der Weg des Konflikts

ben unsere eigene Art zu leben und sind auch anders drauf. Skins sind eben wieder eine neue Jugendbewegung.

**Stefan:** Die Kleidung ist Arbeitskleidung. Zum Beispiel die ‚Doc Martin‘ Stiefel sind Arbeitsstiefel, auch die grünen Jacken sind Arbeitsjacken.

**KOMM:** Wie würdet Ihr Euer Lebensgefühl beschreiben?

**Buster:** Wir wissen halt, wo wir hingehören, wir drücken uns halt nicht nur mit Drogen ständig voll, um dann zu sagen die Welt ist Scheiße, es gibt keine Alternative zu diesem Leben. Aber es gibt jetzt auch schon eine ganze Menge Punks, die drauf einsteigen, es ist halt was Neues, was Sauberes. Skin sein ist z.B. ein perverses Gefühl zu haben, frisch rasiert mit einem Kahlkopf in die U-Bahn zu gehen und zu spüren, wie dich die Leute anschauen. Oder in der Masse zusammen, wenn du in der Gruppe bist, das Gruppen-Feeling ist eben schon was Spezielles. Wenn zum Beispiel 20, 30 Leute auf einmal herumlaufen, brauchen die gar nichts zu machen, die Leute sind total baff und wissen nichts mit uns anzufangen.

**KOMM:** Ali habe ich manchmal im Zentrum so mitbekommen, daß er voller Kraft steckte und nicht wußte wohin damit. Er hat dann lediglich auf einen Anlaß gewartet, eine Schlägerei anzufangen. Wenn man ihn dann daraufhin ansprach, meinte er, das sei „fun“ Was ist „fun“?

**Stefan:** Zum Beispiel Schaufenster einschmeißen, und Leute verprügeln kann auch Spaß machen.

**KOMM:** Es müssen aber schon die richtigen sein.

**Stefan:** Ja, zum Beispiel beim Fußball, da gibt es eben Leute, die sind genauso wie wir, die kommen nur aus einer anderen Stadt.

**KOMM:** Und die haben auch Spaß daran?

**Stefan:** Ja, bloß wenn wir auf die treffen, haben wir halt mehr Spaß. Ich bin auch nicht dafür irgendjemanden zu verprügeln, irgend so einen Idioten, aber die Leute machen es genauso wenn sie uns erwischen, das hat sich eben so entwickelt. Das ist bestimmt der falsche Gegner, aber da kann man halt die Sau am Wochenende herauslassen.

**KOMM:** Wenn man die richtigen Feinde nicht erwischen kann, dann muß man sich andere suchen, die man kriegen kann.

**Stefan:** Ja, sonst würde man die ganze Zeit bloß trübsinnig rumhängen. – Die ganze Langeweile. Du langweilst dich die ganze Zeit, die ganze Woche hast du nichts Geseheites zu tun, und Samstag beim Club

Bei der NDP-Kundgebung am 27. März 1982 in der Nürnberger Innenstadt zum Thema Ausländerstopp, erschienen 5 Skinheads, die einen Band-Übungsraum im KOMM hatten, auf der Seite der NPD. 800 Gegendemonstranten machten es unmöglich, die Kundgebung abzuhalten. Im Laufe der Auseinandersetzungen mit der Polizei, die die ca. 50 NPD-Kundgebungsbesucher von den Gegendemonstranten abschirmte, kam es zu mehreren Festnahmen.

Am selben Abend wurden die Skins von den Prolos (Autonomegruppe im KOMM) aus ihrem Übungsraum herausgeholt und auf der Straße in eine Schlägerei verwickelt. Auf der nächsten Vollversammlung (VV) im KOMM wurde nach einer heftigen Debatte, in der auch das Auftreten der Prolos gegenüber den Skins kritisiert wurde, ein unbefristetes Hausverbot gegenüber den auf der NPD-Kundgebung gesehenen Skins ausgesprochen.

Es folgten Veranstaltungen und Ausstellungen im KOMM zur Ausländerfeindlichkeit und rechtsradikale Strömungen in der Jugend, die aber, wie das immer so ist und inzwischen auch niemanden mehr verwundert, von denen, die es hauptsächlich betrafte, nicht besucht wurden.

Im November stellten die ausgeschlossenen Skinheads auf der VV den Antrag auf Aufhebung ihres Hausverbotes. Sie argumentierten, daß sie unpolitisch seien, aus der Vergangenheit gelernt, und nichts mit faschistischen Kreisen zu tun hätten. In der Diskussion setzte sich die Meinung durch, auch wenn man den Skins nicht alles glaube, es doch vorzuziehen

sei, das Hausverbot aufzuheben um dadurch Veränderungs- und Einwirkungsmöglichkeiten offen zu lassen und sie nicht durch eine Ausgrenzung unreichbar für andere Haltungen zu machen.

Nach diesem VV-Beschluß traten drei autonome Gruppen formal aus dem KOMM aus, d.h. sie kündigten ihren Gruppenstatus auf, blieben aber als Besucher nach wie vor präsent. Die dann folgenden Sprühaktionen im KOMM, wechselseitige Anpöbeleien, Koalitionen zwischen Punks und Skins gegenüber den Autonomen, denn die Punks fühlten sich angegriffen durch die Flugblätter der Autonomen, erzeugte ein gespanntes Klima im Haus, was vor allem davon Unbeteiligte abschreckte. Bevor sich jedoch die immer mehr hochgeschaukelte Aggressivität im KOMM in einem offenen „Bandenkrieg“ entlud, wechselten die Gegner.

Nicht mehr die Skins wurden von den Autonomen hauptsächlich angegriffen, jetzt standen die hauptamtlichen Mitarbeiter des KOMM in der Schußlinie, weil sie es zuließen, daß sich faschistische Gruppen im KOMM ausbreiten konnten, wie ihnen vorgeworfen wurde.

Die Skins hatten mittlerweile so an Zahl zugenommen, im Vergleich zum Frühjahr als es nur eine Handvoll gab, und mit der Zahl nahm auch die Vielfalt an politischen Haltungen zu, daß von einer einheitlichen politischen Einstellung nicht mehr gesprochen werden konnte. Über die Angriffe auf die Mitarbeiter des Hauses näherten sich Autonome und Skins wieder soweit an, daß sie sich tolerieren.

wird eben richtig gefeiert, du bist mit den Kumpels zusammen und abends geht's dann in die Kneipen und so.

**KOMM:** Ein Skinhead hat mal auf einer Diskussion im KOMM die These vertreten: In der BRD gibt es 4 Millionen Ausländer und wir haben zwei Millionen Arbeitslose, Ausländer raus, dann paßt es wieder!

**Stefan:** Mir nimmt kein Ausländer die Arbeit weg, weil die Arbeit, die die größten-teils machen müssen, die möchte ich sowieso nicht machen.

Ich habe auch grundsätzlich nichts gegen Ausländer – mein Vater war Jugoslawe, aber es gibt z.B. Türken, die sind ganz anders als wir; ich mein, könnte nicht mit lauter Pakistanis zusammenleben, weil das eben was ganz anderes ist, wenn es vielleicht weniger gäbe, und die mehr integriert wären, nicht so Ghettos wie in Gostenhof, wo jeder sagt: „Gostenhof, das ist ein Türkenviertel.“ Wenn in jedem Haus vielleicht nur eine Türkenfamilie wohnen würde, und die sich eben auch mit anpassen, dann wäre das auch ganz anders mit der Ausländerfeindlichkeit.

**KOMM:** Könnt Ihr Euch vorstellen, wie die Assoziationskette: „Skinheads – Faschismus“ zustande kommen kann?

**Buster:** Die Skins in England sind unheimlich nationalistisch, das sind schon „hard core“ Leute, die z.B. sagen, „English Government, English rules, English rose will never die!“ Wenn wir so etwas sagen würden, würden wir gleich in die rechte Ecke gedrängt und mit einem übersteigerten Nationalgefühl beschrieben werden. Wir werden ja auch in eine rechte Ecke gedrängt.

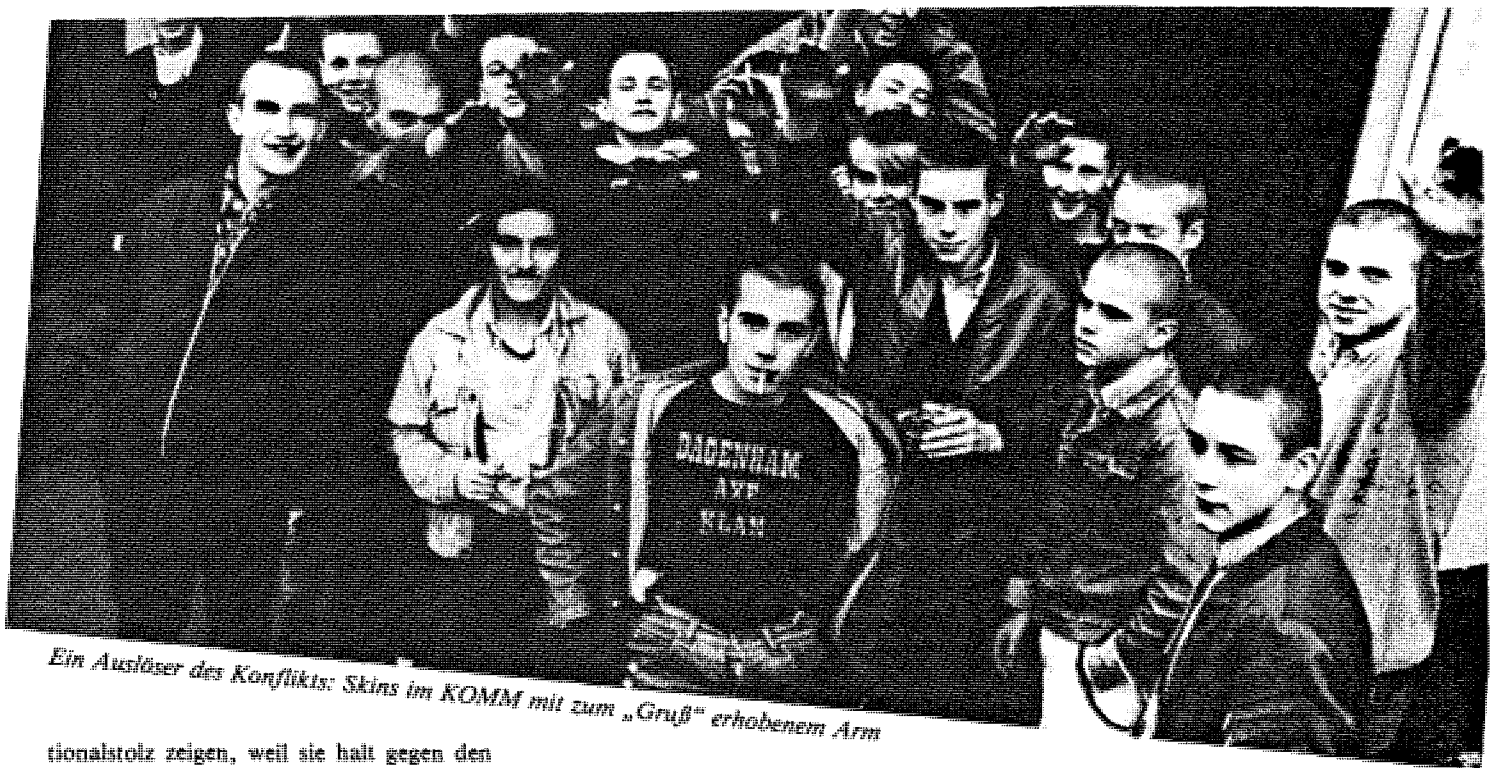
**Tom:** Letztes Mal hätte ich fast SPD gewählt, weil ich wußte, die CSU checkt es irgendetwas nicht, aber dann war ich halt doch zu faul zum Wählen.

**Buster:** Wir haben uns noch am Wahltag angerufen und haben gesagt: „Eh, du mußt noch die Grünen wählen.“ Ich meine, ich pack die Grünen auch irgendwie nicht, aber ich wähl sie halt. Ich fühl mich zwar dort auch nicht vertreten, aber in anderen Parteien noch weniger.

**KOMM:** Was verbindest Du mit dem Begriff „Deutsche Nation“, wie stehst Du dazu?

**Buster:** Ich meine, ich muß dazu stehen, weil ich in diesem Land lebe.

**Tom:** Ich will jetzt auch was dazu sagen, mein bißchen Nationalstolz ist doch gut, oder? Die Engländer können halt einen Na-



*Ein Auslöser des Konflikts: Skins im KOMM mit zum „Grüß“ erhobenem Arm*

tionalstolz zeigen, weil sie halt gegen den Adolf gekämpft haben, naja.

**KOMM:** Auf der Sylvesterfete im KOMM wurden Zettel verteilt, auf denen stand: „Kauft nicht bei Juden.“ Glaubt Ihr, daß was dahintersteckt, oder war es nur eine Provokation?

**Tom:** Nee, ich glaube schon, daß da Substanz dahintersteckt im Endeffekt

**Buster:** Von Nürnbergern ist da nichts verteilt worden. Ich grenz' mich nämlich schon gegen solche Sachen ab, ich glaube die anderen auch. Obwohl ich zugebe, daß wenn du auf irgendeinem Konzert „Sieg Heil“ brüllst, die Leute halt aussteigen und so. Für mich ist es halt auch nur Provokation, aber von den meisten Leuten wird es eben nicht als Provokation ausgelegt. Die sehen halt Skins, die „Sieg Heil“ brüllen – Faschisten, ganz klar! Aber, ob jemand ein Faschist ist, das kann ich nicht an zwei Worten festmachen und das ist das Problem.

**KOMM:** Und warum brüllt Ihr „Sieg Heil“?

**Buster:** Ganz einfach, weil es was anderes ist. Früher war ich mal ein echter absoluter Anarchist. Ich war recht dick mit den Ritzmännern (Autonomen-Gruppe) zusammen, aber ich steig halt nicht mehr so drauf ein, weil die halt genauso in ihrem Level drin leben. Und dann lebe ich halt woanders, genauso in meinem Level drin und habe aber mehr coole Leute um mich herum und nicht irgendwelche Leute, die das immer erst abwägen müssen.

**KOMM:** Glaubt Ihr, daß Skins von faschistoiden Kreisen als Schlägertrupps benutzt werden können?

**Buster:** Sicherlich, aber wenn du den Leuten dann bewußt machst, daß du nur der nützliche Idiot Deutschlands bist, und nicht Moskovs, sondern Deutschlands, dann checken die das schon. Ich hätte da überhaupt keinen Bock drauf und da steige ich

auch überhaupt nicht ein und ich glaube auch die anderen nicht. Wir sind schon ein paar mal gefragt worden, ob wir nicht Ordner auf der NPD-Demo machen wollen, mach ich nicht, – wieso auch?

**KOMM:** Würden Skins mitmarschieren, wenn die NPD eine Demonstration gegen Ausländer macht?

**Stefan:** Ich könnte mir vorstellen, daß es da Skins gibt, die mitlaufen. Ich würde jedenfalls nicht mitlaufen. Wenn ich an Frankfurt oder Hamburg denke, würde ich glauben, daß die da mitlaufen. Aber bei uns würde ich sagen, daß die nicht mitlaufen.

**KOMM:** Was für Träume, Ideale, Utopien habt Ihr?

**Stefan:** So direkt, daß ich was politisch verändern will, habe ich eigentlich nicht. Ich meine, ich würde schon mehr Wert auf Umweltschutz und so legen und vielleicht bessere Arbeitsplätze. So was stelle ich mir vor, aber ich bin eben politisch nicht irgendwo aktiv. Mal sehen, daß ich das Beste für mich heraushole.

**Tom:** Ich denk es wäre nicht schlecht irgendwann nicht mehr arbeitslos zu sein.

**Buster:** Unter meiner persönlichen Zukunft habe ich mir vorgestellt, daß ich mit ein paar Glatzköpfen eine Kneipe und einen Laden aufmache, wo die Skins ihre Klammotten kriegen. Also in gewisser Beziehung kleinbürgerlich, durchaus. Ich habe nicht vor, eine große Revolution zu starten, weil eine große Revolution immer zu Lasten des Volkes geht und das will ich gar nicht. Ich will, daß halt jeder die Möglichkeit hat, sich in dem Freiraum Demokratie zu ver wirklichen. Einer findet es halt geil, wenn er eine Frau und zwei Kinder und ein großes Auto hat und so, und wir finden es halt geil, wenn wir unsere eigene Freiheit haben und von niemandem, ganz egal von wem, abhängig sind.

**KOMM:** Glaubst du nicht, daß sich mit Fortschreiten der Krise diese Freiräume ver ringern werden?

**Buster:** Dann kommt es eben drauf an, daß die Leute zusammenhalten und einen, der halt nichts mehr verdient, mit durchbringen.

**KOMM:** Und die Ursachen, wieso es zur Krise kommt?

**Buster:** Ja, eben, da reden wir keinem was rein. Wenn einer meint, daß die NPD der einzige Weg ist, um aus der Arbeitslosigkeit herauszukommen, dann soll er das machen. Ich fühl mich halt dann mehr zu einer anderen Partei hingezogen.

**KOMM:** Aber es geht doch darum, welche Richtung sich durchsetzt.

**Buster:** Ja, ja, dann wird sich beweisen, ob die Skins beisammen bleiben, oder sich von irgendeiner Politik spalten lassen. Denn Skin ist für mich mehr Menschlichkeit als Politik.

**KOMM:** Warum werden Pakistanis von Skins in der U-Bahn gejagt? – Weil die englischen Skins das auch machen?

**Stefan:** Nein, das geht eben auch darum, daß sie z.B. deutsche Frauen anmachen in der U-Bahn, das haben wir erst gestern wie der gesehen.

**KOMM:** Das machen deutsche Männer genauso, und wie reagierst du bei denen?

**Stefan:** Deutsche, da gibt es halt viel mehr

**KOMM:** Ist es für dich das Gleiche, ob ein Deutscher oder ein Pakistani eine Frau anmacht?

**Stefan:** Das Gleiche ist es sicher nicht, z.B. die Pakistani die haben ja meistens keine Frauen da, das ist eben ihr Problem, aber wenn es ein Deutscher ebenso blöd bringt, dann gehört ihm genauso eins auf die Wafel gehauen. □

**Marcel Bühler**  
**Geschäft mit der Armut**  
**Pharmakonzerne in der Dritten Welt**  
*Frankfurt (medico international) 1983*  
*(200 Seiten, 19,00 DM)*

Um Geschäfte mit der Dritten Welt geht es in diesem Buch, also um jene Dinge, von denen unsere exportorientiert Wirtschaft lebt. Daß die sogenannte Dritte Welt dabei auf dem „freien Weltmarkt“ auf dem die Rohstoffe billig und die Fertigwaren teuer ge und verkauft werden, schon immer seit den vielfältigen Eroberungen durch die „entwickelten Länder“ den Kürzeren zog und quasi nur Anhängsel und Zulieferer von Grund- und Rohstoffen für den Markt der Industrieländer ist, ist bekannt. Also nichts Neues?

Im Gegensatz zu so vielen Büchern, die sich mit Medizin und/oder Medikamenten beschäftigen, versucht der Autor Marcel Bühler zuerst die Bedingungen aufzuzeigen, unter denen überhaupt Krankheiten entstehen, und führt dabei äußerst unmedizinisch vor allem Umweltbedingungen, Ernährung, Hygiene und gesellschaftliche Armut als Faktoren für den Gesundheits- bzw Krankheitszustand auf. Ausgehend davon untersucht Marcel Bühler, wie Arzneimittel im speziellen und welches Gesundheitswesen im allgemeinen den Bedürfnissen in den Ländern der Dritten Welt am nächsten kommen können.

Als Ergebnis kommt er zu dem Schluß, daß zur Abhilfe der Massenkrankheiten in der Dritten Welt, wie der hohen Kindersterblichkeit, der Infektions- und Parasitenkrankheiten, weniger Medikamente eine entscheidende Rolle spielen können als z.B. Hygiene, Wasser und eine ausreichende Ernährung.

Trotzdem werden Medikamente in die Dritte Welt verkauft, und das nicht gerade wenig, vor allem aus der Schweiz und der BRD, deren Exportgewinne zu einem großen Teil aus diesem Geschäft herrühren.

Dabei unterscheidet sich die Art der Medikamente kaum von denen in der BRD oder den anderen westlichen Ländern gebräuchlichen. An der Spitze stehen Antibiotika, Vitamine, Erkältungsmittel und Beruhigungsmittel.

Wie das? Nun, auch in der Dritten Welt gilt die Regel, daß nur derjenige die Ware bekommt, der das nötige Kleingeld hat. Und dieses nötige Kleingeld hat die dortige Oberschicht, die ihr Leben nach westlichem Muster in ähnlichem Wohlstand und mit ähnlichen Krankheiten lebt.

Nun sind auch schon relativ viele Veröffentlichungen darüber erschienen, daß diese Medikamente noch nicht einmal der Arzneimittelsicherheit des Landes, wo die neuen Medikamente ausprobiert werden – also der BRD – entsprechen und daß die Werbung dort noch mehr den Wunsch und Verkaufsvorstellungen des Herstellers nahekommt. Marcel Bühler greift aber nicht nur das noch einmal auf, sondern geht erstmals auf die Medikamente ein, die in Zukunft den Markt für die Pharmamultis darstellen sollten.

Denn selbst die meist doch recht reaktionären Regime, die in der WHO (World Health Organization) die Mehrheit haben, haben über diese ein Konzept gegen die allmächtige Ungesundheit der

Pharmakonzerne entwickelt: eine Liste der unentbehrlichen Arzneimittel, die – man höre und staune ganze 250 generics beinhaltet (man vergleiche die 100000 der BRD). Ein Abriss der Strategie der Blockfreien und der Gegenstrategien der Multis bilden den Abschluß des Buches.

Insgesamt kann man der Herausgeberin des Buches – medico international zu ihrem „Erstling“ nur gratulieren. Mit diesem Buch liegt die bestverständlichste und bestaufgebaute Auseinandersetzung über dieses Thema vor, die so auch für mit dem Medizin-Kauderwelsch absolut nicht Geübte zu verstehen ist.

*Helmut Schauf,*  
*Fachschaft Medizin Köln*



**SIPRI (Hrsg.)**  
**Atomwaffen in Europa.**  
**Nachrüstungsdruck und Abrüstungs-**  
**initiativen. Rüstungsjahrbuch '82/83**  
*Hamburg (rororo aktuell 5022) 1983*  
*(350 Seiten, 12,80 DM)*

Was die Analysen des SIPRI so interessant macht, ist neben der kontinuierlichen Untersuchung (mit weit längerer Erfahrung, als sie hiesige Friedensforschungsinstitute gemeinhin haben) seine Unabhängigkeit von westlichen Regierungen. Dies im Gegensatz zu anderen bekanntesten Quellen wie dem Londoner Institut IISS oder der amerikanischen ACDA, ganz zu schweigen von den Regierungsverlautbarungen (und wie viel hier gedreht werden kann, macht ja erst der jüngste Streit im Verteidigungsministerium um das neue Weißbuch deutlich). Dabei aber bleibt SIPRI durchaus in kritischer Distanz zur Sowjetunion, obwohl die Vorwürfe der Schönfärberei zugunsten der Sowjetunion von westlichen Regierungskreisen zahlreich sind.

Dennoch, der Nutzen des Buches erscheint mir heute geringer als der der Veröffentlichungen des Instituts vor vielleicht drei Jahren. Weniger, weil die Untersuchungen schlechter geworden wären, als vielmehr, weil in der Zwischenzeit eine doch große Zahl auch sorgfältiger Untersuchungen über Rüstung und vor allem Atomwaffen zur Verfügung steht. Für die meisten Menschen, die sich schon etwas mit der Problematik der Atomrüstung befaßt haben, scheinen mir spezifischere Fragen interessanter. Und dort, wo es über die Flut von Büchern hinausgeht, namentlich bei der Einschätzung der Abrüstungsverhandlungen, scheint es etwas naiv zu sein. Wohl werden die Vorschläge der beiden Supermächte geprüft und als nicht tragfähig verworfen, eine prinzipielle Kritik der Abrüstungsverhandlungen, die ja seit Jahrzehnten ohne greifbares Ergebnis geführt werden, findet aber nicht statt.

Ein wesentlicher Vorteil soll gleichwohl nicht unterschlagen werden: Dem üblicherweise ausschließlich mit Problemen Mitteleuropas konfrontierten Leser wird der Blick geweitet hin auf Chancen und Möglichkeiten einer atomwaffen-

freien Zone in Nordeuropa wie auch auf Fragen von Militarisierung und Rüstungskontrolle in Lateinamerika, dem einzigen Erdteil, für den es Vereinbarungen über Atomwaffenfreiheit gibt.

Zusammengefaßt: Für wenige Kundige sicher eine fundierte Lektüre über Atomwaffen, Abrüstungsverhandlungen, Weltwaffenproduktion und -handel (mit einem ausführlichen Abschnitt über chemische und biologische Waffen), für diejenigen, die sich schon häufiger mit diesem Problemkreis befaßt haben, ein Nachschlagewerk, auf das sich viele Menschen in ihrer Einschätzung zu Recht nach wie vor berufen. *gk.*

**Gabriele Herbert**  
**Das Einfache, das schwer zu machen ist.**  
**Selbstverwaltung in Jugoslawien. Ein**  
**Beispiel für die Probleme von**  
**Übergangsgesellschaften.**  
*Frankfurt (Verlag Neue Kritik) 1982*  
*(132 Seiten, 16,00 DM)*

Die Autorin, die fünf Jahre in Jugoslawien gelebt hat, beschreibt in diesem Buch anschaulich und kenntnisreich den Aufbau der jugoslawischen Gesellschaft und die Probleme der Selbstverwaltung dort. Ihr Ausgangspunkt ist der Widerspruch zwischen „anarchischer Spontaneität des Marktes und bewußter zentraler Planung“ (S. 12), den eine sozialistische Gesellschaft zu organisieren hat. Dieser Gesichtspunkt taucht auch im weiteren immer wieder auf, wird aber nicht theoretisch vertieft – von den beiden Anfangskapiteln abgesehen, die aber mehr eine Reminiscenz an die Diskussion zwischen 1968 und 1973 darstellen. Dann folgen drei Kapitel zu einigen historischen Gesichtspunkten, die für die Entstehung der Selbstverwaltung Bedeutung haben (Tradition der Südslawen, Volksbefreiungskrieg, Kollektivierungsversuche bis 1951), wobei die Darstellung der Sowjetunion als Bösewicht etwas grobschlächtig geraten ist. Der Hauptwert des Buches liegt im zweiten Teil mit der Beschreibung der Absichten und Funktionsweise der Selbstverwaltung und der Grundlage der Verfassung von 1974 und des Gesetzes zur vereinten Arbeit. Dieser Teil gibt auch einen Einblick in die Diskussion unter jugoslawischen Wissenschaftlern über die Auswirkungen der Selbstverwaltung auf die Struktur der Gesellschaft – eine Diskussion, die, wohl auch unter dem Einfluß der „Praxis-Gruppe“ oft etwas „soziologisch“ gerät. Davon geprägt ist auch das Einleitungskapitel zum dritten Teil über das Bewußtsein verschiedener gesellschaftlicher Gruppen über die Selbstverwaltung. Im übrigen diskutiert dieser Teil sehr interessant die Probleme in der Funktionsweise der Selbstverwaltung. Hierbei tritt das Problem der Koordination der Selbstverwaltungseinheiten und der zentralen Planung wieder auf, da ja keiner einzelnen Einheit durch einen zentralen Plan etwas verordnet werden soll. Unter diesem Gesichtspunkt werden unter anderem die Investitionspolitik, die Rolle der Banken dabei, die Arbeitsproduktivität, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Einkommensverteilung zumindest angesprochen. Das Buch ist in kritischer Sympathie mit Jugoslawien geschrieben und in dem Bewußtsein, daß der Sozialismus „nichts anderes (ist) als der historische Prozeß der Überwindung der Klassengesellschaft“ (S. 17). *jüs*



Die politischen Zeitschriften befassen sich in ihren März/April-Nummern mit den Ergebnissen der Bundestagswahlen. Gab's vorher einige Hoffnung auf eine negative Mehrheit links von der CDU, so riefen die tatsächlichen Ergebnisse einen gelinden Schock hervor. Dirk Schneider und Birgit Arkenstette haben in der **MOZ** ihre Impressionen von der ersten Fahrt zur grünen Fraktionssitzung am Tag nach der Wahl niedergeschrieben:

„Wir sind der Berliner Beitrag zum grünen Sauerzeug im 10. Deutschen Bundestag. Sturm bläst uns entgegen. Westwind. Schwarze Wolken treiben. Das Radio krächzt: Der Wähler hat entschieden. Er wollte die Wende, den Aufschwung – er wollte Birne.“

In schweren Zeiten haben die Menschen schon immer am Himmel abgelesen, welche Stunde geschlagen hat.

Da sieht es eher komisch aus, wenn hinter dem Kommentar das geflügelte Wort aus der Wahnacht, grau gerastert, schwarz gerahmt und mit einem Stern versehen für die Ewigkeit festgehalten wird:

„Wir werden dem Wunder am Rhein ein Wunder des Widerstands folgen lassen.“ Etwas merkwürdig ist die zunehmend metaphysische Tönung politischer Stellungnahmen schon.

Die Zeitschrift **Sozialismus** meint in ihrer Märznummer zu dieser Ankündigung:

„Die Grünen haben außerparlamentarisch den verstärkten Widerstand gegen den Ausbau des christdemokratischen Sicherheits- und Rüstungsstaates angekündigt. Tatsächlich sind die Gestaltungsmöglichkeiten als parlamentarische Opposition mehr als begrenzt (Anfragen, parlamentarischer Untersuchungsausschuß, Veröffentlichung aller Arten von Auswüchsen aus Bürokraten- und Regierungshirnen, konstruktive Alternativen). Aber zu oft ist diese Belebung der Basisaktivitäten in letzter Zeit bloß angekündigt worden, so daß es mit der Wirkung solcher Kraftsprüche nicht weit her ist. Wahrscheinlicher ist vielmehr, daß sich die Entwicklung zur konsolidierten Partei bei den Grünen mit großem Tempo fortsetzen wird.“

**Sozialismus** erwartet nicht, daß die Grünen als Dank für Wahlunterstützung „eine freundliche Einladung an alle nichtgrünen Grüppchen und Strömungen“ richten.

„Dennoch: Mit Ausnahme von DKP, GIM und Maoisten (?) haben die Linken in der Bundesrepublik die Kandidatur der Grünen unterstützt und sie gewählt. Die Linken werden die Grünen auch ohne ausdrückliches Angebot zur Mitarbeit auf dem weiteren Weg kritisch begleiten müssen.“

Seit der letzten Nummer haben sich bei **Sozialismus** die Zeichen geändert. „Grüner Lichtblick“ steht diesmal auf der Titelseite.



Dagegen heißt es im Inneren nicht ohne Fragezeichen „Der Tanker wendet“ Im Januar waren die Zeichen noch andersrum gesetzt. Werden nach dem euphorischen Altwiebersommer der Demokratischen Sozialisten und dem winterlichen Flirt mit der Sozialdemokratie jetzt also den Grünen Avancen gemacht?

Alles andere denn ein „Wunder am Rhein“ sieht Joachim Hirsch im Wahlergebnis. In seinem Kommentar für die Aprilnummer von **Links** schreibt er:

„War dies nun eine spezielle Krisenwahl, ein unplanmäßiger Ausschlag des politischen Konjunkturbarometers, oder einfach die Rückkehr zur bundesrepublikanischen Normalität nach dem Ende der SPD-Episode? Meine These ist, daß die Wahl tatsächlich den Beginn einer sehr tiefgehenden Neuformung der gesellschaftlichen Fronten und der parteipolitischen Konstellation in der BRD ausdrückt. Nicht die Rückkehr zum politischen Biedermeier der fünfziger Jahre, sondern die harten Umwälzungen und Konflikte der achtziger und neunziger Jahre kündigen sich hier an.“

Für Hirsch ist das „keynesianische Zeitalter eben zu Ende und mit ihm auch diese Form von Sozialdemokratie“ Statt dessen zeichnet sich nach seiner Meinung die auch von der Sozialdemokratie beschworene „Ellenbogengesellschaft“ ab, für die die Unionsparteien und ihr FDP-Anhängsel das „entschieden modernere Konzept hätten.“ „Rette-sich-der-kann. der Stärkere.“

Die „tiefgehende Neuformung der gesellschaftlichen Fronten“ wird auf der Ebene der Parteien in einer Frontstellung der Grünen gegen alle anderen geschehen:

„Das eigentlich dramatische Ergebnis der Wahl liegt mithin darin, daß die *einzig* Partei, die über ein halbwegs plausibles – wenn auch im einzelnen kritisierbares und insgesamt vages demokratisches, egalitäres und den anstehenden Problemen gerecht werdendes Konzept verfügt, gerade eben über die fünf Prozent gekommen ist. Es gibt im neuen Bundestag nur *eine* reale Oppositionspartei, und diese ist verschwindend klein, ohne unmittelbaren Einfluß auf die politischen Entscheidungen.“

Hirschs Schlußfolgerungen: „Die Stärke und das Wachstum der Grünen laufen nicht über taktische Stimmaximierung und eine abstrakte Öffentlichkeit, sondern bleiben abhängig von der Entwicklung der Oppositionsbewegungen und der alternativen Kulturen. Kulturelle Revolutionen brauchen

indessen ihre Zeit. Dramatisch an der gegenwärtigen Situation ist die Gefahr \*daß all dies von den Auswirkungen der ökonomischen Krise und neokonservativer Politik bald überrollt und zunichte gemacht werden wird. Das Ergebnis wäre eine barbarisierte Gesellschaft, gegenüber der die Adenauerzeit noch als sanfte Idylle erscheinen könnte.“

Alternativer Parlamentarismus ist kein Spiel mehr. An den Grünen hängt eine Verantwortung, um die sie nicht zu beneiden sind. Aber das gilt nicht nur für sie.“

Aber damit ist bloß ein unlösbarer Zirkel beschrieben, bei dem die Frage bleibt, ob er der Wirklichkeit selber oder ihrer mangelhaften Analyse entspringt. Stimmt es, daß es jenseits der grünen Partei nur eine reaktive Ansammlung von Parteien gibt, stimmt es, daß die gesellschaftlichen Fronten zwischen den verschiedenen Sektoren der Ellenbogengesellschaft auf der einen Seite und den „alternativen Kulturen“ auf der anderen Seite verlaufen?

Um zur März/April-Nummer der **MOZ** zurückzukommen. Ebermann/Goltermann schreiben in ihren „Bemerkungen“ zum Ergebnis der Bundestagswahl:

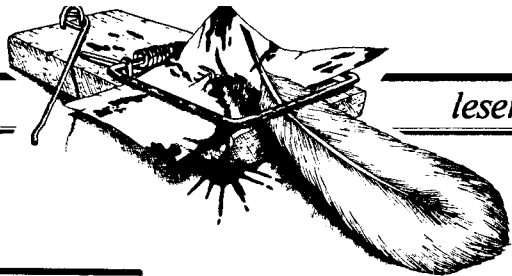
„Solange Grüne und/oder SPD kein glaubwürdiges Konzept gegen die Wirtschaftskrise (vor allem gegen die Arbeitslosigkeit) und gegen die Interessen des großen Kapitals entwickeln und im Volk verankern, wird eine Bevölkerungsmehrheit auf's Kapital setzen. Denn von ihm erhält es (mehrheitlich) bisher Arbeit und Lohn. Ersatzquellen sind nicht in Sicht. So einfach ist das.“

Im Parlament sehen sie die Möglichkeiten für ein Bündnis mit der Sozialdemokratie blockiert, weil sich die Sozialdemokratie dort durch Scheinopposition darauf konzentrieren könne, die Wählerschichten der Grünen als Wählerpotential zurückzuerobieren.

„Anders in der Wirtschaftspolitik. Die spielt sich nicht nur im Parlament ab, sondern auch in freier Wildbahn. Und darauf ist der Sozialdemokratie wegen ihrer Dominanz in den DGB-Gewerkschaften und der DAG ein gesicherter Einfluß geblieben. Ihn zugunsten einer neuen Wirtschaftspolitik einzusetzen, muß die Sozialdemokratie von den Grünen gedrängt werden.“

Solcher „Realismus“ kann einen auch nicht gerade hoffnungsvoll stimmen. Die alten Fragen von Reform und Revolution, von Einheit und Widerspruch in einer gemeinsamen Front holen die Linke wieder ein, zu einem Zeitpunkt, zu dem diese Fragen längst für überholt erklärt worden waren. Den Politikern die Reform und die Einheit, den Aktionisten und Denkern die Utopie und der Widerspruch, mit dieser Arbeitsteilung könnte man sich nur scheinbar einrichten. □





## Zimbabwe — mal wieder ein gescheitertes Modell?

Zum Artikel „Zimbabwe fast drei Jahre unabhängig — Jubel, Ernüchterung, Enttäuschung?“ von Thomas Frank in Kommune Nr. 1

Thomas hat mit sich seiner Überschrift auf die Ernüchterung und Enttäuschung der Menschen in Zimbabwe bezogen. Daß deren hochgespannte Erwartungen nicht voll erfüllt wurden und werden konnten, ist sicher richtig und war unvermeidbar. Aber sie haben diesen Prozeß des Unabhängigwerdens ja auch zum ersten Mal mitgemacht. Aber wir, die wir diesen Prozeß jetzt zum x-ten Mal beobachten und glauben, ihn zu analysieren, müßten eigentlich diesen Punkt inzwischen hinter uns gebracht haben.

### Die Reformen nach der Unabhängigkeit

Thomas nennt die drei wichtigsten Reformen, die nach der Unabhängigkeit die Lebensbedingungen der breiten Massen wesentlich verbessert haben:

- die Einführung der Mindestlöhne und ihre schrittweise Anhebung
- die Abschaffung des Schulgeldes für die Primary School und die entsprechende Verdreifachung der Schülerzahlen,
- die kostenlose medizinische Versorgung für alle, die unter 150 \$ im Monat verdienen, d.h. für über 80% der Bevölkerung.

Thomas nennt dies etwas abqualifizierend nur Reformen, auch wenn er ihre große Bedeutung für die Bevölkerung betont. Doch in Wirklichkeit ist es schon ein wenig mehr. Zumindest zwei dieser Reformen zielen auf strukturelle Probleme des Landes: Die Öffnung der Schulen ist ein wichtiger Schritt zur Überwindung der Spaltung der Gesellschaft in Schwarz und Weiß. Und die Einführung der Mindestlöhne ist ein Schritt in der Veränderung des Verhältnisses zwischen Stadt und Land (und folgt darin den Empfehlungen der Riddell-Kommission, die angeblich so sehr mißachtet werden). Denn bisher subventioniert noch das Land die Stadt, indem es für die Ernährung der dort zurückbleibenden Alten und Kinder sorgt. ( )

### Die Kritik an den Reformen. Das angebliche Fehlen struktureller Veränderungen

In seiner Kritik an den Reformen der Regierung vergißt Thomas wichtige Prozesse und Veränderungen, teilweise leugnet er sie ausdrücklich. So hat die Regierung durchaus Anstrengungen unternommen, um auf die Industrie Einfluß zu nehmen.

Es wurden bisher nicht nur ein Medienkonzern und eine Bank verstaatlicht. Die Regierung hat auch den größten Pharmakonzern aufgekauft, um die kostenlose medizinische Versorgung wirtschaftlich abzusichern, und es ist ihr gelungen, die Medikamentenpalette erheblich zu reduzieren, entsprechend den Leitlinien der WHO. Weiterhin hat sie sich in die größte Busgesellschaft eingekauft. Und außerdem wurde die Mineral Marketing Corp. gegründet, über die der gesamte Verkauf von Bodenschätzen ins Ausland läuft, um so den Devisenschiebern der Multis einen Riegel vorzuschieben.

Wichtiger für die Gesamtentwicklung scheint mir aber die Entwicklung auf dem Lande und die Genossenschaftsbewegung. Ich sage hier bewußt Genossenschaftsbewegung, auch wenn Thomas meint, von Genossenschaften würde nur geredet und ansonsten gebe es zwei Renommierprojekte, die in ihrem urchristlichen Sendungsbewußtsein und ihrer Askese aber völlig untypisch seien, wie er auf einer Veranstaltung in Frankfurt sagte. Ich habe es mir auch nicht nehmen lassen, eines dieser Wunderprojekte zu besuchen und war sowohl von der Härte der Lebensbedingungen hier mitten im *Communal Land* beeindruckt wie auch von dem, was hier inzwischen aufgebaut wurde und was weiter geplant ist, um die Situation in der Umgebung zu verändern (z.B. durch Aufbau eines Ausbildungszentrums für Nähen, Holz- und Metallverarbeitung). Aber es stimmt einfach nicht, daß es nur diese beiden Vorzeigeprojekte gibt. Es gibt eine Vielzahl von Kooperativen, große und kleine, die auch auf eigenen Füßen stehen und sich zumeist mit Landwirtschaft beschäftigen. Und ich spreche hier von Bewegung, weil diese Frage überall diskutiert wird, allerdings – und das ist eine sehr große Einschränkung – fast nur in der Scene, wenn man diesen Ausdruck mal verwenden darf. Mit Scene meine ich hier Jugendliche und besonders ehemalige Befreiungskämpfer aus denen sich die Kooperativen auch zum größten Teil rekrutieren. Zum einen haben sie hierfür die besten Voraussetzungen: Mit der Ablösung, die sie bei ihrem Ausscheiden aus der Armee kassieren, haben sie ein gewisses Startkapital, und bei der Landvergabe werden wie bevorzugt. Und politisch ist bei ihnen natürlich eine solche Bereitschaft am ehesten zu erwarten, und sie haben auch Erfahrungen der kollektiven Arbeit in der Armee gemacht. ( )

Und es gibt auch eine Vielzahl von Ansätzen kooperativer Arbeit bei Frauen, die zusammen nähen oder weben, um sich so aus der finanziellen Abhängigkeit von den Männern etwas zu befreien, oder auch der Marktfrauen von Harare, die versuchen, den Zwischenhandel auszuschalten, der dann versuchte, den Frauen die Transportmittel zu nehmen. Und es gibt 4000 bis 5000 informelle Selbsthilfegruppen, die sich zumeist mit Bezugs- und Absatzgeschäften befassen und gemeinsam sparen. (Vgl. *Entwicklungspolitische Korrespondenz* 4/82)

Im Verhältnis zur Gesamtgesellschaft sind diese Kooperativen sicher wenige, aber es war auch nicht zu erwarten, daß die jahrhundertalte Produktionsweise der Bauern sich so plötzlich ändern läßt. Politisch sind sie sehr wichtig, und sie werden auch von ihrer Umgebung so gesehen. Es ist unbegreiflich, wie Thomas dies mit einer Randbemerkung abtut. ( )

Thomas beschreibt ausführlich die Probleme der Landwirtschaft und die Bedeutung der weißen Farmen. Und hier liegt auch das Hauptproblem für eine schnellere Durchführung des Resettlementprogramms. Wenn die Produktion auf

dem gegenwärtigen Niveau gehalten werden soll, fehlen einfach die entsprechenden Fachkräfte und Kooperationsformen. Die einfache Ansiedlung von Bauern würde z.B. die vorhandenen Bewässerungsanlagen zerstören. Dies ist auch ein wirtschaftlicher Grund, warum Kooperativen so wichtig sind. Zimbabwe ist das einzige afrikanische Land südlich der Sahara, das Nahrungsmittel exportieren kann, wenn man mal von Südafrika absieht, das diese Fähigkeit auch massiv versucht auszunutzen. Der Nahrungsmittelüberschuß Zimbabwes ist für alle Frontstaaten von größter Bedeutung. Der Regierung ist dieser Überschuß so wichtig, daß sie den Ankaufpreis für Mais höher festgesetzt hat als den Wiederverkaufspreis. Das kommt sicher nicht nur den schwarzen Bauern zugute, sondern mindestens ebenso sehr den weißen Farmern. Und es zeigt einen wichtigen Teil des Entwicklungskonzepts dieser so „konzeptionslosen“ Regierung: die Selbstversorgung in der Ernährung zu gewährleisten.

Ein weiterer wichtiger Punkt dieses Konzepts ist die Entwicklung der *Communal Lands* wie u.a. die Entwicklung der *Growth Points* (Orte des Wachstums oder Aufbaus) mit Schule, Krankenstation, Mühle, Laden und Ankaufstelle für die Ernte, Telefon und anderen Basisrichtungen und möglichst auch der Entwicklung eines kleinen Gewerbes.

### Gesellschaftliche Entwicklung und Klassenfrage

Zur „Konzeptionslosigkeit“ der Regierung kann ich nur entgegnen, daß sie ihr Schwergewicht eindeutig auf die Landwirtschaft und die Entwicklung der *Communal Lands* legt und daß sich ihr Konzept in vielerlei Hinsicht darin von vergleichbaren Ländern unterscheidet, z.B. in der Festsetzung der hohen Aufkaufpreise für Grundnahrungsmittel, während z.B. Mozambique lange versuchte, auf Kosten der Landwirtschaft zu akkumulieren. Aber natürlich gibt es viele Widersprüchlichkeiten in dieser Politik, und der Drei-Jahresplan steht immer noch aus.

Ich glaube, die entscheidende Frage ist, welche Erwartungen man in die Politik der ZANU hat und an welchen Gesellschaftsvorstellungen man sie mißt. Die ZANU war und ist ein Klassenbündnis, darin bin ich mit Thomas einig. Darin war sicher nie die Arbeiterklasse dominant, gerade in den Städten war die ZANU organisatorisch kaum präsent. Quantitativ überwogen die Bauern, und die Führung besteht zum größten Teil aus Intellektuellen, die in der kolonialen Unterdrückung radikalisiert wurden. In vielerlei Hinsicht sind heute noch die Bauern politischer als die Arbeiter, sichtbar z.B. in der Bereitschaft, gemeinsam anzupacken beim Schulbau. Und aus der Intelligenz wächst eine nationale Bourgeoisie heran, die – da sie nicht über das Kapital verfügt – auf einen Staatskapitalismus angewiesen ist, den sie dann ideologisch als Sozialismus verbrämt. Nicht umsonst bezeichnen sich fast alle afrikanischen Politiker als Sozialisten, von Sادات bis Kaunda. Was sie damit meinen, ist einfach eine vom Staat kontrollierte Wirtschaft.

Damit ist das Klasseninteresse der Intelligenz beschrieben.

Die führenden Politiker Zimbabwes meinen sicher auch etwas anderes, zumindest zum größten Teil, wenn sie von wissenschaftlichem Sozialismus sprechen, vom Marxismus-Leninismus und den Mao Zedong-Ideen. Aber welche Gesellschaftsform ist in einem solchen Land überhaupt möglich, bei der gegebenen Stärke und Bewußtheit der Klassen, den wirtschaftlichen Bedingungen und dem lebendigen Erbe aus vorkapitalistischer Zeit? Sozialismus als Übergangsgesellschaft im Marxschen Sinne sicher nicht. Sozialismus können wir ja kaum für unser eigenes Land beschreiben.

Den zimbabweschen Politikern ihren sozialistischen Anspruch um die Ohren schlagen, ist vielleicht als moralischer Appell berechtigt. Aber als Maßstab für die Entwicklung des Landes taugt der Sozialismus nicht – es sei denn, man definiert, was man hiermit meint.

Die Frage nach der Gesellschaftsformation in Ländern der Dritten Welt ist theoretisch noch nicht beantwortet. Ich kann mir – als günstigsten Fall – eine staatskapitalistische vorstellen mit einer sehr patriotisch-antiimperialistischen Führung und starken demokratischen Strukturen. Aber eine solche Vorstellung bleibt blaß und muß es wohl bleiben, auch wenn man sicher noch einiges ergänzen kann über Kooperativen usw.

In jedem Fall werden in einem solchen Staat Konflikte aufbrechen, wo es gilt, die Partei der Massen gegen den Staat zu ergreifen. Das ergibt sich einfach aus der unsicheren gesellschaftlichen Struktur. Andererseits ist die Stabilität dieser Staaten oft sehr wichtig als Bastion im anti-

imperialistischen Kampf. Wofür man sich entscheidet, kann man sicher nur konkret diskutieren (z.B. hinsichtlich des Nicaragua-Miskito-Problems oder des Angola-Konflikts).

Wenn es keine Theorie der Revolution in den Ländern der Dritten Welt gibt (ich meine nicht die national-demokratische des Befreiungskampfs, sondern der folgenden demokratischen und wirtschaftlichen Transformation), kann man Zimbabwe nur als weiteres Experiment auf diesem Wege betrachten. Und dieses Experiment scheint mir bisher noch optimal gelaufen:

Wenn es keine Theorie der Revolution in den Ländern der Dritten Welt gibt (ich meine nicht die national-demokratische des Befreiungskampfs, sondern der folgenden demokratischen und wirtschaftlichen Transformation), kann man Zimbabwe nur als weiteres Experiment auf diesem Wege betrachten. Und dieses Experiment scheint mir bisher noch optimal gelaufen: Es gibt noch keine unheilbaren Brüche in der Gesellschaft (den Konflikt im Matabeleland müßte man gesondert diskutieren, auf jeden Fall ist es aber kein Klassenkonflikt), aber es gibt wichtige Schritte der wirtschaftlichen Umgestaltung, demokratische Strukturen und Bewegungen, die auch stark von der Basis ausgehen. Und auch die ZANU ist bisher noch eine Partei, die die Dynamik des gesellschaftlichen Prozesses fördert und die nicht zur bürokratischen Staatspartei erstarrt ist. Man darf sie freilich nicht am Anspruch der unfehlbaren ml-Partei messen. Auch wenn sie den selbst manchmal behauptet, war sie das nie und konnte es auch nie sein. Die Probleme waren zu erwarten – das Besondere an Zimbabwe ist bisher der relative Erfolg der Revolution.

Bernhard Kohaupt  
Arbeitskreis Dritte Welt Frankfurt

Das müßte aber ein Hinderungsgrund sein, mit Begriffen wie „Souverän“ so verantwortungslos umzugehen, wie im Editorial der Februarnummer. Und müßte ein Grund sein, nicht nur vor den Gefahren eines abstrakten und verblasenen, prinzipienreiterischen Antiparlamentarismus zu warnen, sondern auch die Gefahren eines konkreten, massiven, opportunistischen Parlamentarismus zu sehen. Offenheit, gut und schön, aber ohne Bestimmtheit, ohne erkennbaren eigenen, revolutionären Standpunkt, führt sie ins Szene-Gelaber. Daran besteht kein Bedarf.

Ansonsten konstatiere ich, in der Aufmachung, in den Themen, durchaus Fortschritte. Ob sie ausreichen, hängt aber schon an dem, ob die Zeitschrift eine revolutionäre Linie einschlägt oder eine prinzipienlose. Ich wünsche ihr natürlich ersteres und viel Erfolg!

Jürgen Walla, München



### Fragen der Friedensbewegung

Frankfurt: Wochenendseminar der Arbeitsgruppe des KBW Diskussion über verschiedene Modelle alternativer Verteidigung, vor allem von Spannoch, Löser u.a. in Ergänzung zu den Vorstellungen von Horst Afheldt. Entwicklung einiger Thesen zur alternativen Verteidigung anhand einer Vorlage, die bis zum Seminar erstellt wird. Das Seminar findet am 24./25.4. in der Mainzer Landstr. 147 statt. Es beginnt am Samstag um 14.00 Uhr. Anmeldung: bei G. Kruse, Tel.: 0611/73 3256

### Genfer Verhandlungen: Erfolg oder Beruhigungsspiel für die Friedensbewegung?

Düsseldorf: Diskussionsveranstaltung der Friedensinitiative für Abrüstung und Blockfreiheit, in Zusammenarbeit mit den Grünen Düsseldorf. Mit Klaus Segbers, SB und Willi Pressmar KBW 21.4.1983, 19.30 Uhr Büro der Grünen, Volksgartenstr. 35

### Selbstverwaltung in Jugoslawien – Aufbau, Erfahrungen und Probleme

Karlsruhe: Wochenendseminar des KBW Das Buch von Gabriele Herbert „Das Einfache, das schwer zu machen ist“ Frankfurt 1982, wird gelesen und diskutiert. 23./24. April, Beginn Samstag, 14.00 Uhr Schützenstraße 63 (Hinterhaus)

### Wende in Bonn – Folgen und Folgerungen

Karlsruhe: Diskussionsveranstaltung mit Joscha Schmierer. 29. April, 20.00 Uhr, Gaststätte „Tivoli“ Ecke Nebeniusstr. Ruppurtstr

### Kapitalschulung Band 2 und 3

Frankfurt: Der KBW führt vom 6. 18. August 1983 eine Kapitalschulung (Band 2 und 3) durch. Alle Interessierten, die sich schon einmal mit dem Band 1 beschäftigt haben, können daran teilnehmen. Die Bände 2 und 3 werden abschnittsweise gemeinsam gelesen und diskutiert. Die Schulung soll jeden Tag von ca. 9.00 bis 19.00 Uhr stattfinden. Die Kosten betragen ca. 10 DM pro Tag für die Verpflegung. Für die Übernachtung wird Unterbringung in Privatwohnungen angestrebt. Deshalb sollen sich Interessenten/innen möglichst bis zum 30.4. anmelden. Auch diejenigen, die noch nicht ganz sicher sind, ob sie zu diesem Termin wirklich können, sollen sich unter Vorbehalt schon melden. Anmeldung unter Tel. 0611/730231 bei Jürgen Schwemann oder schriftlich an KBW Mainzer Landstr 147 6000 Frankfurt 11.

## Wahlergebnis mehr Ausdruck von Unterdrückung und Hilflosigkeit?

Zum Artikel „Zur Wählerbeschimpfung kein Anlaß“ von Joscha Schmierer in Kommune Nr 3

Herzlichen Glückwunsch zu Joscha Schmierers Artikel auf maoistischer Linie: „Die wahren Helden sind die Massen, wir selbst aber sind oft naiv bis zur Lächerlichkeit.“ Ganz meine Meinung. Trotzdem hätte es gut getan, nicht nur zu sehen und zu verstehen, was diese Wähler – mit einleuchtenden Gründen nicht gewählt haben, sondern auch, was sie gewählt haben. Unter anderem die Parole: „Unser Land gemeinsam in Ordnung bringen“ nebst den Politikern, die mit dieser Parole waren, und deren Politik nun beileibe keine unbekannte Größe ist. Ganz so blöd sind die Leute auch wieder nicht, obwohl es manchmal den Anschein hat, daß sie nicht wußten, was sie unter Adenauer erlebt haben.

Sowieso seltsam, in der Februarnummer wird mitgeteilt, der Souverän habe das Wort. Im März hat sich herausgestellt, daß der Souverän mal wieder den Einflüsterungen seiner Hof-Eunuchen geglaubt hat, die ihn sowieso die ganze Zeit schon belügen und betrügen. An der Souveränität wird nicht gezweifelt. Zur Wählerbeschimpfung kein Anlaß.

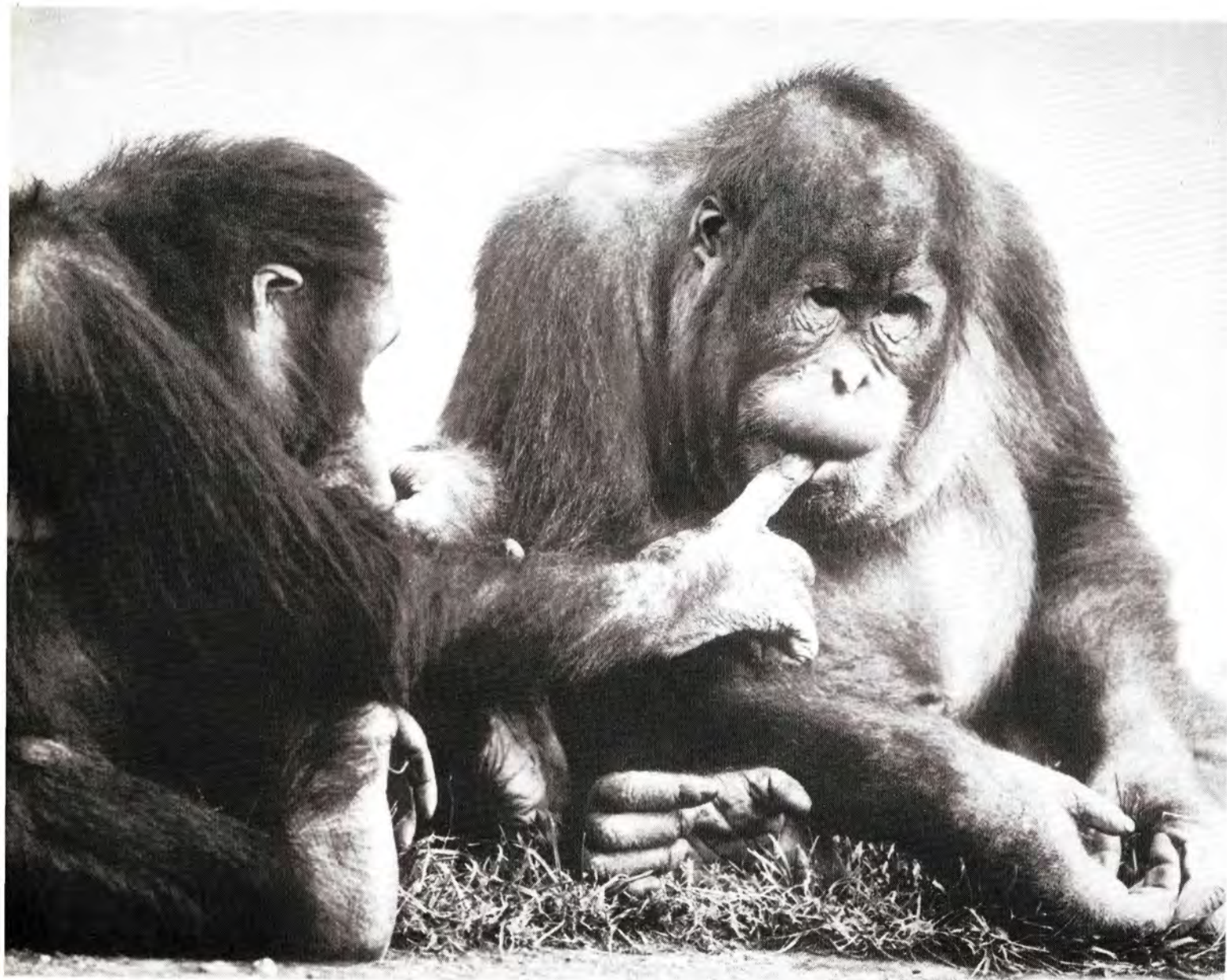
Für mich ist dieses Wahlergebnis nicht Ausdruck von Souveränität und Bewußtsein, viel-

mehr von Unterdrückung und Hilflosigkeit. Gewiß auch den Oppositionellen und den Revolutionären geschuldet, die, so betrachtet, wirklich keinen Grund haben, die Wähler zu beschimpfen. Vielleicht lieber selbst über den Begriff der Volkssouveränität nachdenken sollten und über die Frage, inwieweit sich die in Parlamentswahlen offenbart oder nicht. Und sich vielleicht an Forderungen von Rechenschaftspflicht und jederzeitiger Abwählbarkeit erinnern sollten. Daß für dieses Programm seinerzeit nicht gerade viele Leute gestimmt haben, hat schon unsere eigene Unreife und unser Unvermögen, das Parlament zu nutzen, als revolutionäre Organisation(en) offenbart, aber nicht nur Gezeigt hat sich auch, wie wenig „die Leute“ „der Souverän“ „die Massen“ (alles Zitate aus der *Kommune*, 2), warum nicht: die Arbeiterklasse, ihre Lage verstanden haben.

Das sollte doch ein Ansporn sein, zu mehr Verständnis beizutragen, ich hoffe, die *Kommune* verfolgt dies. Forum verstehe ich jedenfalls nicht so, wie Hyde-Park, daß jeder mal sagen darf, was er so denkt. Sondern so, daß die Herausgeber Kommunisten und Revolutionäre sind.



# Die *Kommune* fühlt allem auf den Zahn



## Jetzt bestellen! **Kommune**

Ja, ich bestelle . . . . Abo(s) ab Heft . . . .

Vorname / Name

Straße / Haus-Nr.

Postleitzahl / Wohnort

Zustellpostamt

Jahresabo der Kommune (12 Ausgaben) DM 60,00

Halbjahresabo der Kommune (6 Ausgaben) DM 30,00

Förderabonnement der Kommune DM 100,00

Jahresabonnement Ausland DM 70,00

Scheck / Bargeld liegt bei  Einzugsermächtigung liegt bei

Überweisung auf das Postscheckkonto BUCHVERTRIEBHAGER  
Kto. Nr. 187 490-607 Ffm.

Garantie: Diesen Abonnementauftrag kann ich innerhalb einer  
Woche schriftlich widerrufen.

Datum / Unterschrift

## Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich,  
den von mir zu entrichtenden Betrag bei  
Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzu-  
ziehen.

Konto-Nr.

Bankleitzahl

Geldinstitut

Ort

Wenn mein Konto die erforderliche  
Deckung nicht aufweist, besteht seitens  
des kontoführenden Geldinstituts keine  
Verpflichtung zur Einlösung.

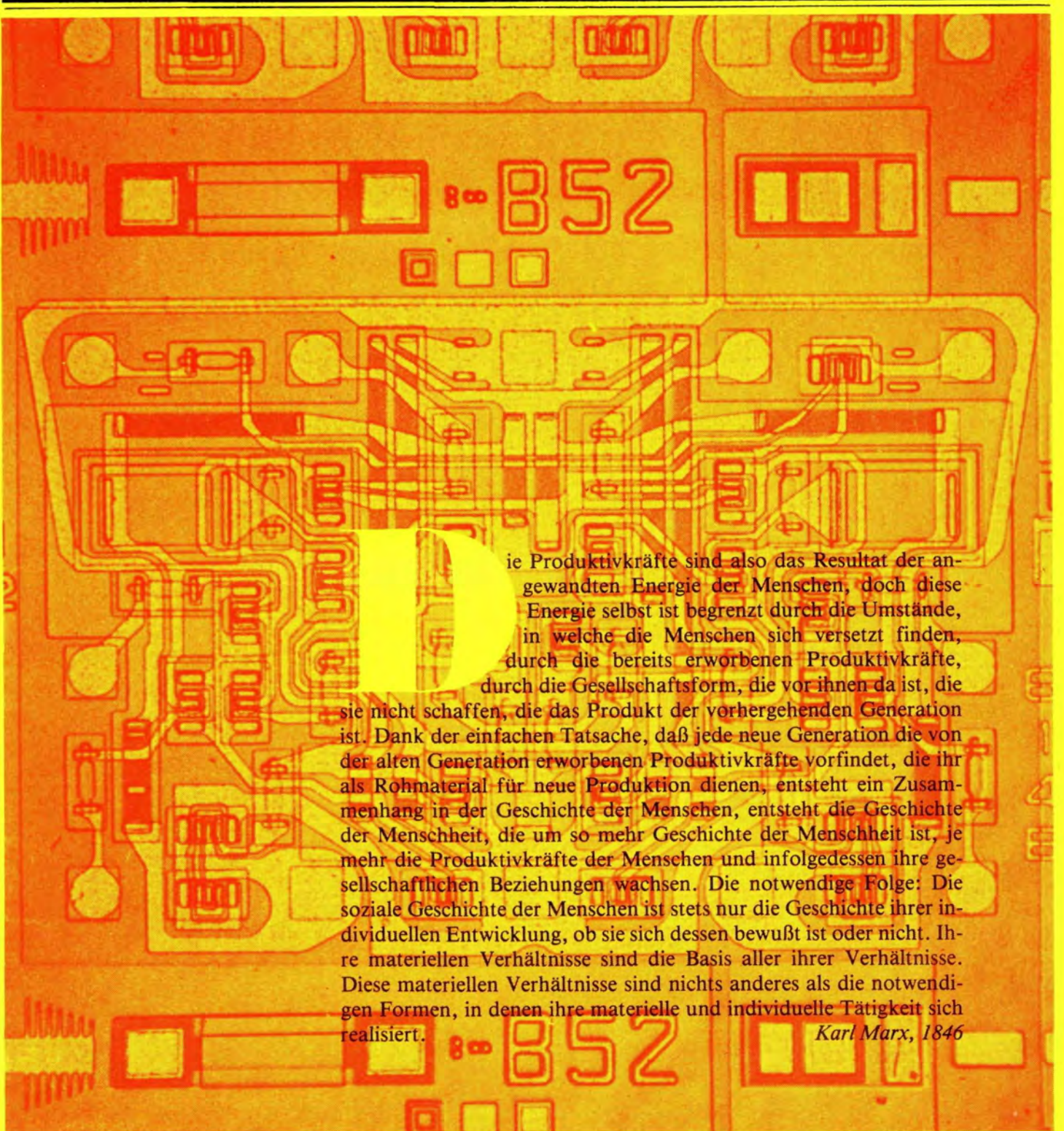
Kündigungsfrist: Spätestens 6 Wochen  
vor Ablauf des Abonnements muß die Kün-  
digung schriftlich beim BUCHVERTRIEB  
HAGER (gleiche Adresse) eintreffen.

Datum / Unterschrift

*Also das Absenden  
nicht vergessen!*

Buchvertrieb Hager  
Postfach 111162  
6000 Frankfurt 11





Die Produktivkräfte sind also das Resultat der angewandten Energie der Menschen, doch diese Energie selbst ist begrenzt durch die Umstände, in welche die Menschen sich versetzt finden, durch die bereits erworbenen Produktivkräfte, durch die Gesellschaftsform, die vor ihnen da ist, die sie nicht schaffen, die das Produkt der vorhergehenden Generation ist. Dank der einfachen Tatsache, daß jede neue Generation die von der alten Generation erworbenen Produktivkräfte vorfindet, die ihr als Rohmaterial für neue Produktion dienen, entsteht ein Zusammenhang in der Geschichte der Menschen, entsteht die Geschichte der Menschheit, die um so mehr Geschichte der Menschheit ist, je mehr die Produktivkräfte der Menschen und infolgedessen ihre gesellschaftlichen Beziehungen wachsen. Die notwendige Folge: Die soziale Geschichte der Menschen ist stets nur die Geschichte ihrer individuellen Entwicklung, ob sie sich dessen bewußt ist oder nicht. Ihre materiellen Verhältnisse sind die Basis aller ihrer Verhältnisse. Diese materiellen Verhältnisse sind nichts anderes als die notwendigen Formen, in denen ihre materielle und individuelle Tätigkeit sich realisiert.

*Karl Marx, 1846*